

**SCHWEIZER
PERSONAL
VORSORGE**

**PREVOYANCE
PROFESSIONNELLE
SUISSE**



vps.epas

Wissen vermitteln.
Menschen vernetzen.

BVG-Reform und Eigenverantwortung Réforme LPP et responsabilité personnelle

Rentenboom – sind wir darauf vorbereitet?

Seite 4

Annonce du partenariat avant le départ à la retraite

Page 109

Investors Life

Für alle Anleger, die gerne mit verantwortungsvollen Partnern zusammenarbeiten: Seit über 160 Jahren verfolgen wir eine langfristige und risikobasierte Anlagephilosophie. Damit auch das Renditepotenzial langfristig gesteigert werden kann, gehört eine umfassende Beurteilung von Risiken und Renditen dazu. Für eine selbstbestimmte Anlagestrategie und finanzielle Zuversicht.

SwissLife 
Asset Managers



IST

Schroder Adveq

Breit diversifiziert – global mit Fokus Schweiz. IST3 PRIVATE EQUITY 2 EUR

Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit unserem ausgewiesenen Private-Equity-Spezialisten setzt sich fort. Massgeschneidert für Schweizer Pensionskassen.

IST – unabhängig und kompetent

[istfunds.ch](https://www.istfunds.ch)

Kleinere und mittlere Buyout-Transaktionen

Unser Schwerpunkt. Das **höhere Ertragspotenzial**, der Fokus auf familiengeführte Unternehmen und die Wertgenerierung durch strategisches Wachstum und Professionalisierung der erworbenen Firmen sind für uns die Stärken dieses Segments.

Optimales Rendite-Risiko-Verhältnis

Wir investieren **global diversifiziert**, nutzen Opportunitäten durch Beteiligungen an Unternehmen in China und Indien und mischen Venture- und Wachstumskapital bei.

Kosteneffizienz

Wir beteiligen uns **kostengünstig** an Fonds spezialisierter Manager, für welche kein Direktzugang mehr besteht, und reduzieren durch Co-Investitionen die TER signifikant. Der J-Curve-Effekt wurde bereits erfolgreich überwunden.

Langfristig attraktiv und robust

Gegenüber börsenkotierten Unternehmen erzielte Private Equity eine deutliche, **langfristige Outperformance***. Äusserst widerstandsfähig zeigten sich kleine und mittlere Buyouts im herausfordernden Jahr 2020.

Exzellenter Portfoliomanager

Schroder Adveq verantwortet das Portfolio: Auf Private Equity spezialisiert, global aufgestellt und seit 1997 aktiv. Das in Zürich ansässige Unternehmen verwaltet über USD 12 Mrd. ESG-Aspekte sind integraler Bestandteil des Anlageprozesses.

* Zwischen 2.5% und 8% p.a. seit 2001, alle Strategien, basierend auf Vintage-Jahr-Rendite, Preqin; net nach PME-Methode MSCI Welt TR

Private Equity – Attraktiv für Schweizer Pensionskassen

Richard Damming, Senior Investment Director, Portfolio Manager IST3 PE, Schroder Adveq

Das Negativzinsumfeld zwingt Vorsorgeeinrichtungen zur Suche nach höher rentierenden Anlagen unter Wahrung eines angemessenen Rendite-Risiko-Verhältnisses. Private Equity bietet Anlegern eine Illiquiditätsprämie und die Diversifikation in das Segment der nicht-kotierten Aktien mit zusätzlichen Branchen, einem aktiveren Eigentümeransatz und der Möglichkeit, sich stärker an mittelständischen Unternehmen zu beteiligen.

Wie kann in Private Equity investiert werden?

R. Damming: Private Equity erfordert fundierte Kenntnisse, internationale Präsenz und ein umfassendes Netzwerk, um auf die vielversprechendsten Opportunitäten zugreifen zu können. Die seit langem in Europa, Nordamerika und Asien etablierte Anlageklasse ermöglicht Investitionen über den gesamten Lebenszyklus eines Unternehmens, von innovativen Start-ups, dynamischen Wachstumsunternehmen bis hin zu Buyouts in etablierte Marktführer, sowie Turnaround-Opportunitäten und Venture Capital.

Und wie sieht es für Pensionskassen aus?

R. Damming: IST3 PRIVATE EQUITY 2 EUR eröffnet den Zugang zu einem globalen Portfolio mit einer Allokation von 20% in den Heimmarkt Schweiz. Es investiert breit diversifiziert in Buyout, Venture- und Wachstumskapital, umgesetzt durch einen Mix von Primär-, Sekundär- und Direkt-/Co-Investitionen.

Ist Private Equity für Pensionskassen teuer?

R. Damming: IST3 PE2 wurde mit einer attraktiven Gebührenstruktur lanciert, die normalerweise nur grosse Mandatskunden erhalten. Dies wurde durch die Bündelung der Interessen und Verpflichtungen von Pensionskassen unter dem Dach der IST ermöglicht. Vorteilhaft für die TER ist die 30%-Allokation für Direkt-/Co-Investitionen, die in der Regel ohne unterliegende Gebühren oder Carried Interest umgesetzt wird. Zusätzlich strebt das IST3 PE2-Programm 20% Sekundärinvestitionen an, die in der Regel bereits frühzeitige Aufwertungen generieren und Gebühren

kompensieren. Unterstrichen wird dies durch die bereits erfolgreiche Überwindung der J-Curve. Eine Neuinvestition eines Anlegers wird daher zu Kosten am bereits vorhandenen Portfolio beteiligt und profitiert von einer unmittelbaren Aufwertung.

Wie investiert IST3 PE2 in der Schweiz?

R. Damming: Wir fördern heimische Unternehmen und deren Innovationskraft durch Fondsverpflichtungen und Direkt-/Co-Investitionen in Buyout. Hier haben wir in den Sektoren Gesundheitswesen, Technologie und Business Services investiert. Ausserdem fokussieren wir auf den Bereich Life Science, in dem die Schweiz weltweit führend ist und durch bahnbrechende Entwicklungen und Zulassungen auch bleiben will. Für die Schweiz wenden wir die gleichen Qualitäts- und Performanceanforderungen an wie für unsere globalen Investitionen.

Wie berücksichtigen Sie ESG-Aspekte?

R. Damming: ESG ist bei Schroder Adveq in den Anlageprozess integriert. Ein UN-PRI-Rating von A+ verdeutlicht unsere Bemühungen. Wir investieren nur in Fondsmanager und Unternehmen, deren Geschäftspraktiken mit den UN Sustainable Development Goals (SDG) im Einklang sind. Auch nach einer erfolgreichen Investition fördern wir als Investor aktiv die weitere positive Entwicklung hinsichtlich SDG und ESG.

«Der einfache Zugang zu einem komplexen Anlagethema, die substantielle Allokation im Heimmarkt Schweiz und der systematische Einbezug von ESG bestärkten uns in unserem Investitionsentscheid. **IST3 PRIVATE EQUITY 2 EUR** stellt für uns eine interessante Anlage in Private Equity dar.»

*Peter Fries, Vorsitz Geschäftsleitung
PKG Pensionskasse, Luzern*

Die 1972 gegründete PKG Pensionskasse ist eine schweizweit führende Gemeinschaftsstiftung für KMU und verwaltet rund CHF 8.5 Mrd. für über 35'000 aktiv Versicherte.

IST Investmentstiftung
Manessestrasse 87 | 8045 Zürich
Daniel Krebsler | Tel 044 455 37 08
daniel.krebsler@istfunds.ch | istfunds.ch

Schroder Adveq Management AG
Affolternstrasse 56 | 8050 Zürich
Christoph Bachmann | Tel 058 445 55 58
Christoph.Bachmann@schroderadveq.com | www.schroderadveq.com

Disclaimer Alle Dokumente zu den Anlagegruppen der IST Investmentstiftung werden ausschliesslich zu Informationszwecken erstellt und sind weder eine Empfehlung noch eine Aufforderung zur Zeichnung von Anteilen der genannten Anlagegruppen. Die allgemeinen Anlagegrundsätze und die spezifischen Anlagerichtlinien für die jeweiligen Anlagegruppen sind auf Anfrage bei der IST Investmentstiftung, Manessestrasse 87, 8045 Zürich erhältlich und auf der Website istfunds.ch verfügbar. Bitte lesen Sie diese Dokumente durch, bevor Sie Anlagen tätigen, und beachten Sie die Risiken. Hinweis: Es kann nicht garantiert werden, dass die genannten Anlagegruppen ihre Ziele erreichen. Der Wert einer Anlage kann zu- oder abnehmen. Vergangene Performance ist keine Indikation für zukünftige Performance.



Claudio Zemp

Redaktor

«Schweizer Personalvorsorge»

Zen in der Kunst der Vorsorge

Das Titelbild ziert eine Schale, die nach der japanischen Tradition des «Kintsugi» mit Gold gekittet worden ist. Es ist die Kunst, etwas Zerbrochenes mit Sorgfalt wiederherzustellen. Hintergrund ist das ästhetische Prinzip des «Wabi-Sabi»: Der Makel wird hervorgehoben, die Fehlerhaftigkeit wertgeschätzt. Aus einem kaputten Gefäss wird ein Stück Kunst, das dicht ist und wieder hält. Das Wertvollste im Flickwerk ist der Kitt, japanisch «Urushi», der fein aufgetragen die Scherben zusammenhält.

Im Akzentteil dieses Hefts setzen wir uns mit der BVG-Reform auseinander. Seit fast zwanzig Jahren ist die Branche im Reformstau gefangen. Wir tanzen auf den Scherben der 2. Säule. Die Vorsorge macht auch deshalb vielen Sorge. Einmal mehr ist der Ball bei der Politik. Ob das Parlament es schafft, die Sozialwerke zu flicken?

Beim Töpfern kann man gut philosophieren. Was ist der «Urushi», mit dem man die 2. Säule wieder aufmöbelt? Ist es die Schlichtheit des Kapitaldeckungsverfahrens, ohne Umlageelemente? Oder eher der freizügige Geist der Eigenverantwortung, der die berufliche Vorsorge umweht, wo jeder für sich selber spart und auch selbst entscheidet, ob es überhaupt etwas zu flicken gibt? Wir wünschen Ihnen jedenfalls viel Musse beim Sinnieren über das Sanieren. |

Le zen dans l'art de la prévoyance

En couverture de notre revue figure un bol qui a été réparé au moyen de laque saupoudrée d'or selon la méthode japonaise du «Kintsugi». C'est un exemple de l'art de restaurer quelque chose de cassé avec soin selon la philosophie du «Wabi-Sabi», un concept esthétique qui recherche la beauté dans l'imperfection. Un bol brisé devient un objet d'art qui forme un nouveau corps étanche. L'élément le plus précieux dans cet assemblage est l'adhésif, «Urushi» en japonais, utilisé pour coller les pièces ensemble.

Dans le dossier de fond de ce numéro, nous nous penchons sur la réforme de la LPP. Depuis près de vingt ans l'industrie est prise dans l'impasse des réformes. Nous dansons sur les pots cassés du 2^e pilier. C'est l'une des raisons qui fait croître l'inquiétude au sujet de l'état de la prévoyance. Une fois de plus, la balle est dans le camp des politiciens. Le Parlement parviendra-t-il à recoller les morceaux du système de sécurité sociale?

En faisant de la poterie on peut philosopher à loisir. Quel «Urushi» restaurera le 2^e pilier? La simplicité du système de capitalisation, sans éléments de redistribution? Ou plutôt le courant libéral de la responsabilité individuelle qui souffle sur la prévoyance professionnelle et suggère que chacun économise pour lui-même et décide aussi pour lui-même s'il y a quelque chose à réparer? En tous les cas, nous vous souhaitons un zen tout japonais dans vos méditations sur l'assainissement. |

Offene Services.

Engagement im Investment.



HIG | Immobilien
Anlage
Stiftung

Die HIG Immobilien Anlage Stiftung investiert Mittel von Vorsorgeeinrichtungen in direkt gehaltene, bedürfnisgerechte, zukunftsfähige Schweizer Immobilien. Ihre Tochter, die HIG Asset Management AG, führt und entwickelt Immobilienportfolios von Vorsorgeeinrichtungen auf Mandatsbasis.

KONTAKT

HIG Asset Management AG – Löwenstrasse 25 – 8001 Zürich – Tel. 044 213 61 61 – E-Mail info@hig.ch – www.hig.ch

EDITORIAL

- 1** Zen in der Kunst der Vorsorge
Claudio Zemp

AKTUELL

- 4** Rentenboom
Marco Cincera, Pascal Renaud
- 10** Zürcher Aufsichtstage 2021:
Die Stabilität liegt im Auge des Betrachters
Kaspar Hohler

- 13** Volle Lohnzahlung in der Krise –
5 Fragen an Nicole Loeb
Judith Yenigün-Fischer

- 17** Mehr ledige Rentner
Grafik des Monats

- 19** Kryptische Gedanken
Kommentar von Marco Bagutti

AUS DEM BUNDESHAUS

- 25** Die Heiratsstrafe gehört nicht in
die laufende AHV-Revision
Claude Chatelain

PRESSESPiegel

- 29** Wem gehört das Geld?
Judith Yenigün-Fischer

STIFTUNGSRATSPORTRÄT

- 30** Calista Fischer:
«Das BVG ist ein Herrenanzug»
Claudio Zemp

INDIZES

- 77** Good News – leider
Kaspar Hohler

KAPITALANLAGEN

- 79** Neue Benchmarkindizes für
den Schweizer Markt
*Christoph Müller, Andreas Henke,
Denis Meier Fehr*

- 85** Anpassung der Wechselkursabsicherung:
Fixing als fixe Idee?
Jonas Ganz

- 87** Drei Missverständnisse über
nachhaltige Anlagen
Manfred Stüttgen, Brian Mattmann

- 92** Lichtblick am Renditehorizont
Michael Hess

- 94** Kreative Krisenlösungen in Asien
Rik Vyverman

IMMOBILIEN

- 96** Optimierungspotenzial bei der Anmeldung
zur Mehrwertsteuer
Henrik Dummermuth, Patrik Schaller

PENSIONSKASSENPORTRÄT

- 100** Pensionskasse der Stadt Weinfelden
- 101** Nähe ist ein grosses Plus
Interview mit Erwin Wagner

KASSENFÜHRUNG

- 102** Generationen Y und Z:
Kommunikationsleitfaden für Pensionskassen
Sonja Spichtig

RECHTSFRAGEN

- 106** Meldung der Lebenspartnerschaft vor
der Pensionierung
Yolanda Müller

- 111** Bundesgericht klärt Zinspflicht
Hans-Ulrich Stauffer

LESERSERVICE

- 88** Stelleninserat
- 114** Fachliteratur
- 116** Vorschau/Impressum

35–76

AKZENT / ACCENT

BVG-Reform und Eigenverantwortung
Réforme LPP et responsabilité personnelle**EDITORIAL**

- 1** Le zen dans l'art de la prévoyance
Claudio Zemp

ACTUEL

- 6** Les papy-boomers arrivent!
Marco Cincera, Pascal Renaud
- 15** RHT assouplies, âge de la retraite
et liquidation partielle
Geneviève Brunet

- 17** Plus de retraités célibataires
Graphique du mois

- 21** Réflexions cryptiques
Commentaire de Marco Bagutti

DU PALAIS FEDERAL

- 26** La pénalisation du mariage n'a pas sa place
dans la révision actuelle de l'AVS
Claude Chatelain

ECHOS DE PRESSE

- 27** A qui appartient l'argent?
Judith Yenigün-Fischer

**PORTRAIT DE MEMBRE
D'UN CONSEIL DE FONDATOIN**

- 33** Calista Fischer:
«La LPP est un costume pour hommes»
Claudio Zemp

INDICES

- 77** Des bonnes nouvelles – hélas
Kaspar Hohler

PLACEMENTS

- 81** Nouveaux indices de référence
pour le marché suisse
*Christoph Müller, Andreas Henke,
Denis Meier Fehr*

- 83** Ajustement de la couverture de change:
résister à l'idée fixe
Jonas Ganz

- 90** Trois idées fausses sur les placements durables
Manfred Stüttgen, Brian Mattmann

- 93** Une lueur d'espoir à l'horizon du rendement
Michael Hess

- 95** Solutions créatives à la crise en Asie
Rik Vyverman

IMMOBILIER

- 98** Potentiel d'optimisation par l'inscription
à la TVA
Henrik Dummermuth, Patrik Schaller

GESTION DE CAISSE

- 104** Générations Y et Z: guide de
communication pour caisses de pensions
Sonja Spichtig

QUESTIONS DE DROIT

- 109** Annonce du partenariat avant
le départ à la retraite
Yolanda Müller
- 113** Le Tribunal fédéral clarifie l'obligation
de servir des intérêts
Hans-Ulrich Stauffer

Stiftungsräte/Conseils de fondation

Diese Artikel richten sich speziell an
Führungsorgane von Vorsorgeeinrichtungen



Zum aktuellen Akzentthema finden Sie ein Interview mit Nationalrätin Ruth Humbel (CVP) in der Januarausgabe der «Schweizer Personalvorsorge». Auf vps.epas.ch ist zudem ein Teil des Streitgesprächs zwischen Salomé Vogt (Avenir Jeunesse) und Eliane Albisser (PK-Netz) über die Vorsorge von Frauen und Jungen zu lesen.

Vous trouverez une interview de la conseillère nationale Ruth Humbel (PDC) ayant trait au sujet de notre dossier de fond de ce mois dans le numéro de janvier de la «Prévoyance Professionnelle Suisse». Vous pourrez également lire sur vps.epas une partie du débat entre Salomé Vogt, d'Avenir Jeunesse et Eliane Albisser, du réseau PK-Netz, sur la prévoyance vieillisse pour les femmes et les jeunes.

Sind wir auf die Herausforderungen vorbereitet?

Rentenboom

Aufgrund der demografischen Entwicklung mit der Pensionierung der Babyboomer und der weiteren Zunahme der Lebenserwartung wird der Anteil des Vorsorgekapitals der Rentner in den nächsten zehn Jahren markant steigen. Gleichzeitig sinkt die strukturelle Risikofähigkeit. Die Stiftungsräte sollten sich jetzt darauf vorbereiten.

IN KÜRZE

Es ist höchste Zeit, das «Prinzip Hoffnung» über Bord zu werfen. Die Welle der Rentenboomer rollt sichtbar an und erfordert Massnahmen, um nicht von der Geschwindigkeit und der Heftigkeit überrascht zu werden.

Die Bevölkerung der Schweiz wird immer älter. Gemäss Bundesamt für Statistik (BFS)¹ wird die Anzahl der über 65-jährigen Personen in der Schweiz von 1.6 Millionen im Jahr 2020 auf 2.1 Millionen im Jahr 2030 steigen. Trotz eines Nettowanderungssaldos von jährlich mehr als 50 000 Personen steigt die Zahl der über 65-Jährigen pro 100 Erwerbstätige im Alter von 20 bis 64 bis 2030 von 35 auf 44 und bis 2035 auf 48. Im Jahr 2019 erreichten erstmals mehr Personen das Alter 65 als das Alter 20, und bis 2030 wird der «Überhang» an Neurentnern bis auf 28 000 Personen pro Jahr anwachsen.

Folgen der demografischen Veränderung für die Pensionskassen

Obwohl sich in den vergangenen 20 Jahren gemäss der Pensionskassenstatistik des BFS die Anzahl der Rentner verdoppelt hat und die Anzahl der Aktiven nur um rund 35 % gewachsen ist, hat sich der Anteil des Vorsorgekapitals der Rentner kaum erhöht und betrug per Ende 2019 rund 45 %.

Das Altersguthaben pro Jahrgang ist nach Einführung des BVG 1985 laufend angestiegen. Im Jahr 2024 erreicht der letzte Jahrgang der Eintrittsgeneration das Alter 65. Der individuelle Kapitalstock im BVG ist 2025 mit 40 Beitragsjahren voll aufgebaut, und das maximale BVG-Altersguthaben bei Pensionierung wird für die folgenden Jahrgänge nicht mehr weiter ansteigen.

Der Anteil des Vorsorgekapitals der Rentner wird sich hingegen aufgrund dieser Einflussfaktoren in Abhängigkeit der Entwicklung des Zinsniveaus und der technischen Zinssätze um 5 % bis 10 % erhöhen.

Je nach Branche, Mitarbeiterstruktur und Alter der Pensionskasse ist diese Rentnerlastigkeit schon heute für immer mehr Pensionskassen eine Tatsache und kann je nach Kassenstruktur zu stark negativen Cashflows führen. Das Vermögen der Pensionskasse muss abgebaut werden. Während Cash in den Anlagestrategien in den vergangenen Jahren eine untergeordnete Rolle spielte, wird die Bedeutung der Liquidität und die Liquidierbarkeit der Anlagen an Bedeutung zunehmen.

Die Risikofähigkeit sinkt

Die Zunahme der Rentnerlastigkeit führt zu einer Abnahme der strukturellen Risikofähigkeit. Die möglichen Sanierungsmassnahmen verlieren an Wirksamkeit, weil sie nur Aktive betreffen. Aufgrund des historisch tiefen Zinsniveaus sind die erwarteten Renditen aller Anlagekategorien gesunken, was die Wirksamkeit einer Minderverzinsung gegenüber dem BVG-Mindestzinssatz von aktuell 1 % zusätzlich einschränkt. Die Belastung der Risikoträger, also der aktiven Versicherten und der Arbeitgeber, steigt.

In den ersten 20 Jahren des BVG war die Rendite risikoarmer Anlagen mindestens so hoch wie die Sollrendite. Heute liegt in vielen Pensionskassen die Sollrendite für die Verzinsung des Vorsorgekapitals der Aktiven und Rentner



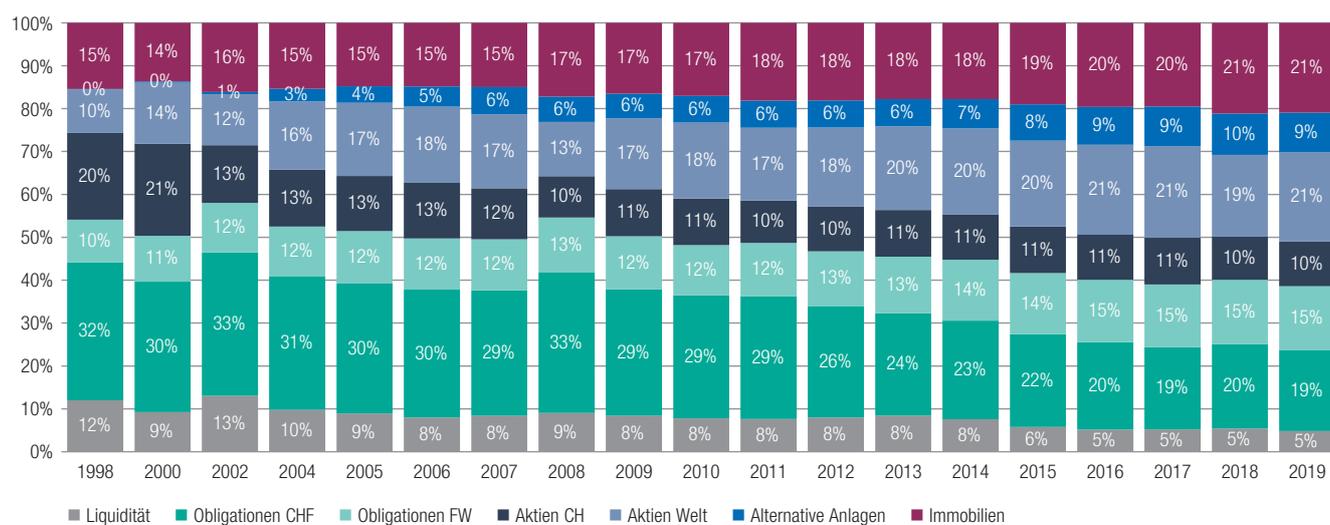
Marco Cincera
MSc ETH Mathematik,
Pensionskassen-Experte
SKPE,
Partner Toptima AG



Pascal Renaud
lic. oec. publ.,
Pensionskassen-Experte
SKPE,
Partner Toptima AG

¹ Bundesamt für Statistik: Referenzszenario A-00-2020.

Vermögensallokation 1998 bis 2019 (Quelle: Pensionskassenstatistik 1998–2019, BFS)



und die Finanzierung der Pensionierungsverluste um 2% oder mehr über der Rendite von Bundesobligationen. Die technischen Parameter und die Umwandlungssätze wurden oft nur partiell an das tiefere Niveau der Zinsen und der erwarteten Renditen angepasst.

Die Differenz zwischen der Sollrendite und der risikolosen Rendite führt dazu, dass eine höhere Rendite erzielt werden muss und der Anteil der risikobehafteten Anlagekategorien erhöht wurde. Wie die Grafik zeigt, wurden in den letzten 20 Jahren trotz sinkender struktureller Risikofähigkeit die Nominalwertanlagen von 55% auf unter 40% reduziert und dafür der Anteil der Aktien und alternativen Anlagen um 10% und derjenige der Immobilien um 6% erhöht.

Handlungsbedarf für Stiftungsräte

Die Entwicklung in den nächsten Jahren präsentiert sich für jede Pensionskasse anders. Der Trend gilt aufgrund der Bevölkerungspyramide aber letztlich für alle und wird die einen früher und stärker treffen als andere. Die Welle der «Rentenboomer» rollt an und ist im Gegensatz zu einer Korrektur an den Finanzmärkten keine Überraschung, sondern kommt mit Sicherheit. Die Stiftungsräte sollten sich jetzt darauf vorbereiten, um nicht von der Geschwindigkeit und Heftigkeit überrascht zu werden.

Die voraussichtlichen Altersleistungen und die laufenden Rentenverpflich-

tungen derjenigen Versicherten, die in den nächsten 5 bis 15 Jahren das Rentenalter erreichen, sind bei der Bilanzierung mit Generationentafeln gut berechen- und abschätzbar. Die Bewertung und damit der technische Zinssatz und die technischen Rückstellungen sollten jetzt an die zukünftige Verpflichtungsstruktur angepasst werden, damit die Instrumente im Cockpit ein Abbild der tatsächlichen finanziellen Lage zeigen und informierte Entscheidungen ermöglichen.

Falls die Umwandlungssätze die absehbare Entwicklung noch nicht berücksichtigen, sind diese konsequent anzupassen. Die Anzahl der Rentenboomer sowie deren Alterskapitalien werden ansonsten die Pensionierungsverluste und die Sollrendite derart erhöhen, dass sie einen Grossteil des erzielten Anlageertrags verschlingen werden. Die Umverteilung zugunsten der (Neu-)Rentner droht weiter zuzunehmen. Ein wesentlicher Teil der Altersleistungen muss systemfremd im Rentenwertumlageverfahren finanziert werden.

Was ist zu tun?

Die gesetzlichen Gestaltungsmöglichkeiten wie die Wahl von Sparplänen, alternative Rentenmodelle wie Bonusrenten, früherer Beginn des Sparprozesses, aber auch die Erhöhung des Rentenalters sollten ausgeschöpft werden. Eine Erhöhung des Rentenalters würde

den Druck auf die Umwandlungssätze reduzieren, da sie gleich an zwei Punkten ansetzt: längere Beitragsdauer und kürzere Bezugsdauer. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung ist sie unumgänglich.

Falls der geringe Umhüllungsgrad eine Reduktion der Umwandlungssätze nicht zulässt, sind zusammen mit den Sozialpartnern sämtliche Anstrengungen für eine Erhöhung der Altersgutschriften zu unternehmen. Der Stiftungsrat hat dabei seine Führungsverantwortung zu übernehmen und nicht auf die Verabschiedung der BVG-Revision im Parlament und eine mögliche Volksabstimmung mit realistischem Potenzial des Scheiterns zu warten. Mit dem Abwarten gehen wertvolle Jahre verloren, der Handlungsspielraum und die Wirkung der Massnahmen werden unnötig reduziert. Stiftungsräte von Sammelstiftungen sollten BVG-nahe Vorsorgepläne konsequent aus dem Angebot streichen.

Die Anlagestrategie ist auf die sich verschlechternde strukturelle Risikofähigkeit mit Abnahme der Sanierungsfähigkeit und allfällig negativen Cashflows auszurichten. Eine notwendige Reduktion der Risiken zur Vermeidung der Wahrscheinlichkeit einer Unterdeckung und des Überschreitens des «Point of no Return» kann zu einer tieferen erwarteten Rendite führen, was eine Anpassung der Leistungen oder der Finanzierung erfordert. ■

Sommes-nous prêts à relever les défis?

Les papy-boomers arrivent!

En raison de l'évolution démographique, caractérisée par le départ à la retraite des baby-boomers et l'augmentation de l'espérance de vie, la part du capital de retraite détenue par les retraités augmentera sensiblement au cours des dix prochaines années. Dans le même temps, la capacité de risque structurelle va diminuer. Les conseils de fondation devraient s'y préparer dès maintenant.

EN BREF

Il est grand temps de jeter le «Principe espérance» par-dessus bord. La vague de papy-boomers commence déjà à déferler sur le pays et il faut maintenant prendre des mesures pour éviter qu'on ne soit surpris par sa rapidité et sa férocité.

La population suisse est de plus en plus âgée. Selon l'Office fédéral de la statistique (OFS),¹ le nombre de personnes âgées de plus de 65 ans passera en Suisse de 1.6 million en 2020 à 2.1 millions en 2030. Malgré un solde migratoire net de 50 000 personnes par an, le nombre des plus de 65 ans pour 100 actifs âgés de 20 à 64 ans passera de 35 à 44 d'ici 2030 et à 48 d'ici 2035. En 2019, pour la première fois, plus de personnes ont atteint l'âge de 65 ans que l'âge de 20 ans, et d'ici 2030, le «surplus» de nouveaux retraités passera à 28 000 personnes par an.

Conséquences de l'évolution démographique pour les caisses de pensions

Bien que le nombre de retraités ait doublé au cours des 20 dernières années selon la statistique des caisses de pensions de l'OFS, et que le nombre de salariés actifs n'ait augmenté que d'environ 35 %, la proportion du capital de prévoyance détenu par les retraités a à peine augmenté et se situait autour de 45 % à la fin de 2019.

L'avoir de vieillesse par cohorte n'a cessé d'augmenter depuis l'introduction de la LPP en 1985. En 2024, la dernière cohorte de la génération d'entrée atteindra l'âge de 65 ans. En 2025, le capital individuel LPP aura été entièrement constitué avec 40 ans de cotisations, et l'avoir de vieillesse LPP maximal à la retraite n'augmentera plus pour les cohortes suivantes.

En revanche, la proportion du capital de prévoyance détenue par les retraités augmentera de 5 à 10 % en raison de ces facteurs d'influence et en fonction de

l'évolution du niveau des taux d'intérêt, ainsi que des taux d'intérêt techniques.

Selon le secteur d'activité, la structure des salariés et l'âge de la caisse de pensions, le surpoids des retraités est déjà une réalité pour un nombre grandissant de caisses de pensions et peut entraîner des flux de trésorerie fortement négatifs selon la structure de la caisse. Les actifs de la caisse doivent être réduits. Alors que les liquidités et la négociabilité des placements jouaient un rôle secondaire par le passé, ces aspects gagneront en importance à l'avenir.

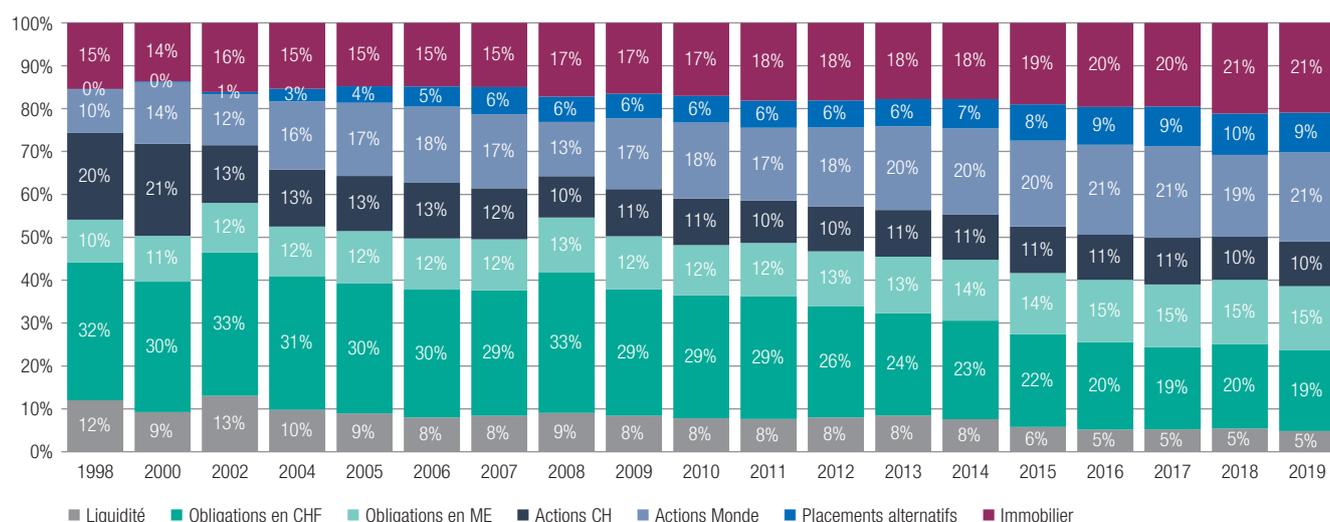
La capacité d'exposition diminuée

L'augmentation des rentiers surnuméraires entraîne une diminution de la capacité de risque structurelle. Les éventuelles mesures d'assainissement perdent en efficacité car elles ne concernent que les salariés actifs. En raison du niveau historiquement bas des taux d'intérêt, les rendements attendus de toutes les classes d'actifs ont baissé, ce qui limite encore l'efficacité d'une rémunération à un taux d'intérêt inférieur au minimum LPP de 1 % actuellement. La charge qui pèse sur les porteurs de risques, c'est-à-dire les assurés actifs et les employeurs, augmente.

Au cours des 20 premières années d'existence de la LPP, le rendement des placements à faible risque était au moins aussi élevé que le rendement nécessaire. Aujourd'hui, le rendement nécessaire pour créditer l'intérêt sur le capital de prévoyance des actifs et des rentiers et financer les pertes de départ en retraite est supérieur de 2 % ou plus au rendement des obligations de la Confédération dans de nombreuses caisses de pensions. Les paramètres techniques et les taux de conversion n'ont souvent été que

¹ Office fédéral de la statistique: scénario de référence A-00-2020.

Allocation des actifs de 1998 à 2019 (Source: Statistique des caisses de pensions 1998–2019, OFS)



partiellement ajustés au niveau inférieur des taux d'intérêt et des rendements attendus.

La différence entre le rendement cible et le rendement sans risque signifie qu'un rendement plus élevé doit être atteint et que la proportion des classes d'actifs à risque a donc été augmentée. Comme le montre le graphique, au cours des 20 dernières années, malgré une diminution de la capacité de risque structurelle, les placements en valeurs nominales ont été réduits de 55 % à moins de 40 %, tandis que la proportion des actions et des investissements alternatifs a augmenté de 10 % et celle de l'immobilier de 6 %.

Nécessité d'agir pour les conseils de fondation

L'évolution au cours des prochaines années sera différente pour chaque caisse de pensions. Cependant, en raison de la pyramide des âges, la tendance sera finalement la même pour toutes, même si certaines seront affectées plus tôt et plus durement que d'autres. La vague des papy-boomers arrive inexorablement et, contrairement à une correction sur les marchés financiers, ce n'est pas une surprise, mais une certitude. Les conseils de fondation devraient donc s'y préparer dès maintenant afin de ne pas être surpris par la rapidité et la férocité de la déferlante.

Les prestations de vieillesse attendues des assurés qui atteindront l'âge de retraite dans les 5 à 15 prochaines années et les obligations de rente en cours sont

faciles à calculer et à estimer à l'aide de tables de génération. L'évaluation, et donc le taux d'intérêt technique et les provisions techniques, devraient maintenant être adaptés à la future structure des obligations, de sorte que les instruments dans la cabine de pilotage reflètent la situation financière réelle et permettent de prendre des décisions en connaissance de cause.

Si les taux de conversion ne tiennent pas encore compte de l'évolution prévisible, ils doivent être adaptés de manière cohérente. Dans le cas contraire, les très nombreux papy-boomers et leurs capitaux de vieillesse vont augmenter les pertes de conversion et le rendement nécessaire au point d'absorber une grande partie des revenus obtenus des placements. La redistribution en faveur des (nouveaux) rentiers menace d'augmenter encore. Une partie importante des prestations de vieillesse devra être financée par répartition des capitaux de prévoyance, une procédure qui est totalement étrangère au système.

Que faut-il faire?

Les libertés accordées par le législateur dans la conception de la prévoyance, par exemple, le choix de plans d'épargne, les modèles de rente alternative tels que la rente bonus, le démarrage plus précoce du processus d'épargne, mais aussi, le relèvement de l'âge de la retraite, devraient être entièrement épuisés. Un relèvement de l'âge de la retraite réduirait la pression sur les taux de conversion, car

son effet serait double: il allongerait la durée de cotisation et diminuerait la période de versement des rentes. Cette mesure est incontournable en raison de l'allongement de l'espérance de vie.

Si le degré d'enveloppement est trop faible pour permettre de réduire les taux de conversion, tous les efforts doivent être entrepris, en collaboration avec les partenaires sociaux, pour augmenter les bonifications de vieillesse. Dans ce contexte, le conseil de fondation doit assumer sa responsabilité de gestion et ne pas attendre l'adoption de la révision de la LPP par le Parlement et une éventuelle votation populaire avec un potentiel d'échec réaliste. En attendant, on perd des années précieuses et la marge de manœuvre, ainsi que l'efficacité des mesures sont inutilement affaiblies. Les conseils de fondation des fondations collectives devraient systématiquement retirer de leur offre les plans de prévoyance proches du minimum LPP.

La stratégie de placement doit être adaptée à la détérioration de la capacité de risque structurelle, qui diminue la capacité d'assainissement, et à un flux de trésorerie négatif le cas échéant. La réduction nécessaire des risques pour éviter la probabilité d'un déficit de couverture et le dépassement du point de non-retour peut entraîner une baisse du rendement attendu, ce qui requiert un ajustement des prestations ou du financement. **I**

Marco Cincera
Pascal Renaud

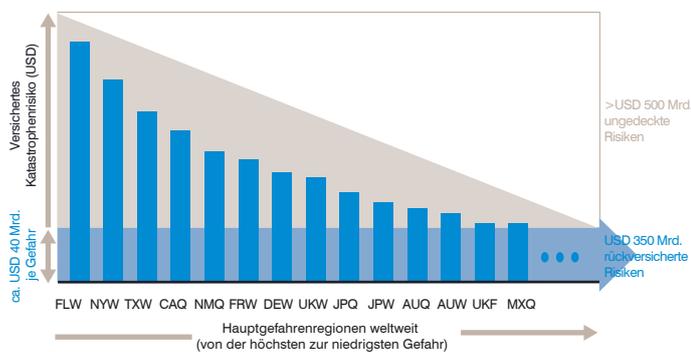
ILS: den Sturm überstehen

John Seo skizziert die Reaktion versicherungsgebundener Wertpapiere auf die Covid-19-Pandemie und erklärt, weshalb sie sich in einer einzigartigen Position befinden, um dem Konjunkturabschwung relativ unbeschadet standzuhalten.

Obwohl zahlreiche Aspekte des Aktienmarktes von chaotischer Natur sind, ist der Bezug zum Unberechenbaren bei Katastrophenanleihen (Cat Bonds) weniger subtil. Am Cat-Bond-Markt bilden Naturkatastrophen die Grundlage der Kapitalanlage. Unser Markt – der Markt für versicherungsgebundene Wertpapiere (ILS) – baut auf unberechenbaren Ereignissen auf, die wir beim besten Willen nicht mit der gleichen Sicherheit vorhersagen können wie beispielsweise ein Aktienanleger das Ergebnis eines angekündigten Börsengangs. Eine Analyse des ILS-Markts als Ganzes ergibt jedoch eine solide strukturelle und langfristige Wachstums-Story für Cat Bonds, die nach unserer Einschätzung völlig unabhängig von der chaotischen und nachgebenden Weltwirtschaft ist.

Anlegen in einer rechteckigen Welt

Abbildung 1: Katastrophenrisiko-Profil



Quelle: Fermat Capital, Applied Insurance Research, Guy Carpenter, Aon Benfield Securities. Nur zur Veranschaulichung.

Der Markt für versicherungsgebundene Wertpapiere entstand in den 1990er Jahren, nachdem es durch zwei Ereignisse in den USA – den Hurrikan Andrew 1992 im Grossraum Miami und das Northridge-Erdbeben 1994 im Grossraum Los Angeles – beinahe zum Zusammenbruch der Rückversicherungsmärkte in Florida und Kalifornien gekommen wäre. Zu dieser Zeit hatten die Rückversicherer die zunehmende Konzentration von Immobilien in diesen rasant wachsenden Hochrisikozonen in den vorhergehenden Jahrzehnten weder berücksichtigt noch modelliert.

Rückversicherungsunternehmen werden – wie die Versicherungsgesellschaften, die sie unterstützen – auf der Basis eines Risikoverteilungsansatzes reguliert und bewertet. Dieser beruht auf dem Grundsatz, dass kein Einzelrisiko die Kapitaladäquanz eines Unternehmens gefährden darf. Daher müssen sie weltweit ein rechteckiges Risikoprofil halten (in Abbildung 1 durch den blau schattierten Bereich dargestellt), das über alle Risikozonen hinweg einheitlich ist. Das Problem ist jedoch, dass sich die reale Welt nicht in solche, quasi einheitliche Risikotöpfe einteilen lässt und in einigen Regionen der Welt eine wesentlich grössere Nachfrage nach Versicherungen herrscht als anderswo.

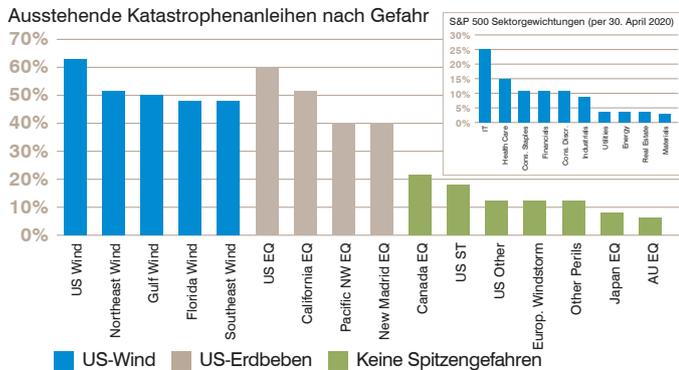
In der realen Welt sind Gesellschaften und Volkswirtschaften von Natur aus und in zunehmendem Masse konzentriert, da die Menschen ihr Eigentum und Vermögen unverändert in Küstenregionen wie Florida oder erdbebengefährdeten Zonen in Kalifornien bündeln. Dieser Trend läuft der horizontalen Vorgabe für die Rückversicherungsmärkte fundamental entgegen. Daher verbleiben bei den Versicherern hohe, nicht abdeckbare Katastrophenrisiken, eine «Katastrophenlücke», für die es um keinen Preis der Welt eine Rückversicherung gibt. Diese Lücke (durch den grauen Bereich veranschaulicht) wurde seinerzeit durch den Hurrikan Andrew und das Northridge-Erdbeben aufgedeckt und besteht unverändert. Wir schätzen die aktuelle Katastrophenlücke auf rund USD 500 Milliarden und sie verdoppelt sich alle zehn Jahre.

ILS wurden geschaffen, um eine effiziente Lösung für dieses Problem der Katastrophenlücke zu bieten: Rückversicherer sind bereit, attraktive strukturelle Prämien zu zahlen, um das Risiko aus ihren Bilanzen auf die Kapitalmärkte zu übertragen und weiterhin Deckung für die Bereiche bieten zu können, in denen die Nachfrage am grössten ist. Bisher nutzen ILS diese Chance nur zu 15% bis 20%. Damit bieten sie nach unserer Einschätzung ein enormes Wachstumspotenzial.

Es lässt sich feststellen, dass der Cat-Bond-Markt ganz ähnlich funktioniert wie der S&P 500. Bildlich gesprochen stellen «Erdbeben-Risiken» unseren Gesundheitssektor und «Hurrikan-Risiken» unseren IT-Sektor dar. Das Ganze ist eine Frage der Form: Die Kapitalmärkte sind wie das Risikoprofil des Cat-Bond-Marktes dreieckig (Abbildung 2). Wie wir wissen, ist die Welt nicht flach, und der Cat-Bond-Markt spiegelt das Risikoprofil der realen Welt wider. Obwohl ILS und Cat Bonds aus einer rechteckigen Welt stammen, schaffen sie eine dreieckige Chance, die von ILS-Managern genutzt wird.

Diese könnte, nachdem sie eine strukturelle Kapitallösung für die Rückversicherungsbranche geboten hat, Anleger potenziell mit attraktiven, risikobereinigten Erträgen belohnen.

Abbildung 2: Risikokapitalisierung des ILS-Markts



Quelle: Swiss Re Capital Markets, per 31. Dezember 2017; das Dreiecksmuster lässt sich jedoch bereits seit der Entstehung des Katastrophenanleihenmarkts Mitte bis Ende der 1990er Jahre beobachten. Nur zur Veranschaulichung.

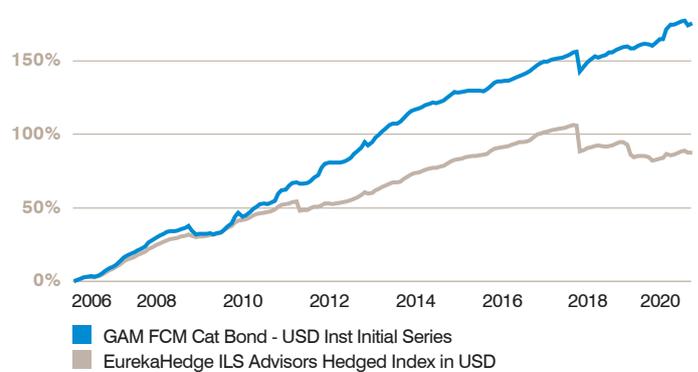
Miniaturnversion einer V-förmigen Erholung am Cat-Bond-Markt

Nach unserer Einschätzung treten die immanente Unabhängigkeit des Cat-Bond-Marktes von traditionellen Marktrisiken sowie seine Fähigkeit, selbst im Umfeld einer wirtschaftlichen Kernschmelze Erträge zu erzielen, während der aktuellen Covid-19-Krise besonders deutlich hervor. Als die Anlegerpanik im März ihren Höhepunkt erreichte, verkauften Multi-Strategy-Investmentfonds liquide Vermögenswerte am Sekundärmarkt. Da Cat Bonds als liquide Instrumente ebenfalls von diesen überstürzten Verkäufen betroffen waren, fielen die Kurse einiger Anleihen um rund 3%. Dadurch entstanden für aktive Cat-Bond-Manager am Sekundärmarkt attraktive Kaufgelegenheiten, so dass sich der Markt mit einem nur minimalen langfristigen Schaden unmittelbar danach stabilisierte. Nach unserer Einschätzung verdeutlicht dies die potenziellen Vorteile von Cat Bonds – insbesondere ihre Liquidität, dank der sie in jedem Umfeld gehandelt werden können, sowie ihre fundamentale Unkorreliertheit zu den traditionellen Märkten. Denn wie wir wissen, kann ein Markt-Crash (oder ein Virus) keine Hurrikans oder Erdbeben auslösen.

Nachdem die Markturbulenzen weitgehend überstanden sind, befinden sich die Spreads auf historischen Höchstwerten und deuten auf signifikante Störungen im Versicherungssystem hin. Obwohl wir davon ausgehen, dass diese attraktiven Spreads kurz- bis mittelfristig fortbestehen dürften, können derart hohe Renditen nach unserer Einschätzung jedoch nicht als neuer Normalzustand bezeichnet werden. Selbst nach dem Hurrikan Katrina, dem grössten Störereignis in der Geschichte des Marktes, erreichten die Renditen in etwa bei den aktuellen Niveaus ihren Höhepunkt, kehrten anschliessend aber wieder auf «normale» strukturell abgestützte Niveaus zurück. Wir vermuten, dass sich dieses Muster – das sich auch nach der globalen Finanzkrise beobachten liess – zu gegebener Zeit wiederholen könnte.

Während der Covid-19-Krise haben Cat Bonds – wie schon bei früheren Krisen – wieder einmal das Kapital der Anleger erhalten.

GAM FCM Cat Bond - USD Inst Initial Series



Die Wertentwicklung in der Vergangenheit ist kein Hinweis für zukünftige Wertentwicklung bzw. aktuelle oder zukünftige Trends. Die Leistung versteht sich ohne Provisionen, Gebühren und andere Kosten.

Weitere Informationen finden Sie auf www.gam.com

Wichtige rechtliche Hinweise

Die Informationen in diesem Dokument dienen nur zu Informationszwecken und stellen keine Anlageberatung dar. Die in diesem Dokument enthaltenen Meinungen und Einschätzungen können sich ändern und den Standpunkt von GAM im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld widerspiegeln. Es wird keine Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Informationen übernommen. Die Performance in der Vergangenheit ist kein Indikator für die aktuelle oder zukünftige Entwicklung. Die erwähnten Finanzinstrumente dienen lediglich der Veranschaulichung und sind nicht als Direktangebot, Anlageempfehlung oder Anlageberatung zu verstehen.

Zürcher Aufsichtstage 2021

Die Stabilität liegt im Auge des Betrachters

Die Pensionskassen stehen finanziell so gut da wie schon sehr lange nicht mehr. Doch reicht dies für den kommenden Rentenboom? In gewissen Fällen ist aufgrund der neuen Sterbetafeln eine Erhöhung des Umwandlungssatzes angezeigt – und auf jeden Fall sollte das Vorsorgesystem den neuen Arbeitsrealitäten angepasst werden.

Der durchschnittliche Deckungsgrad der Pensionskassen, die von der Zürcher Aufsicht (BVS) überwacht werden, lag Ende 2019 bei 119 %. Per Ende 2020 dürfte er bei 119.7 % liegen, dies notabene bei vorsichtigeren technischen Grundlagen (fast alle «Zürcher» Kassen haben bereits einen technischen Zins von 2 % oder tiefer, über 50 % der Schweizer Pensionskassen ohne Staatsgarantie bilanzieren bereits mit Generationentafeln). «Die finanzielle Lage vieler Kassen ist so gut wie noch nie», konnte Roger Tischhauser, Direktor der Zürcher Aufsicht, bilanzieren.

Die Konsolidierung der Kassenlandschaft geht indes weiter: Während die Zahl der mittleren und grossen Pensionskassen (Vermögen 100 bis 500 respektive über 500 Mio. Franken), die vom BVS beaufsichtigt werden, seit 2012 leicht zunahm, halbierte sich die Zahl der Kassen mit weniger als 100 Mio. Franken Vermögen im gleichen Zeitraum.

Mit korrekten Grundlagen entscheiden

Norbert Eberle, Vizedirektor und Teamleiter Vorsorgeeinrichtungen sowie Marek Ondraschek, Leiter Finance & Risk Management BVS, gingen auf ausgewählte Aufsichtsthemen ein. Ondraschek unterstrich die zentrale Rolle des obersten Organs: «Es hat einen enorm umfassenden, gesetzlich codierten Führungsauftrag, der in sich die meisten Aufgaben vereint, die bei einem Lebensversicherer Verwaltungsrat und Geschäftsleitung gemeinsam haben.»

Entsprechend ist es der Aufsicht ein Anliegen, die Entscheide und den Ermessensspielraum der Stiftungsräte zu respektieren. Wann schreitet die Aufsicht ein? Ondraschek unterstrich, dass stets das Gesamtbild einer Pensionskasse entscheidend ist. Wenn Fragen aufkommen, geht es in einem ersten Schritt darum, die Überlegungen der Pensionskasse nachvollziehen zu können und zu klären, ob angemessene Entscheidungsgrundlagen vorliegen. Wenn ein Stiftungsrat sich beispielsweise gegen eine Empfehlung des Experten zur Senkung des technischen Zinses stellt, muss er die Gründe des Experten



Kate Kristovic: Die Umstellung auf die neuen BVG-Tafeln kann finanziellen Spielraum geben.



Roger Tischhauser: Die finanzielle Lage der meisten Pensionskassen ist sehr gut.

nachvollziehen können und sich der Konsequenzen bewusst sein, die eine Beibehaltung des technischen Zinses hat.

Zu vorsichtige Annahmen zur Lebenserwartung

Ein Thema, das dieses Jahr wohl alle Kassen beschäftigen wird, sind die neuen technischen Grundlagen BVG 2020.¹ Die PK-Expertin Kate Kristovic (Partnerin Libera AG) fasste die wichtigsten Erkenntnisse zusammen: Die Lebenserwartung stieg bei Männern und Frauen, doch bei den Frauen weniger stark als angenommen. Die Invalidierungswahrscheinlichkeit ging für beide Geschlechter deutlich zurück. Zudem nahmen die Verheiratungswahrscheinlichkeiten ab, während das Alter der Hinterbliebenen anstieg. Und – für Firmen wichtig, die nach IFRS/US-GAAP bilanzieren – die Austrittswahrscheinlichkeiten nahmen bei Männern deutlich, bei Frauen in geringem Ausmass zu.

Während der letzte Punkt nur bei entsprechenden Firmen die Verpflichtungen und den Vorsorgeaufwand in den Büchern sinken lässt, sind die ersten beiden Punkte für alle Kassen relevant: Einerseits sinken die technischen Risikobeiträge. Andererseits führen die neuen Grundlagen zu tieferen Rentenverpflichtungen. Kassen mit Periodentafeln benötigen nicht alle Rückstellungen, die für den Wechsel auf die Tafeln 2020 gebildet wurden. Bei Kassen mit Generationentafeln sinken die Rentenverpflichtungen um etwa 3 bis 5 %, je nach Struktur des Rentnerbestands. Der korrekte Umwandlungssatz mit technischem Zins von 1.5 % steigt bei Anwendung von Generationentafeln von 4.59 auf 4.71 %. Die Folgen von Covid-19 sind in den Tafeln BVG 2020 noch nicht berücksichtigt, sie werden sich erst in den 2025er Tafeln zeigen.

Was tun mit den entsprechend frei gewordenen Mitteln? Wenig überraschend empfiehlt Kristovic, diese für die Wahl vorsichtigerer Grundlagen zu nutzen – sei es für eine weitere Senkung des tech-

nischen Zinses oder, sofern man dies noch nicht gemacht hat, für den Wechsel auf Generationentafeln. Der zweite Vorschlag mag etwas erstaunen, lagen doch die Modelle, die den Generationentafeln zugrunde liegen, zumindest bei diesem Tafelwechsel offensichtlich daneben.

Die Rentner kommen

Pascal Renaud (Partner Toptima AG) und Andreas Reichlin (Partner PPCmetrics AG) gingen in ihren Referaten auf den kommenden Rentenboom sowie aktuelle Anlageherausforderungen ein. Später vertieften sie die beiden Themen in einem gemeinsamen Workshop. Nach Ansicht Renauds drohen viele Schweizer Kassen wegen des steigenden Rentneranteils in eine Spirale nach unten zu geraten.²

Reichlin rechnete vor, dass bei einer fiktiven Portfolioaufteilung einer durchschnittlichen Schweizer Pensionskasse die Rentner ein praktisch risikofreies Portfolio mit einer erwarteten Rendite von 0.2 % p. a. hätten, die Aktiven hingegen ein risikoreiches mit einer solchen von 3.4 % p. a. Im Kontrast dazu werden die effektiven Vermögenserträge mehrheitlich für die Verzinsung der Rentnerkapitalien und zur Finanzierung der Pensionierungsverluste verwendet. Immerhin, so Reichlins bedingt beruhigende Botschaft, sei noch nicht «alles verloren», man habe noch Zeit, um auf die demografische Entwicklung zu reagieren.

Renaud warnte mit Blick auf die eingangs von Tischhauser genannte gute Lage, man müsse jetzt vorwärts machen und nicht zuwarten: Insbesondere müsse sich der Stiftungsrat mit den Perspektiven der Kasse beschäftigen, den technischen Zins weiter senken (für rentenlastige Kassen Richtung Marktbewertung) und für die Verzinsung der Aktiven diesen Wert als Richtgrösse verwenden. Die Schönheit wie auch die Stabilität eines Systems liegen im Auge des Betrachters.

Die Vorsorge den Bedürfnissen anpassen

Mit Salomé Vogt (Leiterin Avenir Jeunesse) und Andri Silberschmidt (Nationalrat und Vorstandsmitglied der FDP Schweiz) gab das BVS zum Schluss des

Anlasses zwei Vertretern dieser jungen Generation das Wort. Vogt unterstrich, dass sich die Altersvorsorge im Allgemeinen und das BVG im Speziellen den gesellschaftlichen Veränderungen anpassen sollte.³ Sie wies unter anderem darauf hin, dass 1970 noch 15 % aller Ehen geschieden wurden, heute sind es 41 %. Der Arbeitsmarkt ist in einem massiven Wandel, Teilzeitarbeit, Mehrfachbeschäftigungen und selbständige Erwerbstätigkeiten sind auf dem Vormarsch – was auch vom BVG adressiert werden muss.

Silberschmidt kritisierte den Reformvorschlag des Bundesrats, der gemäss einer Studie von Ecoplan eine Umverteilung von 26 Mrd. Franken mit sich bringen würde – gleich viel, wie die Covid-19-Massnahmen 2020 und 2021 bisher kosten. Weiter redete er einer Erhöhung des Rentenalters das Wort, wies aber auch darauf hin, dass mit mehr Selbstvorsorge oder höheren Kapitalerträgen der Pensionskassen ein guter Teil der notwendigen Senkung des Umwandlungssatzes abgedeckt werden könnte. Die Pensionskassen selber forderte er auf, sich in die Debatte einzubringen: «Es gibt viele Pensionskassen, die im Überobligatorium sehr innovative Lösungen haben. Die Branche soll mit den Politikern darüber sprechen und diese Lösungen auch zeigen.» |

Text: Kaspar Hohler

Fotos: Pierangela Profeta

(smARtec Veranstaltungstechnik AG)

¹ Aktuell werden diese Grundlagen von rund zwei Drittel aller Kassen angewendet. Die März Ausgabe der «Schweizer Personalvorsorge» wird sich im Akzentteil diesem Thema widmen.

² Siehe dazu Artikel Renaud/Cincera auf Seite 4.

³ Ein Streitgespräch zwischen Salomé Vogt und Eliane Albisser lesen Sie auf Seite 72, die Teildiskussion der beiden zu den Anliegen von Jungen und Frauen können Sie auf vps.epas.ch lesen.

Drei Gründe, warum Kreditforderungen vielleicht bald mit einer hervorragenden Wertentwicklung aufwarten können



Chris Sawyer
Managing Director



Tom McDonnell
Managing Director

Seit dem Beginn der Pandemie bremsen verschiedene technische Faktoren die Erholung von Krediten als Anlageklasse und begünstigten gleichzeitig andere festverzinsliche Anlagen wie Hochzinsanleihen. Daher sind Kreditforderungen unserer Ansicht nach jetzt sowohl relativ als auch absolut betrachtet attraktiv bewertet.

1. Kredite bieten attraktivere Renditen als Anleihen

Als die Zentralbanken nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie beispiellose Massnahmen zur Stützung der Konjunktur ergriffen, verzeichneten Hochzinsanleihen beträchtliche Kapitalzuflüsse und die Spreads verengten sich deutlich. Kreditforderungen, die nicht so stark von den Konjunkturimpulsen profitierten, erholten sich langsamer. Infolgedessen werden Kredite am globalen Markt im Durchschnitt immer noch mit einem leichten Abschlag gehandelt, während Titel am globalen Markt für Hochzinsanleihen über dem Nennwert kotiert sind. Diese technischen Faktoren haben dafür gesorgt, dass das Renditegefälle zwischen den beiden Anlageklassen interessant bleibt.

In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass Kredite eine vorrangige Stellung in der Kapitalstruktur einnehmen und durch einen Teil oder das gesamte Vermögen des Kreditnehmers besichert sind, was bei Ausfällen zusätzlichen Schutz vor Kreditrisiken bietet. Tatsächlich lagen die durchschnittlichen Erlösquoten für Kredite während der letzten 30 Jahre und darüber hinaus zwischen 60% und 80%, während sie für unbesicherte Hochzinsanleihen 30% bis 50% betragen.

ABBILDUNG 1: KREDITE LIEFERN DERZEIT HÖHERE RENDITEN (IN %)



QUELLEN: BAML; Credit Suisse. Stand: 31. Januar 2021.

2. Renditedifferenzen entschädigen offenbar für Ausfallrisiko

Absolut betrachtet sind die Spreads von Kreditforderungen im Verhältnis zu ihrem niedrigsten Stand im Laufe der letzten drei Jahre gross, was dafür spricht, dass Spielraum für eine weitere Verengung besteht. Gleichzeitig scheinen die meisten Unternehmen recht gut gerüstet zu sein, um kurzfristige Schocks zu überstehen. Sie haben sich darauf konzentriert, die Liquidität zu sichern, und die begrenzte Anzahl kurzfristig fälliger Forderungen tut ein Übriges, sodass sich ein berechenbareres Ausfallszenario ergibt.

Bei Zahlungsausfällen besteht zwar das Risiko eines Kapitalverlusts, aber in der Regel ist es möglich, diesen durch eine Umschuldung zum Teil wieder einzubringen. Wenn man die Annahmen zu den langfristigen Erlösquoten bei Kreditforderungen berücksichtigt, bekommt man eine Vorstellung davon, wie die aktuellen Spreads im Vergleich zu den Verlustquoten aussehen. Beispielsweise weisen Kreditforderungen weltweit derzeit einen durchschnittlichen Spread von rund 457 Basispunkten² (Bp.) über dem Basiszinssatz auf. Im Vergleich zu einem Risikoaufschlag von 410 Bp. für globale Hochzinsanleihen ist das viel³. Wenn ein Anleger von einer durchschnittlichen Erlösquote von 60% bis 80% für Kreditforderungen ausgeht, würde ein Spread von 457 Bp. bedeuten, dass die Ausfallquote nahezu historische Höchststände erreichen müsste, um den gesamten Risikoaufschlag zunichtezumachen, der im Vergleich zu einer risikolosen Anlage verlangt werden sollte. Uns erscheint dieses Szenario angesichts der Liquidität, die den Märkten zugeführt wurde, und den Erwartungen eines künftigen Umfelds mit besser berechenbaren Ausfallrisiken als zu pessimistisch.

3. Das technische Umfeld verbessert sich

Da in den letzten Jahren mit sinkenden Zinsen gerechnet wurde, wandten sich die Anleger von Kreditforderungen ab und interessierten sich stärker für Anleihen. Künftig könnte das attraktive Renditeprofil von Krediten jedoch zu einer Belebung der Nachfrage beitragen und das technische Umfeld weiter verbessern. Diese Nachfragebelebung kommt zu der stabilen Nachfrage aus der Aufstockung von CLO-Portfolios und dem Aufwärtstrend bei den Mittelzuflüssen von Privatanlegern hinzu, deren Zusammenspiel die technischen Faktoren weiter gestärkt hat. Die wieder anziehende Nachfrage verleiht Kreditforderungen technischen Aufwind—und zwar schon bevor eine Erholung in der „Realwirtschaft“ in vollem Umfang in die Fundamentaldaten eingepreist ist. Infolgedessen besteht unserer Meinung nach Spielraum für weitere Spreadverengungen und die Chance auf möglicherweise attraktive künftige Gesamtrenditen.

Fazit

Ebenso wie die Konjunkturabkühlung einige Branchen und Unternehmen schwerer getroffen hat als andere, dürfte auch die Erholung unterschiedlich verlaufen. Und tatsächlich erholte sich die Anlageklasse der Kreditforderungen zunächst langsamer als andere festverzinsliche Anlagen. Wenn die Nachfrage weiter anzieht, wird dies unseres Erachtens eine weitere Verengung der Spreads bei Krediten begünstigen.

1. Quelle: Daten von Moody's zu Ausfall—und Erlösquoten von Unternehmen. Stand: Februar 2020. Ungefähre Bandbreiten für die historischen Erlösquoten, die aus den Wertaufholungen auf Grundlage der Kurse und den anhand der letztlichen Zahlungen gemessenen Erlösquoten ermittelt werden.
2. Quelle: Credit Suisse (Abzinsungsfaktor für 3 Jahre). Stand: 31. Januar 2021.
3. Quelle: Bank of America Merrill Lynch (optionsbereinigter Spread für den ICE BAML Global High Yield Index). Stand: 31. Januar 2021.

Fünf Fragen an ...

Volle Lohnzahlung in der Krise

Loeb wurde 1881 gegründet. Erstmals in seiner Geschichte musste das Warenhaus während der Coronakrise geschlossen bleiben. Welchen Einfluss hat dies auf das Familienunternehmen?

Die Schliessung unserer Geschäfte im März war ein Schock für uns alle. Wir mussten in dieser Krise flexibel und innovativ handeln. Glücklicherweise darf unser Familienunternehmen auf einem soliden Fundament stehen und die Schliessungen während der acht Wochen waren nicht existenziell bedrohlich. Wir hatten zu diesem Zeitpunkt fast die gesamte Belegschaft (300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) in der Kurzarbeit.

Wie hilft der Wohlfahrtsfonds während der Coronakrise?

Die Kurzarbeit wird von der Arbeitslosenversicherung mit 80 % entschädigt. Der Wohlfahrtsfonds konnte die fehlenden 20 % ausgleichen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben somit die volle Lohnzahlung erhalten.¹ Zum Glück konnten wir diese Entschädigungen gemeinsam mit unserem Verband Patronfonds und der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) in der Krise möglich machen. Wir hatten sehr viele dankbare Reaktionen. Die vielen persönlichen Briefe und Rückmeldungen haben mich überrascht und auch berührt. Es war für viele in dieser Krise nicht selbstverständlich, die volle Lohnzahlung zu erhalten.

Welche Bedeutung hat der Wohlfahrtsfonds in «normalen» Zeiten?

Die Loeb AG arbeitet seit Jahren intensiv mit unserem Wohlfahrtsfonds zusammen. Er hilft bei finanziellen Notsituationen. Das umfasst unter anderem Prämienausstände bei der obligatorischen Krankenversicherung, ungedeckte Zahnarzt-, Arzt- und Spitalkosten, Bestattungskosten eines Elternteils bei fehlendem Vermögen, Mehrkosten infolge



Nicole Loeb ist Delegierte des Verwaltungsrats der Loeb Holding AG.

«Wenn wir verstärkt präventiv und mit weniger bürokratischen Hindernissen die Aufgaben des Wohlfahrtsfonds wahrnehmen können, hilft das allen.»

eines Wohnsitzwechsels oder notwendige therapeutische Massnahmen, die von der obligatorischen Krankenversicherung nicht übernommen werden (wie Hippotherapie für Mitarbeitende mit MS-Erkrankung). Er übernimmt Ausgleichsleistungen in die Pensionskasse bei Pensionierungen infolge Schliessung von Filialen an langjährige Mitarbeitende, die kurz vor der regulären Pensionierung stehen und aufgrund des Alters erschwerte Bedingungen haben, eine neue Stelle zu finden.

Bereits 1930 hat Loeb eine Personalfürsorge geschaffen. Eine Fürsorgerin hatte sich der Probleme der Mitarbeitenden angenommen. Was hat sich seitdem geändert?

Diese Tradition gibt es heute noch. Für uns ist es wichtig, dass unsere aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie

unsere Rentnerinnen und Rentner eine neutrale Ansprechperson haben, die in schwierigen Situationen Rat und Unterstützung bietet. 1930 gab es in der Schweiz noch keine obligatorischen Sozialversicherungen. Dies führte bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall oder Tod einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters neben dem persönlichen Leid und der Tragik rasch zu existenziellen Schwierigkeiten von ganzen Familien. Unser mittlerweile sehr gut ausgebautes und aufeinander abgestimmtes Netz der Sozialversicherungen federt heute in solchen Situationen zumindest im finanziellen Bereich vieles ab. Der Wohlfahrtsfonds greift dort, wo die bestehenden Systeme nicht ausreichen.

Erachtet der Wohlfahrtsfonds seinen aktuellen Handlungsspielraum als ausreichend?

Natürlich wären wir gerne freier im Handeln. Vor allem wünsche ich mir, dass der Zweck von Wohlfahrtsfonds stärker auf die sich wandelnde Gesellschaft ausgerichtet wird. Unsere Herausforderungen sind nicht mehr die gleichen wie vor dreissig, vierzig Jahren. Nationalrätin Daniela Schneeberger zielt mit ihrem Vorstoss² zum Thema darum in die richtige Richtung. Dieser will, dass Wohlfahrtsfonds vor allem im präventiven Bereich mehr Handlungsspielraum ermöglicht wird. Wenn wir verstärkt präventiv und mit weniger bürokratischen Hindernissen die Aufgaben des Wohlfahrtsfonds wahrnehmen können, hilft das allen. Schlussendlich stärken Wohlfahrtsfonds, die möglichst breit eingesetzt werden, unsere Wirtschaft und Gesellschaft und können durch mehr Präventionsmassnahmen langfristig Sozialwerke und Gesundheitskosten entlasten. Ich hoffe sehr, dass die Politik hier Handlungsbedarf erkennt und eine gute und zeitgemässe Lösung ausarbeitet. |

**Interview (schriftlich):
Judith Yenigün-Fischer**

¹ Siehe dazu auch Artikel von Yolanda Müller in der SPV-Januarausgabe.

² Palv 19.456.

Trois raisons à la solide performance qui pourrait attendre les prêts



Chris Sawyer
Managing Director



Tom McDonnell
Managing Director

Depuis le début de la pandémie, plusieurs facteurs techniques sont venus freiner la reprise de la classe d'actifs que constituent les prêts tout en soutenant dans le même temps d'autres classes d'actifs obligataires, comme les obligations à haut rendement. Nous estimons donc que les prêts présentent aujourd'hui une valeur relative et absolue intéressante.

1. Les rendements des prêts plus favorables que ceux des obligations

Avec les mesures de relance d'une ampleur inédite déployées par les banques centrales depuis l'apparition du COVID-19, les obligations à haut rendement ont bénéficié de flux de capitaux élevés et les spreads se sont nettement resserrés. Le rebond des prêts, un secteur qui n'a pas autant profité de cette relance, a davantage tardé à se concrétiser. Par conséquent, le marché mondial des prêts continue d'afficher en moyenne une légère décote par rapport au pair, à l'inverse du marché mondial des obligations à haut rendement. En raison de ces facteurs techniques, le différentiel de rendement entre les deux classes d'actifs reste attrayant.

Cela vient par ailleurs s'ajouter au fait que les prêts se situent plus haut dans la structure du capital et sont garantis par tout ou partie des actifs d'un emprunteur, ce qui offre une protection supplémentaire contre le risque de crédit en cas de défaut. En effet, sur les 30 dernières années, les taux de recouvrement moyens des crédits s'élèvent à 60–80%, contre 30–50% pour les obligations à haut rendement non garanties.¹

FIGURE 1 : LES RENDEMENTS DES PRETS ACTUELLEMENT FAVORABLES (%)



SOURCES: BAML; Credit Suisse. Au 31 janvier 2021.

2. Les spreads semblent compenser le risque de défaut

En termes absolus, les spreads des prêts restent bien plus prononcés que les niveaux les plus étroits qu'ils ont affichés ces trois dernières années, ce qui laisse entendre qu'ils pourraient se resserrer davantage. Parallèlement, la plupart des sociétés paraissent assez bien armées pour résister à des chocs à court terme. Elles se sont attachées à préserver leurs liquidités et ont profité d'échéances à court terme limitées. Sur le front des défauts, la situation semble donc plus facile à gérer.

Alors que les défauts impliquent effectivement une perte potentielle du capital, ils offrent le plus souvent une occasion d'en récupérer une partie au travers d'une restructuration. Ainsi, la prise en compte des hypothèses de recouvrement à long terme peut donner une idée du niveau des spreads actuels par rapport aux scénarios de perte en cas de défaut. Par exemple: à l'échelle mondiale, les prêts proposent actuellement un spread moyen d'environ 457 points de base² (pb) par rapport au taux de base, ce qui est plus intéressant que le niveau des spreads des obligations à haut rendement internationales, qui s'élève à 410 pb³. Si un investisseur table sur un taux de recouvrement moyen de 60–80% pour les prêts, un spread de 457 pb implique qu'il faudrait que le taux de défaut soit proche de ses plus hauts niveaux historiques pour effacer complètement tout spread excédentaire requis par rapport à un investissement sans risque. Selon nous, c'est là un scénario bien trop pessimiste compte tenu des liquidités injectées sur les marchés et des attentes d'une situation beaucoup plus gérable à l'avenir en matière de défaut.

3. L'environnement technique s'améliore

Ces dernières années, avec la baisse des attentes vis-à-vis des taux d'intérêt, l'intérêt des investisseurs s'est porté sur les obligations, au détriment des prêts. À l'avenir cependant, le profil de rendement intéressant des prêts pourrait contribuer à remettre la demande sur de bons rails et améliorer encore davantage le paysage technique. Tout cela vient s'ajouter à une demande stable de la part de portefeuilles CLO en hausse et à une tendance positive pour les flux des particuliers. Ces deux éléments offrent ensemble un soutien supplémentaire à l'environnement technique. Cette demande renouvelée constitue un facteur technique positif pour les prêts, avant même que toute amélioration dans « l'économie réelle » soit pleinement intégrée dans les fondamentaux. Nous estimons donc que les spreads pourront se resserrer davantage et que nous pourrions profiter d'opportunités de rendement total attrayantes à l'avenir.

Conclusion

Tout comme le ralentissement de l'économie a touché plus durement certains secteurs et certaines entreprises que d'autres, la reprise sera probablement inégale elle aussi. Elle a en effet démarré plus lentement pour la classe d'actifs des prêts que pour d'autres classes d'actifs obligataires. À l'avenir, nous pensons que les vents porteurs qui continuent de souffler sur la demande devraient favoriser un nouveau resserrement des spreads pour les prêts.

1. Source: Données de Moody's sur les défauts d'entreprises et les recouvrements. À février 2020.

Fourchettes approximatives des recouvrements historiques pour les recouvrements basés sur les cours de négociation et ceux mesurés par les recouvrements finaux.

2. Source: Credit Suisse (marge de décote de 3 ans). Au 31 janvier 2021.

3. Source: Bank of America Merrill Lynch (spread corrigé des options pour l'indice ICE BAML Global High Yield). Au 31 janvier 2021.

ACTUALITÉS EN SUISSE ROMANDE

Journée Salaire et assurances sociales

RHT assouplies, âge de la retraite et liquidation partielle

La journée de formation annuelle organisée conjointement par vps.epas et Weka a permis aux experts de présenter quelques applications correctes d'une législation sociale souvent ardue à décrypter.

En visioconférence cette année en raison des mesures sanitaires, la 4^e édition de la journée de formation «Salaire et assurances sociales» organisée par vps.epas et Weka a réuni de nombreux participants sur deux sessions.

Présentées par François Wagner, les nouveautés 2021 en matière d'assurances sociales comptent notamment l'introduction du congé paternité le 1^{er} janvier, mais aussi du congé pour proche-aidant le 1^{er} juillet ou encore, à cette même date, de la rente-pont pour les chômeurs en fin de droits de plus de 60 ans.

Dans la LPP, l'entrée en vigueur de l'art. 47a au 1^{er} janvier permet aux personnes de plus de 58 ans licenciées de demander à rester dans leur caisse de pension.

Pandémie de Covid-19 oblige, les conditions d'accès aux RHT ont été assouplies: «La durée maximale d'indemnisation est passée de 12 à 18 mois sur une période de 24 mois.» Par ailleurs, les jours de carence pendant lesquels l'employeur devait prendre en charge le salaire de l'employé victime d'une réduction imposée de son horaire de travail «ont été supprimés», mais «le délai d'annonce minimal reste fixé à 10 jours».

La sous-couverture d'une IP peut mener à une liquidation partielle douloureuse

En période de crise économique, les employés ont-ils de bonnes raisons de craindre une amputation de leur avoir de libre-passage en cas de licenciement collectif et donc de sortie forcée de la caisse de pension? C'est effectivement possible lorsqu'une institution de prévoyance en sous-couverture procède à une liquidation partielle, comme l'a montré Francis Bouvier, Directeur adjoint à la BCV et gérant d'Avena Fondation BCV 2^e pilier.

Le nombre de cas où des employés subiraient prochainement la double peine d'un licenciement et d'une réduction de leur prévoyance vieillesse devrait toutefois être très limité car «actuellement, la plupart des caisses de pensions ne sont pas en sous-couverture».

La situation est problématique lorsqu'une entreprise est confrontée à des difficultés financières alors que sa caisse de pension propre est en sous-couverture. Dans ce cas, si l'employeur procède à une réduction significative de ses effectifs, l'institution de prévoyance doit procéder à une liquidation partielle et «il arrive que les libre-passages soient réduits au prorata du degré de sous-couverture de la caisse de pension».

Francis Bouvier a énuméré les signaux d'alarme qui devraient alerter les salariés: «Une communication spécifique de la caisse de pension, l'introduction de cotisations d'assainissement, un intérêt crédité sur les comptes d'épargne ramené à zéro ou la suspension temporaire de la possibilité de puiser dans son capital de prévoyance pour acquérir un logement.» Lorsque de tels signaux sont au rouge, les représentants du personnel devraient entamer des discussions avec l'employeur avant toute difficulté économique de l'entreprise «pour qu'il s'engage à financer les pertes sur les avoirs de prévoyance en cas de liquidation partielle». Si l'employeur ne veut ou ne peut prendre un tel engagement, les employés devraient «éviter de faire des rachats dans leur caisse de pension».

Définition de la retraite à géométrie variable

L'âge de la retraite est clairement défini dans l'AVS et dans la LPP qui se réfère à l'AVS: 64 ans pour les femmes et

65 ans pour les hommes. Mais l'âge de la retraite avec une rente complète varie d'une institution de prévoyance à l'autre, dès lors qu'elles proposent une prévoyance sur-obligatoire. C'est alors «le règlement de la caisse de pension qui détermine l'âge réglementaire de la retraite», a rappelé maître Guy Longchamp. Ce même règlement peut prévoir une retraite différée ou une retraite anticipée, pré-financée par des surcotisations ou avec une baisse des prestations par rapport à la rente prévisible à l'âge terme. Dès lors, l'employeur doit être attentif lorsqu'il entend licencier un travailleur âgé: «Le Tribunal Fédéral a jugé abusif le licenciement d'une personne proche de l'âge de la retraite», a relevé le juriste.

La retraite partielle «se caractérise par un travail à temps partiel ou la réduction progressive de la durée du travail jusqu'à un niveau déterminé, avant et/ou après l'atteinte de l'âge ordinaire de la retraite». Ses conditions dépendent du règlement de l'institution de prévoyance. Reste que «le fisc n'admet pas le retrait du capital de prévoyance en tranches successives». Un employé proche de l'âge de la retraite qui souhaitait percevoir sa prestation de vieillesse sous forme de capital serait donc pénalisé en cas de mise à la retraite partielle par son employeur.

Guy Longchamp a par ailleurs attiré l'attention des employeurs sur la nécessité pour eux de bien vérifier la conformité entre le contrat de travail, la convention collective dont dépend l'employé – certaines, comme dans le gros œuvre, prévoient un droit à la retraite anticipée – et le règlement de l'institution de prévoyance.

Geneviève Brunet

Correspondante en Suisse romande



Afternoon-Series

Ausbildungszyklus «Pension Assets»:

Vermögensbewirtschaftung für Verantwortliche der 2. Säule

11./18./30. März 2021

Neu als
Webinar

Mit dem Ausbildungszyklus erhalten die Teilnehmenden ein aktualisiertes Wissen in Sachen Vermögensbewirtschaftung, kennen die Wirkungsweisen und das Zusammenspiel der Anlagen, stellen die wichtigen Fragen zur Aktivseite einer Pensionskasse und können eine Anlagestrategie auf ihre Plausibilität beurteilen. Der interaktiv geleitete Workshop unterstützt Sie in Fragen zum Asset Management.

Afternoon 1

Donnerstag, 11. März 2021

Grundwissen, «Basics»

Stefan Beiner, Leiter Asset Management,
stv. Direktor Pensionskasse des Bunds
PUBLICA

Adrian Wipf, Leiter Asset Management,
Mitglied GL BVK

Risk Management

Heinrich Flückiger, Senior Consultant
Prevanto AG

Markus Hübscher, Geschäftsführer MoreB

Afternoon 2

Donnerstag, 18. März 2021

Asset-Liability-Management

Marco Jost, Partner PPCmetrics AG

Martin Wagner, Geschäftsführer/CEO
Pensionskasse Credit Suisse Group (Schweiz)

Anlageprozess konkret

Andreas Dänzer, Leiter Kapitalanlagen, Mitglied
der Geschäftsleitung, Asga Pensionskasse
Ueli Mettler, Partner c-alm AG

Afternoon 3

Dienstag, 30. März 2021

Anlagereporting

Christoph Oeschger, CEO Avadis
Lukas Riesen, Partner PPCmetrics AG

Alternative Anlagen

Roman Denkinger, Head of Asset Management,
Mitglied der Geschäftsleitung comPlan
Christoph Gort, Partner SIGLO Capital
Advisors AG

Weitere Informationen finden Sie unter vps.epas.ch. Programmänderungen vorbehalten.

Zeit

Ganzer Kurs: 3 Nachmittage mit
6 Themenblöcken, 13.30 – 19.00 Uhr

**Kosten, Credit Points und
Anmeldung unter vps.epas.ch**

Auskünfte

Beatrice Steiner
+41 (0)41 317 07 48
bs@vps.epas.ch
vps.epas.ch

Partner/Credit Points

VVP Verband
Verwaltungsfachleute für
Personnalarbeit

SKPE CSEP
Schweizerischer
Kassenverband
Schweizerischer
Kassenverband
Schweizerischer
Kassenverband

**SAV
ASA
ASA** Schweizerische
Aktuarien-
Association Suisse
des Actuaires
Associazione Svizzera
degli Attuari

**CFA Society
Switzerland**

cicero
Kreditpunkte

**CREDIT
POINTS**
berufliche Vorsorge

Grafik des Monats / Graphique du mois

Mehr ledige Rentner Plus de retraités célibataires

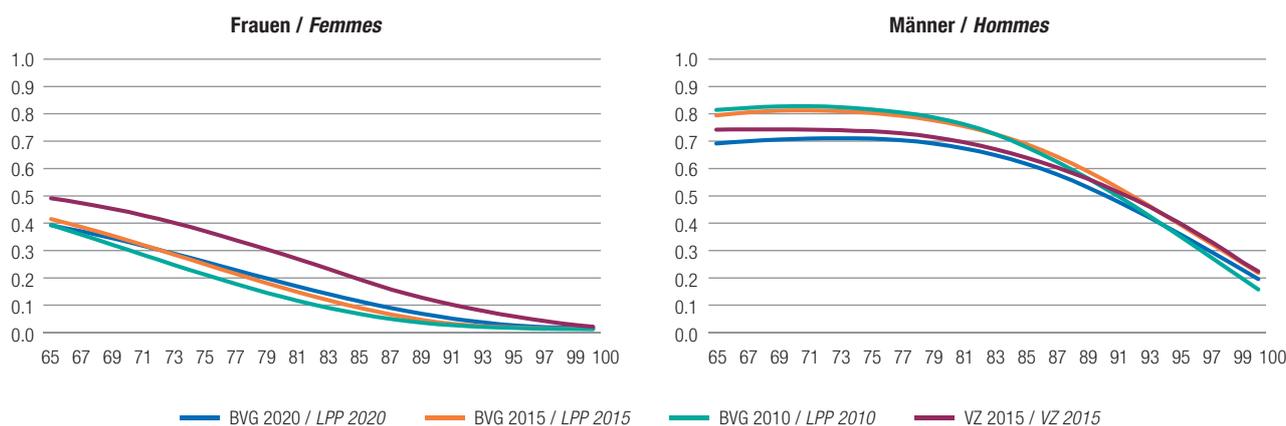
Verheiraturwahrscheinlichkeit im Rentenalter gemäss BVG 2020

In den letzten zehn Jahren ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Partnerrente ausgelöst wird, deutlich gesunken. Dies hat für Pensionskassen positive Auswirkungen.

Probabilité de mariage à l'âge de la retraite selon les bases LPP 2020

Au cours des dix dernières années, la probabilité qu'un retraité soit marié a considérablement diminué. Cela a des conséquences positives pour les caisses de pensions.

Quelle/Source: Aon



ze. Die Linien scheinen auf den ersten Blick relativ unspektakulär synchron zu verlaufen. Der deutliche Abstand zwischen der blauen und der orangen Kurve in der Grafik rechts lässt aber wohl einige Pensionskassen aufatmen. Dass die Wahrscheinlichkeit von Männern, im Rentenalter verheiratet zu sein, in der letzten Dekade statistisch gesunken ist, hat einen direkten Effekt auf die anwartschaftlichen Leistungen, die zu berappen sind. Die Kasse darf mit weniger Rentenfällen mit Hinter-

lassenschaften rechnen. Im Schnitt ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Vorsorgefall eine Partnerrente auslöst, bei Männern zwischen Alter 65 und 90 von 75 % bei BVG 2015 auf 66 % bei BVG 2020 gesunken.

Die Veränderung dieses Werts bei den Frauen (links) ist vergleichsweise gering. Er stieg sogar leicht von 21 auf 22 %. Die Frauen fallen bei dieser Rechnung jedoch aus mehreren Gründen weniger stark ins Gewicht. Erstens sind sie im BVG per se untervertreten

und haben auch viel weniger hohe Renten. Weiter hat der Umstand, dass Frauen oft ihre Gatten überleben und auch jünger sind als ihre Ehemänner, einen doppelten Effekt auf die Bedeutsamkeit dieser Statistik für Pensionskassen. Das sieht man in den Grafiken auch: Es ist viel unwahrscheinlicher, dass eine Rentnerin stirbt und einen Witwer mit Rentenanspruch hinterlässt als umgekehrt. |

ze. A première vue rien de spectaculaire, le tracé des lignes est relativement synchrone. Cependant, le net écart entre les courbes bleue et orange du graphique de droite fait probablement pousser un «ouf» de soulagement à certaines caisses de pensions. Le fait que la probabilité que les hommes soient mariés à l'âge de la retraite ait diminué entre 2010 et 2020 a un effet direct sur les prestations futures qui devront être versées. La caisse peut s'attendre à moins de cas de rente avec des prestations de

survivants à déboursier. En moyenne, la probabilité qu'un cas de prévoyance déclenche une rente de survivants a diminué. Pour les hommes entre 65 et 90 ans, cette probabilité est passée de 75 % (LPP2015) à 66 % (LPP2020).

Pour les femmes (à gauche), cette valeur a très peu changé et n'accuse qu'une légère hausse de 21 à 22 %. Cependant, les femmes pèsent moins dans ce calcul pour plusieurs raisons. Tout d'abord, elles sont sous-représentées

dans la LPP en soi et elles touchent également des rentes beaucoup plus faibles. Par ailleurs, le fait que les femmes vivent souvent plus longtemps que leur conjoint et sont aussi plus jeunes que leur mari joue un rôle important à deux égards dans cette statistique des caisses de pensions comme on le voit dans le graphique de gauche comme dans celui de droite: il est beaucoup moins probable qu'une bénéficiaire de rente décède et laisse un veuf pouvant prétendre à une rente que l'inverse. |



**EDMOND
DE ROTHSCHILD**

GRÜNE INFRASTRUKTUREN - EIN BREITES UNIVERSUM



**JEAN-FRANCIS
DUSCH**

*Infrastructure
Debt CIO*

Infrastruktur-Anleihen zur Finanzierung grüner Projekte

Infrastruktur-Anleihen erfreuen sich zunehmender Beliebtheit bei Anlegern, vor allem bei institutionellen Anlegern. Die Edmond de Rothschild Gruppe hat eine Plattform für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten in Europa und darüber hinaus eingerichtet. Dies steht im Einklang mit ihrem Engagement für nachhaltige Entwicklung, die Finanzierung der Realwirtschaft und Privatmarktstrategien.

Ein Anlageuniversum, das über erneuerbare Energien hinausgeht

Zwar ist die Energiewende ein wichtiges Thema, wenn es um grüne Infrastruktur geht, Asset Manager sollten sich aber nicht nur auf dieses Segment konzentrieren. Infrastrukturanlagen stellen ein breites Universum dar, das eine Vielzahl von ESG-Themen beinhaltet. So liefert die Finanzierung grüner Infrastrukturen einen Beitrag zur Energiewende, digitalen Infrastruktur, Modernisierung der öffentlichen Dienste, Mobilität, insbesondere zur grünen Mobilität, und zur sozialen Infrastruktur, beispielsweise in den Bereichen Gesundheit und Bildung, wo das Thema der Energieeffizienz eine wichtige Rolle spielt.

Die Investition in Anleihen zur Finanzierung des Projekts Limpio (siehe Kasten) ist ein Beispiel für eine Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen, in diesem Fall der Abfallbehandlung, im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft. Diese Form der Zusammenarbeit wird im Infrastrukturbereich häufig gewählt. Zwar sind erneuerbare Energien ein wichtiges Segment im Bereich der grünen Infrastruktur, das ein bedeutendes Gewicht in Infrastruktur-Portfolios einnimmt.

Die Vielzahl unterschiedlicher Sektoren ermöglicht jedoch eine breite Diversifikation. Dies bietet Anlegern Schutz vor systemischen Risiken, falls in einem Sektor Schwierigkeiten auftreten.

Vorteile von Infrastruktur-Anleihen

Infrastruktur-Anleihen sind oft durch langfristige öffentliche oder private Verträge abgesichert, die eine gute Prognostizierbarkeit der künftigen Erträge des finanzierten Projekts bieten. Anleger kennen somit das zu erwartende Zins- und Tilgungsprofil, wenn sie einem Manager Geld anvertrauen. Dies war in den letzten Jahren ein wichtiger Faktor für die Attraktivität dieser Anlageklasse.

Das Verhältnis zwischen Risiko und Rendite sowie zwischen Ausfallrisiko und Einbringungsquote ist im Vergleich zu Unternehmensanleihen mit ähnlichem Risikoprofil, insbesondere Titel mit BB-/BBB-Rating, sehr attraktiv.

Es besteht ein erheblicher Spielraum für eine Diversifikation zwischen Sektoren/Teilektoren, Branchen, Ländern, Regionen, Technologien, industriellen und finanziellen Sponsoren, Anlagenherstellern und Betreibern. Innerhalb der erneuerbaren Energien gliedert sich der Solarsektor beispielsweise in Sonnenwärmekraftwerke und Photovoltaik. Zudem kann der Manager in verschiedenen Ländern mit soliden regulatorischen Rahmenbedingungen investieren und Projekte finanzieren, in die eine Vielzahl von Entwicklern und Anlagenherstellern involviert sind. Die Möglichkeit zur Diversifikation ist hoch.

Die ESG-Komponente ist ebenfalls von Bedeutung.

Berücksichtigung von ESG-Aspekten

Gute Manager berücksichtigen spezifische ESG-Kriterien im Rahmen der Asset Allocation und Titelauswahl, wobei den Kreditnehmern auch bestimmte Verpflichtungen (Covenants) auferlegt werden, die sie innerhalb der Laufzeit der Schuldtitel erfüllen müssen, um beispielsweise die Reduktion

der CO₂-Emissionen oder den Beitrag zu den Zielen zur Eindämmung des Klimawandels zu überwachen und zu messen. Die Überwachung von ESG-Aspekten und die diesbezügliche Berichterstattung werden immer umfangreicher, und das Engagement einiger Investoren, die sich hier seit 2017 betätigen, trägt nun Früchte. Institutionelle Anleger stellen in diesem Bereich heute hohe Anforderungen und Erwartungen. Dieser Trend wird unter anderem durch das Inkrafttreten der neuen europäischen Taxonomie-Verordnung weiter verstärkt.

Asset Manager, die diesen Trend frühzeitig erkannt haben, sind gut aufgestellt, um diversifizierte und ertragsstarke grüne Infrastruktur-Portfolios für institutionelle Anleger zu entwickeln, da in der Schweiz gerade günstige regulatorische Rahmenbedingungen für Investitionen in diese Anlageklasse in Kraft getreten sind.

PROJEKT LIMPIO, EIN BEISPIEL FÜR DIE FINANZIERUNG ÖFFENTLICHER DIENSTLEISTUNGEN

- Refinanzierung einer modernen Abfallbehandlungsanlage, einer Mülldeponie in Spanien und von 14 Ökoparks. Das Projekt zielt mit einer Behandlungskapazität von 120.000 Tonnen Abfall pro Jahr auf die Versorgung von mehr als 180.000 Einwohnern.
- Der Kreditnehmer muss jährlich einen externen Bericht über die sozialen Auswirkungen und Nachhaltigkeitseffekte gemäß den Green Loan Principles der Loan Market Association (LMA) und den Äquator-Prinzipien vorlegen, die mittlerweile als Maßstab für die Bewertung von ESG-Risiken gelten.
- Der Konzessionsvertrag sieht Strafen für unzureichende Leistungen vor (z. B. Abfallquote), die zu einer Verschärfung der Lock-Up-Klausel führen können, was die Fähigkeit des Kreditnehmers zur Zahlung von Dividenden einschränkt und somit gute Praktiken fördert.

Dieses Dokument wurde von Edmond de Rothschild (Suisse) S.A. erstellt. (nachfolgend «Edmond de Rothschild»), 18 rue de Hesse, 1204 Genf, Schweiz, eine Schweizer Bank, die von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) zugelassen ist und reguliert wird. Sie ist nicht für Personen bestimmt, die Bürger, Wohnsitz oder Aufenthaltsort in einem Land oder einer Gerichtsbarkeit sind, in dem ihre Verteilung, Veröffentlichung, Verfügbarkeit oder Nutzung gegen die geltenden Gesetze oder Vorschriften verstoßen würde. Dieses Dokument, das keinen Vertragscharakter hat, wird nur zu Informationszwecken zur Verfügung gestellt und sollte nicht als persönliche Anlageberatung oder als Empfehlung, Anreiz oder Angebot zum Kauf, Verkauf oder Halten von Wertpapieren oder Finanzinstrumenten oder zur Umsetzung einer Anlagestrategie angesehen werden. Die in diesem Dokument enthaltenen Zahlen, Kommentare und Analysen spiegeln die Meinung der Edmond de Rothschild Gruppe zu den Märkten wider, die auf ihrer Expertise, ihren wirtschaftlichen Analysen und den ihr zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vorliegenden Informationen basiert und sich daher ändern kann. Die in diesem Dokument enthaltenen Zahlen, Kommentare, Analysen und Finanzanalysen können bei der Lektüre durch Anleger aufgrund des Datums der Veröffentlichung des Dokuments oder aufgrund von Marktentwicklungen falsch, veraltet oder irrelevant sein.

Jede Anlage ist mit Risiken verbunden, insbesondere mit dem Risiko von Kurs- und Ertragsschwankungen. Wertentwicklung und Volatilität in der Vergangenheit sind kein Hinweis auf die künftige Wertentwicklung und Volatilität und sind im Laufe der Zeit nicht konstant.

Edmond de Rothschild (Suisse) S.A., Rue de Hesse 18, 1204 Genf, Schweiz / T +41 58 201 75 40 / contact-am-ch@edr.com

Marco Bagutti, Leiter Kapitalanlagen, Stiftung Auffangeinrichtung BVG

Kryptische Gedanken

Während traditionelle Währungen und Wertpapiere über Wochenenden und Feiertage Handelspausen kennen, gibt es solche für die ausschliesslich virtuell existierenden und gehandelten Kryptowährungen nicht. So rutschte der Schweizer Franken handelslos und im Wert unverändert in die ersten drei Tage des Jahres 2021. Beim Bitcoin hingegen, der mit Abstand wichtigsten Kryptowährung, ging das bereits früh im Dezember gestartete Neujahrfeuerwerk auch in diesen Tagen und Nächten weiter. Im Zeitraum von Mitte Dezember bis Ende der ersten Januarwoche verdoppelte sich der Wert des Bitcoins gegenüber dem US-Dollar. Höchste Zeit also, um sich aus Sicht der Schweizer Pensionskassen Gedanken zu den Kryptowährungen zu machen respektive diese fortzusetzen.



«Die Kryptowährung existiert so lange, wie die Leute Vertrauen in sie haben. Sie unterscheidet sich diesbezüglich nicht von den herkömmlichen Währungen.»

Die Geschichte der Kryptowährungen begann während der Finanzkrise 2007/2008. Unter dem Titel «Bitcoin: A Peer-to-Peer Electronic Cash System» erschien ein neunseitiges Skript, das die Grundlagen einer virtuellen Währung beschrieb. Zur ersten Zahlung kam es im Mai 2010, als ein Programmierer in Florida seine zwei online bestellten Pizzen mit 10 000 Bitcoin bezahlte. Er hätte sich wohl den Hunger etwas aufgespart oder aber in ordinären US-Dollars bezahlt, wäre er sich der kommenden Wertsteigerung seiner Bitcoins bewusst gewesen. 10 000 Bitcoin entsprechen am 10. Januar 2021 mehr als 400 Mio. US-Dollar. Die Kryptowährungen wurden als von Nationen und Notenbanken unabhängiges Online-Zahlungsmittel geschaffen. Es ging darum, den Zahlungsverkehr im Internet global, unbürokratisch und rasch abwickeln zu können. Der Missbrauch der Anonymität der in Kryptowährungen abgewickelten Zahlungen durch kriminelle Organisationen war wohl ebenso wenig in der Absicht des Erfinders wie das Benutzen der Kryptowährungen als Wertaufbewahrungsmittel. Seit Jahren sind sie zudem ein erstklassiges Spekulationsobjekt. Schuld daran sind zu einem rechten Teil die Notenbanken, die beim Ausweiten der Geldmenge kaum noch Tabus kennen. Eine Notenbank kann nach eigenem Gutdünken beliebig viele neue Einheiten ihrer Währung in Umlauf bringen, beispielsweise indem sie Staats- und Unternehmensanleihen für Hunderte von Milliarden erwirbt und mit neu von ihr herausgegebenem Geld bezahlt. Anders verhält es sich bei den Kryptowährungen. Da ist die Geldmenge klar begrenzt. Beim Bitcoin sollen es maximal 28 Millionen Einheiten sein. Dies kann sie zu einem Inflationsschutz gegenüber herkömmlichen Währungen machen.

Bitcoin-Fans sind der Ansicht, dass ihre Kryptowährung einen ebenso sicheren Hafen in Krisenzeiten darstellen kann wie Gold. Diesbezüglich bin ich skeptisch. Seit die Menschheit

das Gold entdeckt hat, ist sie von diesem physisch existierenden, wunderschön glänzenden, zu Schmuck und Kunstwerken verarbeitbaren Edelmetall fasziniert und wird es wohl immer bleiben. Eine Kryptowährung ist hingegen nichts anderes als ein Code, der auf unzähligen über den Globus verteilten Rechnern verarbeitet wird. Die Kryptowährung existiert so lange, wie die Leute Vertrauen in sie haben. Sie unterscheidet sich diesbezüglich nicht von den herkömmlichen Währungen. Auch sie sind so viel wert wie das Vertrauen, das ihre Benutzer in sie haben.

Oft wird auch die tiefe Korrelation der Kryptowährungen zu den übrigen traditionellen Anlagekategorien von Investoren hervorgehoben. Sie würde der Verbesserung des Rendite-Risiko-Profiles in einem Portfolio dienen. Diesen Beweis müssen sie

allerdings erst noch erbringen. Während der ersten Phase der Coronapandemie, als die Aktienbörsen innert gut zwei Wochen einen Drittel ihrer Bewertung einbüssten, verlor der Bitcoin über 40 %. Zudem eignet sich nicht jede Anlage, die gegenüber Aktien und Obligationen eine tiefe oder negative Korrelation aufweist, auch für ein Pensionskassenportfolio. Ansonsten wären wohl zahlreiche Pensionskassenverantwortliche geneigt, in Wein, Kunst oder Briefmarken zu investieren.

Die allermeisten Schweizer Pensionskassen halten Grundsätze für die Vermögensanlage fest. Diese bilden die Basis für ein gemeinsames Verständnis in den Gremien zur Anlage des Pensionskassenvermögens. Eine Regel, die in den allermeisten Grundsätzen enthalten ist, lautet, dass die Gelder nur dort investiert werden sollen, wo auch eine ökonomisch erklärbare Risikoprämie erwartet werden kann. Bei Währungen ist eine solche Risikoprämie grundsätzlich nicht zu erwarten, auch nicht bei den Kryptowährungen. Hinzu kommt, dass es (noch) keine auf Bitcoins oder andere Kryptowährungen lautende festverzinsliche Wertpapiere wie etwa Obligationen gibt. Ein Phänomen ist der gigantische, zur Führung der Kryptowährungen notwendige Stromverbrauch. Der lässt sich mit gängigen ESG-Prinzipien schwer vereinbaren.

Aus meiner Sicht dürfen die Schweizer Pensionskassen den spekulativen Kurssprüngen der Kryptowährungen noch länger zuschauen, ohne sich selber engagieren zu müssen. Ein wachsaues Auge sollten sie aber für die Inflationsentwicklung der Nach-Corona-Zeit haben. ■

In der Märzausgabe der «Schweizer Personalvorsorge» lesen Sie einen Kommentar von Jérôme Cosandey.



**EDMOND
DE ROTHSCHILD**

LES INFRASTRUCTURES VERTES OFFRENT UN UNIVERS EXHAUSTIF



**JEAN-FRANÇOIS
DUSCH**

*Directeur de la
Gestion en Dette
d'Infrastructure*

La dette d'infrastructure, soutien au développement de projets verts

La dette d'infrastructure attire un nombre croissant d'investisseurs, notamment institutionnels. Le groupe Edmond de Rothschild a mis en place une plateforme qui contribue au financement des projets d'infrastructures en Europe et au-delà, en ligne avec son engagement en faveur du développement durable, du financement de l'économie réelle et des stratégies de marchés privés.

Un univers d'investissement au delà des énergies renouvelables

Si les infrastructures vertes incarnent la transition énergétique, un gestionnaire d'actif ne doit pas pour autant se concentrer uniquement sur ce segment. Les infrastructures couvrent un univers large et diversifié avec un respect et une contribution significative aux enjeux et critères ESG. Financer les infrastructures vertes, c'est participer à la transition énergétique, aux infrastructures digitales, à la modernisation des services publics, à la mobilité - notamment verte - ou encore aux infrastructures sociales répondant aux critères d'efficacité énergétique, dans les domaines de la santé et de l'éducation par exemple.

L'investissement en dette dans le projet Limpio (cf. encadré) est un exemple de financement de service public, en l'occurrence le traitement des déchets, sous forme de partenariat public-privé (autre thème central dans le domaine des infrastructures). Il en découle un constat : lorsque les énergies renouvelables constituent un secteur clef

des infrastructures vertes et une part significative du portefeuille des gestionnaires de dette d'infrastructure, elles représentent un élément important de diversification grâce aux différents sous-secteurs qu'elles comprennent. Cela contribue à protéger les investisseurs d'un risque systémique en cas de difficultés dans un secteur donné.

Les avantages d'une stratégie de dette d'infrastructure

Les actifs d'un portefeuille de dette d'infrastructure sont souvent soutenus par des contrats publics ou corporate de longue durée offrant de la visibilité sur les revenus futurs du projet financé. Par conséquent, les investisseurs peuvent prévoir le profil de génération d'intérêt et du remboursement en capital des montants qu'ils ont confiés à un gestionnaire. C'est un facteur essentiel qui explique le fort intérêt pour cette classe d'actifs ces dernières années.

Les couples risque/rendement et risque de défaut/taux de recouvrement sont très attractifs comparés à la dette d'entreprise avec un profil de risque équivalent, notamment BB/BBB.

Les possibilités de diversifications sont significatives entre secteurs/sous-secteurs, industries, pays, régions, technologies, sponsors industriels et financiers, équipementiers et opérateurs. En matière d'énergies renouvelables par exemple, le sous-secteur solaire permet un choix technologique CSP ou photovoltaïques. Le gestionnaire peut investir dans différents pays avec des cadres réglementaires éprouvés et financer des projets impliquant une multitude de développeurs et équipementiers. La diversification est réelle.

Enfin, la dimension ESG est importante.

L'Intégration des aspects ESG

Les gestionnaires de dette d'infrastructure avisés ont intégré des critères ESG précis dans leur processus de sélection et de structuration d'actifs. Ces critères imposent

certaines obligations (covenants) aux emprunteurs sur la durée des instruments de dette comme contrôler et mesurer les émissions de CO² évitées ou contribuer aux objectifs de limitation du réchauffement climatique. Le suivi et le reporting de ces aspects ESG sont de plus en plus exhaustifs. Le pari fait par certains investisseurs depuis 2017 porte ses fruits. Les investisseurs institutionnels ont désormais effectivement des contraintes et attentes élevées dans ce domaine. Cette tendance s'est notamment accentuée avec l'entrée en vigueur d'une nouvelle réglementation européenne couvrant la taxonomie.

Les gestionnaires d'actifs ayant anticipé cette tendance devenue réalité sont bien placés pour développer des portefeuilles d'infrastructures vertes diversifiés et performants destinés aux investisseurs institutionnel. En Suisse, un cadre réglementaire favorable à l'investissement dans cette classe d'actifs est entré en vigueur.

PROJET LIMPIO, UN EXEMPLE DE FINANCEMENT DE SERVICE PUBLIC

- Le projet Limpio finance une usine moderne de traitement des déchets, une décharge en Espagne ainsi que 14 éco-parcs. Fort d'une capacité de traitement de 120 000 tonnes de déchets par an, ce projet profite à plus de 180 000 habitants.
- L'emprunteur doit fournir un rapport annuel externe afin de mesurer l'impact éthique et de développement durable sur la base des Green Loan Principles établis par la Loan Market Association (LMA) et des principes de l'Équateur, nouvelle référence en matière d'évaluation des risques ESG.
- L'accord de concession impose des pénalités en cas de sous-performances (ex : taux de rejet de déchets) pouvant entraîner l'augmentation de la clause de Lock Up limitant la capacité de l'emprunteur à verser des dividendes. Cela incite aux bonnes pratiques.

Avertissement : Ce document a été élaboré par Edmond de Rothschild (Suisse) S.A. (ci-après « Edmond de Rothschild »), sise 18 rue de Hesse, 1204 Genève, Suisse, une banque suisse agréée et réglementée par l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers (FINMA). Il n'est pas destiné aux personnes qui seraient citoyennes, domiciliées ou résidentes, ou aux entités enregistrées dans un pays ou une juridiction dans lesquels sa distribution, sa publication, sa mise à disposition ou son utilisation seraient contraires aux lois ou règlements en vigueur. Ce document, qui n'est pas de nature contractuelle, vous est remis à titre d'information uniquement et ne doit pas être considéré comme un conseil en placement personnalisé ni comme une recommandation, incitation ou offre en faveur de l'achat, de la vente ou de la détention de quelque valeur mobilière ou instrument financier que ce soit, ou de la mise en œuvre d'une quelconque stratégie d'investissement. Les chiffres, commentaires, analyses contenus dans ce document reflètent l'opinion du groupe Edmond de Rothschild sur les marchés, basé sur son expertise, ses analyses économiques et sur les informations en sa possession lors de la publication, qui peuvent donc évoluer. Les chiffres, commentaires, analyses et recherches d'investissement contenus dans ce document peuvent être incorrects, obsolètes ou non pertinents lorsqu'ils sont lus par les investisseurs en raison de la date de publication du document ou de l'évolution du marché. Tout placement comporte des risques, en particulier des risques de fluctuation des cours et des rendements. Les performances et les volatilités passées ne préjugent pas des performances et des volatilités futures et ne sont pas constantes dans le temps.

Edmond de Rothschild (Suisse) S.A., Rue de Hesse 18, 1204 Genève, Suisse / T +41 58 201 75 40 / contact-am-ch@edr.com

Marco Bagutti, Responsable Placements financiers, Fondation Institution supplétive LPP

Réflexions cryptiques

Alors que la négociation des devises et des titres traditionnels est interrompue les week-ends et les jours fériés, les cryptomonnaies, dont l'existence et le négoce sont purement virtuels, ne connaissent pas de telles pauses. Le franc suisse, par exemple, n'a fait l'objet d'aucun négoce au cours des trois premiers jours de l'année 2021 et sa valeur est restée inchangée. Pour le bitcoin en revanche, qui est de loin la plus importante des cryptomonnaies, le feu d'artifice du Nouvel An avait déjà démarré début décembre et s'est poursuivi jour et nuit pendant et au-delà des fêtes de fin d'année. Entre la mi-décembre et la fin de la première semaine de janvier, la valeur du bitcoin a doublé par rapport au dollar américain. Il est donc grand temps pour les caisses de pensions suisses de commencer à s'intéresser aux cryptomonnaies si ce n'est déjà fait, ou de continuer à les observer dans le cas contraire.

Les origines des cryptomonnaies remontent à la crise financière de 2007/2008. Un script de neuf pages décrivant les bases d'une monnaie virtuelle avait été publié à l'époque sous le titre «Bitcoin: A Peer-to-Peer Electronic Cash System». Le premier paiement a été effectué en mai 2010 par un programmeur en Floride qui a déboursé 10 000 bitcoins pour deux pizzas commandées en ligne. Il aurait sans doute préféré rester sur sa faim ou payer en dollars ordinaires s'il avait su à quel point la valeur du bitcoin allait exploser. 10 000 bitcoins équivalaient à plus de 400 millions de dollars au 10 janvier 2021. Les cryptomonnaies ont été créées en tant que moyen de paiement en ligne indépendant des nations et des banques centrales. L'idée était de pouvoir réaliser des transactions de paiement sur Internet de manière globale, rapide, et non bureaucratique. L'inventeur n'avait sans doute pas l'intention d'aider les organisations criminelles qui profitent de l'anonymat des paiements en cryptomonnaies, ni de conférer aux cryptomonnaies le rôle d'une réserve de valeur. En outre, elles sont la cible d'une spéculation soutenue depuis des années. Les banques centrales sont largement responsables de cette situation, car elles ne reculent pratiquement plus devant rien lorsqu'il s'agit d'augmenter la masse monétaire. Une banque centrale peut mettre en circulation autant de nouvelles unités de sa monnaie qu'elle le souhaite, par exemple en achetant des obligations souveraines et d'entreprises pour des centaines de milliards et en les payant avec de l'argent nouvellement émis. La situation est différente avec les cryptomonnaies. Dans leur cas, la masse monétaire est clairement limitée. Pour le bitcoin, ce plafond se situerait à 28 millions d'unités. Cela peut en faire une couverture contre l'inflation des devises conventionnelles.

Les adeptes du bitcoin sont d'avis que leur cryptomonnaie peut être un refuge aussi sûr que l'or en temps de crise. Je suis sceptique sur ce point. Depuis que l'humanité a découvert l'or,

ce métal précieux qui existe physiquement, brille magnifiquement, et peut être transformé en bijoux et en œuvres d'art exerce sur elle une fascination sans doute éternelle. Une cryptomonnaie, en revanche, n'est rien d'autre qu'un code traité par d'innombrables ordinateurs répartis sur la planète. La crypto-

monnaie existera tant que les gens ont confiance en elle. Elle n'est pas différente des monnaies traditionnelles à cet égard. Elles valent aussi autant que la confiance placée en elles par leurs utilisateurs.

Les investisseurs aiment également souligner la faible corrélation des cryptomonnaies avec les autres classes d'actifs traditionnelles. Elle permettrait, selon eux, d'améliorer le profil de risque/rendement d'un portefeuille. Cependant, ils doivent encore le prouver. Pendant la première phase de la pandémie de coronavirus,

lorsque les marchés boursiers ont cédé un tiers de leur valeur en un peu plus de deux semaines, le bitcoin a perdu plus de 40%. Par ailleurs, tous les placements qui ont une corrélation faible ou négative avec les actions et les obligations ne conviennent pas à un portefeuille de caisse de pensions. Sinon, de nombreux gestionnaires de caisses seraient sans doute enclins à investir dans le vin, l'art ou les timbres.

La grande majorité des caisses de pensions suisses fixent des principes pour le placement des actifs. Ceux-ci forment la base d'une entente consensuelle, dans les organes dirigeants, sur la manière de placer la fortune de la caisse de pensions. Une règle contenue dans la grande majorité des principes est que les capitaux ne doivent être investis que lorsqu'une prime de risque économiquement justifiable peut être attendue. Dans le cas des devises, une telle prime de risque ne peut généralement pas être attendue, et les cryptomonnaies ne font pas exception. En outre, il n'existe pas (encore) de titres à revenu fixe, comme les obligations, libellés en bitcoins ou autres cryptomonnaies. La consommation d'énergie gigantesque nécessaire pour faire fonctionner les cryptomonnaies est également un facteur à considérer, car elle est difficilement conciliable avec les principes ESG standard.

A mon avis, les caisses de pensions suisses peuvent encore se contenter de suivre les bonds spéculatifs du cours des cryptomonnaies en observatrices pendant un bon moment sans devoir s'impliquer elles-mêmes. En revanche, elles doivent garder un œil sur la tendance inflationniste dans l'ère de l'après-coronavirus. ■

*«La cryptomonnaie
existera tant que les gens
ont confiance en elle.
Elle n'est pas différente
des monnaies traditionnelles
à cet égard.»*

Dans le numéro de mars de la «Prévoyance Professionnelle Suisse», vous lirez un commentaire de Jérôme Cosandey.

Jetzt
abonnieren:
penso.ch



Penso+
Vertiefungs-Webinare

PENSO

HR, Sozialversicherungen,
Personalvorsorge

Penso bietet als Webplattform und Zeitschrift Hintergrundwissen und Aktuelles rund um Personalmanagement, Sozialversicherungen, betriebliches Gesundheitsmanagement und berufliche Vorsorge sowie News aus den Verbänden, wegweisende Gerichtsentscheide und schliesslich Leithilfen zu Lebens- und Arbeitswelten.

Wählen Sie Ihr passendes Abonnement

Kurzabonnement Penso

Fr. 25.–

Während 7 Wochen

Unbeschränkter Zugang zu allen Inhalten auf penso.ch auf all Ihren Geräten

1 Print-Ausgabe

Zeitschrift als E-Paper lesen

Jahresabonnement Penso

Fr. 160.–

Während 1 Jahr

Unbeschränkter Zugang zu allen Inhalten auf penso.ch auf all Ihren Geräten

8 Print-Ausgaben

Zeitschrift als E-Paper lesen

Mehrfachabonnement Penso

Fr. 120.– pro Abonnement*

Während 1 Jahr

Unbeschränkter Zugang zu allen Inhalten auf penso.ch auf all Ihren Geräten

8 Print-Ausgaben

Zeitschrift als E-Paper lesen

* Der Preis gilt ab einer Bestellung von mindestens drei Abonnements während 1 Jahr

Firmenabonnement Penso

Fr. 880.–

Während 1 Jahr

Unbeschränkter Zugang zu allen Inhalten auf penso.ch für alle Mitarbeitenden sowie jeweils 8 Exemplare der Printausgabe, die 8 Mal jährlich erscheint

Zeitschrift als E-Paper lesen

Unternehmen, Institutionen und öffentliche Betriebe mit einer fixen IP-Range gewähren den Mitarbeitenden, Schülern und Studenten freien Zugang auf Penso.ch ohne Passwort und Registrierung.

Penso+

Das Abo mit Vertiefungs-Webinaren

Leserinnen und Leser von Penso erhalten regelmässig Gelegenheit, aufgegriffene Themen mit einem Webinar zu vertiefen und ihre spezifischen Fragen an unsere Expertinnen und Experten zu stellen. Diese Penso-Webinare können einzeln unter vps.epas.ch oder gleich zusammen mit dem Abonnement von Penso gebucht werden (Penso+).

Penso+ Vertiefungs-Webinare

Montag, 29. März 2021, 15.00 Uhr

Unfallversicherung

Mittwoch, 23. Juni 2021, 12.30 Uhr

Digitalisierung in den Sozialversicherungen

Mittwoch, 25. August 2021, 11.00 Uhr

Psychosomatische Alarmsignale am Arbeitsplatz

Montag, 27. September 2021, 11.00 Uhr

IV-Revision

Dienstag, 9. November, 15.00 Uhr

Altersvorsorge-Revision AHV und BVG

Jahresabonnement

Penso+

Fr. 325.–

Während 1 Jahr

Unbeschränkter Zugang zu allen Inhalten auf penso.ch auf all Ihren Geräten

8 Print-Ausgaben

Zeitschrift als E-Paper lesen

Freie Teilnahme an allen Vertiefungs-Webinaren

(siehe rechte Seite)

Penso+ Vertiefungs-Webinare sind Angebote «on demand». Die Webinar-Teilnehmenden können live daran teilnehmen, oder sie zu einem späteren Zeitpunkt anschauen.

Gebucht werden können Abonnements Penso+ auf: penso.ch/services/abonnements/

Auf unserer Website vps.epas.ch können die Webinare auch einzeln gebucht werden.

Auskünfte Vertiefungs-Webinare

Rita Käslin, +41 (0)41 317 07 60, rk@vps.epas.ch, vps.epas.ch

Auskünfte Abonnements

Patricia Bärtschi Schmid, +41 (0)41 317 07 24, pbs@vps.epas.ch, vps.epas.ch

Dank integriertem Rechnungswesen ist Ihre Buchhaltung jederzeit auf aktuellem Stand

M&S Pension beinhaltet ein integriertes Rechnungswesen. Darum müssen Sie sich nie mehr um Kontierungs- oder Abstimmprobleme Ihres Verwaltungsgeschäfts kümmern.

Via «Drilldown» können Sie zudem für jede Buchung deren Ursprung ermitteln. Das schafft für Sie sowie Ihre Revision hohe Nachvollziehbarkeit und Transparenz!



Mehr:
www.m-s.ch/rechnungslegung



Claude Chatelain, Vorsorge- und Finanzjournalist, Bern

Die Heiratsstrafe gehört nicht in die laufende AHV-Revision

Zum Beispiel Sylvia Locher. Die 65-Jährige präsidiert den Verein Pro Single Schweiz. Was sie nervt, nervt nicht nur sie: das Gejammer über die Heiratsstrafe. Gewiss, heiraten heisst, die Rechte halbieren und die Pflichten verdoppeln. Dies soll Arthur Schopenhauer schon vor über 160 Jahren gesagt haben. Doch Politiker der CVP beziehungsweise der Mitte-Partei verstehen unter der Heiratsstrafe etwas anderes: die Plafonierung der AHV-Rente auf maximal 150 % einer maximalen vollen AHV-Rente.

Dass das ein krasser Nachteil gegenüber Konkubinatspaaren ist, braucht nicht näher erläutert zu werden. Es soll Paare geben, die sich gerade deshalb scheiden lassen, um dadurch die Entplafonierung zu erwirken.

Wahrscheinlich gibt es bei solchen Paaren nichts zu erben. Wohnt das Paar nicht im Kanton Schwyz, fallen Erbschaftssteuern an, sollte der Partner oder die Partnerin begünstigt werden. Zudem muss man wissen, dass Ehepartner von der Beitragspflicht befreit sind und keine Beitragslücken in Kauf nehmen müssen, solange der andere Partner AHV-Beiträge bezahlt, womit der AHV über 200 Mio. Franken entgehen. Doch der wirklich ins Gewicht fallende Heiratsbonus sind die Witwen- und Witwerrenten und der Verwitwetenzuschlag.

Ein Blick in die AHV-Statistik verrät denn auch, dass Witwen deutlich bessergestellt sind als Single-Frauen. Von all den ledigen, geschiedenen, verwitweten, getrennten und verheirateten Frauen ohne rentenberechtigten Mann kam im Dezember 2019 nur jede vierte, 25.7 %, in den Genuss einer maximalen Vollrente der AHV. Bei Witwen sind es 40 %.

Warum das hier thematisiert wird? Weil die Sozial- und Gesundheitskommission des Ständerats (SGK-S) die Plafonierung der AHV-Renten von 150 auf 155 % anheben will. Dieses Ansinnen ist nicht neu. Aber ist es zielführend, dies im Rahmen der laufenden AHV-Revision zu tun?

Deshalb die Frage an Pirmin Bischof, CVP-Ständerat aus dem Kanton Solothurn: «Wie beurteilen Sie das Risiko, dass mit der Erhöhung der Plafonierungsgrenze die AHV-Revision beim Volk durchfällt, weil dann nicht nur jene Nein stimmen, die gegen eine Erhöhung des Frauenrentenalters sind, sondern auch jene, die an der Plafonierung wegen der damit verbundenen Kosten nicht rütteln wollen?» Die E-Mail-Anfrage blieb bis Redaktionsschluss unbeantwortet. Rund 650 Mio. Franken wären



«Die Linken dürften nicht abgeneigt sein, die Aufweichung der Plafonierung zu unterstützen, um damit an der Urne zusätzliche Nein-Stimmen zu generieren.»

es, welche die AHV Jahr für Jahr zusätzlich an Renten auszahlen müsste, wenn die Plafonierung auf 155 % angehoben würde. Ein willkommenes Argument für die Linken, die den Vorschlag ihres Bundesrats mit dem Slogan bekämpfen: «Keine Sparvorlage auf dem Buckel der Frauen.» Die Linken dürften deshalb nicht abgeneigt sein, die Aufweichung der Plafonierung zu unterstützen, um damit an der Urne zusätzliche Nein-Stimmen zu generieren.

Ob der Ständerat dem Vorschlag seiner Kommission folgen wird, wissen wir nach der Frühjahrssession. Kaum anzunehmen ist, dass der Nationalrat auf die gleiche Idee kommt. Zumindest die Haltung von dessen SGK-Präsidentin Ruth Humbel ist klar: «Wir sollten jetzt die Mini-AHV-Reform mit der Anpassung des Frauenrentenalters, der Flexibilisierung, den Ausgleichsmassnahmen und einer gewissen Mehrfinanzierung möglichst rasch durchbringen», sagt die CVP-Nationalrätin im Interview in der Januar-Ausgabe dieser Zeitschrift. «Erst nachher sollten wir eine substantielle Reform angehen, wo wir die AHV der heutigen gesellschaftspolitischen Realität anpassen müssen.»

Das heisse Eisen der laufenden AHV-Revision sind die Ausgleichsmassnahmen zur Abfederung des höheren Frauenrentenalters. Mit der Rentenaltererhöhung liessen sich bis 2031 rund 10 Mrd. Franken einsparen, wobei die Kompensationsmassnahmen insgesamt mit 3.25 Mrd. Franken veranschlagt werden. 2031 wären es dann immer noch 700 Mio. Franken.

«Es kann doch nicht sein, dass 55-Jährige noch von Ausgleichsmassnahmen profitieren können», sagte SVP-Ständerat Alex Kuprecht Mitte Dezember in diesen Spalten. Sechs statt zehn Jahre findet er als Übergangsgeneration angemessen. Das ist denn auch das, was eine knappe Kommissionsmehrheit Ende Januar beschlossen hatte. Damit würden 2030 noch Kosten von 440 statt 700 Mio. Franken anfallen. Wie schwer sich die Ständeräte mit diesen Ausgleichsmassnahmen tun, zeigt der Umstand, dass die Kommission mehr als zwei Dutzend Varianten zu beraten hatte.

Ob 440 oder 700 Mio. Franken – die Linken werden so oder so Nein sagen. Das war schon im Herbst 2010 der Fall. CVP und FDP kamen den Linken mit einer sozialen Abfederung für Frauen mit tiefen Einkommen entgegen. Den Linken genügte das nicht, die Revision kam in der Schlussabstimmung zu Fall. ■



Claude Chatelain, journaliste financier spécialisé dans la prévoyance, Berne

La pénalisation du mariage n'a pas sa place dans la révision actuelle de l'AVS

Prenez Sylvia Locher, la présidente de 65 ans de l'association Pro Single Schweiz. Les jérémiades au sujet de la pénalisation du mariage l'exaspèrent, et elle n'est pas la seule. Certes, se marier signifie réduire de moitié ses droits et doubler ses obligations. Arthur Schopenhauer aurait déjà utilisé la formule il y a plus de 160 ans. Mais les politiciens du PDC, ou du Centre, comme il convient désormais de l'appeler, font allusion à une autre pénalisation du mariage: le plafonnement de la rente AVS à 150 % au maximum d'une rente AVS complète.

Inutile d'expliquer que cela constitue un désavantage flagrant par rapport aux couples qui cohabitent. Il y aurait même des couples qui divorcent pour la seule raison d'obtenir un déplafonnement de leur rente.

Il n'y a probablement rien à hériter dans ces couples. A moins que le couple n'habite dans le canton de Schwyz, des droits de succession seront en effet dus si le partenaire est bénéficiaire. En outre, il est important de savoir que les conjoints sont exemptés de l'obligation de payer des cotisations et ne doivent pas accepter de lacunes dans les cotisations tant que l'autre partenaire s'acquitte de ses cotisations AVS, ce qui fait perdre plus de 200 millions de francs à l'AVS. Mais le bonus du mariage qui fait vraiment la différence, ce sont les rentes de veuve et de veuf, ainsi que le supplément de veuvage.

Les statistiques de l'AVS révèlent d'ailleurs que les veuves sont nettement mieux loties que les femmes célibataires. Parmi toutes les femmes célibataires, divorcées, veuves, séparées et mariées sans mari ayant droit à une rente, seule une sur quatre (25.7 %) bénéficiait d'une rente AVS complète maximale en décembre 2019. Pour les veuves, ce chiffre est de 40 %.

Pourquoi en parler ici? Parce que la Commission de la sécurité sociale et de la santé du Conseil des Etats (CSSS-CE) veut relever le plafond des rentes AVS de 150 à 155 %. Ce n'est pas une idée nouvelle. Mais est-il opportun de le faire dans le cadre de la révision actuelle de l'AVS?

D'où cette question à l'adresse de Pirmin Bischof, conseiller aux Etats PDC du canton de Soleure: «Quel est le risque, selon vous, qu'avec le relèvement du plafond des rentes la révision de l'AVS essuie un double rejet aux urnes: par ceux qui votent non au relèvement de l'âge de la retraite des femmes d'une part, et par ceux qui ne veulent pas modifier le plafond en raison des coûts y liés? Au moment de la mise sous presse, nous attendions toujours une réponse à cette question qui avait été posée par courriel. Si le plafonnement était porté à 155 %, l'AVS devrait

verser chaque année 650 millions de francs de rentes supplémentaires. C'est un argument bienvenu pour la gauche qui combat la proposition de son conseiller fédéral avec le slogan: «Pas de réforme de l'AVS sur le dos des femmes». La gauche pourrait donc être tentée de soutenir l'assouplissement du plafond afin de générer des «non» supplémentaires aux urnes.

Nous saurons après la session de printemps si le Conseil des Etats va suivre la proposition de sa commission. Il est peu probable que l'idée fasse des adeptes au Conseil national. La position de la présidente de sa CSSS, Ruth Humbel, est en tout cas on ne peut plus claire: «Il nous faut maintenant faire avancer le plus rapidement possible la mini-réforme de l'AVS avec le relèvement de l'âge de la retraite des femmes, la flexibilisation, les mesures compensatoires et un certain financement supplémentaire», a déclaré la conseillère nationale PDC dans un entretien publié dans le numéro de janvier de cette revue. «Ce n'est qu'ensuite que nous pourrions nous attaquer à une réforme plus substantielle où l'AVS devra être adaptée à la réalité sociopolitique actuelle.»

La pomme de discorde de la révision actuelle de l'AVS réside dans les mesures compensatoires destinées à amortir l'augmentation de l'âge de la retraite des femmes. Cette mesure permettrait d'économiser environ 10 milliards de francs d'ici 2031, le coût total des mesures compensatoires étant estimé à 3.25 milliards de francs. En 2031, il resterait alors toujours 700 millions de francs.

«Ce serait tout de même le comble que les femmes âgées de 55 ans puissent encore profiter des mêmes mesures compensatoires», avait lâché le conseiller aux Etats UDC Alex Kuprecht dans ces colonnes à la mi-décembre. Il estime que six ans au lieu de dix seraient appropriés pour une génération de transition. C'est également ce qu'une étroite majorité de la commission avait décidé à fin janvier. De cette manière, les coûts seraient ramenés à 440 millions de francs au lieu de 700 en 2030. Le fait que la commission ait dû discuter de plus d'une vingtaine de variantes montre combien les membres du Conseil des Etats ont du mal à s'entendre sur les mesures compensatoires.

440 ou 700 millions de francs, peu importe – au bout du compte, la gauche dira de toute façon non, comme elle l'avait déjà fait à l'automne 2010. Le PDC et le PLR ont tendu la main à la gauche avec des mesures d'amortissement social pour les femmes à faibles revenus. C'était insuffisant aux yeux de la gauche, la révision n'a pas passé la rampe au vote final. |

Les thèmes fétiches des médias en janvier

A qui appartient l'argent?

Les 45–55 sont les malchanceux du 2^e pilier. Coup de chance, en revanche, pour deux joueurs de loterie et un papy braqueur. Quand on désencombre chez soi, attention de ne pas jeter ses trésors en même temps.

Un article paru dans la «NZZ am Sonntag» du 24 janvier a pour sujet les «injustices du 2^e pilier et ceux qui en font les frais». Jörg Odermatt, cofondateur de Pensexpert, y plaide pour plus de transparence dans le 2^e pilier. Il propose que chacun soit informé de sa propre perte de conversion et suggère pour cette raison que «toutes les caisses de pensions soient tenues de déclarer ce montant dans le certificat de prévoyance que les assurés reçoivent chaque année.»

1600 francs par an

Pensexpert a calculé la redistribution pour une caisse de pensions moyenne depuis 2015: pour 100 000 francs de capital, elle s'élevait à 1600 francs par an. Il s'agit d'une valeur moyenne pour l'ensemble des caisses de pensions et des personnes assurées.

Selon Odermatt, si l'on exposait cette «injustice» aux assurés en francs et en centimes, la pression augmenterait en flèche pour que la réforme urgente du système de retraite soit enfin mise en train. Les caisses de pensions sont également mécontentes du système de redistribution actuel qui leur est imposé par la loi.

Les principaux perdants de la redistribution sont les personnes d'âge moyen, entre 45 et 55 ans environ: «Elles ont déjà accumulé beaucoup de capital. De plus, la redistribution dure un bon moment pour elles et l'érosion de leur capital donc également.» La génération des 45–55 ans pourrait être doublement pénalisée, craint Odermatt. «Aujourd'hui, c'est surtout elle qui finance la redistribution et quand elle arrivera elle-même à la retraite, elle ne pourra plus bénéficier du taux de conversion excessif – sa rente sera donc moins élevée». Et une troisième injustice pourrait même la frapper: un retour de l'inflation.

Les bitcoins à la déchetterie

Un ingénieur informaticien de 35 ans a promis une récompense juteuse à une ville galloise si elle l'aide à creuser dans la déchetterie, rapporte «nau.ch» (15 janvier). Le malheureux avait accidentellement jeté le disque dur de son ancien ordinateur portable qui contenait 7500 bitcoins au cours de l'été 2013 lors d'un nettoyage à fond de son bureau. Depuis, ce véritable trésor est probablement en train de rouiller dans une décharge à Newport.

Les autorités refusent depuis des années d'accéder à sa demande en expliquant que ce n'est pas permis et que cela entraînerait des risques considérables pour l'environnement. Entre-temps, l'ingénieur a trouvé des investisseurs financiers qui assumeront les coûts de la «chasse au trésor» en échange d'une partie du butin. Il se dit certain que le disque dur est «peut-être rouillé à l'extérieur», mais que la partie où les données sont stockées fonctionne toujours.

1 sur 303 millions

Le gagnant anonyme du jackpot du Powerball a été nettement plus fortuné: il a raflé 731.1 millions de dollars, écrit «huffpost.com» (21 janvier). Les chances de gagner à la loterie Mega Millions sont également très minces: 1 sur 303 millions exactement. Et pourtant, un joueur inconnu du Michigan a là aussi cartonné: les six bons numéros qu'il a trouvés lui ont valu une manne de 739.60 millions de dollars, écrit «spiegel.de» (23 janvier).

Eviter le surmenage

La chance était aussi du côté d'un senior de 83 ans qui avait volé de l'argent et n'a quand même pas été mis sous les verrous. En 2012, le papy avait braqué une banque avec un pistolet en plastique.

Sur un bout de papier écrit en italien, il avait exigé 10 000 francs et était tranquillement reparti avec son butin. Après cinq ans, il avait fait le même coup dans la banque voisine du même village, mais cette fois, il s'était approprié près de 14 000 francs. En quittant la banque il avait foncé dans une porte coulissante, puis avait pris le bus pour rentrer chez lui. Peu de temps après, la police venait le cueillir.

Le tribunal pénal de Lucerne l'a condamné à 24 mois de prison avec sursis, annonce «pilatustoday.ch» (22 janvier). Dans le jugement qui n'est pas encore définitif, l'homme a été accusé d'extorsion sous la menace.

Devant le tribunal, le braqueur avait déclaré que la prison serait «sa mort». Quant à l'avocat de la défense, il avait affirmé que la prison serait «totalement surmenée» si elle devait prendre en charge ce senior pas comme les autres. Selon le procureur, l'homme avait fait preuve d'une énergie criminelle considérable malgré son âge et avait voulu améliorer sa situation financière en commettant ces vols. |

Judith Yenigün-Fischer



vps.epas

Risikomanagement im aktuellen Umfeld: Ist Ihre Kasse auf den «Nach-Corona-Markt» vorbereitet?

Ein Praktiker-Workshop für Mitglieder von Anlagekommissionen und Führungsorgane, die sich mit Anlagefragen befassen

Donnerstag, 25. März 2021

Online-Workshop auf der
vps.epas-Lernplattform

Risiken müssen identifiziert und überwacht werden. Aber wie werden sie in den Führungsprozess integriert, insbesondere während turbulenten Börsenzeiten? Der Workshop behandelt die Integration des Risikomanagements in die Steuerung der VE und die Analyse der verschiedenen Ansätze.

Inhalt

Grundlagen

Risikomanagement im aktuellen Umfeld

Integration des Risikomanagements in die Steuerung der Vorsorgeeinrichtung

Die Veranstaltung wird als Online-Workshop durchgeführt. Neben Impulsreferaten im Plenum erhalten die Teilnehmenden Gelegenheit, in kleineren Gruppen die verschiedenen Ansätze zu diskutieren und zu vergleichen.

Referenten

Marco Bagutti, Leiter Kapitalanlagen, Stiftung Auffangeinrichtung BVG

Christian Heiniger, Retirement Services Switzerland, Willis Towers Watson

Jürg Schiller, VI Vorsorgeinvest AG

Weitere Informationen finden Sie unter vps.epas.ch. Programmänderungen vorbehalten.

Zeit
13.30 – 18.00 Uhr

Kosten, Credit Points und
Anmeldung unter vps.epas.ch

Auskünfte
Simone Ochsenbein
+41 (0)41 317 07 23
so@vps.epas.ch
vps.epas.ch

Credit Points



Was die Medien im Januar bewegte

Wem gehört das Geld?

Die Generation der 45- bis 55-Jährigen sind die Pechvögel in der 2. Säule.

Glück hatten kürzlich zwei Lotteriespieler und ein Seniorenbankräuber.

Beim Ausmisten wirft man seine Schätze besser nicht versehentlich in den Müll.

«Unfaire 2. Säule: Wer am meisten draufzahlt» titelt die «NZZ am Sonntag» (24. Januar). Der Artikel thematisiert die Umverteilung in der 2. Säule. Laut Jörg Odermatt, Mitgründer von Pensexpert, muss die 2. Säule für die Versicherten transparenter werden. Er schlägt vor, dass jeder über den eigenen Pensionsverlust Bescheid wissen muss. «Deshalb sollten alle Pensionskassen verpflichtet sein, den Betrag im jährlichen Vorsorgeausweis zu deklarieren», meint er.

1600 Franken jährlich

Pensexpert hat die Umverteilung für eine durchschnittliche Pensionskasse seit 2015 berechnet: Pro 100 000 Franken Kapital betrug die jährliche Umverteilung 1600 Franken. Dies ist ein Mittelwert für sämtliche Kassen und Versicherten.

Wenn die Versicherten «die Ungerechtigkeit» in Franken und Rappen vorgerechnet bekämen, nähme laut Odermatt der Druck, die dringend nötige Reform der Vorsorge anzupacken, massiv zu. Auch die Pensionskassen seien unglücklich mit dem heutigen System. Ihnen werde die Umverteilung vom Gesetz aufgezwungen.

Die Leidtragenden der Umverteilung seien vor allem Personen im mittleren Alter zwischen etwa 45 und 55: «Sie haben bereits viel Kapital angehäuft. Zudem dauert bei ihnen die Umverteilung über eine lange Zeit, so dass der Verlust richtig ins Geld geht.» Die Generation der 45- bis 55-Jährigen könnte doppelt Pech haben, sagt Odermatt. «Heute bezahlen sie am meisten an die Umverteilung. Doch wenn sie selbst die Pensionierung erreichen, können sie nicht mehr vom überhöhten Umwandlungssatz profitieren – das heisst, ihre Rente fällt tiefer

aus.» Möglich sei sogar eine dritte Benachteiligung: eine Rückkehr der Inflation.

Bitcoins auf der Müllhalde

Ein IT-Ingenieur hat einer walisischen Stadt eine saftige Belohnung versprochen, wenn sie ihm beim Umgraben einer Mülldeponie hilft, berichtet «nau.ch» (15. Januar). Der 35-jährige Pechvogel warf die Festplatte seines alten Laptops mit 7500 Bitcoins im Sommer 2013 beim Ausmisten seines Büros versehentlich weg. Seitdem verrostet die Schatzkiste mutmasslich auf einer Mülldeponie in Newport.

Die Behörden weigern sich seit Jahren, die Deponie umzugraben. Das sei nicht erlaubt und es gebe erhebliche Umweltrisiken. Der Brite hat mittlerweile Finanzinvestoren aufgetrieben, die gegen eine Beteiligung die Kosten der Schatzsuche übernehmen würden. Er sei sicher, dass die Festplatte «vielleicht aussen verrostet» sei, der Teil jedoch, wo die Daten gespeichert sind, noch funktioniere.

1 zu 303 Millionen

Gar kein Pechvogel ist hingegen der glückliche anonyme Gewinner des Powerball-Jackpots. Er gewann 731.1 Mio. Dollar, schreibt «huffpost.com» (21. Januar). Die Chancen bei der Lotterie Mega Millions stehen auch sehr schlecht: bei 1 zu 303 Millionen. Aber auch hier hatte ein unbekannter Glücksspieler aus dem Bundesstaat Michigan richtig viel Glück: Er erhält 739.60 Mio. Dollar für sechs Richtige, schreibt «spiegel.de» (23. Januar).

Krasse Überforderung

Glück hatte kürzlich auch ein 83-jähriger Senior, der auf weniger legalem

Weg zu Geld kam und nicht hinter Gitter muss. Der Mann war 2012 mit einer Plastikpistole in einer Bankfiliale aufgetaucht. Er legte einen Zettel hin, auf dem er in italienischer Sprache 10 000 Franken forderte. Mit dem Geld spazierte er anschliessend davon. Nach fünf Jahren überfiel er die Nachbarsbank im gleichen Dorf nach gleicher Manier. Dabei ergatterte er fast 14 000 Franken. Beim Verlassen der Bank lief er gegen eine Schiebetür. Er fuhr mit dem Bus nach Hause und wurde später geschnappt.

Das Luzerner Kriminalgericht hat ihn zu einer Freiheitsstrafe von 24 Monaten auf Bewährung verurteilt, berichtet «pilatus.today.ch» (22. Januar). Mit den beiden Banküberfällen habe sich der Mann der mehrfachen räuberischen Erpressung schuldig gemacht, hiess es im noch nicht rechtskräftigen Urteil.

Der Bankräuber erklärte vor Gericht, Gefängnis wäre sein «Untergang». Der Verteidiger sagte, ein Gefängnis wäre mit dem Senior «krass überfordert». Laut Staatsanwalt hat der Mann trotz seines Alters erhebliche kriminelle Energie an den Tag gelegt und mit den Überfällen seine finanzielle Situation aufbessern wollen. |

Judith Yenigün-Fischer

«Wer eine aktive Rolle spielen will, muss sich auf Tempo bringen.»

Calista Fischer ist Stiftungsrätin der BVK, wo sie die Arbeitnehmenden vertritt. Die Archäologin geht den Dingen gern auf den Grund und kämpft mit offenem Visier.

«Das BVG ist ein Herrenanzug»

Calista Fischer ist nicht auf den Mund gefallen. Und sie nimmt kein Blatt vor den Mund. Sie scheut sich nicht, auch heikle Angelegenheiten direkt anzusprechen. Das Risiko, dass sie damit aneckt, nimmt sie in Kauf. Diese Eigenschaften kommen ihr als Stiftungsrätin zugute. Im 18-köpfigen Stiftungsrat der BVK,

notabene der grössten Pensionskasse der Schweiz, wird mitunter zäh um einen Kompromiss gerungen. Wenn sich um die Sache «gefetzt» und argumentiert wird, dann ist die ausgebildete Archäologin in ihrem Element. Es lohne sich, solche Diskussionen auszufechten, sagt sie: «Das sind die besten Sitzungen. Man

muss sich die Zeit nehmen, den Dingen auf den Grund zu gehen.» Und das Ergebnis von harten Debatten sind tragende Lösungen. Oft braucht es dazu aus der Erfahrung Fischers genau diese Mehrheitsentscheide, die nicht entlang der klassischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebergräben verlaufen.

Tierversuche und Teilchenphysik

Die berufliche Vorsorge ist für viele Versicherten eine komplexe Materie. Aus ihrem Beruf ist sich Fischer gewohnt, komplexe Verhältnisse zu erklären. Als Kommunikationsbeauftragte der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich begleitet Fischer Forschende, die zum Beispiel wissenschaftliche Experimente mit Primaten machen, bei der Öffentlichkeitsarbeit. Ein sensibles Thema. «Erklärungsintensiv», ergänzt Fischer. Sie hat auch einen Film über grüne Gentechnologie produziert. Und sie organisiert Kampagnen zu Events wie den Parabelflug des Space Hubs im vergangenen Juni. Ein vielseitiger Job. Die Challenge, komplexe Zusammenhänge zu erklären, werde oft unterschätzt, sagt Fischer. Denn es gehe in der Wissenschaftskommunikation nicht darum, die Begeisterung für einfach erfahrbare Naturphänomene auf

dem Level von sechs- bis achtjährigen Kindern zu wecken, sondern um hochkomplexe, oft ziemlich «abgespacte» Forschung in den Naturwissenschaften. Oft ist ein ganzer theoretischer Vorbau erforderlich, um mit der Erklärung, woran geforscht wird, überhaupt beginnen zu können. Zum Beispiel in der Teilchenphysik. Es habe sie schon immer interessiert, anderen Menschen komplexe Sachverhalte einfach zu erklären: «Dafür kam mir nach dem Studium auch mein ausgeprägtes Sendungsbewusstsein zugute.» So ist denn auch der direkte Austausch mit den Versicherten für Fischer ein grosses Anliegen.

Verbesserungen für Frauen

Besonders am Herzen liegen Fischer die Anliegen der Frauen, die in der BVK zwei Drittel der Versicherten stellen. Die Schulen, die Spitäler – in vielen Betrieben des öffentlichen Diensts des Kantons

Zürich sind die Frauen seit je in der Überzahl. Es besteht in der 2. Säule ein gewisser Nachholbedarf bezüglich Gleichstellung, stellt Fischer fest. Seit den 80ern des letzten Jahrhunderts, als das BVG designt wurde, haben sich die Lebensrealitäten in der Schweiz enorm verändert. «Das BVG ist im Prinzip immer noch ein Herrenanzug, den man zur Not auch als Frau tragen kann. Er passt einfach nicht so ganz richtig – er ist quasi um die Schultern zu weit und spannt um die Hüften.» Die Arbeitnehmervertreterin hat es sich auf die Fahnen geschrieben, innerhalb der BVK die Situation der Frauen zu verbessern. Dies gelang etwa mit der Reglementsrevision per Anfang 2019, seit der auch kleinere Pensen bei anderen Arbeitgebern freiwillig bei der BVK versichert werden können. Es sind mehrheitlich Frauen, die Teilzeit arbeiten und mehrere kleine Beschäftigungen haben, die nun mit dem Einver-

WERBUNG

PUBLICITÉ

Emerging Markets Corporate Bonds können keine stabile Rendite bieten?

Anleihen: Denken Sie um!

Vontobel EM Corporate Bonds

- Stark wachsendes Anlageuniversum
- Ineffiziente Anlageklasse mit zahlreichen Chancen
- Überzeugender Leistungsausweis



Erfahren Sie mehr:
vontobel.com/fi2021

Vontobel



Asset Management

ständnis des Arbeitgebers ihre Vorsorge stärken können.

«Transparenz schafft Vertrauen», lautete ihr Wahlslogan im Jahr 2017. Im April 2021 tritt sie wieder an. Fischer legt besonders Wert auf die Kommunikation mit den Versicherten, die sie vertritt. In einem bis zwei Mails pro Jahr informiert sie die 17 000 Versicherten ihres Wahlkreises persönlich über die wichtigsten Neuerungen und Errungenschaften. Sie erhält oft Feedback darauf, die Information wird geschätzt. Neulich meldete sich ein frisch zugezogener Uniprofessor aus dem Ausland bei Fischer und bat sie darum, ihm das Schweizer Vorsorgesystem zu erklären. Sie nahm sich eine Stunde Zeit, um den Zugezogenen in Sachen Schweizer Vorsorgesystem zu briefen.

Als grösste Challenge betrachtet die Stiftungsrätin das Wissensgefälle, das naturgemäss zwischen der professionellen Geschäftsleitung und ihr als Mitglied des obersten Organs besteht: «Wer nicht nur

mitschwimmen, sondern eine aktive Rolle spielen will, muss sich auf Tempo bringen, und das Gefälle mit Weiterbildung kompensieren.» Je besser der Stiftungsrat informiert ist und auf der Höhe seiner Aufgabe, desto mutiger kann er auch den gesetzlichen Spielraum nutzen, sagt Fischer. Sie wünscht sich vom Kanton, dass dieser auf Seite der Arbeitgeber nicht nur mandatierte Externe, sondern eigene Vertreter, etwa Personalverantwortliche, die mit der Rekrutierungssituation auf dem Markt vertraut sind, in den Stiftungsrat delegiert. «Das wäre vom Kanton als Arbeitgeber ein starkes Signal in Sachen Sozialpartnerschaft.»

Offen für Wendungen

Der Stiftungsrat hat per 2019 wichtige Neuerungen eingeführt, die insbesondere auch Frauen zugutekommen. Neu besteht bei der BVK für Arbeitgeber die Möglichkeit, den Koordinationsabzug zu senken und so die Altersvorsorge von Teilzeitarbeitnehmenden zu verbes-

sern. Die Versicherten können bei der Pensionierung einen höheren Umwandlungssatz wählen, wenn sie die Ehegattenrente bis nahe an das gesetzliche Minimum reduzieren. Davon profitieren insbesondere Alleinstehende und Frauen. Im Sinne eines Schutzes wurde auch das Bleiberecht für ältere Arbeitslose ausgedehnt. Über diese Fortschritte freut sich Fischer.

In ihrer Freizeit beschäftigt sich die unverheiratete Mutter einer 18-jährigen Tochter auch gern mit dem weissen Schäferhund der Familie. Vor vier Jahren zog sie aufs Land, in ein Haus im Zürcher Unterland. Vor Hunden, insbesondere vor Schäferhunden, hatte sie vorher grossen Respekt. Aber nun staunt sie selber, wie viel Spass ihr die Ausbildung des Rüden macht. Und wie es den Horizont erweitert. |

Claudio Zemp

WERBUNG

PUBLICITÉ

Teilhaben an Vorsorgelösungen mit bis zu 95% Aktienanteil.



Vertrauen
durch
Transparenz

Jetzt teilhaben unter anlagestiftung.ch/vorsorgen

Attraktive Anlagechancen im aktuellen Zinsumfeld: Mit den Vorsorgelösungen Swisscanto BVG 3 Responsible Portfolio 75, Swisscanto AST Avant BVG Responsible Portfolio 75 und Swisscanto AST Avant BVG Responsible Portfolio 95 profitieren Sie von höheren Renditechancen mit einem strategischen Aktienanteil von bis zu 95%. Unsere Portfoliomanager stehen für kontinuierliche Analyse der Finanzmärkte, umfangreiche Expertise und langjährige Finanzmarkterfahrung bei taktischen Anlageentscheidungen.



Swisscanto
Anlagestiftungen

Diese Angaben dienen ausschliesslich Werbezwecken und stellen keine Anlageberatung oder Offerte dar. Alleinverbindliche Grundlage für Anlagen sind die Statuten, Reglemente, Anlagerichtlinien und allfälligen Prospekte der Swisscanto Anlagestiftung oder Swisscanto Anlagestiftung Avant. Diese können bei den Swisscanto Anlagestiftungen, Bahnhofstrasse 9, 8001 Zürich, oder unter swisscanto.com kostenlos bezogen werden. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen wurden von den Herausgebern mit grösster Sorgfalt zusammengestellt. Die Informationen und Meinungen stammen aus zuverlässigen Quellen. Trotz professionellen Vorgehens können die Herausgeber die Richtigkeit, Vollständigkeit sowie die Aktualität der Angaben nicht garantieren. Die Herausgeber lehnen daher jede Haftung für Investitionen, die sich auf dieses Dokument stützen, ausdrücklich ab.

«La LPP est un costume pour hommes»

Calista Fischer n'est pas du genre à mâcher ses mots. Ni à pratiquer la langue de bois. Elle n'a pas peur d'aborder directement les questions sensibles et accepte le risque d'hérisser du poil avec son franc-parler. Ces qualités lui sont fort utiles en tant que membre du conseil de fondation de la BVK, la plus grande caisse de pensions de Suisse. Dans un organe dirigeant qui compte 18 membres, la lutte est parfois ardue pour trouver un compromis. Quand la discussion s'anime et que l'on se «bat» à coup d'arguments, l'archéologue de formation est dans son élément. Des discussions de ce genre sont précieuses, estime-t-elle: «Ce sont les réunions les plus fructueuses. Il faut prendre le temps d'aller au fond des choses». Et les solutions issues de délibérations difficiles sont les plus viables. Selon l'expérience de Mme Fischer, ce sont souvent ces décisions prises à la majorité qui ne suivent pas la division classique entre employeurs et salariés.



Calista Fischer est membre du conseil de fondation de la BVK où elle représente les salariés. L'archéologue aime aller au fond des choses et lutte à visage découvert.

Expérimentation animale et physique des particules

La prévoyance professionnelle est une matière complexe pour bon nombre d'assurés. De par son travail, Mme Fischer est habituée à expliquer des relations complexes. En tant que responsable de la communication à la Faculté de mathématiques et de sciences naturelles de l'Université de Zurich, Mme Fischer assiste les chercheurs qui mènent des expériences scientifiques avec des primates, par exemple, dans leur travail de relations publiques. Un sujet sensible et qui demande un grand effort d'explication, ajoute Mme Fischer. Elle a également produit un film sur le génie génétique vert. Et elle organise des campagnes autour d'événements tels que le vol parabolique au Space Hub en juin dernier. Un travail aux multiples facettes. Le défi que représente l'explication de relations complexes est souvent sous-estimé, déclare Mme Fischer. Après tout, la communication scientifique ne consiste pas à susciter l'enthousiasme pour des phénomènes naturels facilement saisissables par des enfants de six à huit ans, mais pour des recherches en sciences naturelles souvent hautement complexes et assez détachées

«Si vous voulez jouer un rôle actif et ne pas simplement nager avec le courant, vous devez vous mettre à niveau.»

de la réalité. Souvent, il faut tout un préambule théorique pour expliquer ce qui fait l'objet de la recherche, en physique des particules, par exemple. Mme Fischer a toujours aimé expliquer des sujets complexes à d'autres personnes de manière simple. «Le sens aigu que j'avais de ma mission de vulgarisation m'a également été bénéfique après mes études». La communication directe avec les assurés s'intègre parfaitement dans ce cadre et lui tient particulièrement à cœur.

Améliorations pour les femmes

Mme Fischer s'intéresse particulièrement aux préoccupations des femmes qui représentent les deux tiers des assurés de la BVK. Dans les écoles, les hôpitaux

– de nombreuses entreprises publiques du canton de Zurich, les femmes sont depuis longtemps plus nombreuses que les hommes. Dans le 2^e pilier, il y a pourtant un certain rattrapage à faire pour les mettre sur un pied d'égalité avec les hommes, note Mme Fischer. Depuis les années 80 du siècle dernier, époque à laquelle la LPP a été conçue, les réalités de la vie en Suisse ont énormément changé. «En principe, la LPP est toujours un costume pour hommes que l'on peut également porter en tant que femme si nécessaire. Il n'est tout simplement pas bien ajusté au physique féminin – un peu trop large autour des épaules et un peu trop serré autour des hanches». La représentante des salariés s'est donné pour mission d'améliorer la situation des femmes au sein de la BVK. Un pas a par exemple été accompli avec la révision du règlement au début de 2019, depuis laquelle il est possible de s'assurer également de manière facultative auprès de la BVK pour les petites charges de travail auprès d'autres employeurs. Ce sont surtout les femmes qui travaillent à temps partiel, qui cumulent les petites charges de travail et qui peuvent désormais renforcer leur prévoyance vieillesse avec l'accord de leur employeur.

«La transparence crée la confiance», était le slogan électoral de Mme Fischer en 2017. En avril 2021, elle devra à nouveau se présenter. Mme Fischer attache une importance particulière à la communication avec les assurés qu'elle représente. Chaque année, elle envoie un à deux courriels aux 17 000 assurés de sa circonscription pour les informer des innovations et des réalisations les plus importantes. Elle reçoit souvent des commentaires à ce sujet, et l'information est appréciée. Récemment, un professeur d'université étranger nouvellement arrivé a contacté Mme Fischer et lui a demandé de lui expliquer le système de prévoyance suisse. Elle a pris une heure pour tout expliquer au nouveau venu.

Le fossé qui existe naturellement entre la direction professionnelle et elle-même, en tant que membre de l'organe dirigeant, représente le plus grand défi aux yeux de Mme Fischer: «Si vous voulez jouer un rôle actif et ne pas simplement

nager avec le courant, vous devez vous mettre à niveau et combler le fossé par une formation complémentaire. Plus le conseil de fondation est bien informé et à la hauteur de sa tâche, plus il peut aussi utiliser courageusement la marge de manœuvre que lui accorde la loi», dit Mme Fischer. Elle souhaite que le canton délègue au conseil de fondation non seulement des mandataires externes du côté de l'employeur, mais aussi ses propres représentants, tels que les responsables des ressources humaines qui connaissent la situation du recrutement sur le marché. «Ce serait un signal fort de la part du canton en matière de gestion paritaire.»

Ouverture au changement

Le conseil de fondation a introduit d'importantes innovations avec effet en 2019 qui bénéficieront notamment aux femmes. La BVK offre désormais aux employeurs la possibilité de réduire la déduction de coordination et d'améliorer ainsi la prévoyance vieillesse des sala-

riés à temps partiel. Au moment de la retraite, les assurés peuvent choisir un taux de conversion plus élevé s'ils réduisent la rente de conjoint à un niveau proche du minimum légal. Cela profite aux personnes seules et aux femmes en particulier. Dans un souci de protection, le droit de maintien de l'assurance des chômeurs âgés a également été étendu. Mme Fischer se félicite de ces progrès.

A ses heures de loisir, la mère seule d'une fille de 18 ans aime aussi passer du temps avec le berger allemand blanc de la famille. Il y a quatre ans, elle s'est installée à la campagne, dans une maison de l'Unterland zurichois. Autrefois, les chiens, en particulier les bergers allemands, lui inspiraient un certain respect. Mais maintenant, elle est elle-même étonnée du plaisir qu'elle prend à dresser son chien et combien cela a élargi son horizon. |

Claudio Zemp

WERBUNG

PUBLICITÉ

Participez à des solutions de prévoyance avec une part d'actions pouvant atteindre 95%.



Confiance
par la
transparence

Participez maintenant sur fondationplacement.ch/prevoyance

Des opportunités de placement attrayantes dans l'environnement de taux actuel: avec les solutions de prévoyance Swisscanto LPP 3 Responsable Portfolio 75, Swisscanto FP Avant LPP Responsable Portfolio 75 et Swisscanto FP Avant LPP Responsable Portfolio 95, vous profitez de meilleures opportunités de rendement grâce à une part d'actions pouvant atteindre 95% sur le plan stratégique. Nos gestionnaires de portefeuilles garantissent une analyse continue des marchés financiers et disposent d'une grande expertise ainsi que d'une longue expérience sur les marchés financiers leur permettant d'effectuer des décisions de placement tactiques.



Swisscanto
Fondations de
Placement

Ces informations sont publiées à titre exclusivement publicitaire et ne constituent ni un conseil en placement ni une offre. Les seules sources d'information faisant foi pour les placements sont les statuts, les règlements, les directives de placement ainsi que les prospectus éventuels de Swisscanto Fondation de placement ou de Swisscanto Fondation de placement Avant. Ceux-ci sont disponibles gratuitement auprès des Swisscanto Fondations de placement, Bahnhofstrasse 9, 8001 Zurich, ou sur le site [swisscanto.ch](https://www.swisscanto.ch). Les informations contenues dans le présent document ont été regroupées avec le plus grand soin par les éditeurs. Les informations et les opinions proviennent de sources fiables. En dépit d'une approche professionnelle, les éditeurs ne peuvent pas garantir l'exactitude, l'exhaustivité et l'actualité des indications fournies. Ils déclinent donc expressément toute responsabilité quant aux décisions d'investissement fondées sur le présent document.

35–76

BVG-Reform und Eigenverantwortung
Réforme LPP et responsabilité personnellevps.epas.ch

Zum aktuellen Akzentthema finden Sie ein Interview mit Nationalrätin Ruth Humbel (CVP) in der Januarausgabe der «Schweizer Personalvorsorge». Auf vps.epas.ch ist zudem ein Teil des Streitgesprächs zwischen Salomè Vogt (Avenir Jeunesse) und Eliane Albisser (PK-Netz) über die Vorsorge von Frauen und Jungen zu lesen.

Vous trouverez une interview de la conseillère nationale Ruth Humbel (PDC) ayant trait au sujet de notre dossier de fond de ce mois dans le numéro de janvier de la «Prévoyance Professionnelle Suisse». Vous pourrez également lire sur vps.epas.ch une partie du débat entre Salomè Vogt, d'Avenir Jeunesse et Eliane Albisser, du réseau PK-Netz, sur la prévoyance vieillesse pour les femmes et les jeunes.

37 AHV 21 und BVG 21:
Jetzt ist das Parlament am Zug
Gregor Gubser

44 Der Sozialpartnerkompromiss
ist alternativlos
Interview mit Paul Rechsteiner

53 Besserer Schutz für Frauen vor
den Risiken Alter und Invalidität
Alexia Raetzo, Anne Troillet

57 Eine verpasste Chance
Kommentar von Christoph Plüss

62 Die Eigenverantwortung braucht einen Kick
Emmanuel Ullmann

68 1e-Pläne:
Die Pflanze in der Nische gedeiht prächtig
Roger Ehrensberger, Isabelle Künzli

72 Solidarität und Eigenverantwortung –
ein Widerspruch?
*Interview mit Salomè Vogt
und Eliane Albisser*

Stiftungsräte/Conseils de fondation

*Diese Artikel richten sich speziell an
Führungsorgane von Vorsorgeeinrichtungen*

41 AVS 21 et LPP 21:
La balle est maintenant dans
le camp du Parlement
Gregor Gubser

47 Il n'y a pas d'alternative au compromis
des partenaires sociaux
Interview avec Paul Rechsteiner

48 Mieux protéger les femmes contre
les risques vieillesse et invalidité
Alexia Raetzo, Anne Troillet

60 Une occasion manquée
Commentaire de Christoph Plüss

65 La responsabilité personnelle
a besoin d'un coup de pouce
Emmanuel Ullmann

70 Plans 1e:
la plante prospère dans sa niche
Roger Ehrensberger, Isabelle Künzli

76 La solidarité et la responsabilité
personnelle sont-elles incompatibles?
*Interview avec Salomè Vogt
et Eliane Albisser*



Prévoyance vieillesse: les Suisses tremblent



AHV 21 und BVG 21

Jetzt ist das Parlament am Zug

Nach dem Scheitern des Reformpakets «Altersvorsorge 2020», das sowohl die AHV als auch das BVG ins Lot bringen sollte, hat der Bundesrat neue, getrennte Reformen für die beiden Sozialwerke vorgestellt. Unter den Namen AHV 21 und BVG 21 sind sie derzeit in der parlamentarischen Beratung.

IN KÜRZE

In der AHV soll das Referenzalter für Frauen und Männer 65 betragen und der Rentenbezug flexibler werden. Im BVG soll der Umwandlungssatz auf 6 % sinken. In beiden Reformen erhalten Kompensationsmassnahmen das Leistungsniveau.

Nachdem die Reformen sowohl der AHV als auch des BVG gescheitert waren (siehe Kasten «Reformen im Lauf der Zeit»), hat der Bundesrat unter dem Titel «Altersvorsorge 2020» ein Gesamtpaket geschnürt, das die 1. und die 2. Säule in einer ganzheitlichen Sicht reformieren sollte. Am 24. September 2017 hat das Stimmvolk die Vorlage abgelehnt. In der Folge wurden wieder zwei separate Vorlagen für die AHV und das BVG ausgearbeitet, die jeweils einige Massnahmen aus der AV 2020 enthalten. Die Ausarbeitung der BVG-Reform hat der Bundesrat an die Sozialpartner delegiert. Diesen Sozialpartnerkompromiss hat der Bundesrat trotz Kritik in der Vernehmlassung eins zu eins in die Botschaft vom 25. November 2020 übernommen.

Dieser Artikel zeigt die Massnahmen der beiden Reformen in einer Übersicht. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit der BVG-21-Reform findet in den nachfolgenden Artikeln statt.

Massnahmen der Reform BVG 21

Umwandlungssatz

Der BVG-Mindestumwandlungssatz soll von aktuell 6.8 auf 6 % gesenkt werden. Damit würde das Ausmass der Umverteilung durch Pensionierungsverluste deutlich reduziert.

Die Senkung des Umwandlungssatzes ist generell unbestritten, wobei dieser, wie in einigen Vernehmlassungsantworten angemerkt, versicherungsmathematisch korrekt deutlich tiefer liegen müsste.

Rentenzuschlag

Um die tieferen Renten infolge der Herabsetzung des Umwandlungssatzes abzufedern, wird mit der Vorlage gleichzeitig ein Ausgleichsmechanismus eingeführt. Künftige Bezügerinnen und Bezüger von Alters- und Invalidenrenten der

beruflichen Vorsorge sollen einen lebenslangen monatlichen Rentenzuschlag erhalten. Für eine Übergangszeit von 15 Jahren ist dessen Höhe im Gesetz festgelegt: Der Zuschlag beträgt für die ersten fünf Neurentner-Jahrgänge nach Inkrafttreten 200 Franken pro Monat, für die weiteren fünf Jahrgänge 150 Franken und für die letzten fünf Jahrgänge 100 Franken. Danach legt der Bundesrat den Betrag jährlich neu fest. Dieser Rentenzuschlag ist unabhängig von der Höhe der Rente und wird solidarisch über einen Beitrag von 0.5 % auf die AHV-pflichtigen Jahreseinkommen bis 860 400 Franken finanziert.

Sowohl der Rentenzuschlag als solches (Einführung eines Umlagefinanzierungselements in der kapitalgedeckten 2. Säule) als auch seine Finanzierung waren in der Vernehmlassung der grösste Stein des Anstosses.

Absenkung Koordinationsabzug

Um die Vorsorge von Personen mit tiefem Einkommen zu verbessern, soll mit der Vorlage zudem der Koordinationsabzug von heute 24 885 auf 12 443 Franken halbiert werden. Dadurch wird ein höherer Lohn versichert. Versicherte mit kleineren Löhnen, darunter insbesondere Frauen und Teilzeitbeschäftigte, erhalten so eine bessere soziale Absicherung.

Diese Ausgleichsmassnahme kommt in der Vernehmlassung mehrheitlich gut an, wobei die daraus resultierenden höheren Lohnnebenkosten insbesondere dem Gewerbe Sorgen bereiten.



Gregor Gubser

stv. Chefredaktor «Schweizer Personalvorsorge»

Serie BVG-Reform

Seit Beginn 2020 ist in einer festen Rubrik in jeder Ausgabe der «Schweizer Personalvorsorge» ein Artikel über die BVG-Reform erschienen.

Hypothekenlösungen für institutionelle Investoren

Im aktuellen Umfeld ist es für Pensionskassen herausfordernd, eine attraktive Rendite bei gleichzeitig moderatem Risiko zu erwirtschaften. Daher öffnen sich Pensionskassen nun des Öfteren für neue und innovativere Anlageklassen wie der Anlageklasse Hypotheken. MoneyPark, der grösste unabhängige Hypothekar- und Immobilienspezialist, hat dafür zusammen mit seiner Tochtergesellschaft finovo eine Rundum-Sorglos-Lösung für die Vergabe von Hypotheken entwickelt, welche die spezifischen Bedürfnisse institutioneller Investoren erfüllt.

Eine Pensionskasse, die auf die Full-Service-Lösung der MoneyPark Gruppe setzt, ist die Pensionskasse des öffentlichen Dienstes von Neuchâtel, *prévoyance.ne*. Sie vergibt über MoneyPark neu schweizweit Hypotheken auch an Nicht-Versicherte.

Valentin Bürki

Leiter Kapitalanlagen bei *prévoyance.ne*, gibt über die Investition Auskunft.

Warum investieren Sie in die Anlageklasse Hypotheken?

Hypotheken sind im Vergleich zu Staatsobligationen eine gute Quelle zur Diversifizierung. Sie können eine konstant positive Rendite bei begrenztem Risiko erwirtschaften. Sie sind auch eine hervorragende Alternative zu Bargeld, das aktuell negativ rentiert. Wir haben festgestellt, dass wir in den letzten Jahren bei unserer Hypothekervergabe keine sehr vorteilhafte Zinspolitik hatten.

Es war schwierig, neue Hypothekarkunden zu gewinnen, und der Anteil der Hypotheken erodierte zusehends. Es war an der Zeit, diese Anlageklasse zu stärken. Wir haben daher beschlossen, unsere Politik zu ändern, wettbewerbsfähiger zu werden und nicht nur von den Versicherten der Kasse abhängig zu sein, sondern geografisch zu diversifizieren und Hypotheken in der ganzen Schweiz anzubieten. Dies wollen wir in Zusammenarbeit mit MoneyPark erreichen.

Warum haben Sie sich für MoneyPark als Partner entschieden?

Wir waren auf der Suche nach Lösungen und einem guten Partner zur Stärkung unserer Investments in die Anlageklasse Hypotheken. Im Gespräch mit MoneyPark waren wir vor allem beeindruckt von der Herangehensweise, der Klarheit und der Transparenz des Angebots und des gesamten Teams. Mit MoneyPark haben wir einen Partner gewonnen, der nicht nur einen schweizweiten Vertrieb der Hypotheken sicherstellen kann, sondern uns auch noch das gesamte Servicing übernimmt.

Wie entwickelt sich die Anlageklasse Hypotheken Ihrer Meinung nach?

Wir werden sehen, wie schnell wir das Portfolio aufbauen können. Je nach Zinsentwicklung wird es sich auch lohnen, die Anlageklasse Hypotheken noch weiter zu stärken, insbesondere im Hinblick auf den Spread gegenüber Staatsobligationen.

Interview wurde geführt von Besnik Salihaj

Die MoneyPark Gruppe übernimmt und gewährleistet beim Aufbau eines Hypothekarportfolios den gesamten Prozess: von der Vergabe über die Bewirtschaftung bis zum Risikomanagement.

Für viele Pensionskassen ist die grosse Hürde beim Einstieg in die Anlageklasse Hypotheken im Vertrieb und der Abwicklung zu suchen. Dank Partnern wie MoneyPark können sämtliche operativen Prozesse des Vertriebs und der Abwicklung inklusive der Kreditprüfung extern ausgelagert werden. Der stärkste unabhängige Vertrieb am Markt mit persönlicher und ganzheitlicher Beratung an über 20 Standorten in der ganzen Schweiz macht den Aufbau eines beträchtlichen Hypothekarportfolios innert kürzester Frist möglich.

Als Investor können Sie dabei über 150 Scoring-Kriterien wie Volumen pro Hypothek, Regionen, Schuldner oder Objektarten individuell festlegen. Diese werden mittels spezialisierter Software zeit- und kosteneffizient umgesetzt. Auch der Kreditentscheid und die Dokumentenerstellung sind systemgestützt und somit voll digitalisiert.

Hypotheken mit MoneyPark – Ihre Rundum-Sorglos-Lösung



Sprechen Sie mit uns – wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme.

MoneyPark AG

Besnik Salihaj
T +41 (0)44 200 76 95
besnik.salihaj@moneypark.ch
www.moneypark.ch



Anpassung Altersgutschriften

Der Entwurf sieht ausserdem vor, die Beitragsunterschiede zwischen jüngeren und älteren Versicherten zu verringern. Die Altersgutschriften werden angepasst und gegenüber heute weniger stark gestaffelt. Neu gilt im Alter von 25 bis 44 Jahren eine Altersgutschrift von 9% auf dem BVG-pflichtigen Lohn; ab 45 Jahren beträgt die Altersgutschrift 14%. Damit werden die Lohnkosten für die Älteren gesenkt. Heute liegen die Altersgutschriften für Versicherte ab 55 Jahren bei 18%.

Auch die Anpassung der Altersgutschriften wird in der Vernehmlassung mehrheitlich positiv aufgenommen, wobei weitere Varianten wie ein früherer Beginn des Sparprozesses eingebracht wurden.

Massnahmen der Reform AHV 21

Anheben des Rentenalters der Frauen auf 65

Das Rentenalter (künftig Referenzalter) der Frauen soll an jenes der Männer angeglichen werden (65 Jahre). Das Referenzalter der Frauen wird in Schritten von drei Monaten pro Jahr über den Zeitraum von vier Jahren schrittweise angehoben. Die erste Anhebung erfolgt ein Jahr nach Inkrafttreten der Revision, das heisst 2023, sofern die Reform wie geplant 2022 in Kraft tritt. Ab 2026 gilt für Frauen wie Männer das Referenzalter von 65 Jahren.

Ausgleichsmassnahmen für die Frauen

Die Auswirkungen der Anhebung des Referenzalters der Frauen sollen mit Ausgleichsmassnahmen abgefedert werden. Die Generationen kurz vor der Pensionierung können sich weniger lange auf die Neuerung vorbereiten, deshalb sind für Frauen mit Jahrgang 1959 bis 1967 Ausgleichsmassnahmen vorgesehen.

Das Ausgleichsmodell, das der Bundesrat vorschlägt, umfasst zwei Ebenen: Erstens gilt für die Frauen der Übergangsgeneration ein reduzierter Kürzungssatz. Bei einem Einkommen bis 56880 Franken ist ein Vorbezug der Rente ab 64 Jahren ohne Kürzung möglich; darüber erfolgt eine Kürzung um 2 statt 4%. Zweitens können Frauen, die ihre Rente mit 65 beziehen, ihre AHV-Rente dank einer vorteilhafteren Rentenformel aufbessern.

Flexibilisierung des Rentenbezugs

Die AHV-Rente kann frühestens ab 62 und spätestens ab 70 Jahren bezogen werden. Die versicherungstechnischen Sätze werden an die längere Lebenserwartung angepasst, sprich nach unten korrigiert. Der Kürzungssatz bei einem Vorbezug von einem Jahr beträgt 4% (bisher 6.8%), der Erhöhungssatz bei einem Aufschub um ein Jahr 4.3% (5.2%).

Die Rente kann teilweise vorbezogen oder aufgeschoben werden, um einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen. Die Vorbezugsdauer kann in Monatsschritten festgelegt werden.

Anreize zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65

Einkommen, die nach dem ordentlichen Rentenalter erzielt werden, sind weiterhin nur beitragspflichtig, wenn sie 1400 Franken pro Monat (16800 Franken pro Jahr) übersteigen.

Mit Erwerbseinkommen und AHV-Beiträgen nach dem Referenzalter kann die AHV-Rente bis maximal zur Höchstrente (gemäss Rentenskala 44) verbessert werden durch Schliessung von Beitragslücken oder Verbesserung des durchschnittlichen Jahreseinkommens.

Zusatzfinanzierung

Ab Inkrafttreten der Reform wird die Mehrwertsteuer (Normalsatz) um 0.7 Prozentpunkte angehoben. Damit erreicht der AHV-Fonds im Jahr 2030 einen ausreichenden Deckungsgrad.

Reformen im politischen Prozess

AHV

Der Bundesrat hat am 28. Juni 2018 die Vernehmlassung eröffnet und die Botschaft zur AHV 21 am 28. August 2019 verabschiedet und dem Parlament zur Beratung überwiesen. Am 4. September 2020 hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) des Nationalrats erstmals darüber beraten und unter anderem der Erhöhung des Referenzalters der Frauen auf 65 Jahre zugestimmt. Die SGK des Ständerats hat am 29. Januar die Vorlage stark umgestaltet. So sollen weniger Jahrgänge von den Kompensationsmassnahmen zur Erhöhung des Referenzalters für Frauen profitieren. Geht es nach dem Plan des Bundesrats, soll die AHV 21 am 1. Januar 2022 in Kraft treten. Bis dahin

muss die Behandlung im Parlament abgeschlossen sein, die (fakultative) Referendumsfrist verstrichen sein und das Volk der Mehrwertsteuererhöhung zugestimmt haben.

BVG

Am 2. Juli 2019 haben die Sozialpartner (Schweizerischer Arbeitgeberverband, Travailluisse und Schweizerischer Gewerkschaftsbund) ihren Kompromissvorschlag vorgestellt. Der Bundesrat hat diesen am 13. Dezember 2019 in die Vernehmlassung geschickt und unter dem Namen BVG 21 am 25. November 2020 die unverändert daraus abgeleitete Botschaft ans Parlament überwiesen. Einen Zeitplan für das Inkrafttreten der Reform hat das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) nicht bekannt gegeben. ■

Reformen im Lauf der Zeit

1948	Einführung der AHV (AHVG)
1951	1. AHV-Revision
1954	2. AHV-Revision
1956	3. AHV-Revision
1957	4. AHV-Revision
1960	AHV-Anpassungsrevision
1961	5. AHV-Revision
1964	6. AHV-Revision
1969	7. AHV-Revision
1972	Drei-Säulen-System (Verankerung in der Bundesverfassung)
1973–1975	8. AHV-Revision
1979–1980	9. AHV-Revision
1985	Einführung der beruflichen Vorsorge (BVG)
1995	Einführung der Freizügigkeit (FZG)
1995	Wohneigentumsförderung (WEFV)
1997	10. AHV-Revision
2000	Scheidungsrecht (Teilung der 2. Säule)
2004	11. AHV-Revision (gescheitert)
2004–2006	1. BVG-Revision
2008	Änderung des AHVG
2010	Änderung des BVG (Senkung Umwandlungssatz) (gescheitert)
2010	11. AHV-Revision (im Parlament gescheitert)
2011–2012	Strukturreform des BVG
2012	Teilrevision der AHV
2017	Revision des Scheidungsrechts (Vorsorgeausgleich in der 2. Säule)
2017	Altersvorsorge 2020 (AHV und BVG) (gescheitert)
2019	Zusatzfinanzierung AHV (STAF-Vorlage)

Des solutions hypothécaires pour les investisseurs institutionnels

Dans le contexte actuel, il est difficile pour les caisses de pension de trouver des investissements qui génèrent un rendement intéressant avec un niveau de risque acceptable. Ce qui pousse les institutions à se tourner vers de nouvelles classes d'actifs plus innovantes, dont la classe des investissements hypothécaires. MoneyPark, le plus grand spécialiste hypothécaire et immobilier indépendant de Suisse, a développé, avec sa filiale finovo, une solution hypothécaire complète qui répond aux besoins spécifiques des investisseurs institutionnels.

La caisse de pensions de la fonction publique de Neuchâtel, **prévoyance.ne**, est l'une des caisses de pensions qui recourt à la solution **full service** du groupe MoneyPark, octroyant ainsi des hypothèques dans toute la Suisse.

Rencontre avec Valentin Bürki
Responsable des Investissements au sein de prévoyance.ne.

Pourquoi investir dans la catégorie des actifs hypothécaires ?

Les prêts hypothécaires constituent une bonne source de diversification par rapport aux obligations de la Confédération. Ils permettent de générer un rendement toujours positif avec un risque limité. C'est de plus une excellente alternative aux liquidités. Nous n'avions pas une politique de taux très avantageuse ces dernières années. Il était difficile d'attirer de nouveaux clients et la part des prêts hypothécaires s'érodait gentiment. Il était temps de renforcer cette classe d'actifs. Nous avons alors décidé de changer de politique, de devenir plus concurrentiel, de ne pas dépendre que des assurés de la caisse, mais aussi de nous diversifier géographiquement. C'est l'objectif que nous souhaitons atteindre avec MoneyPark.

Pourquoi avoir choisi MoneyPark ?

Nous étions à la recherche de solutions et d'un partenaire pour redynamiser la classe d'actifs des prêts hypothécaires et avons été contactés au bon moment. Lors de nos échanges, nous avons été séduits par la procédure, la manière d'aborder les différentes problématiques, la préparation de MoneyPark. La simplicité des contacts, la clarté et la transparence sont des aspects qui nous ont également poussé à travailler avec le groupe. À travers ce nouveau partenariat, nous avons trouvé une société qui puisse non seulement assurer la distribution des hypothèques dans toute la Suisse, mais aussi prendre en charge l'ensemble du *servicing* pour nous.

Comment voyez-vous ce modèle commercial à long terme ?

Il faudra voir à quelle vitesse nous arrivons à construire le portefeuille. En fonction de l'évolution des taux d'intérêts, cela vaudra peut-être également la peine de renforcer la classe hypothécaire, spécialement en regard de la marge dégagée par rapport aux obligations de la Confédération.

Interview réalisée par Emanuel von Graffenried

Le groupe MoneyPark garantit l'ensemble du processus de commercialisation et d'administration du portefeuille de prêts hypothécaires, ainsi que de la gestion des risques.

Pour de nombreuses caisses de pension, le principal obstacle à l'entrée dans cette classe d'actifs est la constitution et la gestion du portefeuille. Cependant, grâce à des partenaires tels que MoneyPark, tous les processus opérationnels de distribution et d'exécution, y compris l'analyse du crédit, peuvent être effectués à l'externe. La constitution d'un portefeuille hypothécaire est alors possible en quelques mois, grâce à la distribution indépendante la plus importante sur le marché et un conseil personnel et global disponible dans plus de 20 succursales en Suisse.

Plus de 150 critères de *scoring* sont personnalisables tels que le volume par hypothèque, la région, le débiteur ou le type de bien. Ces critères sont ensuite mis en place de manière simple et rapide dans un logiciel spécialisé. La décision d'octroi de crédit et la création de documents sont également gérées par le système.

Hypothèque avec MoneyPark – Votre solution simple et complète



Pour toute demande, nous sommes à votre entière disposition.

MoneyPark AG

Emanuel von Graffenried
T +41 (0)21 348 10 63
emanuel.vongraffenried@moneypark.ch
www.moneypark.ch



AVS 21 et LPP 21

La balle est maintenant dans le camp du Parlement

Après l'échec du paquet de mesures de la réforme «Prévoyance vieillesse 2020» qui devait stabiliser l'AVS et la LPP, le Conseil fédéral a présenté de nouvelles mesures distinctes pour les deux systèmes de sécurité sociale. Elles sont actuellement en discussion au Parlement sous les dénominations «AVS 21» et «LPP 21».

Après le double non aux réformes de l'AVS et de la LPP (voir encadré «Chronologie des révisions», page 43), le Conseil fédéral avait élaboré un paquet global sous le titre «Prévoyance vieillesse 2020» qui devait réformer les 1^{er} et 2^e pilier dans une perspective globale. Le 24 septembre 2017, les électeurs ont réservé le même sort à ce projet de réforme qu'à ceux qui l'avaient précédé. Suite à ce rejet aux urnes, deux projets de loi distincts ont de nouveau été élaborés pour l'AVS et la LPP, qui reprennent chacun certains éléments de la réforme PV 2020. Le Conseil fédéral avait délégué la mise au point de la réforme de la LPP aux partenaires sociaux. Malgré les critiques formulées lors de la consultation, le Conseil fédéral a repris ce compromis des partenaires sociaux tel quel dans son message du 25 novembre 2020.

Dans le présent article, les mesures des deux réformes sont passées en revue. La réforme de la LPP 21 fera l'objet d'une analyse plus approfondie dans les articles qui suivent.

Mesures de la réforme LPP 21

Taux de conversion

Il est prévu de ramener le taux de conversion minimal LPP d'actuellement 6.8 à 6%. Cela réduirait considérablement l'ampleur de la redistribution imputable aux pertes de conversion au départ à la retraite.

Série sur la réforme de la LPP

Depuis début 2020, la réforme de la LPP a sa colonne fixe dans la «Prévoyance Professionnelle Suisse» où nous publions chaque mois un article à son sujet.

La nécessité d'une baisse du taux de conversion est incontestée, bien qu'un taux actuariellement correct devrait être encore beaucoup plus bas comme l'on fait remarquer certains répondants à la consultation.

Supplément de rente

Afin d'amortir la baisse des rentes résultant de la réduction du taux de conversion, le projet de loi introduit également un mécanisme de compensation. Les futurs bénéficiaires de rentes de vieillesse et d'invalidité sous le régime de la prévoyance professionnelle doivent recevoir un supplément de rente mensuel à vie. Pour une période transitoire de 15 ans, le montant de ce supplément est précisé dans la loi, il sera de 200 francs par mois pour les cinq premières cohortes de nouveaux bénéficiaires de rentes après son entrée en vigueur, de 150 francs pour les cinq cohortes suivantes et de 100 francs pour les cinq dernières cohortes. Par la suite, le Conseil fédéral en fixera le montant chaque année. Ce complément de rente est indépendant du montant de la rente et il est financé de manière solidaire par une cotisation de 0.5% sur le revenu annuel soumis à l'AVS jusqu'à 860 400 francs.

Le supplément de rente en tant que tel (introduction d'un élément de répartition dans le 2^e pilier financé par capitalisation) et son financement ont été les principales cibles des critiques lors de la consultation.

Réduction de la déduction de coordination

Afin d'améliorer la prévoyance vieillesse pour les personnes à faibles revenus, le projet vise également à réduire de moi-

EN BREF

Dans l'AVS, l'âge de référence pour les femmes et les hommes est fixé à 65 ans et le versement des rentes doit être assoupli.

Dans la LPP, le taux de conversion doit être ramené à 6%. Dans les deux réformes, des mesures compensatoires permettront de maintenir le niveau des prestations.

tié la déduction de coordination, qui passerait de 24885 francs actuellement à 12443 francs. Cela aura pour effet d'assurer un salaire plus élevé. Les assurés ayant des salaires plus bas, en particulier les femmes et les personnes travaillant à temps partiel, bénéficieront ainsi d'une meilleure couverture sociale.

Cette mesure compensatoire a été majoritairement bien accueillie lors de la consultation, même si l'artisanat, en particulier, s'inquiète des charges salariales accessoires plus élevées qui en résulteront.

Ajustement des bonifications de vieillesse

Le projet prévoit en outre de réduire la fourchette des cotisations entre jeunes et vieux assurés. Les bonifications de vieillesse seront ajustées et moins échelonnées qu'aujourd'hui. Une bonification de 9% sur le salaire assujéti à la LPP s'appliquera désormais entre 25 et



vps.epas

Einführung in die berufliche Vorsorge

Modulkurs für Stiftungsräte und weitere Interessierte

24. Feb., 3./10./17./24. März 2021 **NEU ALS WEBINAR**

31. Aug., 7./14./21./28. Sept. 2021, Zürich-Flughafen

Mit namhaften Fachspezialisten der beruflichen Vorsorge ist vps.epas laufend in der Lage, den Einführungskurs in die berufliche Vorsorge speziell für Stiftungsräte und weitere Interessierte anzubieten. Die Grundausbildung dauert fünf Tage. Die Module können auch einzeln gebucht werden.

24. Februar/31. August 2021

Modul 1: Rahmenbedingungen und Rechtsgrundlagen

Beatrice Eichenberger Schäpper,
Tristan Imhof, Markus Lustenberger,
Dieter Stohler

3. März/7. September 2021

Modul 2: Verpflichtung der Pensionskasse und ihre Deckung

Benno Ambrosini, Martin Franceschina,
Reto Leibundgut, Urs Schaffner

10. März/14. September 2021

Modul 3: Vermögensanlage

Markus Hübscher, Lukas Riesen, Jürg Schiller

17. März/21. September 2021

Modul 4: Rechnungsführung und Jahresabschluss

Marcel Geisser, Bruno Purtschert

24. März/28. September 2021

Modul 5: Leistungen und Leistungs-
koordination, steuerliche Behandlung,
Grundlagen, aktuelle Anwendungsfragen

Peter Lang, Max Ledergerber,
Hans-Ulrich Stauffer

Weitere Informationen finden Sie unter vps.epas.ch. Programmänderungen vorbehalten.

Ort (Durchführung August/September)
Radisson Blu Hotel,
8058 Zürich-Flughafen

Zeit
Ganzer Kurs:
5 Tage, 09.15 – 16.45 Uhr

Kosten, Credit Points und Anmeldung unter vps.epas.ch

Weitere Durchführungen im
Oktober/November 2021

Auskünfte
Simone Ochsenbein
+41 (0)41 317 07 23
so@vps.epas.ch

Beatrice Steiner
+41 (0)41 317 07 48
bs@vps.epas.ch
vps.epas.ch

Credit Points



FinanzPlaner
Verband



44 ans, à partir de 45 ans, elle sera de 14 %. Cela permet de réduire les coûts salariaux pour les employés plus âgés. Actuellement, les bonifications de vieillesse pour les assurés à partir de 55 ans s'élèvent à 18 %.

L'ajustement des bonifications de vieillesse a également suscité des échos largement positifs lors de la consultation, mais d'autres variantes telles que le démarrage plus précoce du processus d'épargne ont également été proposées.

Mesures de la réforme AVS 21

Relèvement de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans

L'âge de la retraite des femmes (désormais appelé âge de référence) doit être aligné sur celui des hommes (65 ans). L'âge de référence des femmes sera relevé par étapes de trois mois par an sur une période de quatre ans. La première augmentation aura lieu un an après l'entrée en vigueur de la révision, c'est-à-dire en 2023, à condition que la réforme entre en vigueur comme prévu, en 2022. A partir de 2026, l'âge de référence de 65 ans s'appliquera aux femmes et aux hommes.

Mesures compensatoires pour les femmes

Les effets du relèvement de l'âge de référence pour les femmes doivent être amortis par des mesures compensatoires. Les générations proches de la retraite disposeront de moins de temps pour se préparer au changement, c'est pourquoi des mesures compensatoires sont prévues pour les femmes nées entre 1959 et 1967.

Le modèle de compensation proposé par le Conseil fédéral comporte deux niveaux: Premièrement, un taux de réduction réduit s'applique aux femmes de la génération de transition. Avec un revenu allant jusqu'à 56 880 francs, un versement anticipé de la rente à partir de 64 ans est possible sans réduction; au-delà, la réduction est de 2 au lieu de 4 %. Deuxièmement, les femmes qui touchent leur rente à partir de 65 ans peuvent améliorer leur rente AVS grâce à une formule de calcul de la rente plus favorable.

Flexibilisation des modalités de versement de la rente

La rente AVS peut être perçue au plus tôt à partir de 62 ans et au plus tard à

partir de 70 ans. Les taux actuariels vont être corrigés à la baisse pour tenir compte de l'allongement de l'espérance de vie. Le taux de réduction pour un versement anticipé d'un an est de 4 % (jusqu'ici 6.8 %) et le taux d'augmentation pour un report d'un an est de 4.3 % (jusqu'ici 5.2 %).

Le versement de la rente peut être partiellement avancé ou différé pour les personnes qui ont encore un travail à temps partiel. La durée du versement anticipé peut être définie par tranches mensuelles.

Incitations à continuer à travailler après 65 ans

Les revenus gagnés après l'âge de retraite ordinaire restent soumis à cotisation uniquement s'ils dépassent 1400 francs par mois (16 800 par an).

Avec le revenu d'un travail et des cotisations AVS après l'âge de référence, la rente AVS peut être améliorée jusqu'à concurrence de la rente maximale (selon l'échelle de rentes 44) en comblant des lacunes de cotisation ou en améliorant le revenu annuel moyen.

Financement complémentaire

Lorsque la réforme entrera en vigueur, la taxe sur la valeur ajoutée (taux normal) sera augmentée de 0.7 point de pourcentage. Cela permettra au fonds AVS d'atteindre un niveau de couverture suffisant en 2030.

Parcours politique des réformes

AVS

Le Conseil fédéral a ouvert la procédure de consultation le 28 juin 2018, puis il a adopté le message sur l'AVS 21 et l'a transmis au Parlement pour délibération, le 28 août 2019. Le 4 septembre 2020, la commission de la sécurité sociale et de la santé (CSSS) du Conseil national en a discuté pour la première fois et a approuvé, entre autres, le relèvement de l'âge de référence pour les femmes à 65 ans. Le 29 janvier 2021, la CSSS du Conseil des Etats a apporté des modifications incisives au projet de loi. Dans sa mouture, très peu de cohortes de femmes profiteraient encore des mesures de compensation prévues. Si l'agenda prévu par le Conseil fédéral est respecté, l'AVS 21 devrait entrer en vigueur le 1^{er} janvier 2022. Cela suppose que d'ici là, le Parlement ait terminé ses délibérations, le délai (facultatif) pour le référen-

dum se soit écoulé et que le peuple ait donné son approbation à l'augmentation de la TVA.

LPP

Le 2 juillet 2019, les partenaires sociaux (Union patronale suisse, Travail suisse, Union syndicale suisse) ont présenté leur compromis. Le Conseil fédéral l'a mis en consultation le 13 décembre 2019, et le 25 novembre 2020, sous l'intitulé LPP 21, a transmis au Parlement le message qui le reprend tel quel. L'Office fédéral des assurances sociales (OFAS) n'a pas communiqué de calendrier pour l'entrée en vigueur de la réforme. **I**

Gregor Gubser

Chronologie des révisions

1948	Introduction de l'AVS (LAVS)
1951	1 ^{re} révision de l'AVS
1954	2 ^e révision de l'AVS
1956	3 ^e révision de l'AVS
1957	4 ^e révision de l'AVS
1960	Révision d'adaptation AVS
1961	5 ^e révision de l'AVS
1964	6 ^e révision de l'AVS
1969	7 ^e révision de l'AVS
1972	Système des trois piliers (ancré dans la Constitution fédérale)
1973–1975	8 ^e révision de l'AVS
1979–1980	9 ^e révision de l'AVS
1985	Introduction de la prévoyance professionnelle (LPP)
1995	Introduction du libre passage (LFLP)
1995	Encouragement à la propriété du logement (OEPL)
1997	10 ^e révision de l'AVS
2000	Droit du divorce (partage du 2 ^e pilier)
2004	11 ^e révision de l'AVS (échec)
2004–2006	1 ^{re} révision de la LPP
2008	Modification de la LAVS
2010	Modification de la LPP (baisse du taux de conversion) (échec)
2010	11 ^e révision de l'AVS (échec au Parlement)
2011–2012	Réforme structurelle de la LPP
2012	Révision partielle de l'AVS
2017	Révision du droit du divorce (partage de la prévoyance du 2 ^e pilier)
2017	Prévoyance vieillesse 2020 (AVS et LPP) (échec)
2019	Financement additionnel de l'AVS (projet RFFA)

Der Sozialpartnerkompromiss ist alternativlos

Wie kann eine BVG-Reform gelingen? Für Paul Rechsteiner, Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats (SGK-SR), ist klar: Der Sozialpartnerkompromiss sollte rasch beschlossen werden, dann könnte die Reform 2023 in Kraft treten. In Sachen Frauenrentenalter hält Rechsteiner eine Erhöhung auf 65 nur dann für angebracht, wenn Renteneinbussen umfassend kompensiert werden.

Herr Rechsteiner, die vom Bundesrat vorgeschlagene BVG-Revision entspricht dem Vorschlag der Gewerkschaften, den Sie zusammen mit dem Arbeitgeberverband gezimmert haben. Unterstützen Sie ihn vollumfänglich?

Paul Rechsteiner: Ich bin ja nicht mehr Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds.

Sie waren doch zu Beginn der Verhandlungen noch dabei?

Ja, bei der Eröffnung der Verhandlungen war ich dabei. Ich kann positiv vermerken, dass der Ansatz, der von den Sozialpartnern vertieft worden ist, das Ziel erreicht hat. Dies in der Logik eines Kompromisses. Wenn man den Kompromiss und auch die Botschaft gründlich studiert, muss man dem zustimmen, sofern man eine Lösung will. Sie ist alternativlos.

Alternativlos? Die Bürgerlichen inklusive CVP haben sich klar dagegen ausgesprochen.

Das waren Parteipositionen im Vernehmlassungsverfahren und in den Medien. Man darf aber davon ausgehen, dass die Mitglieder des Parlaments und vor allem der vorberatenden Kommissionen sich vertieft mit der Materie beschäftigen werden. Dann werden sie feststellen, dass alle

anderen Vorschläge vom ASIP bis hin zum Gewerbeverband zu massiven Renteneinbussen führen würden.

Wie beurteilen Sie die Erfolgsaussicht für diese Reform?

Der Vorschlag des Bundesrats liegt auf dem Tisch. Er basiert auf dem Kompromiss der Sozialpartner. Es ist ein Vorschlag, der in sich eine Reife hat. Den kann man schnell verabschieden, wenn man eine Lösung will. So könnte die Revision auf den 1. Januar 2023 in Kraft gesetzt werden.

Das ist sehr optimistisch.

Es ist möglich, sofern man bereit ist, die Kompromissvariante der Sozialpartner und des Bundesrats zu akzeptieren. Die Elemente sind klar. Senkung des Umwandlungssatzes im Obligatorium von 6.8 auf 6%. Sie ist stärker als die frühere Senkung von 7.2 auf 6.8%. Gleichzeitig wird verhindert, dass es für die Betroffenen zu Rentensenkungen kommt. Frauen, Teilzeitbeschäftigte wie auch Personen mit tieferen Einkommen werden bessergestellt. Die Botschaft des Bundesrats macht es deutlich: Alle Alternativen, die in die Diskussion geworfen wurden, führen zu massiven Rentensenkungen. Das sind schlechte Perspektiven. Dann kann man es ebenso gut sein

lassen. Spätestens in der Volksabstimmung werden sie wieder scheitern.

Sie sagten, wenn man den vorliegenden Vorschlag ablehne, könne man es ebenso gut sein lassen. Stört es Sie nicht, wenn jährlich 7 Milliarden Franken von den aktiven Versicherten zu den passiven Versicherten verschoben werden?

Effektiv ist es eine Umlagefinanzierung vom Überobligatorium zum Obligatorium nach den Regeln des heutigen BVG. Diese Umlagekomponente ist aber nicht zielgerichtet und auch nicht zukunftssträchtig. Der Reformbedarf beim Umwandlungssatz ist grundsätzlich unbestritten.

Also doch.

Aber eine Reform wird nur dann Erfolg haben, wenn sie bezüglich der Renten das Ziel erreicht. Das Erfolgsrezept einer BVG-Revision heisst: keine Rentensenkung.

Angesichts der steigenden Lebenserwartung wird man wohl um tiefere Renten oder ein höheres Rentenalter nicht herkommen.

Es steht nirgends geschrieben, dass bei steigendem Wohlstand und steigenden Einkommen die Renten sinken müssen.

«Es steht nirgends geschrieben, dass bei steigendem Wohlstand und steigenden Einkommen die Renten sinken müssen.»

1986 wurde der damals 34-jährige SP-Politiker **Paul Rechsteiner** in den Nationalrat gewählt. Das politische Urgestein ist somit amtsältestes Mitglied in Bundesbern. Seit 2011 vertritt der Sozialpolitiker den Kanton St. Gallen im Ständerat, wo er derzeit die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-SR) präsidiert. Schweizweit bekannt wurde der 68-Jährige als langjähriger Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.



Die Rentenhöhe ist die Schicksalsfrage für jede Revision. In der Vergangenheit gab es aber auch erfolgreiche Reformprojekte. Ich erinnere an die erste BVG-Revision. Anfang der Nullerjahre wurde der Umwandlungssatz von 7.2 auf 6.8% gesenkt. Ich war damals in der von FDP-Nationalrätin Christine Egerszegi präsidierten Kommission mit dabei. Der Vorschlag des Bundesrats hätte Rentensenkungen zur Folge gehabt. Wir haben das nicht akzeptiert und einen Kompromiss gefunden, der Renteneinbussen verhindert hat. Der Kompromiss ist danach vom Parlament glatt verabschiedet worden. Ein Referendum stand nicht zur Diskussion.

Zankapfel ist der Rentenzuschlag. Kritiker bemängeln, dass er zu einer systemfremden und dauerhaften Vermischung von umlagefinanzierter 1. und kapitalgedeckter 2. Säule führt.

Da haben sie etwas missverstanden. Der Zuschlag will Rentensenkungen für jene verhindern, die nur im Obligatorium versichert sind oder nur einen geringen überobligatorischen Teil haben und be-

sonders auf die 2. Säule angewiesen sind. Im BVG hat es immer schon Zuschüsse gegeben, wie sie jetzt vorgeschlagen werden, zum Beispiel für die Eintrittsgeneration oder bis heute für Kassen mit ungünstiger Altersstruktur.

Der Vorschlag des Gewerbeverbands entspricht mehr oder weniger der Altersvorsorge 2020, die Sie unterstützen.

Das ist eine grobe Fehleinschätzung. Der Vorschlag des Gewerbeverbands verursacht Rentenverschlechterungen – im Gegensatz zur Altersvorsorge 2020, die die Einbussen kostengünstig auch über die AHV kompensiert hätte.

Sie meinen wegen der zusätzlichen 70 Franken für AHV-Neurentner?

Das Modell hätte über die beiden Säulen die Senkung des Umwandlungssatzes kompensiert und gewisse Verbesserungen gebracht. Die Reform ist in der Volksabstimmung aber knapp gescheitert. Die Schlussfolgerung war, dass die beiden Säulen jetzt wieder, wie in der Vergangenheit, getrennt reformiert werden.

Colette Nova, Vizedirektorin im Bundesamt für Sozialversicherungen, bemängelte in einem Interview, man spreche immer nur vom Koordinationsabzug, nicht aber von der Eintrittsschwelle. Mit ihr könnte man aber mehr bewirken, um Personen mit tiefem Einkommen in die 2. Säule zu holen.

Alle Faktoren spielen zusammen. Der Vorschlag des Bundesrats bewirkt auch eine Besserstellung für Frauen, Teilzeitbeschäftigte und für Personen mit tiefem Einkommen. Das ist überfällig. Die Verbesserungen für tiefe Einkommen via Koordinationsabzug war übrigens auch eines der Erfolgsrezepte der ersten BVG-Revision vor zwanzig Jahren. Aus heutiger Sicht war die damalige Senkung des Koordinationsabzugs bescheiden. Aber immerhin hat sie dazu beigetragen, eine Verschlechterung der Renten zu verhindern.

Kommen wir zur AHV: In der Kommission stimmten Sie gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters.

Unsere Haltung ist klar. Bis 2031 würden mit der Erhöhung des Frauenrenten-

alters 10 Milliarden Franken eingespart. Maximal ein Drittel wird kompensiert. Daraus resultiert für die Frauen selektiv eine Rentenverschlechterung.

Sie sagen es selber: selektiv.

Die Frauen, die nicht bis 65 arbeiten können, werden deutlich schlechter gestellt als heute. Und jene Frauen, die bis 65 arbeiten können, weil das ihr Job zulässt und auch ihre Pensionskasse darauf ausgerichtet ist, werden insgesamt weniger Rente erhalten als heute.

Sie wollen also die mit der Angleichung des Rentenalters eingesparten 10 Milliarden Franken voll kompensieren. So kann man ja wirklich alles beim Alten lassen.

Dass die Renten der Frauen im Durchschnitt viel schlechter sind als jene der Männer, ist eine Tatsache. Auch die Angleichung des Rentenalters durch die Erhöhung des Frauenrentenalters muss vor diesem Hintergrund diskutiert werden. Verschlechterungen bei den Renten wurden in der Vergangenheit nicht akzeptiert.

Vielleicht war vor zwanzig Jahren die Zeit noch nicht reif dafür. Die Erwerbsquote von Frauen war tiefer als heute.

Totgesagte leben länger. Sie erinnern sich: Schon in den Nullerjahren hat Bun-

desrat Pascal Couchepin abenteuerlicherweise für Rentenalter 67 plädiert. Er hat es aber nicht einmal geschafft, das Rentenalter der Frauen jenem der Männer anzugleichen. Alle Vorschläge sind gescheitert, weil damit immer auch eine einschneidende Verschlechterung verbunden war.

Die Altersvorsorge 2020 ist aber im September 2017 nicht wegen der Verschlechterung für Frauen gescheitert.

Über alles gesehen war die Altersvorsorge 2020 die einzige Vorlage, die auch Verbesserungen für die Frauen gebracht hätte und insgesamt ausgewogen war. Sie ist aber neben jenen, die das Rentenalter 64 keinesfalls preisgeben wollten, vor allem von rechts bekämpft worden, von SVP und FDP und den Wirtschaftsverbänden. Mit dem Ergebnis, dass sie nun diejenigen sind, die Rentenalter 64 stabilisiert haben. Das wird nicht so leicht zu ändern sein, ohne dass gleichzeitig die Rentensituation für Frauen verbessert wird.

Glaubt man der Statistik, so ist die durchschnittliche AHV-Rente bei Frauen höher als bei Männern. Der Hauptgrund ist die grosse Anzahl Witwen, die im Schnitt eine hohe Rente bekommen.

Die AHV ist geschlechtergerechter als das BVG. Aber die Leute müssen vom gesamten Renteneinkommen leben kön-

nen. Wenn man beide Säulen anschaut, so liegen die Renten der Frauen im Durchschnitt um über 1000 Franken tiefer als bei Männern. Gemäss Verfassung soll die berufliche Vorsorge zusammen mit der AHV die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise ermöglichen. Das ist die soziale Realität.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) sagte, Witwer hätten Anrecht auf die gleichen Renten wie Witwen. Ist das auch Ihre Meinung?

In dieser Reformperiode sind die Hinterlassenenrenten bewusst ausgeklammert worden. Wie schon bei der Altersvorsorge 2020.

Finden Sie es persönlich zeitgerecht, dass kinderlose Witwen Anspruch auf eine Witwenrente haben?

Das ist sicher eine der Leistungen, die in einer künftigen Reform zu Recht zur Diskussion gestellt werden. **I**

Interview: Claude Chatelain

In der Januar-Ausgabe der «Schweizer Personalvorsorge» publizierten wir ein analoges Interview mit Ruth Humbel, Präsidentin der SGK des Nationalrats.

WERBUNG

PUBLICITÉ

Albin Kistler

Vermögensverwaltung für Private
& Asset Management

EIGENER RESEARCH

Selbständig Fakten erheben,
statt Marktkonsens übernehmen.

Wir halten Wort.

Il n'y a pas d'alternative au compromis des partenaires sociaux

Comment une réforme de la LPP peut-elle réussir? Pour Paul Rechsteiner, président de la Commission de la sécurité sociale et de la santé au Conseil des Etats (CSSS-CE), une chose est claire: le compromis des partenaires sociaux doit être adopté rapidement, puis la réforme pourrait entrer en vigueur en 2023.

Paul Rechsteiner se trouvait encore dans le camp syndical au début des négociations entre les partenaires sociaux pour une réforme de la LPP. Le résultat lui semble convaincant: «Si vous étudiez le compromis et aussi le message du Conseil fédéral à fond, vous devez l'accepter si vous voulez une solution. Il n'y a pas d'alternative.»

Le rejet par les bourgeois et le PDC ne l'inquiète pas outre mesure. A son avis, il s'agit uniquement de déclarations de position dans le cadre de la consultation et à l'intention des médias. «Mais on peut partir du principe que les membres du Parlement, et en particulier les commissions consultatives, examineront la question en profondeur – et arriveront à la conclusion que toutes les autres solutions entraîneraient des pertes massives de rente, ce qui rendrait une réforme obsolète», affirme M. Rechsteiner avec force. «Alors autant laisser tomber tout de suite. L'échec serait inévitable, au plus tard quand le peuple sera appelé à se prononcer.»

Le système de redistribution n'est pas nouveau dans la LPP

M. Rechsteiner ne conteste pas la nécessité d'une réforme, notamment du taux de conversion lui-même. Pour lui, la redistribution actuelle est un «financement par répartition du régime sur-obligatoire vers le régime obligatoire selon les règles de la LPP en vigueur», ce qui n'est ni conforme au but, ni une solution d'avenir.

L'augmentation de l'espérance de vie ne devrait-elle pas être compensée par des rentes plus basses ou un âge de retraite plus élevé? «Il n'est écrit nulle part

que les rentes doivent diminuer à mesure que la prospérité et le revenu augmentent», déclare M. Rechsteiner. Le niveau des rentes est en fin de compte le facteur qui décide du succès ou de l'échec de toute réforme des rentes.

M. Rechsteiner rejette les critiques concernant le supplément de rente dans le système par répartition. Il est nécessaire selon lui pour maintenir le niveau des rentes. Et en plus, ce n'est rien de nouveau: «Dans la LPP, il y a toujours eu des subventions telles que celle proposée aujourd'hui, par exemple pour la génération d'entrée ou – jusqu'à ce jour – pour les caisses à structure d'âge défavorable.» Enfin, M. Rechsteiner souligne que le projet améliore la situation des travailleurs à temps partiel, en particulier celle des femmes, très nombreuses à être concernées.

Et l'AVS?

Concernant la réforme actuelle de l'AVS, M. Rechsteiner est très clair: si l'âge de retraite des femmes était relevé, les quelque 10 milliards de francs qui seront ainsi économisés d'ici à 2031 devront être entièrement consacrés à la compensation de cette mesure. Alors pourquoi ne pas simplement renoncer à un relèvement? M. Rechsteiner expose que «les rentes des femmes sont en moyenne beaucoup plus modestes que celles des hommes» et que la population n'a jamais accepté une détérioration des rentes par le passé.

Les rentes AVS des femmes sont plus élevées que celles des hommes, principalement en raison des rentes de veuve. M. Rechsteiner voit-il la nécessité d'une réforme dans ce domaine? M. Rechsteiner

explique que la rente du 1^{er} et du 2^e pilier cumulés est inférieure d'environ 1000 francs pour les femmes par rapport aux hommes. En ce qui concerne les rentes de veuve, il souligne que celles-ci ont été délibérément mises entre parenthèses dans la période de réforme actuelle. Cependant, le droit des veuves sans enfants est «l'une des prérogatives dont on discutera à juste titre dans le cadre d'une future réforme.» **I**

Interview: Claude Chatelain

Résumé: Kaspar Hohler



Alexia Raetzo, Troillet Meier Raetzo

Mieux protéger les femmes contre les risques vieillesse et invalidité



Anne Troillet, Troillet Meier Raetzo

Le 25 novembre 2020, le Conseil fédéral a transmis au Parlement le message concernant la réforme de la prévoyance professionnelle (LPP 21).

La réforme proposée reprend un compromis auquel sont parvenus les partenaires sociaux.

La présente contribution examine dans quelle mesure cette réforme aura un impact sur la situation des femmes.

La loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (LPP) a été élaborée sur le modèle de l'activité professionnelle exercée à plein temps et de manière ininterrompue. Les particularités de ce modèle se rattachent ainsi, aujourd'hui encore, à la carrière des hommes.¹

Or, en raison du fait que les femmes alternent ou accomplissent en parallèle des activités professionnelles et des tâches

familiales et ménagères, leur vie professionnelle est plus susceptible de présenter un caractère de discontinuité que celle des hommes.²

Cette absence de linéarité de la vie professionnelle des femmes entraîne des périodes d'interruption de l'activité professionnelle et donc des lacunes de cotisations en matière de prévoyance professionnelle. Le travail à temps partiel a en outre pour effet d'empêcher les femmes d'accéder au 2^e pilier, dans

¹ Stéphanie Perrenoud: Prévoyance professionnelle et égalité entre les sexes – état des lieux et perspectives, dans: REAS 2020 p. 3, 11 et 131 et les références citées.

² Stéphanie Perrenoud, op. cit., p. 133 et les références citées.

la mesure où le seuil d'accès à l'assurance ne serait pas atteint.³

En 2019, 59.9% de femmes exerçaient une activité à temps partiel, contre seulement 17.7% d'hommes.⁴ De plus, 10.7% des femmes actives occupées en 2019 étaient multiactives, contre près de 6% d'hommes.⁵ En 2018, les femmes étaient 15.8%, contre 7.2% pour les hommes, donc plus de deux fois plus, à exercer des emplois à bas salaires, à savoir des postes pour lesquels le salaire est inférieur aux deux tiers du salaire brut médian, soit 4359 francs par mois pour l'année 2018.⁶ En outre, davantage de mères (30.7%) que de pères (23.8%) avaient modifié, en 2018, leur horaire de travail pour pouvoir s'occuper de leurs enfants. Presque deux fois plus de mères (32.7%) que de pères (17.7%) avaient changé d'emploi pour mieux concilier vie professionnelle

*«Pour favoriser davantage
l'accès des femmes au
2^e pilier, il aurait été
souhaitable d'aller encore
un peu plus loin dans
la réforme en supprimant
totalement la déduction
de coordination.»*

et vie familiale.⁷ En 2017, près d'un quart des femmes qui exerçaient une activité lucrative n'étaient pas assurées en matière de prévoyance professionnelle.⁸ Par ailleurs, la rente de vieillesse moyenne des femmes n'atteint que 63% de celle des hommes. Cela signifie qu'en moyenne, la rente d'une femme découlant de la prévoyance professionnelle dépasse à peine le tiers de celle d'un homme.⁹

Le 25 novembre 2020, le Conseil fédéral a adopté le message concernant la réforme de la prévoyance professionnelle (LPP 21) et l'a transmis au Parlement. Si cette réforme doit permettre d'assurer les rentes et de renforcer le financement, elle a également pour but d'améliorer la couverture des personnes à bas revenu et à temps partiels, dont fait partie un nombre important de femmes. Pour atteindre ce but, la réforme LPP 21 envisage de diminuer la déduction de coordination.

La diminution de la déduction de coordination

Le montant des revenus assurés est important en matière de prévoyance

professionnelle. Les rentes de vieillesse de la prévoyance professionnelle sont en effet déterminées par l'activité professionnelle (nombre d'années de cotisations) et le montant du revenu de ladite activité.¹⁰

Le salaire coordonné, défini à l'art. 8 al. 1 LPP, détermine la fourchette des revenus qui doivent obligatoirement être soumis à l'assurance obligatoire.¹¹ Il se situe entre la déduction de coordination (25 095 francs) et le montant-limite supérieur (86 040 francs), à savoir 60 945 francs.¹² Si le salaire coordonné n'atteint pas 3585 francs, il est arrondi à ce montant (art. 8 al. 2 LPP).

La réforme LPP 21 envisage de diminuer de moitié la déduction de coordination, qui passera ainsi de 25 095 francs à 12 548 francs, dans le domaine de la prévoyance minimale selon la LPP.

En matière de prévoyance plus étendue, les institutions de prévoyance pourront en tout état de cause et comme cela est le cas actuellement, s'écarter réglementairement de l'art. 8 al. 1 LPP, en renonçant totalement à une déduction de coordination ou en prévoyant une déduction de coordination plus basse (par exemple une déduction de coordination réduite proportionnellement aux taux d'activité ou fixée en pourcentage du salaire).¹³

Dans son message, le Conseil fédéral a en effet relevé que de nouvelles formes de travail (temps partiel, cumul d'activités lucratives) prenaient toujours plus d'importance compte tenu de l'évolution de la société. Or, la définition uniforme de la déduction de coordination rendait difficile pour les personnes concernées par ces nouvelles formes de

³ Stéphanie Perrenoud, op. cit., p. 133 et les références citées.

⁴ Office fédéral de la statistique (OFS): Enquête suisse sur la population active (ESPA), Tableau «Taux d'occupation de 1991 à 2019», 3 mars 2020, consultable à l'adresse suivante: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/situation-economique-sociale-population.assetdetail.11947050.html>. Voir aussi: Office fédéral de la statistique (OFS), Enquête suisse sur la population active (ESPA), Participation des femmes au marché du travail de 2010 à 2019, 27 novembre 2020, p. 3.

⁵ Office fédéral de la statistique (OFS): Enquête suisse sur la population active (ESPA), Participation des femmes au marché du travail de 2010 à 2019, 27 novembre 2020, p. 4; Office fédéral de la statistique (OFS): Enquête suisse sur la population active (ESPA), Tableau «Personnes actives occupées avec plus d'un emploi», 13 février 2020, consultable à l'adresse suivante: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/travail-remuneration/activite-professionnelle-temps-travail/actifs-occupes/conditions-travail/multiactivite.assetdetail.11747222.html>. Voir aussi: Office fédéral de la statistique (OFS): Enquête suisse sur la population active (ESPA), Participation des femmes au marché du travail de 2010 à 2019, 27 novembre 2020, p. 4, de laquelle il ressort que la Suisse est le deuxième pays, après l'Islande, présentant la proportion la plus élevée de femmes multiactives.

⁶ Office fédéral de la statistique (OFS): Enquête suisse sur la structure des salaires, Statistique de poche 2018, 31 août 2020, Tableau «Taux de postes de travail à bas salaire selon le sexe» (G11), p. 8.

⁷ Office fédéral de la statistique (OFS): Enquête suisse sur la population active: participation au marché du travail 2010–2018, La population suisse participe encore davantage au marché du travail, Communiqué de presse du 23 avril 2019.

⁸ Office fédéral des assurances sociales (OFAS): Fiche d'information «Conséquences de la réforme pour les femmes dans le cadre de Prévoyance vieillesse 2020», 18 juillet 2017.

⁹ Fluder, Robert; Salzgeber, Renate: L'écart entre les rentes des femmes et des hommes, dans: Sécurité sociale/CHSS/4/2016, p. 39 et 40. Voir aussi: Stéphanie Perrenoud, op. cit., p. 4 et les références citées.

¹⁰ Fluder, Robert; Salzgeber, Renate, op. cit., p. 39., op. cit., p. 39.

¹¹ Brechbühl, Jürg; Geckeler Hunziker, Maya dans: Schneider, Jacques-André; Geiser, Thomas; Gächter, Thomas: LPP et LFLP, Berne 2020, ad art. 8 LPP, n° 4, p. 118.

¹² Le montant de la déduction de coordination équivaut à 7/8 de la rente de vieillesse maximale de l'AVS (laquelle s'élève à 28 680 francs). Le montant-limite supérieur, à savoir le montant de 86 040 francs, s'élève quant à lui aux 300% de ladite rente.

¹³ Brechbühl, Jürg; Geckeler Hunziker, Maya, op. cit., ad art. 8 LPP, n° 16, p. 122 et 123; Stéphanie Perrenoud, op. cit., p. 15.



Hypothèques suisses: une possibilité d'investissement attrayante pour les caisses de pension

AXA propose aux fondations de prévoyance et aux caisses de pension une nouvelle fondation de placement hypothécaire faisant la part belle aux biens immobiliers à usage résidentiel implantés sur des sites attrayants en Suisse. Les caisses de prévoyance peuvent ainsi diversifier leur portefeuille et réaliser un intéressant surcroît de rendement par rapport aux emprunts d'État suisses.

Bien qu'assortis depuis longtemps déjà d'intérêts négatifs, les emprunts de la Confédération suisse n'en occupent pas moins une place de choix dans les dépôts des caisses de pension, en raison de la sécurité élevée qu'ils procurent. Reste que leurs piètres rendements séduisent de moins en moins les caisses de pension, qui se retrouvent ainsi confrontées à une véritable pénurie de rendements. Compte tenu des récents développements économiques, il ne faut pas non plus s'attendre ces prochaines années à une normalisation des taux, qui devraient ainsi se maintenir à leur bas niveau.

Rendement accru et sécurité élevée

Les hypothèques suisses constituent une possibilité de placement attrayante par rapport aux emprunts de la Confédération suisse. Elles offrent un niveau de sécurité comparable tout en générant des rendements beaucoup plus élevés. Alors que le rendement à l'échéance des obligations de la Confédération à dix ans est négatif, celui des hypothèques suisses est positif (cf. graphique).

Depuis le 1^{er} juillet 2020, les caisses de prévoyance ont la possibilité de souscrire des parts de la nouvelle fondation de placement «AXA Prévoyance hypothécaire Suisse». Les caisses de pension suisses peuvent ainsi accéder facilement, par le biais d'investissements indirects, à un portefeuille diversifié de créances hypothécaires garanties par des biens immobiliers en Suisse.

Débiteurs de premier ordre et faible taux de nantissement

À la fin février 2021, la fondation de placement comprend quelque 680 prêts hypothécaires, pour un volume d'investissements supérieur à 470 millions de francs, sachant que le portefeuille cible avant tout des biens immobiliers résidentiels situés dans des emplacements d'exception, répartis sur l'ensemble du territoire suisse. Les prêts hypothécaires serviront, à près de 91%, à financer des immeubles collectifs, des maisons individuelles et des logements en propriété. La durée résiduelle moyenne est de 8,1 ans.

L'octroi des prêts hypothécaires, opéré par AXA Asset Management, intervient selon des normes draconiennes qui donnent lieu à la fois à une sélection rigoureuse des débiteurs et à une évaluation particulièrement prudente des biens immobiliers. L'approche résolument défensive observée par les experts d'AXA dans leur évaluation des biens servant de sûreté se traduit par un taux de nantissement économique d'environ 48% du portefeuille.

Fondation de placement «AXA Prévoyance hypothécaire Suisse»

- Accent mis sur l'immobilier résidentiel
- Stabilité des revenus
- Large répartition des prêts hypothécaires entre les régions les plus attrayantes du pays
- Nantissement moyen peu élevé
- Débiteurs de premier ordre et sûretés importantes
- Duration comparable avec l'indice obligataire suisse, mais rendement à l'échéance plus élevé
- Négociabilité mensuelle (rachat de parts, moyennant un préavis de trois mois)



Opportunités

- Surcroît de rendement attrayant par rapport aux emprunts d'État suisses
- Sûretés comparables à celles des emprunts d'État suisses
- Diversification supplémentaire pour le portefeuille
- Possibilité d'effectuer des placements indirects et diversifiés dans des prêts hypothécaires suisses
- Hypothèques entrant dans la catégorie Obligations Suisse selon l'OPP 2



Risques

- Liquidité (négociabilité restreinte)
- Variations de valeur des biens immobiliers susceptibles de minorer les sûretés et d'entraîner des versements supplémentaires par les emprunteurs en cas de nantissements élevés

Longue expérience dans le secteur hypothécaire

Présente depuis plus de 50 ans dans le secteur hypothécaire, AXA gère en Suisse un portefeuille composé de quelque 12 000 prêts hypothécaires, représentant un volume de placements supérieur à 11 milliards de francs. Grâce à un maillage territorial très serré (plus de 340 agences), AXA garantit en permanence à ses clients l'acquisition d'un portefeuille hypothécaire de premier ordre.

Trajectoires des taux d'intérêt



Marco Hofer
Relationship Management
Asset Management

anlageloesungen@axa.ch
AXA.ch/solutionsplacement

travail de se constituer une prévoyance adéquate.¹⁴

En divisant le montant de la déduction de coordination par deux, le salaire assuré sera augmenté, de sorte que le niveau de prévoyance des assuré·e·s qui touchent des salaires plutôt bas ou moyens ou qui travaillent à temps partiel sera amélioré. En effet, l'application d'une déduction de coordination de 12 548 francs a un effet proportionnellement plus important sur un salaire annuel plutôt bas que sur un salaire annuel plutôt élevé.¹⁵

Cette mesure pourra ainsi répondre aux nouvelles réalités (travail à temps partiel, cumul d'activités professionnelles) et permettra aux assuré·e·s travaillant à temps partiel et percevant des salaires relativement bas d'être mieux protégé·e·s contre les risques vieillesse et invalidité. Pour les raisons exposées ci-dessus, la diminution de la déduction de coordination profitera plus particulièrement aux femmes.¹⁶

Le maintien du seuil d'entrée LPP

La réforme LPP 21 proposée par le Conseil fédéral ne prévoit pas de baisse du seuil d'entrée LPP (art. 2 al. 1, 7 al. 1 et 10 al. 2 let. c LPP), lequel est ainsi fixé à 21 510 francs, indépendamment du taux d'activité.¹⁷ Ainsi, seul·e·s les sala-

«Il est également regrettable que le salaire annuel minimal, condition pour accéder au 2^e pilier, n'ait pas été baissé ou diminué dans le cadre de la réforme LPP 21.»

rié·e·s qui perçoivent, d'un même employeur, un revenu annuel supérieur à 21 510 francs pourront avoir accès au 2^e pilier. Les salarié·e·s qui exercent plusieurs emplois à temps partiel, mais dont aucun n'atteint annuellement le seuil d'entrée LPP, demeureront donc exclu·e·s du 2^e pilier, bien que le cumul de leurs différents revenus soit supérieur audit seuil.

Solutions alternatives

La réduction de moitié de la déduction de coordination prévue par la réforme de la prévoyance professionnelle adoptée le 25 novembre 2020 par le Conseil fédéral est certes une mesure de modernisation importante et une avancée qui aura pour effet de mieux protéger les femmes contre les risques vieillesse et invalidité. Cette mesure nous semble toutefois encore insuffisante.

Pour favoriser davantage l'accès des femmes au 2^e pilier, il aurait été souhaitable d'aller encore un peu plus loin dans la réforme en supprimant totalement la déduction de coordination, comme l'avait proposé le Conseil fédéral dans le cadre de la réforme «Prévoyance vieillesse 2020», voire en la baissant davantage que de moitié comme l'avait retenu le Parlement dans le cadre de la réforme précitée.¹⁸

Il est également regrettable que le salaire annuel minimal, condition pour accéder au 2^e pilier, n'ait pas été baissé ou

diminué dans le cadre de la réforme LPP 21. Il est en effet plus difficile pour les travailleurs à temps partiel, les personnes percevant des bas salaires ou encore les personnes en situation de multiactivité, qui sont constitués en majorité de femmes, d'atteindre ce salaire minimum. Afin d'élargir le champ d'application personnel du 2^e pilier, et englober ainsi davantage de femmes, il aurait été bienvenu, comme cela avait d'ailleurs été proposé par le Conseil fédéral dans le cadre de la réforme «Prévoyance vieillesse 2020»,¹⁹ d'abaisser le seuil d'accès à l'assurance.

En tout état de cause, bien que la réforme LPP 21 constitue une avancée, elle paraît insuffisante pour remplir le mandat donné au législateur par l'art. 8 al. 3 de la Constitution fédérale et l'art. 11 par. 1 let. e de la Convention internationale sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes, selon lesquels la Suisse s'est engagée à prendre toutes les mesures appropriées pour éliminer la discrimination à l'égard des femmes dans le domaine de l'emploi, afin d'assurer, sur la base de l'égalité de l'homme et de la femme, les mêmes droits, et en particulier le droit à la sécurité sociale.

Le législateur devra ainsi trouver des solutions alternatives permettant aux femmes de maintenir leur assurance auprès du 2^e pilier durant les périodes d'interruption de leur activité lucrative ou de réduction de leur taux d'activité pour des raisons éducatives.

A cet effet, par exemple, l'extension des conditions de maintien de l'assurance prévu aux art. 8 al. 3 LPP (en cas de maladie ou de maternité)²⁰ et 47 LPP (en cas d'interruption de l'assurance obligatoire) pourrait être une voie à explorer. **I**

¹⁴ Message du Conseil fédéral du 25 novembre 2020 concernant la modification de la loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (Réforme LPP 21), FF 2020 9501, 9511.

¹⁵ Message du Conseil fédéral du 25 novembre 2020 concernant la modification de la loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (Réforme LPP 21), FF 2020 9501, 9552. Par exemple, si un assuré a un salaire annuel de 40 000 francs, une déduction de coordination de 25 095 francs s'applique sur son salaire, de sorte que son salaire coordonné s'élève à 14 905 francs. Avec une déduction de coordination réduite à 12 548 francs, son salaire coordonné s'élèvera à 27 452 francs, ce qui constitue une amélioration par rapport à la situation actuelle, dans la mesure où ses revenus soumis à l'assurance obligatoire sont plus élevés.

¹⁶ Message du Conseil fédéral du 25 novembre 2020 concernant la modification de la loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (Réforme LPP 21), FF 2020 9501, 9524 et 9552.

¹⁷ Une réduction du salaire annuel minimal est prévue pour les personnes partiellement invalides, cf. art. 4 OPP 2.

¹⁸ Dans le cadre de la réforme «Prévoyance vieillesse 2020», le Parlement avait proposé que la déduction de coordination s'élève à 40 % du salaire annuel réalisé par l'assuré mais au moins au montant de la rente de vieillesse minimale de l'AVS et au plus à 75 % de la rente de vieillesse maximale de l'AVS.

¹⁹ Dans le cadre de la réforme «Prévoyance vieillesse 2020», le Conseil fédéral avait proposé d'abaisser le seuil d'accès à 14 040 francs afin de permettre à quelques 220 000 personnes supplémentaires d'entrer dans le champ d'application personnel du 2^e pilier, mais le Parlement avait renoncé à cette proposition.

²⁰ Voir, à ce sujet: Stéphanie Perrenoud, op. cit., p. 145.



Schweizer Hypotheken: für Pensionskassen eine attraktive Investitionsmöglichkeit

Die AXA bietet für Vorsorgestiftungen und Pensionskassen eine neue Hypothekenanlagestiftung an, deren Fokus auf Wohnliegenschaften an attraktiven Standorten in der Schweiz liegt. Vorsorgewerke können so ihr Portfolio diversifizieren und eine attraktive Mehrrendite im Vergleich zu Schweizer Staatsanleihen erzielen.

Die Zinsen von Schweizer Staatsanleihen befinden sich seit langer Zeit im negativen Bereich. Doch machen Schweizer Staatsanleihen im Depot einer Pensionskasse einen grossen Bestandteil aus, nicht zuletzt wegen der hohen Sicherheit. Die daraus resultierenden Renditen sind für Pensionskassen aber zunehmend unattraktiv, was zu Renditenotständen führt. Nach den jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen ist zudem auch in den kommenden Jahren keine Normalisierung des Zinsniveaus zu erwarten und die Zinsen dürften weiterhin auf tiefem Niveau verharren.

Mehr Rendite bei weiterhin hoher Sicherheit

Eine attraktive Anlagealternative zu Schweizer Staatsanleihen stellen Schweizer Hypotheken dar. Sie weisen eine vergleichbar hohe Sicherheit auf, ermöglichen jedoch eine deutlich höhere Rendite. Denn während die Verfallsrendite für 10-jährige Schweizer Staatsanleihen negativ ist, befindet sich jene für Schweizer Hypotheken im positiven Bereich (siehe Grafik).

Seit dem 1. Juli 2020 können Vorsorgewerke Anteile der neuen Anlagestiftung «AXA Vorsorge Hypotheken Schweiz» zeichnen. Dies ermöglicht Schweizer Pensionskassen einen einfachen Zugang zu indirekten Investitionen in ein diversifiziertes Portfolio von besicherten Hypothekarkreditforderungen auf Liegenschaften in der Schweiz.

Erstklassige Auswahl der Schuldner, tiefe Belehnungsquote

Per Februar 2021 umfasst die Anlagestiftung rund 680 Hypotheken mit einem Investitionsvolumen von über 470 Millionen Franken. Der Fokus liegt auf Wohnliegenschaften an attraktiven Standorten in der ganzen Schweiz. Rund 91% der Hypotheken werden zur Finanzierung von Ein- und Mehrfamilienhäusern sowie Eigentumswohnungen eingesetzt. Die durchschnittliche Restlaufzeit beträgt 8,1 Jahre.

Die Hypothekengabe erfolgt durch das AXA Asset Management nach hohen Standards, was sich in einer selektiven Auswahl der Schuldner und einer konservativen Schätzung der Immobilienwerte widerspiegelt. Die Immobilien, welche als Sicherheit dienen, werden durch Immobilienschätzer der AXA sehr konservativ bewertet. Dieser Ansatz führt zu einer ökonomischen Belehnungsquote von rund 48% im Portfolio.

Anlagestiftung «AXA Vorsorge Hypotheken Schweiz»

- Fokus auf Wohnimmobilien
- Stabile Erträge
- Breite Diversifikation über die attraktivsten Regionen der Schweiz
- Tiefe durchschnittliche Belehnung
- Erstklassige Schuldnerinnen und Schuldner sowie hohe Sicherheiten
- Vergleichbare Duration wie der breite Bondindex der Schweiz, jedoch mit einer höheren Verfallsrendite
- Monatlich handelbar (Rücknahme von Anteilen mit einer Ankündigungsfrist von drei Monaten)



Chancen

- Attraktive Mehrrendite gegenüber Schweizer Staatsanleihen
- Vergleichbare Sicherheiten wie Schweizer Staatsanleihen
- Zusätzliche Diversifikation für das Portfolio
- Möglichkeit indirekt und diversifiziert in Schweizer Hypotheken zu investieren
- Hypotheken können gemäss BVV2 der Anlageklasse Obligationen Schweiz zugeordnet werden



Risiken

- Liquidität (eingeschränkt handelbar)
- Bewertungskorrekturen von Immobilien resultieren in tieferen Sicherheiten und können bei hohen Belehnungen zu Nachschusspflichten für die Hypothekarneher führen

Langjährige Erfahrung im Hypothekengeschäft

Die AXA ist seit über 50 Jahren im Hypothekengeschäft tätig und verwaltet insgesamt rund 12 000 Hypotheken in der Schweiz mit einem Investitionsvolumen von über 11 Milliarden Franken. Mit dem dichten Vertriebsnetz von über 340 Agenturen in der ganzen Schweiz ist der Aufbau eines attraktiven Hypothekenportfolios jederzeit sichergestellt.

Zinsentwicklungen



Marco Hofer
Kundenbetreuung
Asset Management

anlageloesungen@axa.ch
AXA.ch/anlageloesungen

Besserer Schutz für Frauen vor den Risiken Alter und Invalidität

Am 25. November 2020 hat der Bundesrat die Botschaft zur Reform der beruflichen Vorsorge (BVG 21) ans Parlament überwiesen. Die Reformvorlage übernimmt den von den Sozialpartnern ausgearbeiteten Kompromiss. Nachfolgend werden die Auswirkungen dieser Reform auf die Situation der Frauen untersucht.

Das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) basiert auf dem Modell der vollzeitigen, ununterbrochenen Erwerbstätigkeit. Die Charakteristiken dieses Modells sind noch heute von der beruflichen Karriere der Männer geprägt.¹

Da die Frauen jedoch oft Beruf, Familie und Haushalt unter einen Hut bringen müssen oder diese Aufgaben abwechselnd ausüben, kommt es bei ihnen häufiger zu Unterbrüchen im Berufsleben als bei den Männern.²

Dieses unregelmässige, von Unterbrüchen gekennzeichnete Erwerbsleben der Frauen führt zu Beitragslücken in der beruflichen Altersvorsorge. Teilzeitarbeit hat ausserdem den Effekt, dass Frauen der Zugang zur 2. Säule vielfach verwehrt bleibt, da sie die Eintrittsschwelle nicht erreichen.³

Im Jahr 2019 arbeiteten 59.9% der Frauen in Teilzeit, im Vergleich zu nur 17.7% der Männer.⁴ Ausserdem waren

10.7% der erwerbstätigen Frauen mehrfachbeschäftigt, verglichen mit knapp 6% der Männer.⁵ Im Jahr 2018 waren 15.8% der Frauen gegenüber 7.2% der Männer, also mehr als doppelt so viele, im Niedriglohnssektor tätig, das heisst in Jobs, wo der Lohn weniger als zwei Drittel des Median-Bruttolohns beträgt, der im Jahr 2018 bei 4359 Franken monatlich lag.⁶ Ausserdem veränderten 2018 mehr Mütter (30.7%) als Väter (23.8%) ihre Arbeitszeit, um sich um ihre Kinder kümmern zu können. Und fast doppelt so viele Mütter (32.7%) wie Väter (17.7%) wechselten die Stelle, um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können.⁷ Im Jahr 2017 war fast ein Viertel der erwerbstätigen Frauen nicht in der

beruflichen Vorsorge versichert.⁸ Zudem beträgt die durchschnittliche Altersrente für Frauen nur 63% derjenigen der Männer. Das bedeutet, dass die Rente einer Frau aus der beruflichen Altersvorsorge im Durchschnitt kaum mehr als ein Drittel der Rente eines Mannes erreicht.⁹

Am 25. November 2020 hat der Bundesrat die Botschaft zur Reform der beruflichen Vorsorge (BVG 21) verabschiedet und ans Parlament überwiesen. Ziel dieser Reform ist es, die Renten zu sichern und deren Finanzierung zu stärken. Gleichzeitig soll sie aber auch die Absicherung von Kleinverdienern und Teilzeitbeschäftigten verbessern, bei denen die Frauen einen beträchtlichen Anteil ausmachen. Um dieses Ziel zu erreichen, sieht die Reform eine Reduktion des Koordinationsabzugs vor.

Die Reduktion des Koordinationsabzugs

Für die berufliche Altersvorsorge ist die Höhe des versicherten Einkommens wichtig. Die Altersrenten der beruflichen Altersvorsorge richten sich nämlich nach der Erwerbstätigkeit (Anzahl Beitragsjahre) und der Höhe des Einkommens aus dieser Tätigkeit.¹⁰

Art. 8 Abs. 1 BVG bestimmt den zu versichernden Teil des Jahreslohns, den

¹ Stéphanie Perrenoud: *Prévoyance professionnelle et égalité entre les sexes – état des lieux et perspectives*, in: HAVE/REAS 2020, S. 3, 11 und 131 und die erwähnten Quellen.

² Stéphanie Perrenoud, a. a. O., S. 133 und die erwähnten Quellen.

³ Stéphanie Perrenoud, a. a. O., S. 133 und die erwähnten Quellen.

⁴ Bundesamt für Statistik (BFS): Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE), Tabelle «Erwerbsquote von 1991 bis 2019», 3. März 2020, verfügbar unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/situation-economique-sociale-population.assetdetail.11947050.html>. Siehe auch: Bundesamt für Statistik (BFS), Arbeitskräfteerhebung (SAKE), Erwerbsbeteiligung der Frauen von 2010 bis 2019, 27. November 2020, S. 3.

⁵ Bundesamt für Statistik (BFS), Arbeitskräfteerhebung (SAKE), Erwerbsbeteiligung der Frauen von 2010 bis 2019, 27. November 2020, S. 4; Bundesamt für Statistik (BFS), Arbeitskräfteerhebung (SAKE), Tabelle «Erwerbstätige mit mehr als einer Stelle», 13. Februar 2020, verfügbar unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/travail-remuneration/activite-professionnelle-temps-travail/actifs-occupes/conditions-travail/multiactivite.assetdetail.11747222.html>. Siehe auch: Bundesamt für Statistik (BFS), Arbeitskräfteerhebung (SAKE), Erwerbsbeteiligung der Frauen von 2010 bis 2019, 27. November 2020, S. 4, aus der hervorgeht, dass die Schweiz nach Island das Land mit dem zweithöchsten Anteil an mehrfachbeschäftigten Frauen ist.

⁶ Bundesamt für Statistik (BFS): Schweizerische Lohnstrukturerhebung, Taschenstatistik 2018, 31. August 2020, Tabelle «Anteil der Niedriglohnstellen nach Geschlecht» (G11), S. 8.

⁷ Bundesamt für Statistik (BFS): Schweizerische Arbeitskräfteerhebung: Partizipation am Arbeitsmarkt 2010–2018, Die Schweizer Bevölkerung partizipiert noch stärker am Arbeitsmarkt, Medienmitteilung vom 23. April 2019.

⁸ Bundesamt für Sozialversicherung (BSV): Faktenblatt «Altersvorsorge 2020: Was die Reform für die Frauen bedeutet», 18. Juli 2017.

⁹ Fluder, Robert; Salzgeber, Renate: Das Rentengefälle zwischen Frauen und Männern, in: Soziale Sicherheit/CHSS/4/2016, S. 39 und 40. Siehe auch: Stéphanie Perrenoud, a. a. O., S. 4 und die erwähnten Quellen.

¹⁰ Fluder, Robert; Salzgeber, Renate, a. a. O., S. 39., a. a. O., S. 39.

koordinierten Lohn.¹¹ Dieser liegt zwischen dem Koordinationsabzug (25 095 Franken) und dem oberen Grenzbetrag (86 040 Franken), das heisst momentan bei 60 945 Franken.¹² Beträgt der koordinierte Lohn weniger als 3585 Franken, so muss er auf diesen Betrag aufgerundet werden (Art. 8 Abs. 2 BVG).

Die BVG-Reform sieht im Bereich des BVG-Minimums eine Halbierung des Koordinationsabzugs von 25 095 Franken auf 12 548 Franken vor.

Im überobligatorischen Bereich können die Vorsorgeeinrichtungen – in Abweichung von Art. 8 Abs. 1 und gemäss der bereits heutigen Praxis – ganz von

¹¹ Brechbühl, Jürg; Geckeler Hunziker, Maya, in: Schneider, Jacques-André; Geiser, Thomas; Gächter, Thomas: BVG und FZG, Bern 2020, ad Art. 8 BVG, Nr. 4, S. 118.

¹² Die Höhe des Koordinationsabzugs entspricht 7/8 der maximalen AHV-Altersrente (diese beträgt 28 680 Franken), der obere Grenzbetrag von 86 040 Franken dem dreifachen Jahresbetrag der besagten Rente.

einem Koordinationsabzug absehen oder ihn tiefer ansetzen (z. B. im Verhältnis zum Arbeitspensum oder als Prozentsatz des Lohns), falls dies im Reglement vorgesehen ist.¹³

Der Bundesrat hält in seiner Botschaft fest, dass neue Arbeitsformen (Teilzeitarbeit, Mehrfachbeschäftigung) in einer sich wandelnden Gesellschaft immer mehr an Bedeutung gewinnen. Die einheitliche Definition des Koordinationsabzugs erschwerte den von diesen

¹³ Brechbühl, Jürg; Geckeler Hunziker, Maya, a. a. O., ad Art. 8 BVG, Nr. 16, S. 122 und 123; Stéphanie Perrenoud, a. a. O., S. 15.

neuen Arbeitsformen Betroffenen indes den Aufbau einer angemessenen Altersvorsorge.¹⁴

Durch die Halbierung des Koordinationsabzugs wird der versicherte Lohn erhöht, was für Klein- oder DurchschnittsverdienerInnen und TeilzeitarbeiterInnen zu einer Verbesserung der Renten führt. Denn die Anwendung eines Koordinationsabzugs von

¹⁴ Botschaft des Bundesrats vom 25. November 2020 zur Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG-Reform 21), BB 2020 9501, 9511.

Katastrophenanleihen

Plenum
Insurance Linked Capital

Bleiben Sie gesund! Mit Naturkatastrophen rechnen



12 548 Franken wirkt sich bei einem eher tiefen Jahreslohn verhältnismässig stärker aus als bei einem hohen Jahresgehalt.¹⁵

Diese Massnahme wird somit den neuen Realitäten (Teilzeitarbeit, Mehrfachbeschäftigung) gerecht und sorgt für einen besseren Schutz von TeilzeitarbeiterInnen und KleinverdienerInnen vor den Risiken Alter und Invalidität. Aus den dargelegten Gründen kommt die Senkung des Koordinationsabzugs insbesondere den Frauen zugute.¹⁶

Beibehaltung der BVG-Eintrittsschwelle

Die bundesrätliche Vorlage zur Reform BVG 21 sieht vor, die BVG-Eintrittsschwelle (Art. 2 Abs. 1, 7 Abs. 1 und 10 Abs. 2 Bst. c BVG) unabhängig vom Arbeitspensum bei den jetzigen 21 510 Franken zu belassen.¹⁷ Das bedeutet, dass nur ArbeitnehmerInnen mit einem Jahreseinkommen von mehr als 21 510 Franken beim selben Arbeitgeber in den Genuss einer 2. Säule kommen können. ArbeitnehmerInnen mit mehreren Teilzeitjobs, von denen keiner im Jahresdurchschnitt die Eintrittsschwelle erreicht, bleiben also von der 2. Säule ausgeschlossen, auch wenn das kumulierte Einkommen aus den verschiedenen Teilzeitbeschäftigungen die Eintrittsschwelle überschreitet.

Alternative Lösungen

Die im Rahmen der vom Bundesrat am 25. November 2020 beschlossenen

*«Bedauerlich ist ausserdem,
dass der Mindestjahreslohn als
Voraussetzung für den Zugang
zur 2. Säule im Rahmen
der Reform BVG 21
nicht herabgesetzt wurde.»*

Reform der beruflichen Vorsorge vorgesehene Halbierung des Koordinationsabzugs ist sicherlich eine wichtige Modernisierungsmassnahme und ein Schritt nach vorn im Bemühen, die Frauen besser vor den Risiken Alter und Invalidität zu schützen. Allerdings erscheint uns diese Massnahme immer noch unzureichend.

Um den Frauen den Zugang zur 2. Säule zu ebnen, wäre es ratsam gewesen, bei der Reform noch etwas weiter zu gehen und den Koordinationsabzug ganz abzuschaffen, wie das der Bundesrat im Reformpaket «Altersvorsorge 2020» vorgeschlagen hatte, oder ihn um mehr als die Hälfte zu senken, wie es das Parlament im Rahmen der erwähnten Reform verlangt hatte.¹⁸

Bedauerlich ist ausserdem, dass der Mindestjahreslohn als Voraussetzung für den Eintritt in die 2. Säule im Rahmen der Reform BVG 21 nicht herabgesetzt wurde. Denn für Teilzeitbeschäftigte, Geringverdiener oder Mehrfachbeschäftigte – und diese bestehen zur Mehrheit aus Frauen – ist es schwieriger, diesen Mindestlohn zu erreichen. Um den individuellen Anwendungsbereich der 2. Säule auszudehnen und damit mehr Frauen einzubeziehen wäre es begrüssenswert gewesen, die Eintrittsschwelle in die Versicherung herabzusetzen, wie das der Bundesrat im Rahmen der Re-

form «Altersvorsorge 2020» ja auch tatsächlich vorgeschlagen hatte.¹⁹

In jedem Fall bedeutet die Reform BVG 21 zwar einen Schritt nach vorn, reicht aber nicht aus, um dem Auftrag zu genügen, der dem Gesetzgeber gemäss Art. 8 Abs. 3 der Bundesverfassung und Art. 11 Par. 1 Bst. 3 des Uno-Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zuteil wurde und wonach sich die Schweiz verpflichtet hat, alle geeigneten Massnahmen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau in der Arbeitswelt zu ergreifen, um auf der Grundlage der Gleichstellung von Mann und Frau allen die gleichen Rechte und insbesondere das Recht auf soziale Sicherheit zu gewährleisten.

Der Gesetzgeber wird somit andere Lösungen finden müssen, die es den Frauen ermöglichen, ihren Versicherungsschutz in der 2. Säule aufrechtzuerhalten in den Lebensphasen, wo sie wegen der Kinderbetreuung ihr Erwerbsleben unterbrechen oder ihr Arbeitspensum reduzieren.

Ein Ansatzpunkt wäre in dieser Hinsicht eine Erweiterung der Voraussetzungen für die Weiterversicherung gemäss Art. 8 Abs. 3 BVG (bei Krankheit oder Mutterschaft)²⁰ und Art. 47 BVG (bei Unterbruch der obligatorischen Versicherung). **I**

Alexia Raetzo
Anne Troillet

¹⁵ Botschaft des Bundesrats vom 25. November 2020 zur Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Reform BVG 21), BB 2020 9501, 9552. Bezieht ein Versicherter z. B. einen Jahreslohn von 40 000 Franken, gilt für seinen Lohn ein Koordinationsabzug von 25 095 Franken, so dass sein koordinierter Lohn 14 905 Franken beträgt. Mit einem reduzierten Koordinationsabzug von 12 548 Franken wird sein koordinierter Lohn 27 452 Franken betragen. Dies ist insofern eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation, als sein versicherungspflichtiges Einkommen höher ist.

¹⁶ Botschaft des Bundesrats vom 25. November 2020 zur Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Reform BVG 21), BB 2020 9501, 9524 und 9552.

¹⁷ Für teilinvalide Personen ist eine Reduktion des minimalen Jahreslohns vorgesehen, vgl. Art. 4 BVV 2.

¹⁸ Das Parlament hatte im Rahmen der Reform «Altersvorsorge 2020» einen Koordinationsabzug von 40 % des vom Versicherten erzielten Jahreseinkommens vorgeschlagen, mindestens aber den Betrag der minimalen AHV-Altersrente und höchstens 40 % der maximalen AHV-Altersrente.

¹⁹ Der Bundesrat hatte im Rahmen der Reform «Altersvorsorge 2020» vorgeschlagen, die Schwelle auf 14 040 Franken zu senken, um rund 220 000 zusätzlichen Personen den Zugang zum individuellen Anwendungsbereich der 2. Säule zu ermöglichen, doch das Parlament war nicht auf diesen Vorschlag eingegangen.

²⁰ Siehe dazu: Stéphanie Perrenoud, a. a. O., S. 145.

MEHR ERTRAG DURCH KONSEQUENTES RISIKOMANAGEMENT

Unsere Investmentlösungen in den Bereichen Liquid Alternatives und Absolute Return begleiten Anleger seit über 20 Jahren.

Alternative Investments nutzen Ineffizienzen an den globalen Kapitalmärkten. Doch längst nicht bei jeder Chance stehen Risiko und Ertrag in einem ausgewogenem Verhältnis. Unsere Experten bei Candriam verfolgen daher einen eigens entwickelten quantitativen Ansatz und ein rigoroses Risikomanagement. Wir stellen Portfolios für Sie zusammen, die auf Verwerfungen an den Märkten relativ unempfindlich reagieren und Ihnen auf der Ertragsseite eine solide Rendite sichern.

In unseren Absolute Return-Strategien verwalten wir über 4 Milliarden US-Dollar. Damit gehört Candriam zu den Marktführern in diesem Segment.

CANDRIAM. INVESTING FOR TOMORROW.

CANDRIAM 

A NEW YORK LIFE INVESTMENTS COMPANY

Dieses Dokument dient ausschließlich Informationszwecken und stellt, vorbehaltlich ausdrücklicher anders lautender Vereinbarungen, weder ein Kauf- oder Verkaufsangebot für Finanzinstrumente noch eine Anlageempfehlung oder Transaktionsbestätigung dar. Candriam lässt bei der Auswahl der in diesem Dokument genannten Daten und ihrer Quellen größte Sorgfalt walten. Dennoch können Fehler oder Auslassungen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Candriam haftet nicht für direkte oder indirekte Schäden oder Verluste, die aus der Verwendung dieses Dokuments entstehen könnten. Die Rechte von Candriam am geistigen Eigentum sind jederzeit zu wahren. Eine Vervielfältigung des Inhalts dieses Dokuments ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung seitens Candriam zulässig.

Candriam empfiehlt Anlegern, vor der Anlage in einen unserer Fonds die auf unserer Webseite www.candriam.com hinterlegten „wesentlichen Anlegerinformationen“ (KIIDs) sowie den Verkaufsprospekt und alle anderen relevanten Dokumente zu lesen, einschließlich des Nettoinventarwert des Fonds. Diese Informationen sind entweder in englischer Sprache oder in der Sprache der Länder erhältlich, in denen der Fonds zum Vertrieb zugelassen ist.

Die Performance von Anlagen in Aktien ist nicht garantiert; es besteht das Risiko eines Kapitalverlusts.

Christoph Plüss, Pensionskassen-Experte SKPE, Allvisa AG

Eine verpasste Chance

Der Reformvorschlag des Bundesrats sieht einen Rentenzuschlag vor, der im Umlageverfahren finanziert wird. Diese Abkehr vom Kapitaldeckungsverfahren in der beruflichen Vorsorge kommt einer Kapitulation gleich.

Mit 6% ist der vorgeschlagene neue Mindestumwandlungssatz aus versicherungstechnischer Sicht nach wie vor deutlich zu hoch. Weitere Senkungen sind damit absehbar. Falls die Reform BVG 21 in der jetzigen Form realisiert würde, wäre auch schon vorprogrammiert, wie der Leistungserhalt bei weiteren Senkungen umgesetzt werden würde. Der Umlagebeitrag von 0.5% der AHV-Löhne würde schrittweise erhöht und die Umlagekomponente in der beruflichen Vorsorge weiter ausgebaut werden.



«Etwas Flexibilisierung würde auch der obligatorischen beruflichen Vorsorge guttun.»

Das Problem heisst Umverteilung

In der Botschaft des Bundesrats vom 25. November 2020 heisst es: «Das Ungleichgewicht zwischen erzielter und benötigter Rendite hat nicht nur negative Folgen für die finanzielle Situation der Vorsorgeeinrichtungen, sondern führt auch zu einer unerwünschten Umverteilung von den aktiven Versicherten zu den Rentnerinnen und Rentnern.»

Weiter heisst es in der Botschaft des Bundesrats wörtlich: «Umverteilung ist systemfremd und für die Destinatäre schwer verständlich. Diese Intransparenz schwächt auch die Glaubwürdigkeit der beruflichen Vorsorge.» In der Botschaft wird vorgerechnet, dass die Zunahme der Umverteilung durch den Umlagebeitrag mit der Senkung des Mindestumwandlungssatzes nur teilweise wettgemacht wird. Insgesamt nimmt die Umverteilung mit der Reform BVG 21 zu.

Die Annahme, die Glaubwürdigkeit der beruflichen Vorsorge würde steigen, wenn die Umverteilung zwar vergrössert (mit einer noch systemfremderen Methode), aber dafür gleichzeitig offensichtlich gemacht wird, ist mutig.

Mehr Flexibilität schaffen

Mehr Transparenz (und damit Glaubwürdigkeit) würde man gewinnen, wenn man offen dazu stehen würde, was 1 Franken Altersrente kostet (es sind bei einer Verzinsung von 1% und ohne anwartschaftliche Hinterlassenenleistungen knapp 20 Franken), und den Versicherten die Wahl geben würde, wie viel sie sparen möchten.

Verbessern statt nur anpassen

Gemäss Duden meint «Reform» die planmässige Neuordnung, Umgestaltung, Verbesserung des Bestehenden. Das, was

die Reform BVG 21 in der jetzigen Form darstellt, ist aber lediglich eine Anpassung der versicherungstechnischen Parameter und ihrer Finanzierung. Es wird nichts verbessert (im Gegenteil), und es findet keine Neuordnung statt.

Seit dem Inkrafttreten des BVG 1985 hat sich unsere Gesellschaft stark gewandelt. Diesem Wandel müsste eine Reform gerecht werden. Während das Konzept der Lebensstelle in den 80er Jahren noch weit verbreitet war, prägen heute Teilzeitstellen, Stellenwechsel, Mehrfachanstellungen und neue Anstellungsmodelle den Arbeitsmarkt. Damit einhergehend ändern sich die Pensen und entstehen Lücken in der Vorsorge.

Wahlmöglichkeiten bei den Leistungen

Mit einer gewissen Individualisierung könnten diese Entwicklungen auch in der beruflichen Vorsorge abgebildet werden: sei es durch eine Anpassung der Grenzbeträge an den Beschäftigungsgrad, die Einführung von Wahlmöglichkeiten beim Sparprozess oder durch Wahlmöglichkeiten bei den Altersleistungen.

Kurz: Etwas Flexibilisierung würde auch der obligatorischen beruflichen Vorsorge guttun. Das BVG-Obligatorium soll nicht der Trendsetter der beruflichen Vorsorge sein. Aber ein Blick darauf, was inzwischen bei vielen Vorsorgeeinrichtungen im überobligatorischen Bereich umgesetzt wurde, würde sicher nicht schaden. Schliesslich zeigen die Entscheidungen der Stiftungsräte in ihren Vorsorgeeinrichtungen, was sich die Versicherten und Arbeitgeber unter der beruflichen Vorsorge vorstellen. |

Umfrage: Welche Reform brauchen die Pensionskassen?

red. Erstmals wurde 2020 die Umfrage «perspektivpro» durchgeführt. Die Umfrage wurde in Zusammenarbeit mit der Universität St. Gallen von vps.epas initiiert. Vier Expertenbüros nahmen die Analyse der Ergebnisse vor.

Die Pensionskassen wurden nach ihren Anliegen bezüglich einer Reform gefragt. Gut 63% der Teilnehmer antworteten auf die Frage nach der Bedeutung von flexiblen Wahlplänen mit «wichtig» oder «sehr wichtig». Noch wichtiger als die Wahlpläne wird die Anpassung des Koordinationsabzugs und der Eintrittsschwelle an den Beschäftigungsgrad eingestuft.

Die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage stehen als Download unter <https://bit.ly/2YT8Jn> zur Verfügung.

ESG-Anlagen in Asien – eine unsichtbare Entwicklung

Nachhaltige und verantwortungsbewusste Anlagen entwickeln sich rasant zu einem der weltweit wichtigsten Anlagekriterien – und in Asien, wo diese Anlagen bisher weniger präsent waren, beschleunigt sich dieser Trend. Darüber hinaus wird Nachhaltigkeit mittlerweile als wichtiger ökonomischer Treiber für die Anlageperformance betrachtet. Murray Collis, Deputy CIO Fixed Income Asia ex-Japan und leitender Portfoliomanager der Strategie «Sustainable Asia Bond», analysiert die Gründe, die diese Entwicklung antreiben und mögliche Auswirkungen von COVID-19 in diesem Zusammenhang. Zudem erläutert er, welche Rolle ein aktives Management bei Investition und Engagement in Unternehmen des wachsenden asiatischen Marktes für nachhaltige Anlagen spielt.

Welche Entwicklungen gibt es am asiatischen Anleihemarkt, was das wachsende Bewusstsein für Nachhaltigkeit und ihre Integration in Anlagestrategien betrifft? Und was sind die Haupttreiber dieser Entwicklung?

Asien hat sich mit Blick auf Nachhaltigkeit in den letzten zehn Jahren sehr stark entwickelt. Man hat das Konzept ESG dort wirklich verinnerlicht. Wir haben in Asien einige verschiedene Nachhaltigkeitstreiber identifiziert und begonnen, sie mit der Zeit langsam in unsere Portfolios zu integrieren. Die asiatischen Regierungen betonen weiterhin ihren Willen, sich in der Region für ESG-Themen einzusetzen. China zum Beispiel hat in den letzten Monaten des Vorjahres angekündigt, bis 2060 klimaneutral zu werden, während Südkorea, Japan und Hongkong dieses Ziel bereits 2050 erreichen wollen.

Wir konnten im vergangenen Jahrzehnt beobachten, dass die Regierungen der Region ESG-Probleme erkennen und Regelungen schaffen, um sie zu bewältigen. Dies erklärt das Anfangswachstum, das wir auf dem asiatischen Nachhaltigkeitsmarkt gesehen haben. Sobald ein Problem in einer Regierungsagenda berücksichtigt wird, nehmen auch die Regulatoren davon Notiz. Die asiatischen Länder und Territorien beginnen nun damit, Best-Practice-Grundsätze für ESG-Anlagen aufzubauen und zu entwickeln, und auch die Unternehmen dieser Länder und Territorien beginnen, entsprechende Verhaltenskodizes einzuführen. Governance-Bestimmungen wie die Aufgabentrennung zwischen CEO und Verwaltungsratspräsident sind nun für börsennotierte Unternehmen in einer wachsenden Zahl von Ländern und Territorien der Region zwingend vorgeschrieben.

Zudem führen die Notenbanken der Region Massnahmen ein, die das Wachstum des asiatischen ESG-Marktes fördern sollen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die «Monetary Authority of Singapore», die zur Entwicklung nachhaltiger Finanzierungen in Singapur zwei Milliarden US-Dollar zurückgestellt hat. Die «People's Bank of China» wiederum hat in den letzten Jahren eine Reihe bedeutender Massnahmen ergriffen, etwa die Akzeptanz grüner Anleihen als Sicherheit für ihr mittelfristiges Kreditfazilitätsprogramm. Regierungen und Regulatoren können das Wachstum des Nachhaltigkeitsmarktes auf viele unterschiedliche Weisen unterstützen. Es ist ermutigend, zu beobachten, wie die asiatischen Nationen zunehmend davon Gebrauch machen.

Aus Anlegerperspektive bleibt festzuhalten, dass in Asien das Bewusstsein für die Vorteile einer Anlage in nachhaltige Fixed-Income-Produkte wächst. Es ist historisch klar belegbar, dass nachhaltige Anlagen mittel- bis langfristig meist eine Outperformance erzielen. Die Anleger beginnen, dies bei ihrer Analyse von ESG-Anlagen zu berücksichtigen.

Positiv ist ausserdem, dass sich die Wirtschafts- und Unternehmensdaten aus Asien in den letzten Jahren stetig verbessert haben. Nach unserer Überzeugung werden Anleger durch den Zugang zu hochwertigeren Daten in die Lage versetzt, fundiertere Anlageentscheidungen zu treffen. Folglich hat die zunehmende Datenqualität auch zum Marktwachstum beigetragen.

In asiatischen Unternehmen äussert man sich heute positiver zu ESG und Nachhaltigkeit als früher. Dies erklärt sich teilweise durch aktives Engagement und teilweise durch das regulatorische Umfeld und den Umgang der Regierung mit diesem Thema. Wie bereits erwähnt, beginnen asiatische Unternehmen mit der Einführung von Best Practices. Dies schafft wiederum Chancen für nachhaltige Anlageprodukte. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Markt für grüne Anleihen in China. Vor vier bis fünf Jahren wurden nur sehr wenige grüne Anleihen emittiert. Seit 2016 jedoch steht China nach Schätzungen von Bloomberg für etwa 17 Prozent der globalen Emission grüner Anleihen.

All diese Entwicklungen zeigen deutlich, dass zahlreiche Faktoren gemeinsam für das Wachstum dieses Marktes verantwortlich sind. Regulatoren und Regierungen unterstützen und fördern das Wachstum nachhaltiger Anlagen. Zusätzlich fordern Anleger von Unternehmen, dass sie ethische Standards einführen und umsetzen.

Spielt China – wie bei den meisten Themen in Asien – auch bei nachhaltigen Anlagen eine Vorreiterrolle?

Man kann durchaus sagen, dass die stärker entwickelten Länder und Territorien in Asien vorangegangen sind. Wir beobachten beispielsweise viele Emissionen grüner Anleihen aus Hongkong und Singapur. China ist (und war schon immer) einer der wichtigsten Märkte der Region. Die Bedeutung Chinas für den asiatischen Anleihemarkt hat im letzten Jahrzehnt dramatisch zugenommen.

Auch in Indien gibt es bedeutende Entwicklungen, dennoch hat dieses Land hier noch viel Arbeit vor sich. Insgesamt dürfte die kurzfristige Pipeline einige attraktive Chancen bereithalten, da Unternehmen mit Fokus auf erneuerbare Energien in Indien, China und Teilen Südostasiens ihr Emissionsvolumen stark steigern.

2016 steht China nach Schätzungen für etwa

17%

der globalen Emission grüner Anleihen



Quelle: Bloomberg

Was sind die wichtigsten Lektionen, die wir aus dem Umgang mit COVID-19 ins neue Jahr mitnehmen sollten?

In vielerlei Hinsicht hat uns die Krise in unseren Positionen bestärkt. Wir integrieren ESG bereits seit vielen Jahren in unsere Anlageprozesse und bei Anlagen in Asien war Governance stets ein äusserst wichtiger Faktor, besonders im High-Yield-Universum.

Wenn wir die Ereignisse während der COVID-19-Pandemie analysieren, sehen wir, dass sie die grossen Gesellschafts- und Umweltprobleme ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt hat. Die Anleger merken das und beginnen, diese Probleme ernstzunehmen. Dies zeigt sich anhand der Emission sozialer Anleihen nun auch am Markt. 2020 stieg das Emissionsvolumen sozialer Anleihen auf über 160 Mrd. US-Dollar, während es im Vorjahr noch 13,3 Mrd. US-Dollar betragen hatte. Dies schafft eindeutig Marktchancen. Global wird bei ESG-Analysen der Fokus häufig auf Umweltthemen gelegt, während wir in Asien oft nach der Governance gefragt werden. Unserer Meinung nach ist es jedoch wichtig, alle wesentlichen ESG-Themen zusammen als Teil der Kreditanalyse und des Portfolioaufbaus zu betrachten.

Hat COVID-19 dazu geführt, dass ESG für Anleger keine Priorität mehr hat?

Ich würde sagen, dass das Gegenteil passiert ist. Im dritten Quartal 2020 haben die Anleger weltweit über 80 Mrd. US-Dollar in ESG-Fonds investiert. Nach unserer Auffassung hat dies mehrere Gründe. Einer davon ist, dass die Anleger sich angesichts der COVID-19-Folgen über

einige der wichtigsten Nachhaltigkeitsprobleme klar geworden sind, die gelöst werden müssen. Ein zweiter Grund liegt in den extremen Marktschwankungen im März und April, die den Anlegern wohl die herrschenden ökonomischen Risiken vor Augen geführt und bei ihnen den Wunsch geweckt haben, in solide Unternehmen mit nachhaltigen Geschäftsmodellen zu investieren.

Welche Form des Engagements verfolgen Sie bei Fixed-Income-Emittenten bezüglich ESG-Faktoren?

Wir verfolgen einen mehrdimensionalen Ansatz. Wenn Menschen an Engagement denken, fällt ihnen zunächst meist der Aktienmarkt ein. Doch Engagement ist auch im Fixed-Income-Bereich wichtig, vor allem in Asien.

Wir sehen Engagement als Chance, langfristige Beziehungen zu den entsprechenden Emittenten aufzubauen, mit denen wir im Austausch stehen. Im Rahmen unseres Engagements bei Emittenten diskutieren wir über eine Vielzahl von Themen. So verstehen wir die Geschäftsmodelle und Strategien dieser Unternehmen besser. Zudem können wir die Erkenntnisse einsetzen, die wir aus unserem Umgang mit Regulatoren und Regierungen ziehen, und so attraktive Chancen in der Region identifizieren. Und nicht zuletzt kann Engagement für uns und unsere Anleger zu besseren Ergebnissen führen.

“Wir verfolgen einen mehrdimensionalen Ansatz. Wenn Menschen an Engagement denken, fällt ihnen zunächst meist der Aktienmarkt ein. Doch Engagement ist auch im Fixed-Income-Bereich wichtig, vor allem in Asien.”

Unser Ziel besteht darin, uns zu den nach unserer Meinung optimalen Best Practices im Bereich Nachhaltigkeit auszutauschen. Für uns kommt es nicht allein auf die Zahl der Engagements an, sondern auch auf die positiven Ergebnisse, die daraus entstehen.

Wo sehen Sie die künftigen Kernchancen für diese Anlageklasse?

Die asiatischen Länder und Territorien gehören derzeit zu den grössten CO₂-Emittenten der Welt. Durch ihre jüngsten Bekenntnisse zu einer klimaneutralen Zukunft verpflichten sie sich, den CO₂-Ausstoss ihrer Volkswirtschaften stark zu drosseln. Diese Umstellung wird massive Folgen haben. Sie wird nachhaltigen Anlegern Chancen eröffnen. Der Klimawandel

und seine Risiken werden heute stärker thematisiert, es handelt sich hier folglich um einen langfristigen Anlagetrend.

So steigt etwa die Emission grüner Anleihen durch chinesische Immobilienentwickler stark an – in unseren Augen eine sehr spannende Entwicklung. Dies zeigt nach unserer Auffassung, dass die Regierung die Entwicklungen am Heimatmarkt registriert und die Einführung von Best Practices fördert. Ein grosser Teil dieser Neuemissionen fliesst in die grüne Renovierung und Umgestaltung von Bestandsimmobilien. Wir halten dies für eine sehr begrüßenswerte Entwicklung. Für Anleger bringt es den Vorteil, dass sie mit einer erheblichen Rendite belohnt werden.

Ein weiteres Wachstumssegment der asiatischen Volkswirtschaften dürften erneuerbare Energien sein. Wir werden diesen Bereich also weiter beobachten. Zudem haben wir einige sehr vielversprechende Chancen in Indien und anderen südostasiatischen Ländern und Territorien identifiziert.

Ist es an der Zeit, dass asiatische Anleihen als eigenständige Anlageklasse und nicht als kleine Gewichtung einer grösseren festverzinslichen Allokation betrachtet werden?

Bestimmt. Ich bin seit über einem Jahrzehnt in Singapur ansässig und habe in dieser Zeit ein deutliches Wachstum auf dem asiatischen Anleihemarkt beobachtet. In den letzten 5 bis 10 Jahren hat Asien als Anlageklasse starke Renditen erzielt, aber auch der Markt ist erheblich gewachsen. Nach der globalen Finanzkrise 2008 hatten die asiatischen Unternehmensanleihemärkte einen Wert von rund 250 Milliarden US-Dollar, während dieser Markt aktuell einen Wert von weit über 1000 Milliarden US-Dollar erreicht hat. Asien ist der zweitgrösste Anleihemarkt der Welt mit einer Gesamtgrösse von über 20 000 Milliarden US-Dollar. Er setzt sich aus 17 Ländern zusammen, die von Investment Grade bis zu High Yield reichen.

Die Gesamtqualität des Marktes ist hoch. Wenn Sie die Performance asiatischer Anleihen im Vergleich zu stärker entwickelten Anleihemärkten betrachten, bietet sie eine sehr überzeugende risikobereinigte Rendite mit geringer Korrelation. Der asiatische Anleihemarkt ist daher nicht nur attraktiv für Anleger, die eine Renditeerhöhung im Vergleich zu entwickelten Ländern suchen, sondern auch für Anleger, welche sich auf risikoadjustierte Renditen fokussieren.

Weitere Informationen erhalten Sie unter manulifeim.com/institutional Herausgegeben und genehmigt von Manulife Investment Management (Europe) Limited. Eingetragen in England unter der Nr. 02831891. Sitz: One London Wall, London, EC2Y 5EA. Zugelassen und reguliert von der Financial Conduct Authority.

Nachhaltige Anlagemöglichkeiten in Asien im Aufwind

Derzeit findet in Asien in Bezug auf die Nachhaltigkeit eine weitgehend unbemerkte Evolution statt, die unseres Erachtens attraktive Chancen im Fixed-Income-Sektor mit sich bringen könnte. Unsere einzigartige Sichtweise basiert auf gezieltem Research in den Themenbereichen Anleihen und ESG und wird von einem der grössten Fixed-Income-Teams in der Region vertreten.

Erfahren Sie, wie Anleger mit unserer Unterstützung diese Chancen wahrnehmen können.

manulifeim.com/institutional



Wir sind stolzes Mitglied der
PRI Leaders' Group 2020 für exzellente
klimaschutzorientierte Berichterstattung.

Nur für professionelle und/oder qualifizierte Anleger. Im Vereinigten Königreich: Herausgegeben und genehmigt von Manulife Investment Management (Europe) Limited. Eingetragen in England unter der Nr. 02831891. Sitz: One London Wall, London EC2Y 5EA. Zugelassen und reguliert von der Financial Conduct Authority. Im EWR: Herausgegeben und genehmigt von Manulife Investment Management (Ireland) Limited. Sitz: Second Floor, 5 Earlsclott Terrace, Dublin 2, D02 CK83, Irland

Christoph Plüss, expert en caisses de pensions CSEP, Allvisa AG

Une occasion manquée

Le projet de réforme du Conseil fédéral prévoit un supplément de rente financé par répartition. Ce détournement du système de capitalisation dans la prévoyance professionnelle équivaut à une capitulation.

A 6%, le nouveau taux de conversion minimal proposé est encore beaucoup trop élevé d'un point de vue actuariel. De nouvelles réductions sont donc prévisibles. Si la réforme LPP 21 était mise en œuvre sous sa forme actuelle, il est aussi d'ores et déjà clair de quelle manière les prestations seraient maintenues lors de nouveaux abaissements du taux de conversion: la contribution de répartition à hauteur de 0.5% des salaires assurés serait progressivement augmentée et la composante de redistribution encore élargie dans la prévoyance professionnelle.

C'est la répartition qui pose problème

Le message du Conseil fédéral du 25 novembre 2020 précise: «Le déséquilibre entre rendement nécessaire et rendement obtenu a non seulement un impact négatif sur la situation financière des institutions de prévoyance, mais il provoque aussi une redistribution indésirable des assurés actifs vers les bénéficiaires de rente.»

Et le message du Conseil fédéral poursuit textuellement: «La redistribution est étrangère au système et, pour les personnes concernées, difficile à comprendre. Ce manque de transparence affaiblit la crédibilité de la prévoyance professionnelle.» Dans le message, on nous explique que l'augmentation de la redistribution par la contribution de répartition n'est que partiellement compensée par l'abaissement du taux de conversion minimal. Globalement, la redistribution augmente avec la réforme LPP 21.

Suggérer que la crédibilité de la prévoyance professionnelle augmenterait si la redistribution était accrue (par une méthode encore plus étrangère au système) mais au moins ouvertement déclarée, est une hypothèse pour le moins audacieuse.

Créer plus de flexibilité

En revanche, on gagnerait en transparence (et donc en crédibilité) en étant ouvert sur ce que coûte un franc de rente de vieillesse (avec un taux d'intérêt de 1% et sans les prestations de libre passage, c'est un peu moins de 20 francs), et en donnant aux assurés le choix du montant qu'ils veulent épargner.

Améliorer au lieu de simplement adapter

Selon le dictionnaire, une «réforme» est un changement, une réorganisation que l'on pratique afin d'en obtenir de meilleurs résultats. Or, ce que la réforme LPP 21 représente dans sa forme actuelle n'est qu'un ajustement des paramètres actuariels et de

leur financement. Rien n'est amélioré (au contraire) et aucune réorganisation n'a lieu.

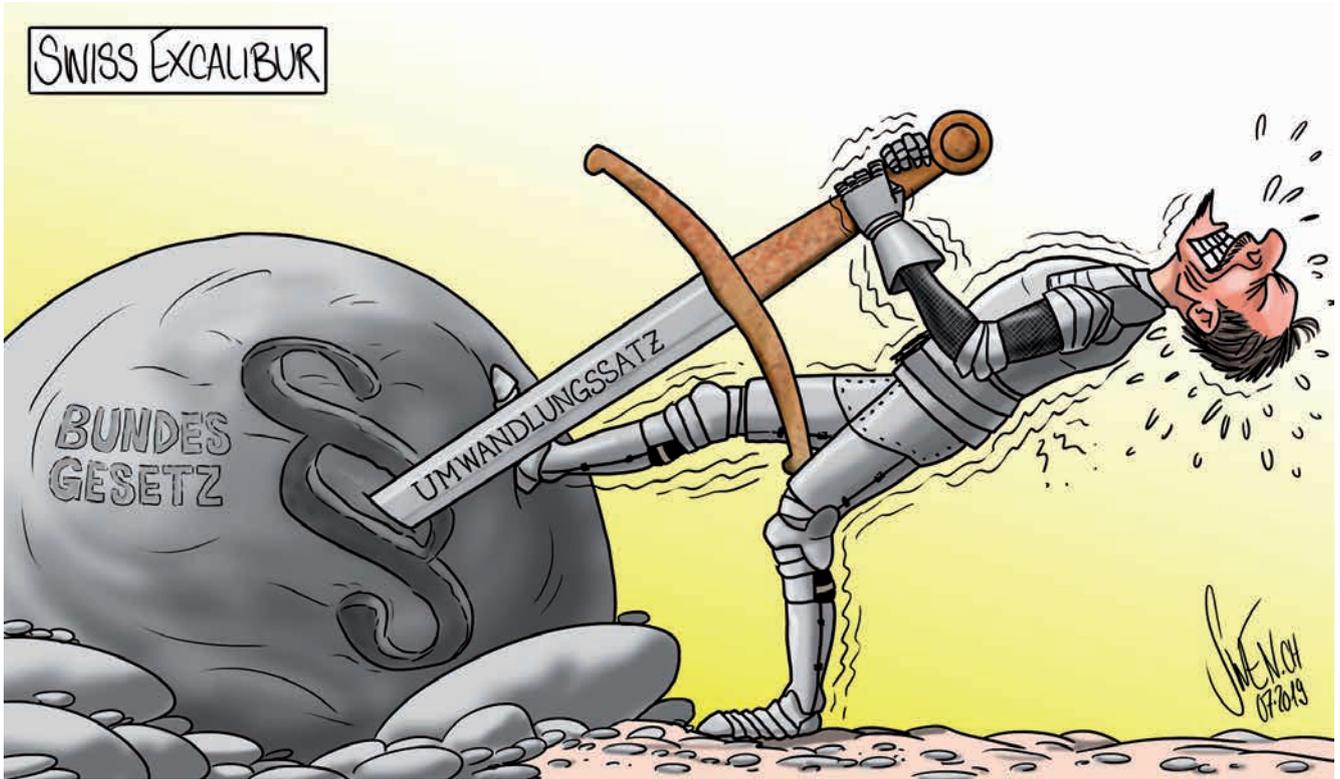
Depuis l'entrée en vigueur de la LPP en 1985, notre société a considérablement changé. Une réforme devrait rendre justice à ce changement. Alors que le concept de l'emploi à vie était encore très répandu dans les années 1980, le marché du travail se caractérise aujourd'hui par les emplois à temps partiel, les changements d'emploi, le pluriemploi et de nouveaux modèles d'emploi. Ces évolutions s'accompagnent de changements dans les charges de travail et des lacunes dans la prévoyance.

Des prestations au choix

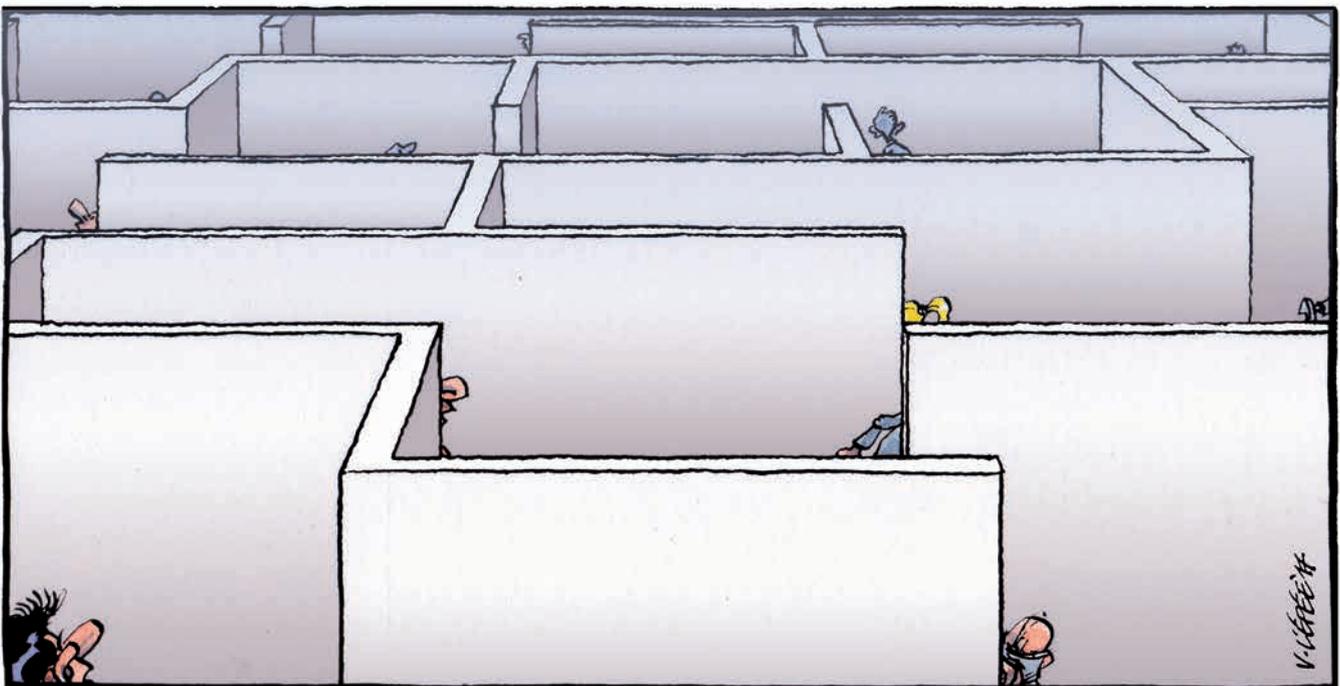
Avec un certain degré d'individualisation, ces évolutions pourraient également se refléter dans la prévoyance professionnelle: que ce soit par un ajustement des montants limites au degré d'occupation, l'introduction d'options dans le processus d'épargne, ou par des options dans les prestations de vieillesse.

En bref, un peu plus de flexibilité serait également bénéfique pour la prévoyance professionnelle obligatoire. Le régime obligatoire LPP n'a pas pour vocation d'être le précurseur en matière de prévoyance professionnelle. Mais il pourrait s'intéresser à ce qui a été mis en œuvre dans le domaine surobligatoire de nombreuses caisses de pensions, cela ne lui ferait certainement pas de tort. En effet, les décisions prises par les conseils de fondation dans leur institution de prévoyance montrent ce que les assurés et les employeurs attendent de la prévoyance professionnelle. ■

*«Un peu plus de flexibilité
serait également bénéfique
pour la prévoyance
professionnelle obligatoire.»*



Réforme des retraites: quelles pistes pour la prochaine révision?



3. Säule und Freizügigkeitskonten

Die Eigenverantwortung braucht einen Kick

Die Bürgerinnen und Bürger haben ausserhalb der 2. Säule Spielraum, um selber vorzusorgen. Die Säule 3a und die Freizügigkeitsstiftungen sind Instrumente, die dies ermöglichen. Nötig wären Änderungen, damit die Versicherten ihre Situation besser überblicken.

IN KÜRZE

Die Freizügigkeit und die 3. Säule verlangen einen höheren Grad an Eigenverantwortung als die berufliche Vorsorge. Grundsätzlich funktioniert dies gut. Die Eigenverantwortung könnte aber noch gestärkt werden, etwa mit einer säulenübergreifenden Vorsorgeplattform.

Die Eigenverantwortung hat einen grossen Stellenwert in der Vorsorgegesetzgebung. Bei einem Stellenwechsel wird erwartet, dass der Arbeitnehmer der Vorsorgeeinrichtung mitteilt, wohin sein Altersguthaben überwiesen werden soll. Hat er keine neue Stelle, liegt es an ihm, eine Freizügigkeitseinrichtung anzugeben. Dabei geht der Gesetzgeber davon aus, dass der Versicherte eigenverantwortlich nach einer Freizügigkeitseinrichtung Ausschau hält oder sich zumindest darüber erkundigt und so der Vorsorgeeinrichtung die notwendigen Informationen mitteilen kann.

Viele Versicherte kümmern sich eigenverantwortlich um ihre Vorsorge

Von den rund 5 Millionen erwerbstätigen Personen in der Schweiz haben insgesamt 19.2% der Personen, die im Jahr 2018 erwerbstätig waren, innerhalb eines Jahres ihren Arbeitsplatz verlassen. Sie haben die Stelle gewechselt (12.7%), ihre Arbeit verloren oder den Arbeitsmarkt verlassen (6.5%).¹ Das ergibt 635 000 Stellenwechsel jedes Jahr und 325 000 Personen, die potenziell ein Freizügigkeitskonto benötigen. Gemäss der alljährlichen Datenerhebung des Vereins Vorsorge Schweiz (VVS) wurden im Jahr 2019 321 000 neue Freizügigkeitskonten eröffnet.² Netto be-

trachtet erhöht sich die Anzahl der Freizügigkeitskonten im Jahre 2019 um rund 85 000 Konten. Das zeigt, dass die Stellenwechsler ihre Altersguthaben pflichtgemäss zur neuen Vorsorgeeinrichtung transferieren, während diejenigen Personen, die ihre Stelle verlieren oder den Arbeitsmarkt verlassen, ein Freizügigkeitskonto eröffnen. Dieses wird jedoch in vielen Fällen nur als kurzfristiger Parkplatz genutzt und bei Antritt einer neuen Stelle wiederum saldiert. Die Eigenverantwortung funktioniert.

Kontaktlose Konten

Es gibt allerdings auch Freizügigkeitskonten, die kontaktlos geworden sind. In der Summe sprechen wir hier von 5 Mrd. Franken. Das ist erstmal eine hohe Zahl, die sich aber angesichts der Gesamtsumme der beruflichen Vorsorge von einer Billion Franken relativiert. Der Anteil der kontaktlosen Konten entspricht 0.5%. Zudem handelt es sich bei diesen kontaktlosen Guthaben vor allem um kleinere Beträge. So weisen beispielsweise bei der Auffangeinrichtung 80% der kontaktlosen Guthaben einen Vermögenswert von unter 5000 Franken auf. Nicht die fehlende Eigenverantwortung ist hier das Problem, sondern die komplizierte Gesetzgebung, die bewirkt, dass die Kontoinhaber nicht verstehen, wie sie ihr geringes Altersguthaben überhaupt beziehen können. Insbesondere in einer Zeit, in der Freizügigkeitsstiftungen Kontoführungsgebühren einführen, tut eine Gesetzesanpassung Not.



Emmanuel Ullmann
Generalsekretär,
Verein Vorsorge Schweiz

¹ Die Rentner sind nicht mitgezählt. Quelle: Bundesamt für Statistik, aufgerufen im Dezember 2020.

² 5. Erhebung des VVS, die detaillierten Resultate sind auf der Website www.verein-vorsorge.ch publiziert.

Säule 3a – starkes Interesse

Die 3. Säule hat in letzter Zeit ein verstärktes Interesse erfahren. Innert zehn Jahren hat sich die Anzahl 3a-Konten um nahezu 50 % auf 4.3 Millionen gesteigert. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich das 3a-Vermögen auf 130 Mrd. Franken, was beinahe einer Verdoppelung entspricht.³

Dieses Wachstum ist erfreulich, weil es klar aufzeigt, dass die Bevölkerung ihre Eigenverantwortung wahrnimmt. Die Bürgerinnen und Bürger tun dies, indem sie sich vermehrt mit ihrer persönlichen Vorsorgesituation auseinandersetzen. Zum Wachstum beigetragen hat sicherlich auch die Ausweitung des Produktangebots (eine breite Fondspalette mit einem Aktienanteil von 0 % bis 100 %)

³ Vgl. Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2020, S. 126 f.

sowie das Aufkommen von verschiedenen Fintech-Anbietern, die mit neuen Lösungen den Zugang zum Produkt wesentlich vereinfachten. Gleichzeitig haben auch die Banken und Versicherer den Vorsorgemarkt wieder entdeckt und einiges dazu beigetragen, den Fokus ihrer Kunden mittels Informationsblättern, Studien und anderen Hilfsmitteln auf die Vorsorgeherausforderung zu legen.

Kann die 3. Säule einen Lösungsbeitrag in der Altersvorsorge leisten?

Sie kann nicht – sie muss. Denn wir sehen, dass die Reform der Altersvorsorge seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, politisch blockiert ist. Es ist bezeichnend, dass ausgerechnet die Motion zur Schaffung einer Einkaufsmöglichkeit in der Säule 3a relativ rasch eine Mehrheit im Parlament fand und die Umsetzung absehbar ist.

Dies ist ein wichtiges Zeichen, denn die Reformblockade in der Altersvorsorge zwingt die Bevölkerung und namentlich den Mittelstand, der von den Umwandlungssatzsenkungen und den Umverteilungen am meisten betroffen ist, ihre Eigenverantwortung verstärkt wahrzunehmen und mittels privater Vorsorge selbst vorzusorgen.

Grundvertrauen und Übersicht sind erforderlich

Allerdings muss sichergestellt werden, dass die Bevölkerung die Eigenverantwortung weiter wahrnimmt. Dies erfordert ein gewisses Grundvertrauen in das System. Vor allem muss aber sichergestellt werden, dass die Komplexität nicht zunimmt, sondern wo immer möglich vereinfacht wird. Wie auch in anderen Bereichen kann hier die Digitalisierung helfen. Eine kürzlich durchge-

WERBUNG

PUBLICITÉ

T.RowePrice®
INVEST WITH CONFIDENCE



**Globaler
Marktausblick
2021**

**Aktiv aus
der Krise**

Für weitere Informationen besuchen Sie troweprice.ch

Risiko des Kapitalverlusts. Nur für qualifizierte Anleger. Nicht zur Weitergabe.

Wichtige Informationen

Dieses Dokument wurde ausschliesslich zu allgemeinen Informations- und Werbezwecken erstellt. Der Wert einer Anlage sowie die mit dieser erzielten Erträge können sowohl steigen als auch sinken. Es ist möglich, dass Anleger weniger zurückbekommen als den eingesetzten Betrag.
In der Schweiz herausgegeben von T. Rowe Price (Switzerland) GmbH, Talstrasse 65, 6. Stock, 8001 Zürich, Schweiz. Nur für qualifizierte Anleger.
© 2021 T. Rowe Price. Alle Rechte vorbehalten. T. ROWE PRICE, INVEST WITH CONFIDENCE und das Dickhornschaf-Design sind, gemeinsam und/oder getrennt, Marken oder eingetragene Marken von T. Rowe Price Group, Inc. ID: 1496086

führte repräsentative Umfrage des Instituts für Versicherungswirtschaft der Universität St. Gallen hat aufgezeigt, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung eine Gesamtübersicht ihrer Vorsorge wünschen würde.⁴

Die Schweiz könnte mit einem Effort ihren Rückstand wettmachen

Ein solches Vorsorge-Cockpit würde dazu dienen, dem Versicherten den Gesamtüberblick über seine individuelle Vorsorgesituation zu verschaffen (AHV, Pensionskasse, Freizügigkeitskonti, 3a, Lebensversicherungen). Dies bringt nicht nur mehr Transparenz mit sich, sondern schafft auch Verständnis und

«Ein Vorsorge-Cockpit würde dazu dienen, dem Versicherten den Gesamtüberblick über seine individuelle Vorsorgesituation zu verschaffen. Dies bringt nicht nur mehr Transparenz mit sich, sondern schafft auch Verständnis und damit Vertrauen in unser Vorsorgesystem.»

damit Vertrauen in unser Vorsorgesystem. Wieso nicht auch den Stellenwechsel vereinfachen, indem der Transfer der Austrittsleistung von einer Pensionskasse zur nächsten automatisch erfolgen würde? Mit der Anbindung aller Vorsorge- und Freizügigkeitseinrichtungen an eine Plattform wäre dies möglich.

Es fällt auf, dass die Vernetzung des Vorsorgesystems in der Schweiz im Ver-

gleich zum Ausland noch in den Kinderschuhen steckt. Aus meiner Sicht hilft die Digitalisierung den Versicherten, die Übersicht zu bewahren und die Eigenverantwortung zu stärken. Dies wird jedoch abseits der grossen Reformbemühungen gewisse gesetzliche Anpassungen bedingen. Lieber heute als morgen. ■

⁴ Eling, Martin; Jaenicke, Christoph: Digitaler Wandel – Neue Arbeitsformen und ihre Konsequenzen für die Vorsorge, Institut für Versicherungswirtschaft, Universität St. Gallen, 2020, S. 55 f.

WERBUNG

PUBLICITÉ



Tiefere Einblicke. Asiatische Anleihen.

Wie gewichten Sie asiatische Anleihen in Ihrem Portfolio?

Die Dynamik Asiens ist unbestreitbar. Anlegern, die jetzt noch unterinvestiert sind in asiatische Anleihen, entgeht deren Wachstumspotenzial.

Profitieren Sie von der Dynamik Asiens. Sprechen Sie uns an:

Fidelity International
Zürich & Geneva
Tel.: +41 (0)43 210 13 00

www.fidelity.ch

Stark in Asien.

3^e pilier et comptes de libre passage

La responsabilité personnelle a besoin d'un coup de pouce

Les citoyennes et les citoyens ont des possibilités en dehors du 2^e pilier pour organiser leur prévoyance personnelle. Le pilier 3a et les fondations de libre passage sont des instruments pour le faire. Des modifications seraient nécessaires pour que les assurés aient une meilleure vue d'ensemble de leur situation.

EN BREF

Le libre passage et le 3^e pilier exigent un degré de responsabilité personnelle plus élevé que la prévoyance professionnelle. En principe, tout fonctionne bien. Toutefois, la responsabilité personnelle pourrait être encore renforcée, par exemple avec une plateforme de prévoyance intégrant les trois piliers.

La législation sur la prévoyance accorde une grande place à la responsabilité personnelle. En cas de changement d'emploi, le salarié est tenu d'informer la caisse de pensions de l'endroit où ses avoirs de vieillesse doivent être transférés. S'il n'a pas de nouvel emploi, c'est à lui d'indiquer quelle institution de libre passage doit les accueillir. Le législateur part du principe qu'il relève de la personne assurée de chercher une institution de libre passage, ou du moins de se procurer les renseignements afin de pouvoir fournir les précisions nécessaires à son ancienne institution de prévoyance.

De nombreux assurés s'occupent de leur prévoyance sous leur propre responsabilité

La Suisse compte quelque cinq millions de personnes actives. 19.2% des personnes qui étaient actives en Suisse en 2018 ont quitté un emploi durant l'année pour toutes sortes de raisons. Elles ont changé d'emploi (12.7%), perdu leur travail, ou ont quitté le marché du travail (6.5%).¹ Au total, cela représente 635 000 changements d'emploi par année et 325 000 personnes qui pourraient avoir besoin d'un compte de libre passage. Selon l'étude annuelle menée par l'Association de prévoyance suisse (APS), 321 000 nouveaux comptes de libre pas-

sage ont été ouverts en 2019.² En termes nets, le nombre de comptes de libre passage a augmenté d'environ 85 000 comptes en 2019. Cela montre que les personnes qui changent d'emploi transfèrent consciencieusement leurs avoirs de vieillesse vers la nouvelle institution de prévoyance, tandis que celles qui perdent leur emploi ou quittent le marché du travail ouvrent un compte de libre passage. Dans de nombreux cas, cependant, ce compte n'est utilisé que pour «parquer» l'argent le temps de prendre un nouvel emploi, puis il est soldé. En d'autres termes, la responsabilité personnelle fonctionne.

Des comptes en déshérence

Cependant, il existe aussi des comptes de libre passage en déshérence. Au total, ils représentent 5 milliards de francs. A première vue, c'est un chiffre important, mais qui se relativise quand on sait que le montant total de la prévoyance professionnelle se monte à un billion de francs. La proportion des comptes en déshérence est de 0.5%. En outre, les avoirs concernés sont généralement modestes. Par exemple, 80% des comptes délaissés à l'Institution supplétive affichent moins de 5000 francs. Ce n'est pas un manque de responsabilité personnelle qui est en cause, mais la législation compliquée qui fait que les titulaires de

¹ Les retraités ne sont pas comptés. Source: Office fédéral de la statistique, consulté en décembre 2020.

² 5^e étude de l'APS, les résultats détaillés peuvent être consultés sur le site web www.verein-vorsorge.ch.



vps.epas

Vom Orakel zum Szenariodenken für die Planung der Zukunft

Online-Präsentation und Diskussion

Dienstag, 9. März 2021, 10.30 – 12.00 Uhr

Das vergangene Anlagejahr zeigte, dass neue Themen und Marktverwerfungen sehr plötzlich auftauchen können. Als langfristige Investoren arbeiten Vorsorgeeinrichtungen deshalb häufig mit verschiedenen Szenarien. Wieweit können solche in Krisenzeiten herangezogen werden?

Der Durchschnitt der an der Umfrage «Perspektivpro» teilnehmenden Pensionskassen wies per Ende 2019 einen Deckungsgrad von 114.7% auf und Ende 2020 ungefähr denselben. Zwischen diesen beiden Eckpunkten ist allerdings viel geschehen. Die szenarioabhängigen Deckungsgradverläufe zeigen zudem, dass mit dieser Ausgangslage historische Krisen wie die Finanzmarktkrise (ab Januar 2007) oder die Dotcom Bubble (ab September 2000) im Durchschnitt gut überstanden werden können. Allerdings haben in diesen Krisen die Obligationen stabilisiert und deren Coupons einen positiven Ertrag geleistet, wovon im heutigen Tiefzinsumfeld nicht mehr ausgegangen werden kann.

In unserer Online-Diskussion werden einige Eckpunkte der Umfrage «Perspektivpro» analysiert und diskutiert.

Referentinnen und Referenten

Jeannette Leuch, MBA, Partnerin invalue AG

Christoph Plüss, Pensionskassen-Experte SKPE, Allvisa AG

Christian Heiniger, Retirement Services Switzerland, Willis Towers Watson

Kaspar Hohler, lic. Phil I, Chefredaktor Schweizer Personalvorsorge

Weitere Informationen finden Sie unter vps.epas.ch. Programmänderungen vorbehalten.

Programm

Nach einer kurzen Einleitung und Präsentation zu einigen Akzenten der Umfrage «Perspektivpro» diskutieren unsere Podiumsteilnehmenden zu aktuellen Fragen bezüglich Szenarien.

Kosten

Die Teilnahme ist kostenlos

Teilnahme

Interessierte finden ab dem 9. März 2021 den Link zu dieser Online-Präsentation und Diskussion auf der Startseite von vps.epas.ch

Auskünfte

Rita Käslin
+41 (0)41 317 07 60
rk@vps.epas.ch
vps.epas.ch

«Un cockpit de prévoyance permettrait à la personne assurée d'avoir une vue d'ensemble de sa situation de prévoyance individuelle. Cela augmenterait non seulement la transparence, mais aussi la compréhension de notre système de prévoyance. Et ce que l'on comprend inspire plus de confiance.»

comptes ne comprennent pas comment ils pourraient retirer leur modeste avoir de vieillesse. Une adaptation de la loi est nécessaire, en particulier en cette période où les fondations de libre passage introduisent des frais de gestion de compte.

Un intérêt marqué pour le pilier 3a

Le 3^e pilier a connu récemment un intérêt grandissant. En dix ans, le nombre de comptes 3a a augmenté de près de 50 % pour atteindre 4.3 millions. Au cours de la même période, les actifs du pilier 3a ont presque doublé pour atteindre 130 milliards de francs.³

Cette croissance est réjouissante car elle montre clairement que la population s'intéresse davantage à sa situation de prévoyance personnelle et qu'elle prend ses responsabilités. L'élargissement de la gamme de produits (une vaste palette de fonds avec une part d'actions de 0 % à 100 %) et l'émergence de divers fournisseurs de fintech, qui ont considérablement simplifié l'accès au produit avec de nouvelles solutions, ont certainement aussi contribué à la croissance. Dans le même temps, les banques et les assureurs ont également redécouvert le marché de la prévoyance et ont contribué à sensibiliser leurs clients aux défis de la prévoyance au moyen de fiches d'information, d'études et d'autres outils.

Le 3^e pilier peut-il contribuer à résoudre les problèmes de la prévoyance vieillesse?

Il ne le peut pas – il doit. Car nous assistons depuis des années, voire des dé-

cennies, au blocage politique de la réforme de la prévoyance vieillesse pourtant indispensable. Il est significatif que parmi tant d'autres choses, ce soit une motion pour la création de possibilités de rachat dans le pilier 3a qui ait trouvé une majorité au Parlement relativement rapidement et que sa mise en œuvre semble devoir se faire dans un avenir rapproché.

C'est un signal important, car le blocage de la réforme de la prévoyance vieillesse oblige la population, et en particulier les classes moyennes, qui sont les plus touchées par les réductions des taux de conversion et les redistributions, à assumer davantage sa propre responsabilité et à se constituer une prévoyance personnelle.

Une confiance fondamentale et une vue d'ensemble sont nécessaires

Toutefois, il faut que la responsabilisation de la population se poursuive. Cela nécessite une certaine confiance de base dans le système. Mais surtout, cela nécessite des efforts de simplification d'un système encore trop complexe. Comme dans d'autres domaines, la numérisation peut être utile à cet égard. Une récente enquête représentative menée par l'Institut de l'industrie des assurances de l'Université de St-Gall a montré que la majorité de la population souhaite avoir une vue d'ensemble de sa prévoyance vieillesse.⁴

Avec un peu d'effort, la Suisse pourrait rattraper son retard

Un tel cockpit de prévoyance permettrait à la personne assurée d'avoir une vue d'ensemble de sa situation de prévoyance individuelle (AVS, caisse de pensions, comptes de libre passage, 3a, assurance-vie). Cela augmenterait non seulement la transparence, mais aussi la compréhension de notre système de prévoyance. Et ce que l'on comprend inspire plus de confiance. Pourquoi ne pas également simplifier la procédure lors d'un changement d'emploi en transférant automatiquement la prestation de sortie de l'ancienne à la nouvelle institution de prévoyance? Ce serait possible si toutes les institutions de prévoyance et de libre passage étaient connectées à une seule plate-forme.

Il est frappant de constater que la mise en réseau du système de la prévoyance vieillesse en Suisse n'en est encore qu'à ses premiers balbutiements en comparaison avec d'autres pays. A mon avis, la numérisation aide l'assuré à garder une vue d'ensemble et à renforcer sa responsabilité personnelle. Mais cela nécessitera certains ajustements juridiques en dehors des grands efforts de réforme actuellement en cours, et le plus vite sera le mieux. |

Emmanuel Ullmann

³ Cf. Statistique des assurances sociales suisses 2020, p. 126 s.

⁴ Eling, Martin; Jaenicke, Christoph: Digitaler Wandel – Neue Arbeitsformen und ihre Konsequenzen für die Vorsorge, Institut de l'industrie des assurances, Université de St-Gall, 2020, p. 55 s.

1e-Pläne

Die Pflanze in der Nische gedeiht prächtig

1e-Vorsorgelösungen sind ein Wachstumssegment der 2. Säule. Die überobligatorischen Pläne sehen typischerweise keine Rente, sondern nur den Kapitalbezug vor. Der Reformstau in der Vorsorgepolitik gibt 1e-Lösungen Rückenwind. Eine Bestandesaufnahme.

IN KÜRZE

Trotz der als Bremse wirkenden Eintrittsschwelle wächst der 1e-Markt. Im 1e-Plan tragen die Versicherten eigenverantwortlich Risiken und können die Anlagestrategie festlegen. Als erfreuliche Nebenwirkung wird die Umverteilung vermindert.

1e-Pläne wurden bereits im Rahmen der 1. BVG-Revision per 1. Januar 2006 eingeführt. Erst die erfolgte Anpassung des Freizügigkeitsgesetzes per 1. Oktober 2017 – die auf der im Jahr 2008 eingereichten Motion Stahl beruhte – verhalf den 1e-Plänen jedoch zum Durchbruch (siehe Kasten).

Die Gesetzesänderung von 2017, die die lang ersehnte Rechtssicherheit brachte, hat die Attraktivität von 1e-Plänen zweifellos wesentlich erhöht. Dies spiegelt sich in der Entwicklung der 1e-Sammelstiftungen wider. Die PwC-1e-Marktstudie 2020 zeigt auf, dass das durch 1e-Vorsorgepläne bei Sammelstiftungen verwaltete Vermögen im Jahr 2019 bei den befragten Anbietern im Vergleich zum Vorjahr von 3.5 Mrd. auf 5 Mrd. Franken gestiegen ist.¹

Erfolgsfaktoren für Stiftung, Arbeitgeber und Versicherte

Durch den Wegfall der Mindestgarantie bei Austritt wurde eine für alle beteiligten Anspruchsgruppen vorteilhafte Situation geschaffen.

Aus der Perspektive der Arbeitgeber entfällt durch die vollumfängliche Übertragung des Anlagerisikos an die Versicherten das Risiko von möglichen Sanierungsbeiträgen. Zudem können die Pläne unter internationalen Rechnungslegungsstandards als Beitragsprimatspläne ausgestaltet werden.

Für die Versicherten erweist sich die Übernahme des Anlagerisikos nur ver-

meintlich als Nachteil. Positive Erträge werden grundsätzlich vollumfänglich dem individuellen Vorsorgekonto gutgeschrieben, wohingegen bei «konventionellen» Pensionskassen vorgängig Wertschwankungsreserven gebildet werden müssen (gesamtschweizerisch durchschnittlich 9.3% der Bilanzsumme).²

Aufgrund der Tatsache, dass die meisten dieser Pläne ausschliesslich eine Kapitalauszahlung im Alter vorsehen, kommt es in der Regel zu keiner Umverteilung zwischen aktiven Versicherten und Rentnern. Die Finanzierung und die Leistungen von 1e-Plänen ist in hohem Masse transparent, was von den Versicherten geschätzt wird.

1e-Pensionskassen tragen als Folge des Wegfalls der Mindestgarantie keine Anlagerisiken mehr. Weiter tragen sie durch die Auszahlung der Altersleistungen in Kapitalform in der Regel kein Langlebkeitsrisiko. Sie können daher grundsätzlich nicht in eine Unterdeckung fallen.

Herausforderungen bei Einführung eines 1e-Plans

Bei der Einführung eines 1e-Plans gibt es verschiedene Punkte, die hinterfragt und beantwortet werden müssen. Auch die bestehenden Vorsorgepläne sind natürlich von der Entscheidung betroffen (siehe Checkliste).

Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Änderung an der bestehenden Vorsorgelösung im Rahmen der Einführung einer 1e-Vorsorgelösung ein emotionales Thema sein kann. So kann zum Beispiel durch Versicherte negativ beurteilt werden, dass sie die Anlagerisiken künftig



Roger Ehrensberger
Senior Manager, MAS
SIM, PwC



Isabelle Künzli
Senior Associate, MLaw,
dipl. Pensionskassen-
leiterin, PwC

¹ Die Studie wurde 2020 zum zweiten Mal durchgeführt und beruht auf einer Befragung der Anbieter und der Analyse von PwC. Sie ist auf Englisch verfügbar: <https://www.pwc.ch/en/insights/hr/1e-market-study-2020.html>

² BFS, Pensionskassenstatistik provisorische Werte, 2019.

selbst zu tragen haben. Es gilt daher, die Auswirkungen einer solchen Planumstellung gegenüber den Versicherten transparent zu kommunizieren, um sicherzustellen, dass auch die Vorteile der neuen Lösung verstanden werden und dass diese durch die Mitarbeiter mitgetragen wird.

Auswirkungen auf die Basiskasse

Ein besonderes Augenmerk bei der Einführung eines 1e-Plans ist auf die Basispensionskasse zu legen. Deren finanzielle Struktur wird durch diese Veränderung beeinflusst, wenn sie einen Teil ihrer zukünftigen Beiträge verliert; eventuell geht auch ein Teil ihrer Aktiven und Passiven auf den 1e-Plan über. Auch diese Auswirkungen gilt es zu analysieren, wobei die technischen Rückstellungen, die Wertschwankungsreserven und gegebenenfalls auch die Anlagestrategie anzupassen sind.

Die Einführung muss sich im Einzelfall jedoch nicht negativ auf die Basispensionskasse auswirken. Vielmehr haben wir in zahlreichen Situationen festgestellt, dass durch die Umstellung ungewollte

Umverteilungseffekte in der Basispensionskasse gemildert wurden. Zum Beispiel haben Personen mit hohem Einkommen teilweise überproportional zulasten von Personen mit tieferen Einkommen von überhöhten Umwandlungssätzen profitiert. Die Einführung eines 1e-Plans hat im erwähnten Einzelfall zu einer strukturellen und finanziellen Verbesserung der Basispensionskasse geführt.

Vorzüge für die Versicherten

Die Übertragung des Anlagerisikos auf die Versicherten mag es schwierig machen, Versicherten die Vorteile der 1e-Pläne zu vermitteln. Es ist zwar grundsätzlich korrekt, dass die Versicherten dieses Risiko vollumfänglich selbst tragen, aber es besteht die Möglichkeit, die Anlagestrategie der eigenen Risikofähigkeit und Risikobereitschaft anzupassen.

Hinzu kommt, dass bei konventionellen, umhüllenden Pensionskassen die Altersrenten kontinuierlich schrumpfen und – im Vergleich zum BVG-Umwandlungssatz – eine drastische Reduktion der kasseneigenen Leistungen in Kauf genommen werden muss. Bei umhüllenden Plänen sind Umwandlungssätze um 4,5 bis 5 % heute keine Seltenheit mehr.

Im Vergleich zum BVG-Umwandlungssatz bedeutet dies eine Leistungsreduktion von mehr als 25 %. Selbst wenn diese Reduktion durch andere Massnahmen (beispielsweise höhere Sparbeiträge, tieferer Koordinationsabzug) teilweise ausgeglichen wird, zeigt sich, dass auch die Versicherten «konventioneller» Pensionskassen signifikante Risiken hinsichtlich Höhe ihrer Altersvorsorge tragen, wobei sich dieses Risiko hier tatsächlich und nachhaltig verwirklicht hat oder noch verwirklichen wird, während es im Bereich der 1e-Pläne nur latent besteht.

Berufliche Vorsorge als Politikum

Politisch zeigen sich Parallelen zur aktuellen BVG-Revision. Die Entwicklung der beruflichen Vorsorge ist teilweise langwierigen Prozessen und kontroversen Diskussionen unterworfen.

Einer der Gründe für die Verzögerung bei der Umsetzung der Motion Stahl lag darin, dass seitens des Verordnungsgebers befürchtet wurde, dass Versicherte in 1e-Plänen bei guter Performance von unangemessen hohen Leistungen profitieren könnten. Dies, wenn sie die Frei-

Was ist ein 1e-Plan?

red. Die überobligatorische Vorsorgeleistungen sind nach Art. 1e BVV 2 benannt. Das Modell ähnelt den amerikanischen 401k-Plänen und ist seit 2017 in der Schweiz geregelt. 1e-Pläne haben folgende Grundzüge:

- Versicherbar sind ausschliesslich überobligatorische Lohnanteile von Versicherten, die mehr als derzeit 129 060 Franken pro Jahr verdienen.
- Der Versicherte wählt unter maximal zehn Anlagestrategien aus, wie sein Kapital angelegt wird.
- Er trägt das Anlagerisiko, partizipiert an Gewinnen und trägt die Verluste.
- Bei Vorsorgefall gibt es keine Rente, sondern das Kapital.

heit haben, ihre Anlagestrategie selbstständig festzulegen, insbesondere wenn sie riskante Anlagestrategien fahren.

Unsere Studie belegt das Gegenteil: Die durchschnittliche Anlagestrategie von 1e-Versicherten ist vergleichbar oder gar weniger risikoreich als die Anlagestrategie einer durchschnittlichen konventionellen Pensionskasse.

Bei Einführung der 1e-Pläne wollte man zudem sicherstellen, dass der Sicherheitsfonds keine Leistungen von 1e-Plänen übernehmen muss.³ Daher wurde die Eintrittsschwelle auf den Lohnbereich festgelegt, der nicht mehr durch den Sicherheitsfonds abgedeckt ist. Seitdem das Anlagerisiko durch die Versicherten selbst getragen wird, ist diese Sorge unbegründet. Vor diesem Hintergrund ist diese Eintrittsschwelle heute nicht mehr erforderlich beziehungsweise könnte durch den Bundesrat grundsätzlich gesenkt werden.

Ungeachtet dessen kann festgestellt werden, dass die aktuelle Regelung der 1e-Pläne – trotz gewisser Schwächen – insgesamt einen «gut eidgenössischen» Kompromiss darstellt, der für diese Pläne nach Einschätzung der befragten 1e-Sammelstiftungen auch in Zukunft weiteres Wachstum verspricht, was zweifellos auf eine zunehmende Akzeptanz aller Beteiligten zurückzuführen ist. Es ist zu wünschen, dass der laufenden BVG-Revision letztlich derselbe Erfolg beschieden ist. ■

³ Erläuterungen zu den Gesetzes- und Verordnungsänderungen der 1. BVG-Revision, 3. Paket Zusammenstellung Gesetzes- und Verordnungstexte, S. 13.

Checkliste (Auswahl): Was ist bei der Einführung eines 1e-Plans zu bedenken?

- Leistungsziel/Plan-Design:** Welche Anpassungen am Gesamtdesign des Pensionskassen-Set-ups bieten sich an beziehungsweise sind vorzunehmen?
- Struktur:** Soll aufgrund der Grösse des versicherten Personenkreises eine eigene 1e-Pensionskasse gegründet werden oder soll der Anschluss an eine 1e-Sammelstiftung erfolgen?
- Auswirkungen auf die Basiskasse:** Werden Anteile des Vorsorgekapitals, der Reserven und Rückstellungen der Basispensionskasse in den 1e-Plan überführt? Wie kann ein rechtlich vertretbarer und fairer Transfer sichergestellt werden? Welche weiteren finanziellen Auswirkungen ergeben sich?
- Versicherter Personenkreis:** Welche Versicherten sollen im 1e-Plan versichert werden, welche nicht? Sollen in diesem Zusammenhang beispielsweise für ältere Personen Übergangsregelungen festgelegt werden?
- Anlagestrategien:** Wie wird das Anlageuniversum ausgestaltet?
- Kommunikation:** Wie werden die versicherten Mitarbeiter zeitgerecht und transparent über die Auswirkungen informiert?

Plans 1e

La plante prospère dans sa niche

Les solutions de prévoyance 1e sont un segment de croissance du 2^e pilier. Les régimes surobligatoires ne prévoient généralement pas de rente, mais seulement un retrait en capital. A cause du blocage des réformes dans la politique de prévoyance, les solutions 1e ont le vent en poupe. Un état des lieux.

EN BREF

Malgré l'effet de frein qu'exerce le seuil d'entrée, le marché 1e est en essor. Dans le plan 1e, les assurés assument les risques sous leur propre responsabilité et peuvent définir la stratégie de placement. Un effet secondaire bienvenu est la réduction de la redistribution qui en résulte.

Les plans 1e ont été introduits dans le cadre de la 1^{re} révision de la LPP au 1^{er} janvier 2006. Cependant, il a fallu la modification de la loi sur le libre passage du 1^{er} octobre 2017 – qui était basée sur la motion Stahl déposée en 2008 – pour que les plans 1e effectuent une véritable percée (voir encadré).

La modification de la législation de 2017, qui a apporté une sécurité juridique longtemps attendue, a sans aucun doute considérablement accru l'attrait des plans 1e, ce qui se reflète aussi dans le développement des fondations collectives 1e. L'étude réalisée par PwC en 2020 sur le marché 1e révèle que les actifs des plans 1e gérés par les fondations collectives sont passés de 3.5 milliards de francs en 2018 à 5 milliards de francs en 2019 chez les prestataires interrogés.¹

Facteurs de succès pour la fondation, l'employeur et les assurés

La suppression de la garantie minimale lors de la sortie a créé une situation avantageuse pour toutes les parties prenantes.

Du point de vue de l'employeur, le transfert complet du risque de placement à l'assuré élimine le danger d'éventuelles contributions d'assainissement. En outre, les plans peuvent être conçus comme des plans en primauté des cotisations selon les normes comptables internationales.

Pour l'assuré, la prise en charge du risque de placement n'est qu'un inconvénient apparent. Les rendements positifs sont généralement crédités intégralement sur le compte de prévoyance indi-

viduel. Alors que dans les caisses de pensions «conventionnelles», il faut d'abord constituer des réserves de fluctuations de valeur (en moyenne 9.3% du total du bilan dans l'ensemble de la Suisse).²

Du fait que la plupart de ces plans prévoient exclusivement le versement en capital à la retraite, il ne se produit généralement pas de redistribution entre les assurés actifs et les retraités. Le financement et les prestations des plans 1e sont très transparents, ce qui est apprécié par les assurés.

En raison de la suppression de la garantie minimale, les caisses de pensions 1e ne supportent plus le risque de placement. Par ailleurs, étant donné que les prestations de vieillesse sont versées sous forme de capital, les caisses de pensions 1e ne supportent généralement pas de risque de longévité. En conséquence, elles ne peuvent, en principe, plus se retrouver en situation de découvert.

Défis liés à l'introduction d'un plan 1e

Lors de l'introduction d'un plan 1e, il y a différents points à considérer et des questions auxquelles il faut répondre. Les plans de prévoyance existants seront sans doute également affectés par la décision (voir check-list).

En outre, il faut tenir compte du fait que la modification de la solution de prévoyance existante dans la foulée de l'introduction d'un plan de prévoyance 1e peut susciter de vives émotions. Par exemple, le fait de devoir désormais subir eux-mêmes les risques de placement peut être perçu négativement par les assurés. Il est donc important de communiquer les effets d'un tel changement de régime de manière transparente aux assurés et de faire en sorte que les avantages de la nou-

¹ L'étude a été réalisée pour la deuxième fois en 2020 et se fonde sur une enquête auprès des prestataires et une analyse de PwC. Elle est disponible en anglais: <https://www.pwc.ch/en/insights/hr/1e-market-study-2020.html>

² OFS, statistique des caisses de pensions 2019, valeurs provisoires.

velle solution soient également compris et qu'elle soit soutenue par les collaborateurs.

Répercussions sur la caisse de base

Une attention particulière doit être accordée à la caisse de base lors de l'introduction d'un plan 1e. La structure financière de celle-ci est en effet affectée par ce changement, lorsqu'elle perd une partie de ses cotisations futures et éventuellement aussi une partie de ses actifs et passifs transférée au plan 1e. Ces effets devraient également être analysés et les provisions techniques, les réserves de fluctuations de valeur et, si nécessaire, la stratégie de placement, devraient être ajustées.

Toutefois, dans le cas particulier, l'introduction ne doit pas nécessairement avoir un impact négatif sur la caisse de pensions de base. Au contraire, nous avons constaté dans de nombreuses situations que le passage à un plan 1e pouvait atténuer les effets de redistribution involontaires dans la caisse de pensions de base. Par exemple, les personnes à revenus élevés ont parfois bénéficié de ma-

nière disproportionnée de taux de conversion excessifs au détriment des personnes à faibles revenus. Dans ce cas particulier, l'introduction d'un plan 1e a conduit à une amélioration structurelle et financière de la caisse de pensions de base.

Avantages pour les assurés

Le transfert du risque de placement aux assurés peut rendre difficile la communication des avantages d'un plan 1e. S'il est fondamentalement correct que les assurés assument eux-mêmes la totalité de ce risque, il est toutefois possible d'adapter la stratégie de placement à la propre capacité de risque et à sa propension au risque.

A cela s'ajoute que dans les caisses de pensions conventionnelles enveloppantes, les rentes de vieillesse ne cessent de diminuer et – par rapport au taux de conversion LPP – une réduction drastique des prestations de la caisse doit être acceptée. Des taux de conversion de 4.5 à 5 % sont aujourd'hui assez répandus dans les plans enveloppants.

Par rapport au taux de conversion LPP, cela signifie une réduction des prestations de plus de 25 %. Même si cette réduction est partiellement compensée par d'autres mesures (par exemple, augmentation des cotisations d'épargne, réduction de la déduction de coordination), il peut être constaté que les assurés des caisses de pensions «conventionnelles» supportent également des risques importants en ce qui concerne le montant de leur prévoyance vieillesse, un risque qui s'est effectivement déjà concrétisé ou va se concrétiser à long terme, alors qu'il n'est que latent dans le domaine des plans 1e.

La prévoyance professionnelle en tant qu'enjeu politique

Sur le plan politique, il existe des parallèles avec la révision actuelle de la LPP. Le développement de la prévoyance professionnelle est parfois soumis à des processus prolongés et à des discussions controversées.

L'une des raisons qui a mené au retard dans la mise en œuvre de la motion Stahl est que le législateur craignait que les assurés des plans 1e puissent bénéficier de prestations indûment élevées s'ils obtenaient une bonne performance, ce qui est possible s'ils ont la liberté de déterminer

Qu'est-ce qu'un plan 1e?

réd. Les solutions surobligatoires tiennent leur nom de l'art. 1e OPP 2. Le modèle s'inspire des plans 401k américains et il est réglementé en Suisse depuis 2017. Les plans 1e présentent les caractéristiques de base suivantes:

- Seuls les éléments de salaire non obligatoires des assurés qui gagnent actuellement plus de 129 060 francs par an sont assurables.
- L'assuré choisit la manière dont son capital est investi parmi un maximum de dix stratégies de placement.
- Il supporte le risque de placement, participe aux bénéfices et assume les pertes.
- Lors de la survenance d'un cas de prévoyance, il ne perçoit pas de rente, mais touche le capital.

leur stratégie de placement de manière indépendante, surtout s'ils poursuivent des stratégies de placement risquées.

Notre étude prouve le contraire: la stratégie de placement moyenne des assurés 1e est comparable, voire moins risquée que celle d'une caisse de pensions conventionnelle moyenne.

Lors de l'introduction des plans 1e, on a en outre voulu s'assurer que le fonds de garantie ne devait pas reprendre des prestations de plans 1e.³ C'est pourquoi le seuil d'entrée a été fixé à la fourchette de salaire qui n'est plus couverte par le fonds de garantie. Comme le risque de placement est désormais supporté par les assurés eux-mêmes, cette crainte n'est plus fondée. Ce seuil d'entrée n'est donc plus nécessaire aujourd'hui et pourrait être abaissé en principe par le Conseil fédéral.

Indépendamment de cela, on peut affirmer que la réglementation actuelle des plans 1e – en dépit de certaines faiblesses – représente dans l'ensemble un «bon compromis fédéral» qui, selon l'évaluation des fondations collectives interrogées, promet une croissance future de ces plans, ce qui peut sans aucun doute être attribué à une acceptation grandissante par toutes les parties concernées. Il est à espérer que la révision actuelle de la LPP connaîtra finalement le même succès. |

Roger Ehrensberger, Isabelle Künzli

³ Commentaires au sujet des modifications des textes de loi et des ordonnances dans le cadre de la 1^{re} révision de la LPP, 3e paquet, compilation des textes de lois et d'ordonnances, p. 12.

Check-list (non-exhaustive): que faut-il prendre en compte lors de l'introduction d'un plan 1e?

- Objectif de prestation/conception du plan:** Quels sont les ajustements souhaitables et nécessaires à la conception globale des caisses de pensions actuelles?
- Structure:** Le groupe des personnes assurées est-il assez grand pour créer une caisse de pensions 1e à part ou faut-il l'affilier à une fondation collective 1e?
- Effets sur la caisse de base:** Une partie du capital, des réserves et des provisions de la caisse de pensions de base sera-t-elle transférée au régime 1e? Comment garantir un transfert juridiquement défendable et équitable? Quelles sont les autres implications financières?
- Cercle de personnes assurées:** A quels assurés est destiné le plan 1e et quels autres ne peuvent pas y adhérer? Faut-il définir des dispositions transitoires dans ce contexte, par exemple pour les personnes à partir d'un certain âge?
- Stratégies de placement:** Comment structurer l'univers de placement?
- Communication:** Comment les collaborateurs assurés seront-ils informés des effets en temps utile et de manière transparente?

Solidarität und Eigenverantwortung – ein Widerspruch?

Die aktuelle Debatte um eine BVG-Reform dreht sich um konkrete Fragen, in erster Linie um die Senkung des Umwandlungssatzes, die Kompensationsmassnahmen für eine Übergangsgeneration und die Besserstellung tieferer Einkommen. Dahinter steht jedoch die zentrale Frage, wie solidarisch die berufliche Vorsorge sein soll und wie viel Verantwortung jede und jeder Einzelne übernehmen sollte. Eine Diskussion mit zwei Persönlichkeiten, die sich in vielem nicht einig sind.

Wie sehen Sie aktuell in der Schweizer Altersvorsorge das Gleichgewicht zwischen Eigenverantwortung und Solidarität?

Salomé Vogt: Die Idee der Schweizer Vorsorge ist, dass man eine geteilte Verantwortung hat innerhalb der drei Säulen: In der 1. Säule viel Solidarität, in der 2. Säule weniger Solidarität, und die 3. Säule ist ganz eigenverantwortlich. Solidarität funktioniert nur mit Eigenverantwortung. Menschen müssen auch innerhalb eines solidarischen Systems eine gewisse Eigenverantwortung wahrnehmen. Sonst ist es ein Leben auf Kosten anderer.

Wie sehen Sie dieses Gleichgewicht, Frau Albisser?

Eliane Albisser: Für das PK-Netz steht hinter dem Begriff «Eigenverantwortung» das Wort «Individualisierung» und dahinter der Begriff «Entsolidarisierung». Dieser Begriff hat in der 2. Säule als Sozialversicherung aber nichts zu suchen. Ich finde, die Frage ist falsch gestellt: Wir müssen kein Gleichgewicht suchen. Solidarität ist die Grundidee der beruflichen Vorsorge. Einer beruflichen Vorsorge, die Risiken kollektiv absichert und damit auch höhere Anlagerisiken und längerfristige Anlagestrategien eingehen kann als einzelne Versicherte. Der Fokus muss sein, wie wir die Renten sicher gewährleisten können, mit dem ent-

sprechenden Verfassungsauftrag im Hinterkopf. Um dieses Ziel für alle Erwerbstätigen zu erreichen, nämlich die Fortführung der gewohnten Lebensweise im Alter, braucht es solidarische Instrumente.

Vogt: Diese gewohnten Lebensumstände sind sehr individuell. Bis zu einem gewissen Punkt muss man auch Eigenverantwortung wahrnehmen, um den individuellen Lebensstandard nachher weiterführen zu können.

Frau Vogt betont, dass Solidarität nur mit Eigenverantwortung funktioniert. Wie stehen Sie dazu?

Albisser: Wenn man sagt, dass sich alle eigenverantwortlich im Arbeitsmarkt bewegen können, muss man aufpassen. Wenn man durchgehend voll erwerbstätig ist und einen hohen Lohn hat, resultiert daraus auch eine hohe Pensionskassenrente, das ist klar. Die Realität ist aber so, dass viele Menschen auch tiefe Einkommen haben und zudem gerade Frauen viel wichtige Betreuungs- und Freiwilligenarbeit leisten, was im Alter dann negative Folgen für die Rentenhöhe hat. Wir müssen diese Lebensrealitäten unbedingt auch immer mitdenken.

Vogt: Meine Überlegung bezog sich auf die Solidaritäten innerhalb des Systems. Beispielsweise, es mag makaber klingen, zwischen denen, die länger leben, und denen, die früher sterben. Zwischen

Rentnern mit und ohne Kinder, Singles und Verheirateten. Damit ein solches Konstrukt erhalten bleiben kann, braucht es ein gewisses Mass an Eigenverantwortung. Wenn ich klettern gehe mit einer Gruppe, sind wir alle an einem Seil angebunden. Aber jeder leistet seinen Beitrag zur Sicherheit, indem er aufpasst und trainiert ist. Man kann sich nicht nur aufs Seil verlassen.

Bei Eigenverantwortung denken Sie nicht an Entsolidarisierung?

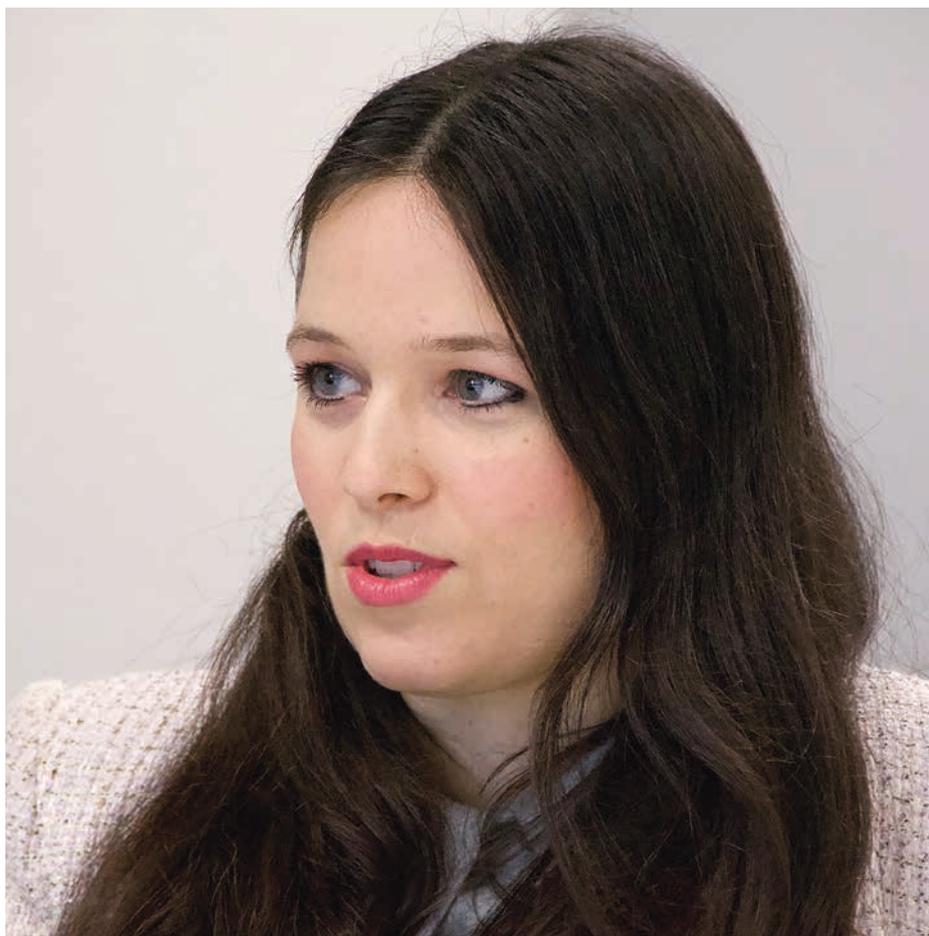
Vogt: Nein. Ich finde es problematisch, wenn man Eigenverantwortung als Egoismus und Entsolidarisierung hinstellt. Für mich bedeutet Eigenverantwortung, dass ich in einer Gesellschaft mit meinem Benehmen Sorge für alle anderen trage. Das ist auch ein wichtiger Punkt im liberalen Gedankengut: Es bedeutet nicht, dass jeder für sich selber schaut und der Stärkere sich durchsetzt.

Werden wir konkret: Führt ein guter Reformweg im BVG über mehr Eigenverantwortung, indem etwa die Versicherten mehr Entscheide selber treffen können, oder über mehr Solidarität, beispielsweise eine kollektive Finanzierung der Kompensation einer Umwandlungssatzsenkung?

Albisser: Wir haben endlich einen guten Reformvorschlag auf dem Tisch, der von

«Menschen müssen auch innerhalb eines solidarischen Systems eine gewisse Eigenverantwortung wahrnehmen. Sonst ist es ein Leben auf Kosten anderer.»

Salomé Vogt ist Leiterin von Avenir Jeunesse und arbeitet seit Mai 2015 bei Avenir Suisse. Zuvor war sie als Mitarbeiterin bei Almog GmbH und als Volontärin beim Schweizerischen Jugendrotkreuz tätig. Ihr Studium an der Universität Zürich schloss sie mit einem Master in Politikwissenschaften und den Nebenfächern Recht sowie Gender Studies ab.



«Für das PK-Netz steht hinter dem Begriff ‹Eigenverantwortung› das Wort ‹Individualisierung› und dahinter der Begriff ‹Entsolidarisierung›. Dieser Begriff hat in der 2. Säule als Sozialversicherung aber nichts zu suchen.»

Eliane Albisser ist seit Anfang 2020 Geschäftsführerin des PK-Netzes. Ihr Studium an der Universität Basel in Rechtswissenschaften und Soziologie schloss sie mit einem Master ab. Vor dem Stellenantritt beim PK-Netz war sie als Rechtsberaterin beim VPOD tätig.



den Sozialpartnern ausgehandelt wurde. Gefragt ist weiterhin Solidarität, die aber transparent sein darf und muss. Wir unterstützen eine Senkung des Umwandlungssatzes, aber nur, weil im aktuellen Vorschlag echte Kompensationsmassnahmen vorgesehen sind, in erster Linie der Rentenzuschlag. Diese sogenannte Umlagekomponente wird sehr kontrovers diskutiert und gerne als systemwidrig kritisiert. Dabei wird allerdings vergessen, dass Umverteilung in der 2. Säule nichts Neues ist, es gab sie in der Vergangenheit immer wieder. Beispielsweise gab es bei der Einführung des BVG-Obligatoriums für die Eintrittsgeneration eine solidarisch finanzierte Rentenverbesserung. Ausserdem werden die Absicherung bei Insolvenz oder Zuschüsse für ungünstige Altersstrukturen bis heute im Umlageprinzip über den Sicherheitsfonds finanziert.

Welche Stossrichtung soll die Reform Ihrer Meinung nach haben, Frau Vogt?

Vogt: Seitens Avenir Jeunesse sind wir der Meinung, dass das Vorsorgemodell mit den drei verschiedenen Säulen, die unterschiedlichen Risiken ausgesetzt sind, so beibehalten werden sollte. Entsprechend ist es wichtig, keine «AHV-isierung» in die 2. Säule reinzubringen. Man muss der Fairness halber eine Lösung für die Personen kurz vor der Pensionierung solidarisch finanzieren, weil diese nicht kurzfristig umdisponieren können. Woran wir uns im vorliegenden Vorschlag stossen, ist, dass diese Übergangrenten nach 15 Jahren – was bereits eine relativ lange Zeit ist – nicht wieder bei null sind, sondern dass es offenbleibt, wie es weitergeht. Aktuell werden 7 Milliarden Franken pro Jahr in der 2. Säule umverteilt. Die Solidarität zwischen Jungen und Alten ist damit ausgereizt und muss nicht noch mehr forciert werden. Hier kann man sich durchaus auch weiterreichende Gedanken machen.

Wie meinen Sie das?

Vogt: Eine junge Person, die in die Arbeitswelt eintritt, muss für Versprechen aufkommen, die einem jetzigen Rentner vor 40 Jahre gemacht wurden. Wir haben heute ganz andere Umstände als bei der Einführung des BVG. Im Schnitt wechselte ich alle fünf Jahre den Job, damals blieb man ein Leben lang

beim selben Arbeitgeber und hatte dieselbe Pensionskasse. Es wäre doch wichtig, die Individuen stärker einzubeziehen etwa in die Frage, wie ihr Geld angelegt werden soll. Denkbar ist für mich, die Pensionskasse an den Arbeitnehmer statt an den Arbeitgeber zu binden.

Ist das Verständnis eines Versichertenkollektivs in einer Kasse etwas anti-quiet angesichts der heutigen Arbeitswelt, Frau Albisser?

Albisser: Dem widerspreche ich. Erwerbsbiografien haben sich wohl verändert, aber Stellenwechsel sind nicht ein Problem für das Funktionieren der 2. Säule. Das PK-Netz steht klar hinter der paritätisch geführten beruflichen Vorsorge. Es ist zielführend, wenn gut ausgebildete Stiftungsrätinnen in den Anlageausschüssen beispielsweise auf nachhaltige Anlagestrategien für den gesamten Versichertenbestand hinarbeiten. Dieser Hebel ist viel effektiver als eine Individualisierung im Anlagebereich. Darüber hinaus ist eine kollektive Anlagestrategie individuellem Anlegen schlicht überlegen, weil Letzteres viel anfälliger auf Verwerfungen auf den Finanzmärkten ist. Ein Versicherungs-kollektiv kann Solidaritäten in den unterschiedlichsten Richtungen tragen, wie sie auch Frau Vogt angesprochen hat. Die Bindung der Vorsorgelösung an den Arbeitgeber darf nicht infrage gestellt werden.

Sie haben es als denkbar bezeichnet, dass die berufliche Vorsorge an den Arbeitnehmer statt an den Arbeitgeber gebunden wird. Befürworten Sie eine solche freie Pensionskassenwahl?

Vogt: Aber klar! Wenn ich mir den gesellschaftlichen und arbeitstechnischen Wandel überlege, ist es ein gangbarer Weg.

Wären die Versicherten diesem Entscheid gewachsen?

Vogt: Jeder Mensch trifft viel weitreichendere Entscheidungen, ob man heiratet oder nicht, Kinder in die Welt setzt oder nicht, da überlegt sich auch niemand, was das für Auswirkungen auf die eigene Vorsorge hat. Die Materie ist komplex, und es würde Unterstützung brauchen, das ist klar. Dafür gäbe es aber Intermediäre, wie wir das von Hypothe-

ken kennen. Bei der Krankenkasse haben wir dieselben Fragestellungen. Wir leben heute in einer Gesellschaft, die sehr divers ist. Entsprechend sind auch die Ansprüche ganz unterschiedlich. Auch bei der Geldanlage: Die einen wollen sehr nachhaltig investieren, andere primär eine hohe Rendite. Wieso wissen alle viel zu wenig über die 2. Säule Bescheid? Weil das Wissen nichts nützt, man kann sowieso nichts ändern. Die wenigsten wählen den Arbeitgeber nach der Pensionskassenlösung aus. Wenn es einem wirklich etwas nützen würde, würde man sich auch besser informieren.

Frau Albisser, ist die freie Pensionskassenwahl eine Option, die Sinn ergeben könnte?

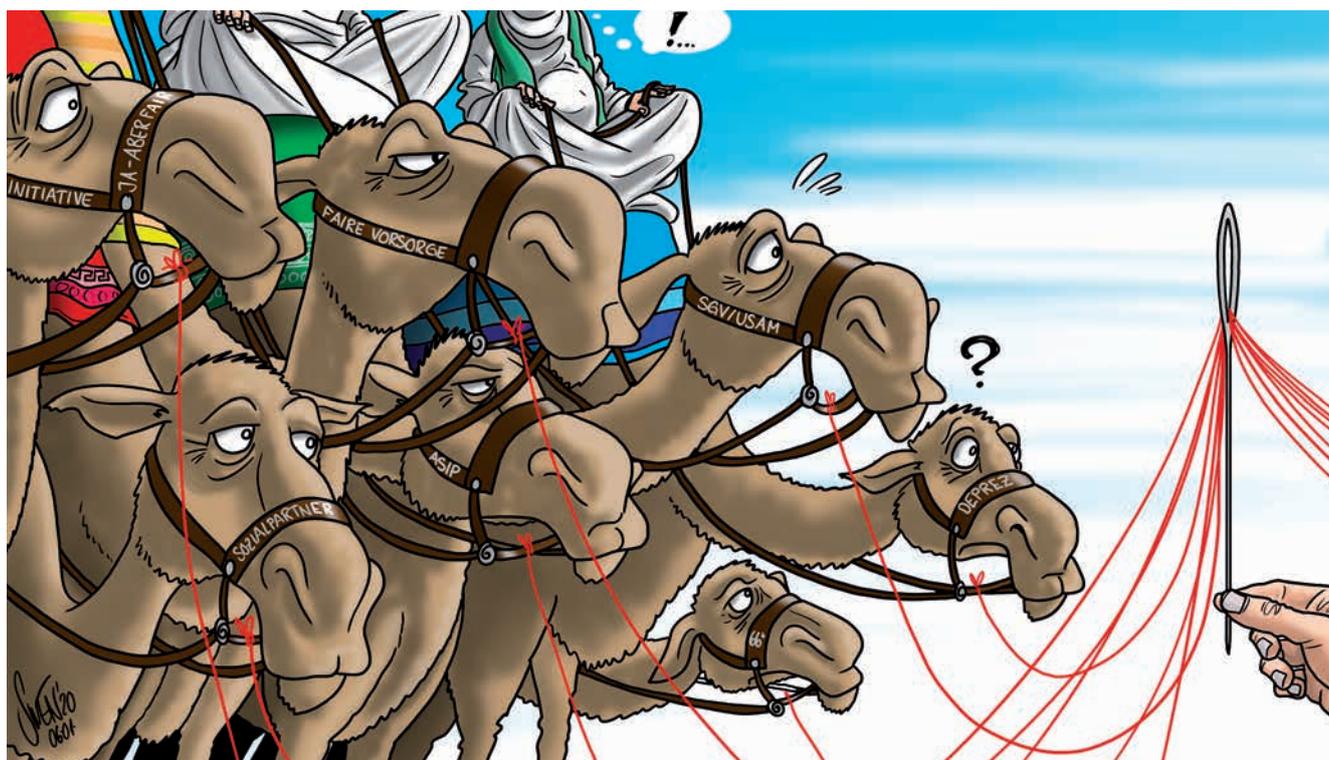
Albisser: Die freie Pensionskassenwahl ist die zu Ende gedachte Eigenverantwortung in der 2. Säule. Wenn man sich in der Branche umhört, ist der Widerstand allerdings gross. Interessanterweise auch bei Personen, die oft eine andere Haltung vertreten haben als wir. Die Grundidee der beruflichen Vorsorge ist die paritätische Führung über einen Stiftungsrat, der sich aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammensetzt. Bei der freien Pensionskassenwahl droht bei den Leistungen eine weitere Nivellierung nach unten, da die heute noch oft vorhandene Identifikation des Arbeitgebers mit der Pensionskasse wegfallen würde. |

Text: Kaspar Hohler

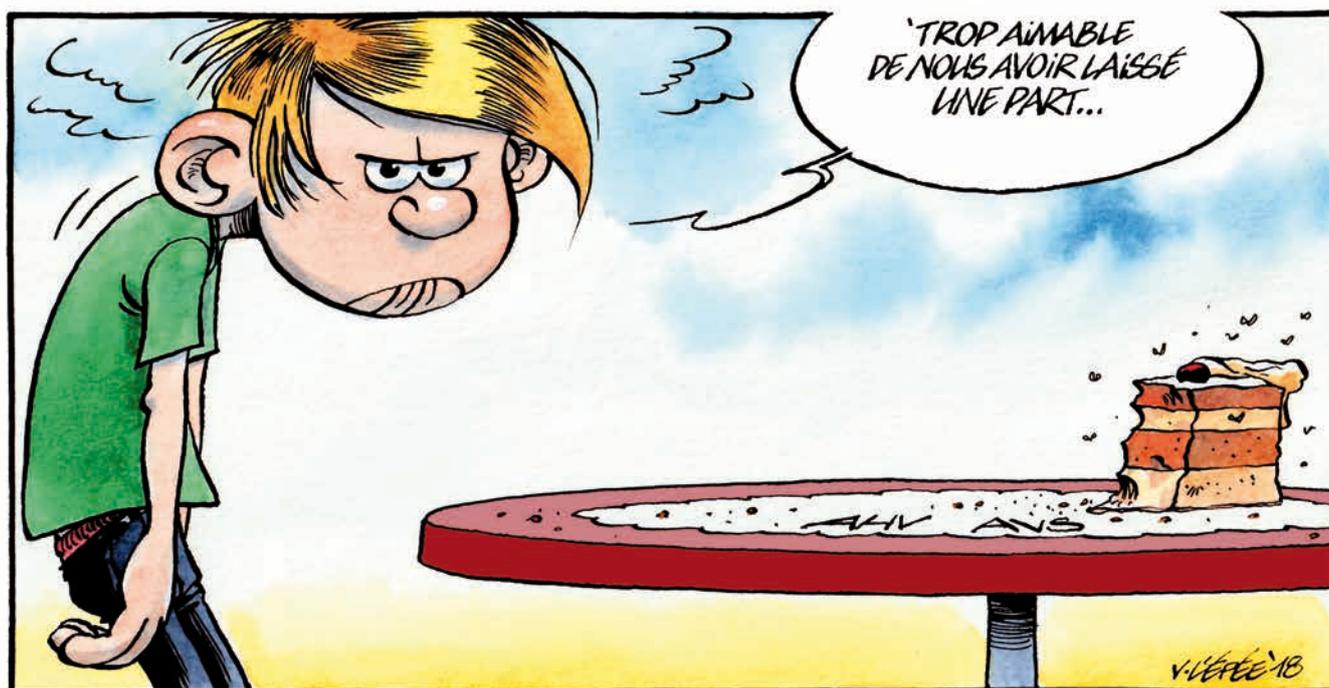
Fotos: Claudio Zemp

Weiterlesen auf vps.epas.ch

Welche spezifischen Anliegen von Frauen und Jungen sollten in der beruflichen Vorsorge adressiert werden? Lesen Sie dazu mehr in einem für unsere Website (vps.epas.ch) aufbereiteten weiteren Teil dieses Gesprächs.



La prévoyance vieillesse préoccupe les jeunes



La solidarité et la responsabilité personnelle sont-elles incompatibles?

Les questions au cœur du débat sur la réforme de la prévoyance vieillesse actuellement en cours: quel est le degré de solidarité nécessaire, en particulier dans le cadre de la LPP, et quel est le degré de responsabilité individuelle à exiger? Points clés d'une discussion entre Eliane Albisser, directrice de PK-Netz, un réseau de caisses de pensions proche des milieux syndicaux, et Salomé Vogt, responsable d'Avenir Jeunesse.

Où en est actuellement l'équilibre entre les deux pôles de la prévoyance suisse mentionnés dans le titre? Pour Salomé Vogt, une chose est certaine: «Même au sein d'un système solidaire, les gens doivent assumer un certain degré de responsabilité personnelle. Sinon, on vit sur le dos des autres.» Pour Eliane Albisser, en revanche, la question de l'équilibre ne se pose même pas: «La solidarité est l'idée fondamentale de la prévoyance professionnelle», souligne-t-elle. Qui parle de «responsabilité personnelle» pense «individualisation» et de là à la «désolidarisation», il n'y a qu'un pas.

Tenir compte des réalités de la vie

En ce qui concerne la responsabilité personnelle, Mme Albisser souligne que sur le marché du travail, par exemple, celle-ci ne peut jouer que dans une mesure limitée: de nombreuses personnes ont un faible revenu, les tâches éducatives et le travail bénévole, qui sont principalement effectués par les femmes, ne sont pas du tout rémunérés – ce qui a une

incidence sur le montant de la rente de vieillesse. «Il ne faut surtout jamais oublier ces réalités de la vie», déclare Mme Albisser.

Mme Vogt précise qu'elle trouve problématique d'assimiler la responsabilité personnelle à l'égoïsme et au manque de solidarité. «Pour moi, la responsabilité personnelle signifie que je prends aussi soin de tous les autres membres de la société par mon comportement.»

De vraies mesures de compensation ou une perversion du système par des éléments d'AVS?

Les avis sont partagés sur le projet de réforme de la LPP du Conseil fédéral. Mme Albisser est favorable à l'acceptation du projet tel qu'il a été négocié entre les partenaires sociaux, jugeant qu'il contient de «véritables mesures compensatoires», en particulier le supplément de rente prévu. Mme Vogt, au contraire, préconise de maintenir la séparation des trois piliers et de ne pas introduire une répartition à la mode de l'AVS dans le

2^e pilier par le biais du supplément de rente précité.

Et qu'en est-il de la solidarité? Pour Mme Vogt, la solidarité entre jeunes et vieux a déjà atteint la limite tolérable aujourd'hui et il ne faudrait pas aller encore plus loin comme le suggère le projet de réforme. Elle considère qu'il est important d'impliquer davantage les individus et peut imaginer que la caisse de pensions soit rattachée à l'employé plutôt qu'à l'employeur.

Mme Albisser s'oppose avec véhémence à cette idée. En effet, les biographies professionnelles ont changé et la LPP doit suivre ces changements, par exemple en ce qui concerne le travail à temps partiel. Toutefois, Mme Albisser estime que le collectif d'assurés et la gestion paritaire sont essentiels. A travers des conseils de fondation compétents, les assurés ont plus de pouvoir en matière de placements, par exemple, que s'ils prenaient leurs propres décisions. |

WERBUNG

PUBLICITÉ



Soziale Intelligenz für Leadership und Beratungsmethodik

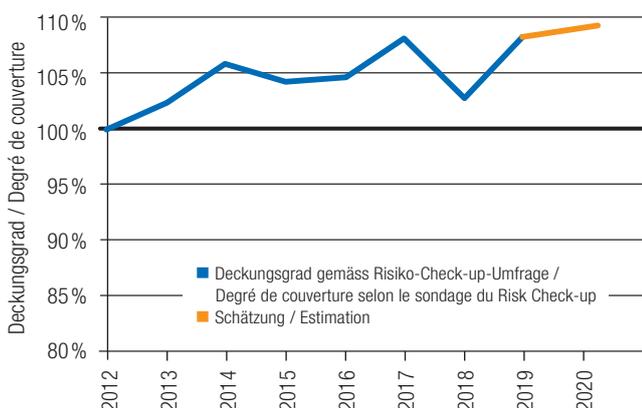
Workshop SOCIAL STYLE, neu als Webinar

Dienstag, 23. März und Dienstag, 30. März 2021

Infos und Anmeldung unter vps.epas.ch

Deckungsgradverlauf 2. Säule Evolution du degré de couverture du 2^e pilier

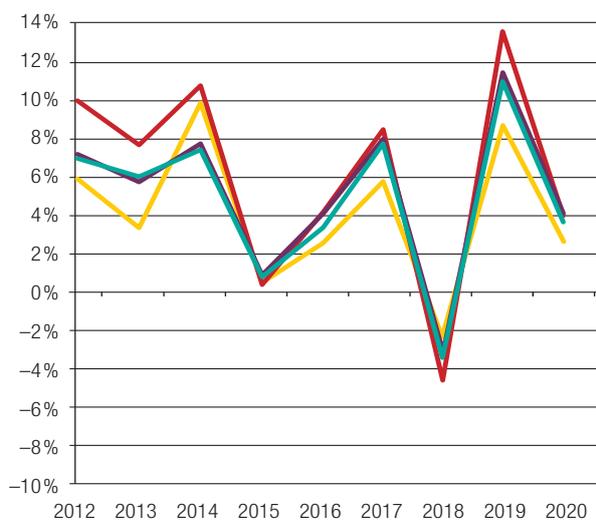
(Quelle/Source: Complementa)



Der Complementa Deckungsgrad-Index basiert auf dem gewichteten Durchschnitt der Bilanzen der Teilnehmer am Complementa Risiko Check-up. Die simulierten Zahlen für 2019 und 2020 basieren auf Indexperformances und auf der durch Complementa errechneten Verzinsung plus Zuschlag und repräsentieren den durchschnittlichen kapitalgewichteten Deckungsgrad.

L'indice Complementa du degré de couverture se fonde sur la moyenne pondérée des bilans des participants au Risk Check-up de Complementa. Les chiffres simulés pour 2019 et 2020 reposent sur les performances des indices sélectionnés et sur la rémunération avec supplément calculés par Complementa; ils représentent le degré de couverture moyen pondéré du capital.

Performance ausgewählter Indizes Performance d'indices sélectionnés



■ Pictet 93 (ab Q4 2015 Pictet BVG 2000-25) ■ UBS
■ Pictet 40 (bis Q3 2015 Pictet BVG 2005-40, ab Q4 2015 Pictet BVG 2015-40) ■ Credit Suisse

Good News – leider

ho. Die Pensionskassenbranche kann einem leid tun: Seit Jahren warnt sie vor tieferen Renditeerwartungen und steigender Lebenserwartung, in der Konsequenz sinken die Umwandlungssätze – und seit Jahren florieren die Kapitalmärkte. Selbst das Coronajahr 2020 endete mit einer Performance von etwa 4%. Seit 2012 gab es nur ein negatives Anlagejahr (2018) und eines nahe null (2015). Ansonsten lagen die Erträge immer über den Erwartungen und der Sollrendite (siehe Grafik rechts). Die Konse-

quenz: Die Deckungsgrade klettern hoch, dies notabene trotz vorsichtigeren technischen Annahmen (Grafik links).

Als wäre dies nicht schon genug der Erfreulichkeiten, kommt nun noch die für die Pensionskassenbilanzen positive Erkenntnis, dass die Langlebigkeit nicht so stark zunimmt wie vermutet. Rückstellungen werden dadurch frei bzw. die Bewertung der Rentnerkapitalien sinkt. Konsequenz: Der Deckungsgrad steigt weiter. Damit rückt der Schrecken vieler Experten näher: freie Mittel. Die sonst

gerne als «Begehrlichkeiten der Versicherten» belächelte Forderung nach Leistungserhöhungen erhält Hand und Fuss.

Natürlich ist es schwierig, in einer guten Phase die Dringlichkeit von Reformen zu vermitteln. Doch die Antwort auf diese Schwierigkeit kann nicht ein Schlechtreden der Situation oder ein Äufnen der Reserven in schwindelerregende Höhen sein. «Minimale Leistungen bei maximaler Sicherheit» ist kein taugliches Motto, um die Bevölkerung zu überzeugen. |

Des bonnes nouvelles – hélas

ho. Le secteur des caisses de pensions est vraiment à plaindre: depuis des années, l'industrie met en garde contre la baisse des rendements attendus et la hausse de l'espérance de vie, les taux de conversion baissent en conséquence – et depuis des années, les marchés des capitaux sont florissants. Même l'année 2020 s'est terminée sur une performance de l'ordre de 4%, malgré la pandémie de coronavirus. Depuis 2012, une seule année de placement a été négative (2018) et une autre proche de zéro (2015). Sinon, les rendements ont toujours dépassé les attentes et les objectifs de rendement (voir le gra-

phique de droite). Résultat: les taux de couverture sont en hausse, et ce en dépit d'hypothèses techniques plus prudentes (graphique de gauche).

Et comme si toutes ces nouvelles réjouissantes ne suffisaient pas, il s'avère que la longévité n'augmente pas aussi fortement que prévu, ce qui est également positif pour le bilan des caisses de pensions. Des provisions sont ainsi libérées parce que l'évaluation des capitaux des bénéficiaires de rentes diminue. Résultat: le degré de couverture grimpe encore. Ce que de nombreux experts redoutent se profile à l'horizon: des fonds

libres. Et tout d'un coup, la revendication d'une augmentation des prestations, souvent qualifiée de «convoitise chimérique des assurés», semble beaucoup plus raisonnable.

Bien sûr, il est difficile de faire comprendre l'urgence de réformes dans une période faste. Mais la réponse à cette difficulté ne peut être de peindre un tableau plus noir de la situation qu'elle ne l'est, ni d'accumuler des réserves jusqu'à des sommets vertigineux. Ce n'est pas en prêchant «des prestations minimales pour une sécurité maximale» que l'on obtiendra la bénédiction de la population. |



Scandinavian High Quality Strategie

Auf zu sicheren Ufern

Neues zu erkennen und Erfahrungen zu nutzen sind die Grundpfeiler für ein **erfolgreiches Asset Management**. Daher sind besonders in Zeiten extremer Unsicherheit kreative Anlagelösungen gefragt – wie sie sich in unserer **Lazard Scandinavian High Quality Strategie** vereinen.

Im Vergleich zu anderen Rentenanlagen bietet der Ansatz von Lazard ein **außergewöhnlich attraktives Risiko-Ertragsverhältnis** und hohes Maß an Sicherheit auch in Krisenzeiten.

Dank der **einzigartigen Kombination** aus **höchster Bonität** und **attraktiver Rendite** sind Sie gut gerüstet für die Zins- und Kapitalmarktperspektive der kommenden Dekade.



Ihr Ansprechpartner

Bjoern Bahlmann
Senior Vice President, Institutional Clients

Lazard Asset Management Schweiz AG
Usterstrasse 9, CH - 8001 Zürich
+41 43 888 64 85 phone
Bjoern.Bahlmann@lazard.com

Weitere Informationen erhalten Sie unter lazardfundmanagers.com und folgen Sie uns auf  

LAZARD
FUND MANAGERS

Dieses Dokument wurde von der Lazard Asset Management Schweiz AG (im Folgenden „LAM“) erstellt und herausgegeben. Sie ist ausschließlich zur Weitergabe an institutionelle Anleger. Dies stellt weder ein Angebot, noch eine Aufforderung, noch eine Empfehlung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren, Derivaten, etc. dar, sondern dient ausschließlich der unverbindlichen Information. Dieses Dokument oder Teile von ihm dürfen ohne Erlaubnis von LAM weder reproduziert, noch weitergegeben werden. LAM ist in keiner Hinsicht dafür verantwortlich, falls Dritte eine Weitergabe vornehmen oder veranlassen.

ESG-Standards

Neue Benchmarkindizes für den Schweizer Markt

Nachhaltiges Investieren wird bei Pensionskassen zum Standard.

Damit wächst auch das Bedürfnis nach entsprechenden Indizes, sei es als Basis für passives Investieren oder als Benchmark. Für Schweizer Aktien und Obligationen gibt es neue entsprechende Indexfamilien.

IN KÜRZE

Eine Kombination von ESG-Integration, Ausschlüssen und normenbasiertem Screening erlaubt es, nachhaltigere Indizes zu erstellen, die den Markt weiterhin repräsentativ abdecken und ein vergleichbares Risiko-Rendite-Profil haben wie herkömmliche Indizes.

Nachhaltigkeit ist ein allgemeines Prinzip: Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Leistungen und der heutige Wohlstand sollten nicht zulasten künftiger Generationen erbracht werden. Aufgrund dieser offenen Definition erstaunt es kaum, dass die Praxis nachhaltiger Anlagen oder der sogenannten ESG-Integration äusserst unterschiedlich ausfällt.

Vom Grundsatz bis zu Entscheidungen auf der operativen Ebene des Investierens ist es ein weiter Weg. Unter Nachhaltigkeit treten deshalb unterschiedliche Ansätze wie der Ausschluss von Tabakfirmen, oder das Engagement bei Energiekonzernen zur Berücksichtigung der Klimaproblematik in der Unternehmensstrategie auf.

Risiken ausserhalb der finanziellen Berichterstattung

Zeitgemässes ESG-Rating fokussiert die Wirkung von Unternehmensaktivitäten auf Umwelt und Sozialsystem und zieht dabei auch die Massnahmen und Leitlinien der Unternehmen mit in Betracht. Der Impact besteht in den nicht bezahlten Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten auf Dritte, sogenannten Externalitäten.

Unternehmen beanspruchen Ressourcen und Dienste der Gesellschaft, die aufgrund von Marktversagen nicht vollständig in den Marktpreisen abgegolten werden. Sie erscheinen deshalb nicht in der finanziellen Berichterstattung, können aber relevant werden. Mittelfristig stellen sie ein Risiko dar (die aktuelle Klimadebatte illustriert dies). Das Inrate Impact-Rating ist eine Masszahl bezüglich

des – meist negativen – Beitrags eines Unternehmens zur Nachhaltigkeit.

Impact-Ratings: von den Daten zur Bewertung

Impact-Ratings sind so ausgelegt, dass sie möglichst alle relevanten Auswirkungen von Unternehmensaktivitäten auf Umwelt und Sozialsystem erfassen und diese entsprechend ihrer Relevanz gewichten. Es ergibt aus der Perspektive der wirtschaftlichen Zusammenhänge und der längerfristigen Dynamik der Marktentwicklungen Sinn, dabei die gesamte Wertschöpfungskette zu berücksichtigen.

Ein hoher negativer Impact kann als Risikomass interpretiert werden: Mögliche Haftungen, neue Regulationen und technologische Entwicklungen sind langfristige Mechanismen, die bewirken, dass nachhaltigere Produkte und Dienstleistungen attraktivere Perspektiven aufweisen. Die Bewertung der Unternehmenspolitik hinsichtlich Umwelt- und Sozialgesichtspunkten (Corporate Social Responsibility) fliesst als Indikator ein.

Investieren wird anspruchsvoller

Nachhaltigkeit soll mitberücksichtigt werden. Das hat auch Auswirkungen auf die Gestaltung und die Eigenschaften von Indizes. Herkömmlicherweise bilden Indizes die Marktbreite so ab, dass möglichst alle den Investoren zugänglichen Titel zur Verfügung stehen. Dies unter der Voraussetzung, dass die Marktliquidität genügend ausfällt und damit zuverlässige Preissignale gegeben sind. Nachhaltige Indizes ergänzen die Bedin-

Christoph Müller
CEO, Inrate

Andreas Henke
Senior Product Manager, SIX

Denis Meier Fehr
Head Index Sales
Global Sales Distribution, SIX

gung der ausreichenden Marktliquidität um die Respektierung gesellschaftlich geteilter Werte und Normen und setzen damit einen neuen Standard bezüglich Nachhaltigkeit. Dadurch erweitert sich die Datenbasis der Indexkonstituenten um eine extra-finanzielle Dimension.

Obligationen und Aktien im Fokus

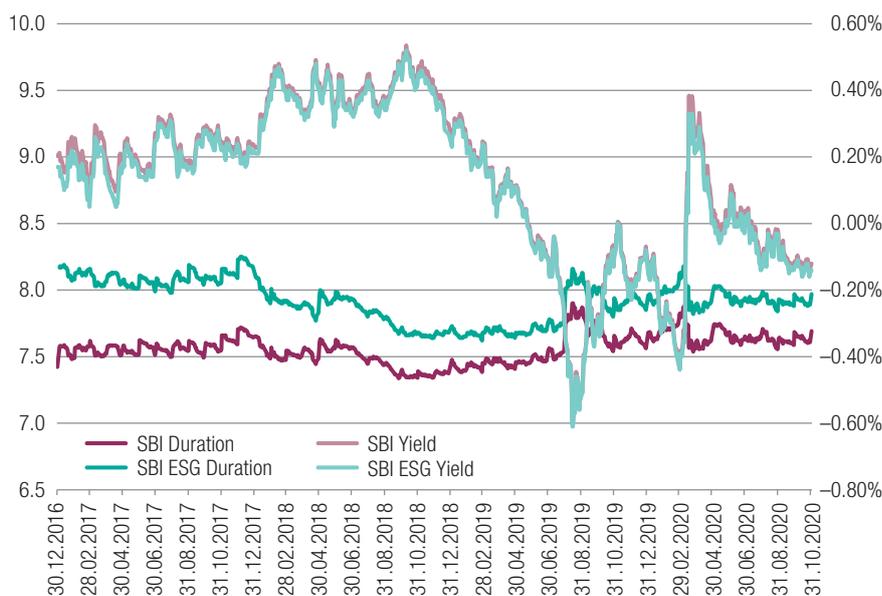
Der Schweizer Obligationenmarkt (Schweizer-Franken-Bonds im Gegenwart von 500 Mrd. Franken) und der Schweizer Aktienmarkt (investierbare Marktkapitalisierung von 1400 Mrd. Franken) bilden das Rückgrat des Schweizer Finanzmarktes. Der Swiss Bond Index (SBI) und der Swiss Performance Index (SPI) sind die meistgenutzten Indizes in diesen Anlageklassen. Keiner dieser zwei Indizes berücksichtigt ESG-Kriterien. Diese rücken jedoch immer stärker in den Fokus.

Das Ziel von SIX ist es darum, solide, nachhaltige und unabhängige Benchmarks für den Schweizer Obligationen- und Aktienmarkt zu etablieren. Es ist bekannt, dass institutionelle Investoren verstärkt nach nachhaltigen Investitionsmöglichkeiten suchen. Das zeigt auch der aktuelle Neuzufuss an ESG-Geldern, wie er von Swiss Sustainable Finance (SSF) erkannt wird.¹ Im Jahr 2019 erreichte das Gesamtvolumen der nachhaltigen Investitionen 1163 Mrd. Franken. Das entspricht einem durchschnittlichen Marktwachstum über die Jahre 2017 bis 2019 von 67%. Nachhaltige Indizes decken darum ein wichtiges Marktbedürfnis ab.

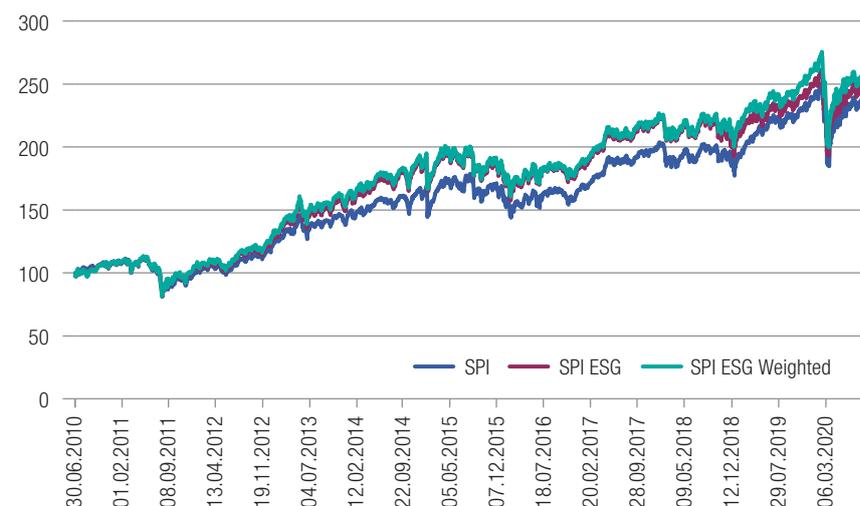
Die Methoden zur ESG-Klassifizierung sind so vielfältig wie das Verständnis von Nachhaltigkeit. Als gemeinsamer Nenner erfreut sich die Ausschlussliste des schweizer Vereins für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen (SVVK) grosser Beliebtheit. Unseren Erfahrungen nach sind sich die Marktteilnehmer einig, dass eine ESG-Benchmark weitere, strengere Kriterien benötigt.

Die Methode von SIX ist für alle neu lancierten Indizes gültig. Sie kombiniert die Ansätze der ESG-Integration, der Ausschlüsse und des normbasierten Screenings und bietet somit eine Ent-

Duration und Yield von SBI und SBI ESG im Vergleich



Performance des SPI gegenüber den beiden entsprechenden ESG-Indizes



scheidungsgrundlage vor der Investition. Die Kombination mehrerer Ansätze ist ein verbreiteter Ansatz. So deckt man die Zielwirtschaft repräsentativ ab und ist weiterhin diversifiziert. Unternehmen mit einem niedrigeren ESG-Rating (In-rate Impact Rating C und schlechter) und solche mit 5% oder mehr Umsatz in den folgenden Sektoren werden vom Index ausgeschlossen: Erwachsenenunterhaltung, Alkohol, Rüstungsgüter, Wettspiele, Gentechnik, Atomenergie, Kohle, Ölsand und Tabak. Diejenigen Titel mit den grössten negativen Klimabelastungen sind somit nicht Teil der Indexkonstituenten. Ausserdem wird die Ausschlussliste des SVVK berücksichtigt.

Der SPI ESG Weighted berücksichtigt das ESG-Rating zusätzlich bei der Gewichtung der Komponenten.

Die SBI und die SPI ESG-Indizes besitzen ein vergleichbares Rendite-Risiko-Profil wie die Vergleichsbenchmark (siehe Grafiken), sind dabei aber nachhaltiger. ■

Schweizer ESG-Indizes

In der Märzauflage der «Schweizer Personalvorsorge» wird das Thema nachhaltiger Schweizer Aktienindizes in einem Artikel von Christian Odermatt vertieft.

¹ Siehe Artikel Sabine Döbeli: Die Wirkung rückt in den Fokus, «Schweizer Personalvorsorge» 7/20, Seite 4 ff.

Nouveaux indices de référence pour le marché suisse

Le placement durable est en train de devenir la norme pour les caisses de pensions. En conséquence, le besoin d'indices correspondants s'accroît également, que ce soit comme base pour l'investissement passif ou comme benchmark. Il existe de nouvelles familles d'indices pour les actions et les obligations suisses.

EN BREF

Une approche combinant l'intégration des critères ESG, des exclusions et le filtrage normatif permet de créer des indices plus durables qui restent représentatifs du marché et présentent un profil risque/rendement comparable aux indices traditionnels.

Le principe général qui sous-tend la durabilité est que les performances économiques et la prospérité actuelles ne doivent pas être obtenues au détriment des générations futures. Compte tenu de cette définition très ouverte, il n'est guère surprenant que la pratique des placements durables ou de l'intégration des dénommés critères ESG soit extrêmement variée.

Le chemin est long entre le principe et les décisions au niveau opérationnel de l'activité de placement. La durabilité englobe donc diverses approches telles que l'exclusion des compagnies de tabac ou l'engagement des compagnies d'énergie à prendre en compte les questions climatiques dans leur stratégie d'entreprise.

Risques en dehors de l'information financière

Une notation ESG contemporaine se concentre sur l'impact des activités des entreprises sur l'environnement et le système social et prend également en compte les mesures et les lignes directrices des entreprises. L'impact est constitué par les effets non rémunérés des activités économiques sur les tiers, appelés «externalités».

Les entreprises réclament à la société des ressources et des services qui ne sont pas entièrement compensés par les prix du marché en raison des défaillances du marché et qui n'apparaissent donc pas dans les rapports financiers, mais peuvent devenir importants. A moyen terme, ils représentent un risque (le débat actuel

sur le climat en est l'illustration). L'Inrate Impact Rating est une mesure de la contribution – généralement négative – d'une entreprise à la durabilité.

Notations d'impact: des données à l'évaluation

Les notations d'impact sont conçues pour saisir, dans la mesure du possible, tous les impacts importants des activités des entreprises sur l'environnement et le système social et les pondérer en fonction de leur importance. Du point de vue des interdépendances économiques et de la dynamique à long terme des évolutions du marché, il est logique de prendre en compte l'ensemble de la chaîne de valeur.

Un impact négatif élevé peut être interprété comme une mesure du risque: les responsabilités éventuelles, les nouvelles réglementations et les développements technologiques sont des mécanismes à long terme qui signifient que des produits et services plus durables ont des perspectives plus attrayantes. L'évaluation de la politique des entreprises en matière d'aspects environnementaux et sociaux (responsabilité sociale des entreprises) est incluse comme indicateur.

Investir devient plus exigeant

La durabilité doit être prise en compte. Cela a également des implications sur la conception et les caractéristiques des indices. Traditionnellement, les indices reflètent l'étendue du marché de telle sorte que le plus grand nombre possible de titres accessibles aux investisseurs soit disponible. Cela est soumis à la condi-

tion que la liquidité du marché soit suffisante pour fournir des signaux de prix fiables. Les indices durables complètent la condition de liquidité suffisante du marché dans le respect des valeurs et des normes socialement partagées, établissant ainsi une nouvelle norme en matière de durabilité. Une dimension extra-financière est ajoutée de la sorte à la base de données des composantes de l'indice.

Les obligations et les actions en point de mire

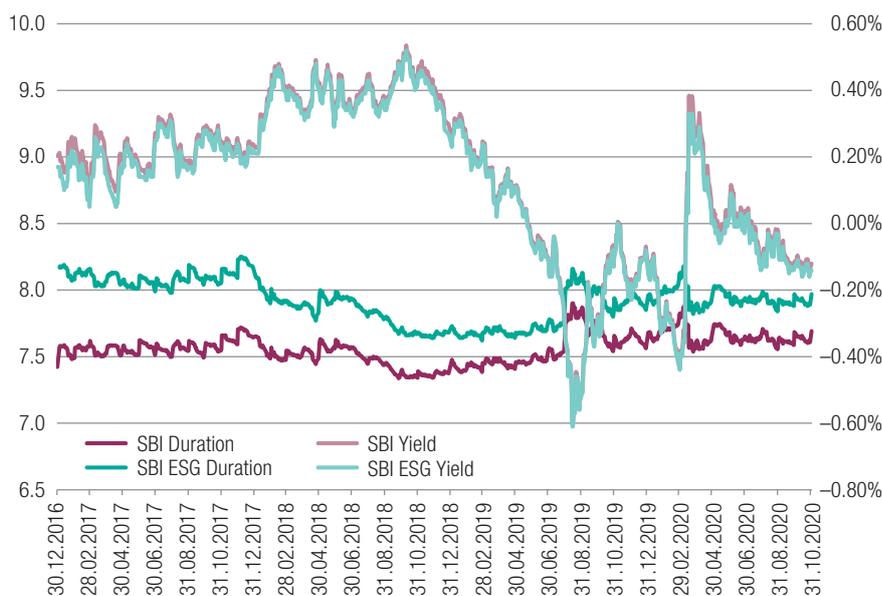
Le marché obligataire suisse (obligations en francs suisses d'une valeur équivalente à 500 milliards de francs) et le marché suisse des actions (capitalisation boursière investissable de 1400 milliards de francs) constituent l'épine dorsale du marché financier suisse. Le Swiss Bond Index (SBI) et le Swiss Performance Index (SPI) sont les indices les plus utilisés dans ces classes d'actifs. Aucun de ces deux indices ne prend en compte les critères ESG qui sont pourtant de plus en plus souvent évoqués.

L'objectif de SIX est donc d'établir des références solides, durables et indépendantes pour le marché suisse des obligations et des actions. Il est bien connu que les investisseurs institutionnels recherchent de plus en plus des opportunités de placement durable. L'afflux de nouveaux fonds ESG constaté par l'association Swiss Sustainable Finance (SSF) en est une preuve. En 2019, le volume total des placements durables a atteint 1163 milliards de francs. Cela correspond à une croissance moyenne du marché de 67% entre 2017 et 2019. Les indices durables couvrent donc un besoin important du marché.

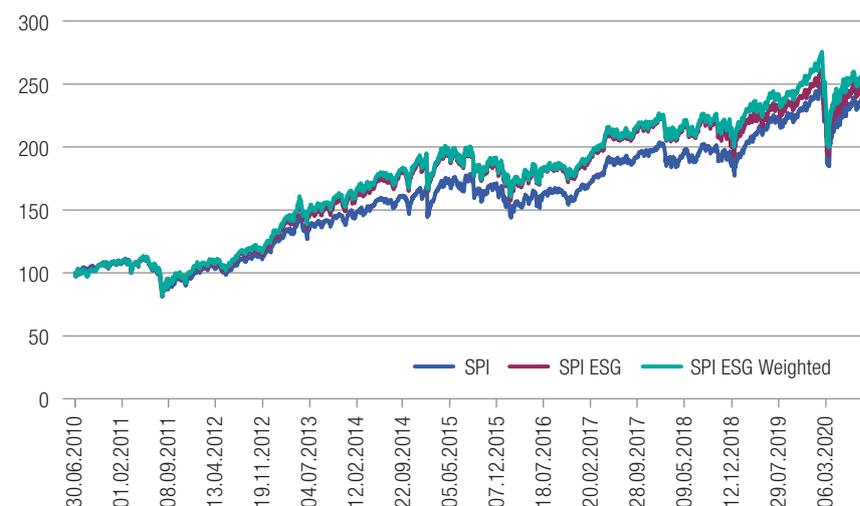
Les méthodes de classification ESG sont aussi diverses que la compréhension de la durabilité. Le dénominateur commun très populaire est la liste d'exclusion de l'Association suisse pour des investissements responsables (ASIR). D'après notre expérience, les acteurs du marché conviennent qu'une référence ESG doit être assortie de critères supplémentaires plus stricts.

La méthodologie de SIX s'applique à tous les indices nouvellement lancés. Elle combine les approches d'intégration des ESG, d'exclusions et du filtrage normatif et fournit ainsi une base de décision avant d'investir. La combinaison d'ap-

Comparaison de la durée et du rendement des indices SBI et SBI ESG



Performance du SPI par rapport aux deux indices ESG correspondants



proches multiples est une pratique commune. L'économie cible est ainsi couverte de manière représentative et on reste diversifié. Les entreprises avec une notation ESG mauvaise (Inrate Impact Rating C et moins) et celles qui réalisent 5% ou plus de leur chiffre d'affaires dans les secteurs suivants: divertissement pour les adultes, alcool, armement, paris, génie génétique, énergie nucléaire, charbon, sables bitumineux et tabac, sont exclues de l'indice. Les titres qui ont le plus grand impact négatif sur le climat ne font donc pas partie des composantes de l'indice. En outre, la liste d'exclusion de l'ASIR est prise en compte. Le SPI ESG pondéré tient également compte de la

notation ESG lors de la pondération de ses composantes.

Les indices SBI et SPI ESG présentent un profil risque-rendement comparable à celui de l'indice de référence (voir les graphiques) mais sont plus durables. ■

Christoph Müller
Andreas Henke
Denis Meier Fehr

Indices ESG suisses

Dans le numéro de mars de la «Prévoyance Professionnelle Suisse», un article de Christian Odermatt approfondit le thème des indices d'actions suisses durables.

Ajustement de la couverture de change

Résister à l'idée fixe

Puisqu'ils ont pour habitude d'ajuster leur couverture de change au même moment en fin de mois, les investisseurs institutionnels suisses font face à des conditions de marché défavorables. Pour preuve, d'importantes sommes sont économisées en décalant simplement ces transactions d'une heure.

EN BREF

En tenant compte des mouvements anticipés aux alentours du «fixing», un investisseur réduit significativement ses coûts de couverture de change.

Le dernier jour ouvrable d'avril 2020, les indices actions mondiaux finissaient le mois en baisse, emportés par des chiffres économiques décevants provenant des deux côtés de l'Atlantique: le PIB de la zone Euro indiquait une chute de 3.8% pour le premier trimestre de l'année alors que les nouvelles inscriptions au chômage aux Etats-Unis s'élevaient à 3.84 millions, rien que sur la semaine précédente. Ainsi, le dollar américain s'est déprécié de près d'un pourcent face au franc suisse.

Que s'est-il vraiment passé?

Mais ceci ne représente qu'une partie du tableau. Si nous regardons en détail l'évolution du taux de change USD/CHF ce jour-là, nous remarquons qu'une majeure partie de la baisse a eu lieu peu avant 17h, heure de Suisse (voir graphique, page 84). Les données économiques européennes et américaines, quant à elles, ont été rendues publiques à 11h et 14h30 respectivement, soit bien avant cette chute abrupte.

Alors que s'est-il passé? Malgré la mauvaise session qu'ont connue les actifs risqués le 30 avril, les actions américaines étaient jusqu'ici en hausse de 23% sur le mois, après avoir touché un plus bas en mars causé par l'épidémie du coronavirus. Pour les investisseurs institutionnels suisses, cela signifie que la valeur de leurs actifs américains, et donc de leur exposition en dollars, a augmenté de manière substantielle. De plus, ils ont pour habitude à la fois de couvrir une partie significative de leur exposition en monnaies étrangères et d'ajuster cette couver-

ture à 17h, heure de Suisse, le dernier jour ouvrable du mois. Ceci correspond à 16h à Londres, l'heure à laquelle des taux de change de référence («fixings») sont calculés pour une multitude de paires de monnaies. Cette combinaison de facteurs implique que de nombreux investisseurs se sont retrouvés à vendre la paire USD/CHF à peu près au même moment pour augmenter leur couverture, causant ainsi la baisse rapide du taux de change.

Le fixing de 16h à Londres

Pourquoi de nombreux investisseurs institutionnels décident-ils d'exécuter leurs transactions de couverture au moment du fixing? Etant donné que ces taux de référence sont utilisés de manière répandue à travers le secteur de la gestion d'investissements, nous pouvons imaginer le caractère pratique pour un gérant de portefeuille d'effectuer ces transactions au même taux de change auquel plusieurs de ses investissements et benchmarks sont réévalués, ne serait-ce que pour minimiser son «tracking error».

Un autre argument avancé est celui de la liquidité supérieure attendue en raison du grand nombre de transactions ayant lieu à ce moment précis, ce qui en réduirait les coûts. Or, ceci est vrai uniquement lorsque le flux de transactions est relativement équilibré et/ou les banques traitant sur le marché sont prêtes à absorber le déséquilibre résultant pour un coût raisonnable. L'exemple avec lequel nous avons débuté cet article fournit un contreexemple remarquable.



Jonas Ganz
Pérreard Partners
Investment AG

Les banques jouent un rôle particulier car elles garantissent à leurs clients que leurs transactions seront effectuées au taux exact du fixing en échange d'une commission donnée et à condition d'avoir reçu les instructions au moins une heure à l'avance. Une fois en connaissance de ces ordres (et de leur potentiel déséquilibre), les banques vont chercher à construire leurs positions progressivement en amont du fixing pour éviter de les céder à leurs clients à un taux qui leur serait défavorable.

Mais les banques ne jouent pas uniquement le rôle d'intermédiaire pour leurs clients, elles sont également actives sur le marché des changes pour leur propre bénéfice et rien ne les empêche formellement de profiter de ces variations de prix.¹

Au-delà de l'activité des banques, une partie importante de la pression sur les taux de change en amont du fixing est sans doute due à différents acteurs sur le marché cherchant à profiter du déséquilibre dans les ordres et de la tendance qui en résulte. Même s'ils n'ont pas la connaissance des ordres reçus par les banques, notre examen des événements du 30 avril montre que le déséquilibre global des ordres peut être approximé en utilisant des indicateurs accessibles au grand public.

Le coût de la facilité

Les éléments mentionnés jusqu'ici plaident pour l'exécution des réajustements mensuels de couverture de change en amont du fixing, en particulier lorsque ces montants sont importants. Afin d'avoir une meilleure idée des bénéfices d'un tel changement de pratique, nous remontons en 2015 et calculons combien un investisseur aurait économisé en effectuant simplement ses transactions

¹ Il existe une forme d'autorégulation interdisant de telles pratiques: le «FX Global Code». Cette charte consiste en un ensemble de bonnes pratiques sur le marché des changes mais son adhésion se fait sur base volontaire.

USD/CHF le jeudi 30 avril 2020



Gains annuels découlant d'un réajustement effectué une heure avant le fixing de fin de mois (en points de base de l'exposition, USD/CHF)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Moyenne	Moyenne en CHF pour 100 millions USD d'exposition
Gains annuels	1.39	0.64	2.76	2.66	3.52	25.24	6.58	92 840

une heure avant le fixing pour l'USD/CHF. Chaque mois, la part de la couverture devant être réajustée est multipliée par la variation du taux de change sur l'heure précédant le fixing et exprimée en tant que fraction de l'exposition totale. Pour illustrer concrètement l'impact pour un investisseur type, nous indiquons également le gain moyen annuel en francs suisses pour une exposition initiale de 100 millions USD (voir tableau).

Sur l'ensemble de l'échantillon, 6.6 points de base auraient été économisés par année en moyenne. 2020 se démarque comme une année exceptionnelle durant laquelle de grandes variations dans la valeur des actifs étrangers ont causé d'importants réajustements de couverture de change et une pression correspondante sur les taux aux alentours du fixing. La performance est toutefois positive pour chacune des années étudiées. Pour notre exposition hypothétique de 100 millions USD, le gain moyen annuel de 6.6 points de base se traduit en 92 840 francs économisés chaque année en effectuant les transactions une heure plus tôt à la fin du mois.

En fin de compte

Etant donné ces résultats, il nous semble important que les investisseurs s'accordent la flexibilité d'effectuer leurs transactions de manière proactive en amont du fixing, à condition qu'ils bénéficient d'une infrastructure de trading adéquate étant donné le degré de compétitivité du marché à ces heures. Si leur benchmark reste le fixing de Londres, les investisseurs seraient exposés en partie au risque de change pendant quelques minutes ou heures, mais les résultats que nous avons présentés indiquent qu'ils en seraient amplement récompensés, en particulier lorsqu'on les compare au coût d'un mandat passif de gestion des risques de changes (1 à 2 points de base par année). Qui plus est, nous voyons ces effets perdurer tant que d'importantes incitations demeurent pour certains grands investisseurs d'effectuer leurs transactions au fixing et pour d'autres acteurs du marché d'en profiter. ■

Anpassung der Wechselkursabsicherung

Fixing als fixe Idee?

Die institutionellen Anleger in der Schweiz passen ihre Wechselkursabsicherung in der Regel alle zum selben Zeitpunkt am Monatsende an, was die Marktkonditionen ungünstig beeinflusst. So könnten beispielsweise hohe Beträge eingespart werden, wenn man diese Transaktionen einfach um eine Stunde verschieben würde.

IN KÜRZE

Wenn ein Anleger die antizipierten Bewegungen rund um das Fixing berücksichtigt, kann er seine Kosten für die Wechselkursabsicherung deutlich senken.

Am letzten Werktag im April 2020 verzeichneten die weltweiten Aktienindizes am Monatsende einen Rückgang und reagierten damit auf die enttäuschenden Wirtschaftszahlen beidseits des Atlantiks: Das BIP der Eurozone sank im ersten Quartal des Jahrs um 3.8 %, während in den USA allein in der Vorwoche 3.84 Millionen neue Arbeitslose gemeldet wurden. In der Folge büsste der US-Dollar fast 1 % gegenüber dem Schweizer Franken ein.

Was ist passiert?

Doch diese Zahlen entsprechen nur einem kleinen Ausschnitt des Gesamtbilds. Betrachtet man die Entwicklung des Wechselkurses USD/CHF an diesem Tag etwas genauer, stellt man fest, dass der grösste Anteil des Rückgangs kurz vor 17.00 Uhr Schweizer Zeit stattfand (siehe Grafik, Seite 86). Die europäischen und amerikanischen Wirtschaftsdaten waren hingegen bereits um 11.00 Uhr beziehungsweise um 14.30 Uhr bekannt gegeben worden, also deutlich vor dem plötzlichen Einbruch.

Was war also passiert? Trotz dem schlechten Verlauf des Börsenhandels mit Risikopapieren am 30. April verzeichneten die US-Aktien im April bisher einen Anstieg von 23 %, nachdem sie im März infolge der Coronapandemie eingebrochen waren. Dies bedeutete für die institutionellen Anleger in der Schweiz, dass ihre amerikanischen Wertpapiere – und folglich ihre Dollarexposition – deutlich an Wert zugelegt hatten. Darüber hinaus pflegen sie einen beträchtlichen Teil ihrer Devisenexposition abzusichern und diese Absicherung um 17.00 Uhr Schweizer Zeit am letzten

Werktag des Monats anzupassen. Dies entspricht der Londoner Ortszeit 16.00 Uhr, wenn die Referenzwechselkurse (Fixings) für zahlreiche Währungspaare berechnet werden.

Dieses Zusammenspiel mehrerer Faktoren führt dazu, dass jeweils viele Anleger das Währungspaar USD/CHF fast gleichzeitig verkaufen, um ihre Absicherung zu erhöhen, was ein abruptes Sinken des Wechselkurses bewirkt.

Das Fixing um 16.00 Uhr Londoner Zeit

Wieso führen zahlreiche institutionelle Anleger ihre Absicherungstransaktionen zum Zeitpunkt des Fixings aus? Da die Anwendung dieser Referenzkurse im Sektor des Assetmanagements weit verbreitet ist, leuchtet es ein, dass es für einen Portfoliomanager sehr praktisch ist, diese Transaktionen zum selben Wechselkurs auszuführen, auf dessen Grundlage mehrere seiner Investitionen und Benchmarks neu bewertet werden, und sei es nur, um seinen Tracking-Error zu reduzieren.

Als weiteres Argument wird die höhere Liquidität vorgebracht, die aufgrund der zu diesem Zeitpunkt ausgeführten hohen Transaktionszahl erwartet wird, was die Kosten senkt. Dies trifft allerdings nur zu, wenn die Transaktionen einigermassen ausgeglichen ausfallen oder die am Markt handelnden Banken bereit sind, das entstehende Ungleichgewicht zu vernünftigen Kosten zu absorbieren. Die weiter oben beschriebene Situation dient dabei eher als Gegenbeispiel.

Die Banken spielen dabei eine besondere Rolle, denn sie garantieren ihren Kunden, dass deren Transaktionen zum

genauen Fixing-Wechselkurs stattfinden und dass dafür eine festgelegte Kommission anfällt, falls die Anweisungen mindestens eine Stunde vorher erteilt wurden. Sobald die Banken wissen, welche Orders sie erhalten haben (und welches potenzielle Ungleichgewicht zu erwarten ist), versuchen sie ihre Positionen vor dem Fixing nach und nach aufzubauen, um den Auftrag nicht zu einem für ihre Kunden ungünstigen Kurs abzuwickeln.

Doch die Banken fungieren nicht nur als Zwischenhändler für ihre Kunden, sondern sind auch im eigenen Interesse auf dem Devisenmarkt tätig. Dabei hindert sie keine Vorschrift daran, von diesen Kursschwankungen zu profitieren.¹

Über die Tätigkeit der Banken hinaus entsteht ein Grossteil des Drucks auf die Wechselkurse vor dem Fixing zweifellos durch jene Marktakteure, die vom Ungleichgewicht bei den Aufträgen und vom daraus resultierenden Trend zu profitieren versuchen. Auch wenn Letztere nicht wissen, welche Orders die Banken erhalten haben, ergab unsere Analyse der Ereignisse vom 30. April, dass das globale Ungleichgewicht der Aufträge durch den Einsatz öffentlich bekannter Indikatoren ungefähr ermittelt werden kann.

Einfachheit hat ihren Preis

Die bisher aufgeführten Elemente sprechen dafür, die monatlichen Anpassungen der Wechselkursabsicherung jeweils vor dem Fixing durchzuführen, insbesondere wenn es sich um grosse Beträge handelt. Zur besseren Veranschaulichung der Vorteile einer solchen Praxisänderung kehren wir ins Jahr 2015 zurück und berechnen, wie viel ein Anleger hätte einsparen können, wenn er seine Transaktionen einfach eine Stunde vor dem Fixing-Termin des Paares USD/CHF ausgeführt hätte. Der anzupassende Anteil der Absicherung wird jeden Monat mit der Wechselkursschwankung während einer Stunde vor dem Fixing multipliziert und als Anteil der Gesamtexposition ausgedrückt. Was dies für einen durchschnittlichen Anleger kon-

USD/CHF am Donnerstag, 30. April 2020



Jährlicher Gewinn infolge einer Anpassung eine Stunde vor dem Fixing am Monatsende (in Basispunkten der Exposition, USD/CHF)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Durchschnitt	Durchschnitt in CHF für eine Exposition von 100 Mio. USD
Jährliche Gewinne	1.39	0.64	2.76	2.66	3.52	25.24	6.58	92 840

kret bedeutet, zeigen wir, indem wir auch den durchschnittlichen Jahresgewinn in Schweizer Franken für eine ursprüngliche Position von 100 Millionen US-Dollar angeben (siehe Tabelle).

Auf die gesamte Stichprobe bezogen hätte man pro Jahr im Schnitt 6.6 Basispunkte eingespart. 2020 zeichnet sich als aussergewöhnliches Jahr ab, in dessen Verlauf grosse Wertschwankungen bei den ausländischen Vermögenswerten zu bedeutenden Anpassungen der Wechselkursabsicherung und einem entsprechenden Druck auf die Kurse rund ums Fixing geführt haben. Die Performance fällt jedoch in jedem der analysierten Jahre positiv aus. Bei unserer hypothetischen Exposition von 100 Millionen US-Dollar entspricht der durchschnittliche Jahresgewinn von 6.6 Basispunkten einem jährlich eingesparten Betrag von 92 840 Schweizer Franken, wenn die Transaktionen am Monatsende eine Stunde früher durchgeführt werden.

Flexibilität zahlt sich aus

Angesichts dieser Ergebnisse erscheint es uns wichtig, dass die Anleger flexibel

genug sind, um ihre Transaktionen proaktiv vor dem Fixing auszuführen. Voraussetzung dafür ist angesichts des hohen Wettbewerbs auf dem Markt zu diesem Zeitpunkt das Vorhandensein einer angemessenen Trading-Infrastruktur.

Falls das Londoner Fixing weiterhin die Benchmark der Anleger darstellt, wären sie teilweise während einiger Minuten oder Stunden dem Wechselkursrisiko ausgesetzt. Die oben präsentierten Ergebnisse zeigen aber auch, dass die Anleger für dieses Risiko in hohem Ausmass entschädigt würden, insbesondere wenn man die Resultate mit den Kosten eines passiven Auftrags bezüglich Wechselkurs-Risikomanagement vergleicht (1 bis 2 Basispunkte pro Jahr).

Ausserdem sind diese Effekte unserer Ansicht nach langfristig vorhanden, solange es für bestimmte grosse Anleger weiterhin interessant ist, ihre Transaktionen zum Zeitpunkt des Fixings auszuführen, und andere Marktakteure davon profitieren können. |

Jonas Ganz

¹ Der FX Global Code, eine Form der Selbstregulierung, verbietet allerdings ein solches Vorgehen. Diese Charta beinhaltet einen Katalog von globalen Grundsätzen zu bewährten Praktiken am Devisenmarkt, wird aber nur auf freiwilliger Basis befolgt.

Nicht jede nachhaltige Anlage hat auch ein Wirkungsziel

Drei Missverständnisse über nachhaltige Anlagen

Nachhaltigkeitskriterien gewinnen in der Vermögensverwaltung von Vorsorgeeinrichtungen rasch an Bedeutung. Obwohl das Thema bei institutionellen und privaten Investoren sowie in den Medien sehr präsent ist, werden nachhaltige Anlagen häufig missverstanden.

IN KÜRZE

Entgegen weit verbreiteten Vermutungen bilden nachhaltige Anlagen in Bezug auf den Gesamtmarkt noch eine Nische, wenn auch eine schnell wachsende.

Der Markt für nachhaltige Investments entwickelt sich enorm dynamisch. Investoren verlangen immer öfter die Integration von Kriterien zu Umwelt, Sozialem und guter Unternehmensführung (ESG-Kriterien) im Investmentprozess. So will man Risiken reduzieren, Portfolios in den Einklang mit den Wertvorstellungen von Investoren bringen oder (selbst-)regulatorische Vorgaben erfüllen.

Die Hochschule Luzern analysiert den Markt für nachhaltige Publikumsfonds jährlich im Rahmen der «IFZ Sustainable Investments Studie» (siehe Kasten, Seite 89). Die Entwicklungen im Markt für nachhaltige Fonds betrachten wir als repräsentativ für die Entwicklungen im Gesamtmarkt aller nachhaltigen Anlagen. Im Gespräch mit Investoren, Finanzdienstleistern und auch Medienvertretern erkennen wir dabei immer wieder Missverständnisse über nachhaltige Anlagen. Drei davon sollen im Folgenden ausgeräumt werden.

Missverständnis 1: Nachhaltiges Anlegen ist bereits weit verbreitet

Verfolgt man die Berichterstattung der Medien und einschlägiger Studien, so erhält man den Eindruck, dass nachhaltige Anlagen bereits ein etablierter Standard seien und konventionelle Investments zunehmend ein Nischensegment.

Basierend auf vertieften Analysen der Anzahl, Volumen und Mittelflüsse nachhaltiger Publikumsfonds mit Schweizer Vertriebszulassung können wir diese These nicht stützen. Mitte 2020 sind erst 6% der Vermögen Schweizer Publikumsfonds nachhaltig investiert. In der Summe ist das deutlich weniger als die

hohe mediale Präsenz des Themas erwarten lässt. Nachhaltige Anlagen sind mit anderen Worten noch immer ein Nischensegment, wenngleich ein sehr schnell wachsendes.

Heute wird auf dem Fondsmarkt Schweiz bereits jeder vierte neu investierte Franken nachhaltig angelegt. Damit werden nachhaltige Fonds auf dem Markt immer relevanter, das Segment wächst überproportional stark. Um der wachsenden Investorennachfrage gerecht zu werden, haben Fondsanbieter im Vergleich zu 2019 ihre nachhaltige Produktpalette um einen Drittel auf 777 Fonds erhöht. Institutionellen und privaten Anlegern steht damit vermehrt ein diversifiziertes Angebot an Nachhaltigkeitsfonds zur Verfügung.

Für Pensionskassen bedeutet dieses wachsende Produktangebot, dass sie bei der Auswahl von Finanzprodukten immer besser ihre Nachhaltigkeitsbedürfnisse auch anhand von standardisierten Produkten umsetzen können – ein Vor-



Manfred Stüttgen
Prof. Dr., Dozent für
Banking und Finance,
Institut für Finanzdienst-
leistungen Zug (IFZ)
der Hochschule Luzern



Brian Mattmann
Senior Wissenschaftlicher
Mitarbeiter und
Doktorand,
Institut für Finanzdienst-
leistungen Zug (IFZ)
der Hochschule Luzern

«Mitte 2020 sind erst 6% der Vermögen Schweizer Publikumsfonds nachhaltig investiert. In der Summe ist das deutlich weniger als die hohe mediale Präsenz des Themas erwarten lässt.»



Die Migros-Pensionskasse (MPK) wurde 1934 von Gottlieb Duttweiler gegründet. Die MPK ist eine Stiftung mit 43 angeschlossenen Unternehmen der Migros. Sie weist ein Vermögen von rund 27 Mrd. auf, welches wir für die rund 52'000 aktiven Versicherten und 29'000 Rentner/innen treuhänderisch verwalten.

Aufgrund der Pensionierung des jetzigen Stelleninhabers per Ende 2021 suchen wir per **1. November 2021** oder nach Vereinbarung eine/n

Leiter/in Direktion Asset Management (Mitglied der Geschäftsleitung)

Ihre Aufgaben

- Führung der Direktion Asset Management (12 Mitarbeitende in drei Abteilungen)
- Umsetzung der Anlagestrategie der MPK
- Erarbeitung der taktischen Asset Allokation zuhanden des Anlageausschusses
- Verantwortung für die Gesamtrendite und das Erreichen der strategiekonformen Performanceziele
- Risikomanagement der Gesamtanlagen
- Periodische Berichterstattung über den Anlagebereich an verschiedene Gremien
- Koordination der Selektion von externen Vermögensverwaltern
- Bereitstellen von liquiden Mitteln nach Bedarf
- Überwachung und Weiterentwicklung von ESG-Zielen im Bereich Wertschriftenanlagen
- Einsitz im Immobilienausschuss

Ihr Profil

- Fundierte Ausbildung in den Wirtschaftswissenschaften (Uni, FH) mit Weiterbildung im Finanzbereich (CFA oder CIIA)
- Mehrjährige Berufserfahrung in einer leitenden Position im Asset Management (Bank, Versicherung oder Pensionskasse)
- Führungserfahrung
- Hohe Sozialkompetenz und ausgeprägte kommunikative Fähigkeiten
- Sehr gute Deutsch- und Englischkenntnisse in Wort und Schrift
- Französischkenntnisse sind von Vorteil
- Analytisches Denken und hohe konzeptionelle Fähigkeiten
- Gute IT-Kenntnisse (Bloomberg, PowerPoint, Excel)
- Hohe Integrität und Loyalität
- Einwandfreier Leumund

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann erwarten wir gerne Ihre vollständige Online-Bewerbung unter www.migros-gruppe.jobs/de

Ihr Kontakt für diese Stelle:

Migros-Pensionskasse
Iris von Deschwanden
Leiterin Personal & Ausbildung
Telefon: 044 436 82 80

MPK
MIGROS-PENSIONSKASSE

teil, von dem insbesondere kleinere und mittelgrosse Vorsorgeeinrichtungen profitieren. Speziell im Segment der nachhaltigen Passivfonds hat sich das Angebot in den letzten drei Jahren auf 125 passive Nachhaltigkeitsfonds vervierfacht (siehe Grafik). Nachhaltige Anlagen lassen sich somit auch immer kostengünstiger umsetzen.

Missverständnis 2: Die Integration von ESG-Kriterien ist einfach umsetzbar

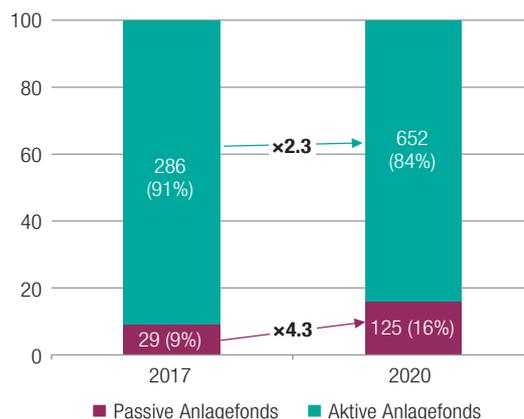
Die Integration von Nachhaltigkeitskriterien in einen Investmentprozess ist für Investoren und Produkthanbieter gleichermaßen anspruchsvoll. Institutionelle Anleger müssen sich mit Nachhaltigkeitskriterien auseinandersetzen und ein Verständnis dafür entwickeln, welche Auswirkungen etwa Firmenausschlüsse auf das Rendite-Risiko-Profil eines Portfolios haben. Zudem stellt sich die Frage nach wertnormativ begründeten Ausschlüssen. Diese Frage ist deshalb kontrovers, weil sie subjektive Werturteile erfordert und anders als bei einem normbasierten Screening keine objektiven Kriterien zugrunde gelegt werden können.

Für Pensionskassen besteht die Schwierigkeit, dass sie die Bedürfnisse ihrer Destinatäre in Bezug auf Nachhaltigkeit meist nicht kennen. Umfragen bei Versicherten könnten ein Instrument sein, um sich dieser Fragestellung zu nähern. Allerdings ergibt sich daraus nicht zwingend ein einheitliches Bild, da die normative Wertebasis und die Präferenzen der Versicherten differieren, und zwar umso mehr, je grösser und je heterogener die Basis aller Versicherten ist. Zudem sollten derartige Umfragen, falls man sie durchführen will, lediglich informierenden Charakter haben, da die Verantwortung für die Anlagestrategie allein beim Stiftungsrat einer Vorsorgeeinrichtung liegt.

Banken und Fondsanbieter sind mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert. Sie müssen antizipieren, welche Motive ihre Anleger in Bezug auf Nachhaltigkeit verfolgen – geht es beispielsweise um Risikominimierung oder eher um moralische Anliegen? Nur wenn diese Fragen hinreichend geklärt sind, kann es gelingen, passende Nachhaltigkeitskriterien zu definieren.

Dieser Prozess zur Definition nachhaltiger Kriterien ist aufwendig und wird oft unterschätzt. Wissenslücken tun sich auf,

Das Angebot nachhaltiger Publikumsfonds in der Schweiz



Die Angebotsentwicklung aktiver und passiver Nachhaltigkeitsfonds auf dem Schweizer Markt (in Anzahl Fonds, jeweils per 30. Juni, Quelle: «IFZ Sustainable Investments Studie 2020»).

die Zusammenarbeit mit ESG-Ratingagenturen wird notwendig, und der Investmentprozess muss angepasst werden. Die Überwindung dieser typischen Umsetzungshürden setzt Expertise und ein dediziertes Projekt mit entsprechenden Ressourcen voraus – für kleinere und mittelgrosse Vorsorgeeinrichtungen noch immer eine Hürde.

Missverständnis 3: Nachhaltige Anlagen verfolgen immer ein Wirkungsziel («Impact»)

Nachhaltige Anlagen werden in der öffentlichen Wahrnehmung oft mit einer positiven Wirkung auf Umwelt und Gesellschaft assoziiert. Damit ist die Erwartung verbunden, dass ESG-Anlagen einen positiven ökosozialen Nutzen in der Realwirtschaft stiften. Wer diesem Narrativ folgt und von nachhaltigen Anlagen pauschal eine positive Wirkung erwartet, unterliegt einem weiteren Missverständnis.

Auf den Schweizer Fondsmarkt bezogen, verfolgt nur jeder achte Nachhaltigkeitsfonds ein positives Wirkungsziel. Ob eine nachhaltige Anlage realwirtschaftlich positiv wirkt, hängt von der jeweils gewählten Anlagestrategie ab. Nur eine Minderheit der Nachhaltigkeitsfonds verfolgt eine solche Strategie und nimmt für sich in Anspruch, damit einen positiven «Impact» zu erzielen. Die Bezeichnung eines Investmentprozesses als «nachhaltig» setzt lediglich voraus, dass ESG-Kriterien berücksichtigt werden. Eine positive Wirkung für Ökologie und Soziales wird dadurch nicht automatisch generiert.

Obschon das Segment der sogenannten Impact-Fonds somit noch eine Ni-

sche innerhalb der Nische nachhaltiger Anlagen darstellt, beschäftigt sich die Branche aktiv mit der Frage, welchen ökosozialen Nutzen nachhaltige Anlagen zu stiften vermögen. Neben der Anwendung von wirkungsvollen Strategieansätzen rückt zunehmend auch deren Messung ins Zentrum. Nachhaltigkeitsziele sollten von Vermögensverwaltern transparent kommuniziert und deren Erreichung verständlich rapportiert werden. Gerade in diesem Bereich besteht Nachholbedarf – und bei institutionellen Investoren zugleich ein Bedürfnis, das befriedigt werden will.

Fazit

Nachhaltige Investments werden auch im Jahr 2021 eines der grossen Themen für Vorsorgeeinrichtungen sein. Ein gutes Verständnis dessen, wie man Nachhaltigkeitskriterien im Investmentprozess umsetzt, dürfte künftig als Indikator für die Professionalität eines Investment-Managers dienen. |

«IFZ Sustainable Investments Studie 2020»

Seit 2017 publizieren Manfred Stüttgen und Brian Mattmann jährlich im November die «IFZ Sustainable Investments Studie». Die Studie analysiert den Markt für nachhaltige Fondsanlagen und untersucht ausgewählte Fokusthemen. Die aktuelle «IFZ Sustainable Investments Studie 2020» sowie die Studien der Vorjahre – z. B. mit dem Schwerpunktthema «Vorsorgeeinrichtungen und nachhaltige Anlagen» (2018) – sind unter folgendem Link frei zum Download verfügbar: www.hslu.ch/sustainable

Pas tous les placements durables ont un objectif d'impact

Trois idées fausses sur les placements durables

Les critères de durabilité gagnent rapidement en importance dans la gestion des actifs des institutions de prévoyance. Bien que le sujet soit très présent parmi les investisseurs institutionnels et privés ainsi que dans les médias, les placements durables sont souvent mal compris.

EN BREF

Contrairement à un avis largement répandu, les placements durables constituent toujours une niche sur le marché global, mais qui connaît une croissance rapide.

Le marché des placements durables se développe de manière extrêmement dynamique. Les investisseurs exigent de plus en plus l'intégration de critères environnementaux, sociaux et de gouvernance (ESG) dans le processus de placement. L'objectif est de réduire les risques, d'aligner les portefeuilles sur les valeurs des investisseurs ou de satisfaire aux exigences (auto-)réglementaires.

La Haute école spécialisée de Lucerne analyse chaque année le marché des fonds de placement durable dans le cadre de l'étude «IFZ Sustainable Investments» (voir encadré). Nous considérons que l'évolution des fonds durables est représentative de l'évolution du marché global de tous les placements durables. Lors de nos discussions avec les investisseurs, les prestataires de services financiers et les représentants des médias, nous constatons régulièrement des malentendus sur les placements durables. Trois d'entre eux seront clarifiés ci-après.

nels constituent de plus en plus un segment de niche.

Sur la base d'analyses approfondies du nombre, du volume et des flux de trésorerie de fonds durables avec autorisation à la distribution publique, nous ne pouvons pas soutenir cette thèse. A mi-2020, seul 6% des actifs des fonds distribués publiquement en Suisse étaient investis durablement. Globalement, c'est considérablement moins que ce que suggère la forte présence médiatique du sujet. En d'autres termes, les placements durables constituent toujours un segment de niche, même s'il connaît une croissance très rapide.

Aujourd'hui, un franc sur quatre nouvellement investi sur le marché suisse des fonds est déjà placé durablement. Cela signifie que les fonds durables deviennent de plus en plus importants sur le marché et que le segment connaît une croissance disproportionnée. Afin de répondre à la demande grandissante des investisseurs, les fournisseurs de fonds ont augmenté leur gamme de produits durables de 595 à 777 fonds, en hausse d'un tiers par rapport à 2019. Les investisseurs institutionnels et privés disposent donc d'une palette de fonds durables de plus en plus diversifiée.

Pour les caisses de pensions, cette offre croissante de produits satisfait de plus en plus à leurs besoins de durabilité et leur permet de sélectionner même des produits standardisés pour la mise en œuvre – un avantage dont bénéficient notamment les caisses de pensions de petite et moyenne taille. Dans le segment des fonds passifs durables en particulier, la gamme a quadruplé au cours des trois

«A mi-2020, seuls 6% des actifs des fonds distribués publiquement en Suisse étaient investis durablement. Globalement, c'est considérablement moins que ce que suggère la forte présence médiatique du sujet.»

Première idée fausse: le placement durable est déjà très répandu

A écouter les médias et les études pertinentes, on pourrait croire que les placements durables sont déjà une norme établie et que les placements convention-

dernières années pour atteindre 125 fonds de ce type (voir le graphique). Les placements durables peuvent donc aussi être mis en œuvre de manière de plus en plus rentable.

Idée fausse no 2: l'intégration de critères ESG est facile à mettre en œuvre

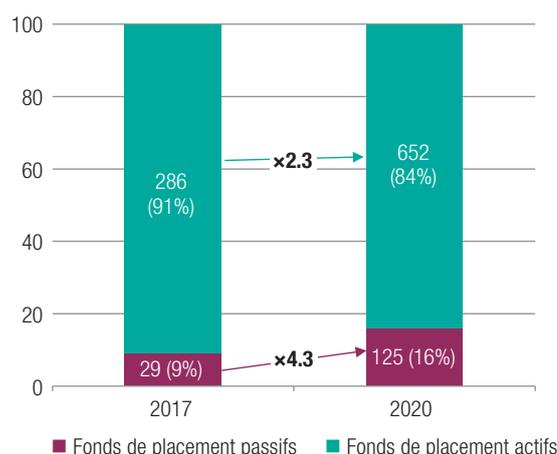
L'intégration de critères de durabilité dans un processus de placement est un défi pour les investisseurs et les fournisseurs de produits. Les investisseurs institutionnels doivent se familiariser avec les critères de durabilité et comprendre l'impact que les exclusions d'entreprises, par exemple, ont sur le profil risque-rendement d'un portefeuille. Il se pose aussi la question des exclusions fondées sur des normes de valeur. Cette approche est controversée, car elle nécessite des jugements de valeur subjectifs et, contrairement au filtrage normatif, aucun critère objectif ne peut servir de base.

La difficulté, pour les caisses de pensions, est qu'elles ne connaissent généralement pas les besoins de leurs bénéficiaires en matière de durabilité. Les enquêtes auprès des assurés pourraient être un instrument pour aborder cette question. Toutefois, il n'en ressort pas nécessairement un tableau uniforme, car la base de valeurs normatives et les préférences des assurés diffèrent, et ce d'autant plus que la base de tous les assurés est vaste. En outre, de telles enquêtes, si on veut vraiment les réaliser, auraient un caractère purement informatif, car la responsabilité de la stratégie de placement incombe uniquement au conseil de fondation d'une institution de prévoyance.

Les banques et les fournisseurs de fonds sont confrontés à des défis similaires. Les unes et les autres doivent anticiper les motivations de leurs investisseurs en matière de durabilité; par exemple: s'agit-il d'un souci de minimiser les risques ou de préoccupations morales? Ce n'est que lorsque ces questions auront été suffisamment clarifiées qu'il sera possible de définir des critères de durabilité appropriés.

Ce processus de définition de critères durables est complexe et souvent sous-estimé. Des lacunes de connaissance apparaissent qui nécessitent la coopération avec les agences de notations ESG et le processus de placement doit être adapté. Surmonter ces obstacles typiques de la

L'offre de fonds durables dont la distribution publique est autorisée en Suisse



Le développement de l'offre de fonds durables actifs et passifs sur le marché suisse (en nombre de fonds, toujours au 30 juin, source: étude 2020 «IFZ Sustainable Investments»).

mise en œuvre suppose une expertise et un projet spécifique doté des ressources appropriées – ce qui reste un obstacle pour les institutions de prévoyance de petite et moyenne taille.

Idée fausse no 3: les investissements durables poursuivent toujours un objectif d'impact

Dans la perception du public, les placements durables sont souvent associés à un impact positif sur l'environnement et la société. C'est dire que l'on attend des placements ESG un effet éco-social positif dans l'économie réelle. Quiconque adhère à cette théorie et s'attend à ce que les placements durables aient un effet positif sur toute la ligne est sujet à un autre malentendu.

En ce qui concerne le marché suisse des fonds, seul un fonds de durabilité sur huit poursuit un objectif d'impact positif. La question de savoir si un placement durable a un impact positif en termes économiques réels dépend de la stratégie de placement choisie dans chaque cas. Seule une minorité de fonds de durabilité poursuit une telle stratégie et prétend obtenir ainsi un «impact» positif. La caractérisation d'un processus de placement de «durable» présuppose simplement la prise en compte des critères ESG. Cela ne génère pas automatiquement un impact positif pour l'écologie et les questions sociales.

Bien que le segment des fonds à impact soit encore une niche dans le créneau des placements durables, l'industrie s'intéresse activement à la question de savoir quels avantages éco-sociaux les placements durables sont capables de gé-

nérer. Outre l'application d'approches stratégiques efficaces, l'accent est de plus en plus mis sur leur mesure. Les gestionnaires d'actifs doivent communiquer les objectifs de durabilité de manière transparente et rendre compte de leur réalisation de manière compréhensible. C'est dans ce domaine en particulier qu'il y a un besoin de rattrapage – et en même temps une attente chez les investisseurs institutionnels qu'il s'agit de satisfaire.

Conclusion

Les placements durables continueront d'être un thème majeur pour les institutions de prévoyance en 2021. Une bonne compréhension de la manière dont les critères de durabilité sont à mettre en œuvre dans le cadre du processus de placement servira sans doute d'indicateur du professionnalisme d'un gestionnaire de placements à l'avenir. ■

Manfred Stüttgen
Brian Mattmann

«Etude 2020 IFZ Sustainable Investments»

Depuis 2017, Manfred Stüttgen et Brian Mattmann publient chaque année en novembre l'étude «IFZ Sustainable Investments». Cette étude analyse le marché des placements de fonds durables et examine des thèmes particuliers. L'étude 2020 «IFZ Sustainable Investments» et celles des années précédentes – avec par exemple le thème central «Institutions de prévoyance et placements durables» (2018) – peuvent être téléchargées gratuitement sur le lien suivant: www.hslu.ch/sustainable

Corporate Hybrids

Lichtblick am Renditehorizont

Die nachhaltig tiefen Zinsen zwingen Investoren, insbesondere im Bereich Fixed Income umzudenken. Mit Corporate Hybrids steht seit einigen Jahren ein Instrument zur Verfügung, das eine Alternative zu klassischen Anleihen bietet.

Wer im aktuellen Umfeld eine ansprechende Obligationenrendite sucht, ohne auf eine Investment-Grade-Emittentenbonität verzichten zu müssen, sollte sich das Segment der Corporate Hybrids ansehen (nachrangige Anleihen von Industrieunternehmen). Diese haben eine ähnliche Performance wie High-Yield-Anleihen, bei deutlich besseren Risikokennzahlen.¹

Die relative Attraktivität von Corporate Hybrids wird schon bei den Zahlen deutlich: Während der überwiegende Teil konventioneller Euro-Unternehmensanleihen derzeit eine Rendite unterhalb von 0.25 % aufweist, rentieren die meisten Euro-Corporate-Hybrids deutlich über 1.5 %. Zudem ist im Universum von Corporate Hybrids aktuell kein Titel mit negativer Verzinsung zu finden. Dieser Rendite steht selbstverständlich ein höheres Risiko gegenüber.

Ein wachsender Markt

Seit der Emission der ersten Corporate Hybrids im Jahr 2012 haben sie sich zu einer etablierten Assetklasse entwickelt, die sich professionell diversifizieren lässt. Nicht nur der Emittentenkreis ist deutlich gewachsen, sondern auch das Marktvolumen: Es hat sich seit 2012 allein im Euro-Raum mehr als versechsfacht. Und ein Blick auf die Neuemissionen zeigt, dass die Assetklasse weiter wachsen dürfte: Im Jahr 2020 war das Emissionsvolumen mit 46 Neuemissionen im Umfang von über 41 Mrd. Euro so hoch wie noch nie.

¹ Für die Zuordnung von Corporate Hybrids in den Anlagekatalog der BVV 2 empfiehlt es sich, Rücksprache mit dem entsprechenden Spezialisten der Pensionskasse zu nehmen.

Was sind Corporate Hybrids?

Corporate Hybrids sind solider als das High-Yield-Segment, weil sie in der Regel von Emittenten mit Investment-Grade-Rating begeben werden, dies bei historisch betrachtet ähnlich hoher Rendite. Zudem ist ihr Drawdown in Krisenzeiten deutlich geringer, und sie erholen sich signifikant schneller von Kursverlusten als High-Yield-Anleihen.

Während das Emittentenrating meist im Investment-Grade-Bereich liegt, sind Corporate Hybrids selbst gewöhnlich zwei Ratingstufen darunter einzuordnen. Dies – wie auch die höhere Rendite – hängt vor allem damit zusammen, dass sie sich in der Kapitalstruktur des Emittenten zwischen Fremd- und Eigenkapital befinden. Sie haben eine sehr lange Laufzeit (teilweise unendlich), wobei bereits vor Emission der Anleihen vorzeitige Kündigungstermine festgelegt werden. Bis zum ersten Kündigungstermin vergehen in der Regel fünf bis zehn Jahre. Im Gegensatz zu konventionellen Anleihen dienen Corporate Hybrids vor allem der Verbesserung der Bilanzstruktur von Unternehmen. Für ausgebende Unternehmen ist die Anrechnung der hybriden Anleihen als Eigenkapital wichtig.

Laufzeit und Kündigungen

Trotz der sehr langen Laufzeit werden Corporate Hybrids generell vorzeitig gekündigt, was mit den Bewertungsmethoden der Ratingagenturen zusammenhängt. Die aktuelle Einstufung durch die Ratingagentur S&P beispielsweise sieht in der Regel einen Wegfall der Eigenkapitalanrechnung vor, wenn der Emittent das erste Kündigungsrecht nicht nutzt. In diesem Fall würde die Hybridanleihe

nicht mehr das Rating stützen. Bestehen bleiben würden hingegen die höheren Fremdkapitalkosten im Vergleich zu erst-rangigen Anleihen.

Risiken und Herausforderungen

Den Vorteilen von Corporate Hybrids stehen freilich auch Risiken gegenüber: Weil sie im Insolvenzfall erst dann bedient werden, wenn die Ansprüche der erst-rangigen Gläubiger vollständig erfüllt sind, ist die Auswahl eines soliden Emittenten sehr wichtig. Die Insolvenz des Emittenten einer Hybridanleihe ist zwar sehr unwahrscheinlich, aber im Fall einer Pleite müssen Anleger mit einem Totalausfall der Anleihe rechnen.

Darüber hinaus ist es zwingend notwendig, neben den Unternehmen und der Marktsituation auch die Verträge der Hybridanleihen zu analysieren. Denn obwohl die Verträge seit dem Jahr 2012 schrittweise einem einheitlichen Standard angenähert wurden, sind sie immer noch komplex. **I**



Michael Hess
Leiter Portfolio Management
Unternehmensanleihen,
Bantleon Bank AG

Hybrides corporate

Une lueur d'espoir à l'horizon du rendement

La faiblesse persistante des taux d'intérêt oblige les investisseurs à repenser leur stratégie de placement, notamment dans le domaine des titres à revenu fixe. Les hybrides corporate sont disponibles depuis quelques années comme alternative aux obligations traditionnelles.

Toute personne qui cherche un rendement intéressant dans l'environnement actuel sans vouloir renoncer à une notation de crédit d'émetteur de qualité devrait se tourner vers le segment des hybrides corporate (obligations subordonnées émises par des entreprises industrielles). Ces obligations dégagent des performances similaires à celles des obligations à haut rendement, avec des ratios de risque nettement meilleurs.¹

Quelques chiffres pour illustrer l'attrait relatif des hybrides corporate: alors que la majorité des obligations d'entreprise classiques en euros ont un rendement inférieur à 0.25 %, la plupart des hybrides corporate en euros affichent un rendement bien supérieur à 1.5 %. De plus, il n'existe actuellement aucun titre à rendement négatif dans l'univers des hybrides corporate. Il va sans dire que ce rendement s'acquiert au prix d'un risque accru.

Un marché en expansion

Depuis que les premiers titres hybrides corporate ont été émis en 2012, ils ont évolué et sont devenus une classe d'actifs établie qui peut être diversifiée de manière professionnelle. Non seulement le nombre d'émetteurs a augmenté de manière significative, mais aussi le volume du marché, qui a plus que sextuplé depuis 2012 dans la seule zone euro. Et

au vu des nouvelles émissions, la classe d'actifs semble devoir croître encore: 2020 a été l'année du plus gros volume d'émission jamais enregistré avec 46 nouvelles émissions totalisant plus de 411 milliards d'euros.

Que sont les hybrides corporate?

Les obligations hybrides corporate sont plus solides que le segment des titres à haut rendement pour des rendements historiquement similaires, car elles sont généralement émises par des émetteurs de qualité. En outre, elles chutent nettement moins bas et se remettent des affaissements de cours beaucoup plus rapidement que les obligations à haut rendement.

Alors que la notation de l'émetteur se situe généralement dans la fourchette investment grade, les hybrides corporate elles-mêmes sont à placer deux niveaux de notation plus bas. Cette notation inférieure – ainsi que le rendement plus élevé – tiennent avant tout au fait que dans la structure du capital de l'émetteur, les obligations hybrides corporate se situent entre le capital tiers et les fonds propres. Elles ont des échéances très longues (parfois infinies) avec des dates d'appel anticipé fixées déjà avant l'émission. En règle générale, cinq à dix ans s'écoulent avant la première date d'appel. Contrairement aux obligations classiques, les obligations hybrides servent principalement à améliorer la structure du bilan des entreprises. Pour les sociétés émettrices, il est important que les obligations hybrides soient comptées comme fonds propres.

Durée et résiliations

Malgré le très long terme, les titres hybrides corporate sont généralement résiliés prématurément, ce qui est lié aux méthodes d'évaluation des agences de notation. La notation actuelle de l'agence de notation S&P, par exemple, prévoit généralement la suppression de la prise en compte comme fonds propres si l'émetteur ne fait pas usage de la première possibilité de résiliation. Le cas échéant, l'obligation hybride n'étayerait plus la notation, alors que les coûts d'emprunt plus élevés par rapport aux obligations de premier rang subsisteraient.

Risques et défis

Bien entendu, les hybrides corporate ne présentent pas que des avantages, mais également des risques. Etant donné qu'en cas d'insolvabilité elles ne sont servies qu'une fois que les prétentions des créanciers de premier rang ont été entièrement satisfaites, il est très important de choisir un émetteur solide. Bien que l'insolvabilité de l'émetteur d'une obligation hybride soit très peu probable, en cas de faillite, les investisseurs doivent s'attendre à une défaillance totale de l'obligation.

En outre, il est impératif d'analyser non seulement les entreprises et la situation du marché, mais aussi les contrats d'obligations hybrides. Car si les contrats ont été progressivement standardisés depuis 2012, ils n'en restent pas moins complexes. |

Michael Hess

¹ Pour savoir à quelle classe attribuer les hybrides corporate dans le catalogue de placements de l'OPP 2, il est conseillé de consulter le spécialiste en la matière au sein de la caisse de pensions.

Investitionen im Landwirtschafts- und Lebensmittelsektor

Kreative Krisenlösungen in Asien

Die Covid-19-Krise stellt alle vor logistische Herausforderungen.

So mussten Lebensmittelproduzenten in Asien neue Transportwege oder aber Schlafmöglichkeiten für ihre Arbeiter finden. Der Sektor wuchs in der Krise.

Der Landwirtschafts- und Lebensmittelsektor ist in Asien enorm wichtig, nicht nur wegen der Ernährungssicherheit. Er trägt wesentlich zum BIP der asiatischen Volkswirtschaften bei und ist eine wichtige Quelle für Arbeitsplätze, insbesondere in ländlichen und ärmeren Gebieten.

Der Sektor befindet sich in einem dramatischen Wandel. Eine wachsende einheimische Bevölkerung, in der bis 2030 fast 1.2 Milliarden Menschen in die Mittelschicht aufsteigen werden, treibt nicht nur einen Anstieg der Nachfrage, sondern auch den Wechsel zu gesünderen, nachhaltigen Lebensmitteln voran.

Logistische Herausforderungen

Investoren können am Wachstum dieses Sektors durch Private-Equity-Investitionen in Unternehmen partizipieren, die die landwirtschaftliche Wertschöpfungskette finanzieren sowie in lokale Lebensmittelverarbeitungsfirmen. Diese Investitionen finanzieren nicht nur lokale Unternehmen, sondern können damit auch dazu beitragen, die Lebensmittelproduktion und -verarbeitung nachhaltiger zu gestalten.

Als Covid-19 kam und die Lockdowns begannen, war eine Kombination aus Kreativität und Unterstützung entscheidend. Die Regierungen in Asien nahmen dabei ihre Aufgabe wahr: In Indien schnürte die Regierung eines der grössten Hilfspakete weltweit in der Höhe von rund 10 % des BIP. Das Paket beinhaltete Kredithilfen für kleine und mittelständische Unternehmen und gezielte Unterstützung für die Lebensmittelindustrie. Dazu gehörten eine höhere Zuteilung von Düngemittelsubventionen, vergünstigte Kredite für Landwirte, eine Kreditfazilität für Strassen-

verkäufer und Investitionen in die Infrastruktur.¹

Trotz dieser Unterstützung sahen sich die Unternehmen mit Problemen konfrontiert, die im Wesentlichen die gleichen waren wie in Europa: Restaurants wurden geschlossen, sodass die Lieferanten keine Kunden hatten, an die sie verkaufen konnten. Unternehmen, die Finanzierungslösungen für den Landwirtschaftssektor anbieten, mussten das normale Geschäft auf Eis legen, da ein staatliches Rückzahlungsmoratorium verhängt wurde. Zulieferunternehmen mussten ihre Mitarbeitenden unterstützen, die keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr nutzen konnten.

Schnelle Investitionen in private Verkehrsmittel waren deshalb entscheidend, ebenso wie die Schaffung von Schlafmöglichkeiten vor Ort. Diese Einrichtungen wurden nach Produktionslinien getrennt und beinhalteten umfangreiche Desinfektionsmassnahmen, wie UV-Tunnel und strenge Protokolle.

Die Unterstützung mit Rat und Tat durch Private-Equity-Investoren, in ihrer Funktion als Unternehmensvorstände, war ebenfalls entscheidend, um die Portfoliounternehmen durch die Krise zu führen. Die Unterstützung erfolgte beispielsweise bei der Neuausrichtung der Vertriebskanäle, der Anpassung des Geschäftsmodells und der Online-Expansion und der Fokussierung auf Liquiditätserhalt und Kostensenkung. Ausserdem halfen diese Investoren bei der Überwindung logistischer Hürden durch die Nutzung ihrer Netzwerke oder die Durchführung von Akquisitionen.

¹ Quelle: «Policy Responses to Covid-19» (imf.org).

Wachstum in der Krise

Die Umsätze und Gewinne solcher Unternehmen im asiatischen Lebensmittelsektor sind trotz diesem immensen Stresstest im Jahr 2020 um 50 % gewachsen. Dies zeugt nicht nur vom enormen Potenzial des Sektors in der Region, sondern auch von seiner Widerstandsfähigkeit gegenüber Krisen.

Private Equity hat ebenfalls eine bedeutende Rolle für die Widerstandsfähigkeit dieses Sektors gespielt. Diese Kapitalspritzen haben wichtige Veränderungen vorangetrieben: von der Anpassung der Lieferkette über Abfallreduzierung, die Beratung und Ausbildung von Kleinbauern für nachhaltigen Anbau bis hin zur Implementierung eines ESG-Führungsansatzes mit dem Anspruch, stets die internationalen Best Practices der International Finance Corporation (IFC) zu erfüllen.

Die robuste Natur der nachhaltigen Lebensmittelindustrie in Asien wurde während dieser Pandemie deutlich. Investitionen in diesen Sektor bieten daher eine dringend benötigte Diversifizierung von den öffentlichen Aktienmärkten, insbesondere in volatilen Zeiten, aber auch interessante Wachstums- und somit Renditeopportunitäten für Investoren. Gleichzeitig treiben diese Investitionen die Umstellung auf eine nachhaltige Produktion in der Lebensmittelindustrie voran, die für eine gesunde Bevölkerung und einen gesunden Planeten unerlässlich ist. |



Rik Vyverman

Leiter Sustainable Food Equity Investments, responsAbility Investments

Placements dans le secteur agroalimentaire

Solutions créatives à la crise en Asie

La crise du Covid-19 pose des défis logistiques à tous. Les producteurs d'aliments en Asie, par exemple, ont dû trouver de nouvelles voies de transport, ou des nouvelles possibilités d'hébergement pour leurs travailleurs. Le secteur s'est développé pendant la crise.

Le secteur agroalimentaire est extrêmement important en Asie, et pas seulement à cause de la sécurité alimentaire. Il contribue de manière significative au PIB des économies asiatiques et constitue une source importante d'emplois, en particulier dans les zones rurales plus pauvres.

Le secteur connaît une transformation radicale. Une population domestique croissante, avec près de 1.2 milliard de personnes qui devraient rejoindre la classe moyenne d'ici 2030, entraîne non seulement une augmentation de la demande, mais favorise aussi un passage à des denrées alimentaires plus saines et durables.

Des défis logistiques

Les investisseurs peuvent participer à la croissance de ce secteur par le biais de prises de participations dans des entreprises qui financent la chaîne de valeur agricole et dans des entreprises locales de transformation de denrées. Ces placements ne financent pas seulement les entreprises locales, mais peuvent contribuer à rendre la production et la transformation des aliments plus durables.

Lorsque Covid-19 a surgi et que les confinements ont commencé, une combinaison de créativité et de soutien a sauvé la mise. Les gouvernements en Asie ont fait leur part: en Inde, le gouvernement a mis en place l'un des plus importants programmes d'aide au monde, à hauteur d'environ 10 % du PIB. Le paquet comprenait une aide au crédit pour les petites et moyennes entreprises et un soutien ciblé pour l'industrie alimentaire. Il prévoyait l'allocation plus importante de subventions pour les engrais, des

prêts à des conditions préférentielles pour les agriculteurs, une facilité de crédit pour les vendeurs ambulants et des investissements dans les infrastructures.¹

Malgré ce soutien, les entreprises ont été confrontées à des problèmes qui étaient essentiellement les mêmes qu'en Europe: les restaurants ont été fermés, laissant les fournisseurs sans clients à qui vendre. Les entreprises proposant des solutions de financement pour le secteur agricole ont dû suspendre leurs activités normales en raison d'un moratoire sur les remboursements décrété par le gouvernement. Les entreprises fournisseuses ont dû soutenir leurs employés qui ne pouvaient plus utiliser les transports publics.

Il était donc essentiel d'investir rapidement dans les transports privés et de créer des possibilités d'hébergement sur place. Ces dispositifs étaient déployés par chaînes de production et comprenaient aussi des mesures de désinfection étendues telles que des tunnels UV et des protocoles stricts.

Les conseils et le soutien fournis par les bailleurs de fonds en leur qualité de conseils d'administration ont également été essentiels pour guider les entreprises du portefeuille à travers la crise. Un soutien a été fourni, par exemple, pour le réaligement des canaux de vente, l'adaptation du modèle commercial et l'expansion en ligne, et l'accent a été placé sur la préservation de la solvabilité et la réduction des coûts. En outre, ces investisseurs ont contribué à surmonter

les obstacles logistiques en tirant parti de leurs réseaux ou procédant à des acquisitions.

Croissance en pleine crise

Les chiffres d'affaires et les profits de ces entreprises du secteur alimentaire asiatique ont augmenté de 50 % en 2020 malgré cette gigantesque épreuve de résistance. Cela témoigne non seulement de l'énorme potentiel du secteur dans la région, mais aussi de sa résilience face aux crises.

Le capital-investissement a également joué un rôle important dans la résilience du secteur. Les injections de capitaux ont en effet accéléré des changements importants, de l'adaptation de la chaîne d'approvisionnement à la réduction des déchets, en passant par le conseil et la formation des petits exploitants agricoles en matière de production durable et jusqu'à la mise en œuvre d'une approche de gouvernance intégrant les critères ESG et l'engagement du respect des meilleures pratiques internationales de la Société financière internationale (SFI).

La robustesse de l'industrie alimentaire durable en Asie est devenue évidente au cours de cette pandémie. Les placements dans ce secteur offrent donc une diversification bien nécessaire par rapport aux marchés publics des actions, surtout en période de volatilité, mais aussi des possibilités de croissance et de rendement intéressantes pour les investisseurs. En même temps, ces placements favorisent la transition vers une production durable dans l'industrie alimentaire, ce qui est essentiel pour une population et une planète en bonne santé. **I**

Rik Vyverman

¹ Source: «Policy Responses to Covid-19» (imf.org).

Vermietung und Verkauf direkt gehaltener Immobilien

Optimierungspotenzial bei der Anmeldung zur Mehrwertsteuer

Pensionskassen können sich freiwillig der Mehrwertsteuer unterstellen. Dies kann sich im Immobilienbereich lohnen, um Vorsteuern geltend machen zu können.

IN KÜRZE

An einer allfälligen Ersparnis durch die MwSt.-Unterstellung muss gegebenenfalls der Mieter oder Käufer beteiligt werden.

Viele Pensionskassen vermieten oder verkaufen Immobilien und sind nicht bei der Mehrwertsteuer (MwSt.) angemeldet. Die Vermietung und der Verkauf von Immobilien sind grundsätzlich von der MwSt. ausgenommen. Es besteht jedoch die Möglichkeit, die Vermietung bzw. den Verkauf der Immobilie freiwillig der MwSt. zu unterstellen und sich die im Zusammenhang mit der Immobilie angefallenen Vorsteuern rückerstatten zu lassen. In bestimmten Fällen kann die freiwillige Versteuerung von Vorteil sein.

Mehrwertsteuer-Pflicht

Steuerpflichtig ist, wer ein Unternehmen betreibt und innerhalb eines Jahrs im In- und Ausland mindestens 100 000 Franken Umsatz aus steuerbaren und steuerbefreiten Leistungen erzielt. Gemäss Mehrwertsteuergesetz betreibt ein Unternehmen, wer eine auf die nachhaltige Erzielung von Einnahmen aus Leistungen ausgerichtete berufliche oder gewerbliche Tätigkeit selbständig ausübt und unter eigenem Namen nach aussen auftritt.

Wer ein Unternehmen betreibt, die Umsatzgrenze von 100 000 Franken aber nicht erreicht, ist von der MwSt.-Pflicht befreit. Er kann aber grundsätzlich auf die MwSt.-Befreiung verzichten und sich freiwillig bei der MwSt. anmelden.

Pensionskassen, die Immobilien direkt halten und diese vermieten oder verkaufen, ohne diese Vorgänge freiwillig der MwSt. zu unterstellen, betreiben in der Regel kein steuerpflichtiges Unternehmen. Werden die Vermietung und der Verkauf von Immobilien freiwillig der MwSt. unterstellt, werden die Pensionskassen im Register der MwSt.-

Pflichtigen eingetragen und damit zum steuerpflichtigen Unternehmen.

Immobilien und Mehrwertsteuern

Nach dem Mehrwertsteuergesetz stellen die Vermietung und der Verkauf von Immobilien grundsätzlich von der MwSt. ausgenommene Leistungen dar. Bei der Vermietung von Immobilien ist jedoch zu beachten, dass es einige Ausnahmen gibt, die steuerbar sind. Dabei handelt es sich unter anderem um folgende Leistungen:

- die Vermietung von Wohn- und Schlafräumen zur Beherbergung von Gästen sowie die Vermietung von Sälen im Hotel- und Gastgewerbe;
- die Vermietung von Campingplätzen;
- die Vermietung von Parkplätzen, ausser es handelt sich um eine unselbstständige Nebenleistung zu einer von der Steuer ausgenommenen Immobilienvermietung.

Ist eine Leistung von der Steuer ausgenommen, so ist auf dem Entgelt keine MwSt. geschuldet. Dies hat im Gegenzug zur Folge, dass die im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Erstellung, den fortlaufenden Investitions-, Unterhalts-, Betriebs- und Verwaltungskosten der Immobilie sowie dem Verkauf der Immobilie angefallene MwSt. nicht als Vorsteuer abgezogen werden kann.

Freiwillige Versteuerung

Pensionskassen, die Immobilien direkt halten, können sich freiwillig bei der MwSt. anmelden und die Vermietung oder den Verkauf von Immobilien fallweise freiwillig der MwSt. unterstellen (sogenannte optierte Vermietung bzw.

Henrik Dummermuth
Senior Manager
Indirect Tax Services,
Ernst & Young AG



Patrik Schaller
Partner,
Head Insurance Core
Assurance,
FSO Insurance,
Ernst & Young AG



optierter Verkauf). Die optierte Vermietung bzw. der optierte Verkauf von Immobilien ist zulässig, sofern die Immobilie vom Mieter bzw. Käufer nicht ausschliesslich für private Wohnzwecke genutzt wird.

Wird eine Immobilie optiert vermietet bzw. optiert verkauft, muss die Pensionskasse auf den Mieteinnahmen bzw. dem Verkaufserlös die MwSt. zum Normalsatz von aktuell 7.7% abrechnen. Die Besteuerung kann entweder durch offenen Ausweis der MwSt. (Option) oder durch Deklaration in der MwSt.-Abrechnung erfolgen (stille Option).

Bei einem Immobilienverkauf ist für die Berechnung der MwSt. nur das Entgelt relevant, das auf den Wert des Gebäudes entfällt. Der Anteil des Entgelts, der auf den Wert des Bodens entfällt, wird als Nichtleistung nicht besteuert. Eine sachgerechte Aufteilung und Dokumentation zwischen Boden- und Gebäudewert ist daher vorausgesetzt.

Berechtigung zum Vorsteuerabzug

Grundsätzlich darf eine steuerpflichtige Person im Rahmen ihrer unternehmerischen Tätigkeit die ihr in Rechnung gestellte MwSt. als Vorsteuer abziehen. Kein Anspruch auf Vorsteuerabzug besteht bei Leistungen und bei der Einfuhr von Gegenständen, die für die Erbringung von Leistungen, die von der MwSt. ausgenommen sind und für deren Besteuerung nicht optiert wurde, verwendet werden.

Die optierte Vermietung bzw. der optierte Verkauf berechtigt also die bei der MwSt. angemeldeten Pensionskassen, die ihnen in Rechnung gestellte MwSt., die im Zusammenhang mit der optierten

Vermietung bzw. dem optierten Verkauf anfällt, als Vorsteuer in Abzug zu bringen. Dabei ermöglicht die optierte Vermietung bzw. der optierte Verkauf unter Umständen sogar den nachträglichen Abzug von in der Vergangenheit bezahlter, aber nicht in Abzug gebrachter Vorsteuer auf wertvermehrenden Investitionen und Grossrenovationen (Einlagebesteuerung).

Überwälzung der MwSt.

Die optierte Vermietung bzw. der optierte Verkauf von Immobilien lohnt sich in der Regel in den Fällen, wo die auf den Mieteinnahmen bzw. auf dem Verkaufspreis abzurechnende MwSt. auf den Mieter bzw. den Käufer überwälzt werden kann.

Bei hohen Investitionen in eine Immobilie kann sich die Option allenfalls auch rentieren, wenn die MwSt. nicht vollständig überwälzbar ist. Für Mieter und Käufer ist die Option allerdings nur dann von Interesse, wenn der Vermieter bzw. Verkäufer seine abziehbaren Vorsteuern teilweise oder vollständig in eine Mietpreisreduktion einfließen lässt.

Mieter und Käufer von Immobilien werden die Überwälzung der MwSt. in der Regel akzeptieren, wenn sie die Immobilien für die Erzielung mehrwertsteuerpflichtiger Umsätze nutzen und deshalb die überwälzte MwSt. als Vorsteuer in Abzug bringen können. Die MwSt. stellt für die Mieter bzw. Käufer keine Kosten dar (siehe Beispiel im Kasten zum ganzen Vorgang).

Eine Option, die sich lohnen kann

Pensionskassen, die Immobilien direkt halten, sollten das Optimierungs-

potenzial einer freiwilligen MwSt.-Registrierung regelmässig beurteilen. Insbesondere bei der Vermietung oder dem Verkauf von Immobilien an Unternehmen, die mehrwertsteuerpflichtige Leistungen erbringen, könnte sich eine Option lohnen. |

Praktisches Beispiel

Eine Pensionskasse vermietet ein Bürogebäude an ein mehrwertsteuerpflichtiges Unternehmen für 100 000 Franken pro Jahr. Die Pensionskasse lässt das Bürogebäude für 1 000 000 Franken zuzüglich 77 000 Franken MwSt. sanieren. Wenn die Pensionskasse für die Vermietung des Bürogebäudes optiert, kann sie die für die Sanierung in Rechnung gestellte MwSt. in Abzug bringen. Auf den Mieteinnahmen muss sie gegenüber der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) 7700 Franken MwSt. abrechnen und stellt dem Unternehmen die MwSt. zusätzlich zur Miete in Rechnung. Das Unternehmen macht die MwSt. gegenüber der ESTV als Vorsteuer geltend.

- Der effektive Mietaufwand bleibt bei 100 000 Franken.
- Die Pensionskasse kann die ihr im Zusammenhang mit der Sanierung in Rechnung gestellte Vorsteuer von 77 000 Franken gegenüber der ESTV in Abzug bringen.
- Finanzieller Vorteil der freiwilligen Besteuerung für die Pensionskasse: 77 000 Franken.
- Ein gewiefter Mieter würde eine Mietpreisreduktion verlangen (z. B. um 5%), um von der Ersparnis des Vermieters zu profitieren. Die Jahresmiete würde dann 95 000 Franken zuzüglich 7315 Franken MwSt. betragen.

WERBUNG

PUBLICITÉ



vps.epas-Labor

Finanzielle Führung von Pensionskassen

Donnerstag, 20. Mai 2021, St. Gallen
Dienstag, 21. September 2021, Zürich

Infos und
Anmeldung unter
vps.epas.ch

Location et vente de biens immobiliers détenus en direct

Potentiel d'optimisation par l'inscription à la TVA

Les caisses de pensions peuvent s'assujettir volontairement à la TVA. Cela peut être utile dans le domaine de l'immobilier pour pouvoir faire valoir un impôt préalable.

EN BREF

Le locataire ou l'acheteur doivent pouvoir participer à une économie éventuellement réalisée grâce à l'assujettissement à la TVA.

De nombreuses caisses de pensions louent ou vendent des biens immobiliers et ne sont pas inscrites à la taxe sur la valeur ajoutée (TVA). La location et la vente de biens immobiliers sont généralement exonérées de la TVA. Toutefois, il est possible de soumettre volontairement la location ou la vente de biens immobiliers à la TVA et de se faire rembourser les impôts en amont encourus en rapport avec le bien. Dans certains cas, l'imposition peut être avantageuse.

Obligation de soumission à la TVA

Est assujetti à la TVA quiconque exploite une entreprise et qui réalise en une année au moins 100 000 francs de chiffre d'affaires avec des prestations imposables et non imposables en Suisse et à l'étranger. Aux termes de la loi régissant la taxe sur la valeur ajoutée, exploite une entreprise quiconque exerce, à titre indépendant, une activité professionnelle ou commerciale en vue de réaliser, à partir de prestations, des recettes ayant un caractère de permanence, et qui agit en son propre nom vis-à-vis de tiers.

Quiconque exploite une entreprise mais n'atteint pas le chiffre d'affaires de 100 000 francs est exonéré de la TVA. Il est néanmoins possible, en principe, de renoncer à l'exonération et de se soumettre volontairement à la TVA.

Les caisses de pensions qui détiennent directement des biens immobiliers et les louent ou les vendent sans soumettre volontairement ces opérations à la TVA n'exploitent pas, en règle générale, une entreprise imposable. Si la location et la vente de biens immobiliers sont volontairement soumises à la TVA, les caisses

de pensions sont inscrites au registre des contribuables à la TVA et deviennent ainsi une entreprise imposable.

L'immobilier et la TVA

En vertu de la loi régissant la TVA, la location et la vente de biens immobiliers sont, en principe, des prestations exonérées de TVA. Toutefois, il y a des exceptions à cette exonération qui sont les suivantes:

- la location de logements pour l'hébergement de clients et la location de salles dans le secteur de l'hôtellerie et de la restauration;
- la location de places de camping;
- la location de places de stationnement, sauf s'il s'agit d'un service accessoire dépendant d'une location immobilière qui est exonérée d'impôt.

Si une prestation est non imposable, aucune TVA n'est due sur la contre-prestation. En contrepartie, la TVA occasionnée par l'acquisition ou la construction, les frais courants d'investissement, d'entretien et de gestion de l'immobilier, ainsi que par la vente de l'immobilier, ne peut être déduite au titre d'impôt préalable.

Imposition volontaire

Les caisses de pensions qui détiennent directement des biens immobiliers peuvent s'inscrire volontairement à la TVA et soumettre la location ou la vente de biens immobiliers à la TVA au cas par cas (ce qu'on appelle la location ou la vente avec option). La location ou la vente avec option de biens immobiliers est autorisée à condition que les biens

immobiliers ne soient pas utilisés par le locataire ou l'acheteur exclusivement à des fins résidentielles privées.

Si un bien immobilier est loué ou vendu avec option, la caisse de pensions doit appliquer la TVA sur les loyers ou le produit de la vente perçus, au taux normal de 7.7% actuellement. L'imposition peut se faire soit en indiquant la TVA ouvertement (option), soit en la déclarant dans le décompte de TVA (option tacite).

Lors de la vente d'un bien immobilier, seul le produit de la vente correspondant à la valeur du bâtiment est pertinent pour le calcul de la TVA. La partie du produit de la vente représentant la valeur du terrain n'est pas imposée puisqu'il ne s'agit pas d'une prestation. Il est donc nécessaire d'établir une distinction et une documentation appropriées entre la valeur du terrain et celle du bâtiment.

Droit à déduction de l'impôt préalable

En principe, une personne assujettie peut déduire en tant qu'impôt préalable la TVA qui lui est facturée dans le cadre de son activité. Il n'existe pas de droit à déduction de l'impôt préalable sur les livraisons et sur l'importation de biens utilisés pour la prestation de services exonérés de TVA et pour lesquels il n'existe pas d'option.

La location ou la vente avec option donne donc aux caisses de pensions inscrites à la TVA le droit de déduire au titre d'impôt préalable la TVA qui leur a été facturée dans le cadre de la location ou de la vente avec option. Dans certaines circonstances, la location ou la vente avec option permet même de déduire a poste-

riori l'impôt préalable qui avait été payé mais non déduit dans le passé pour des investissements à valeur ajoutée ou des rénovations de grande envergure (dégrèvement ultérieur de l'impôt préalable).

Répercussion de la TVA

La location ou la vente avec option de biens immobiliers est généralement intéressante dans les cas où la TVA à appliquer sur le loyer ou sur le prix de vente peut être répercutée sur le locataire ou sur l'acheteur.

En cas d'investissements élevés dans un bien immobilier, l'option peut éventuellement être rentable même si la TVA ne peut pas être répercutée intégralement. Pour les locataires et les acheteurs, cependant, cette option n'a d'intérêt que si le propriétaire ou le vendeur leur cède une partie de l'impôt préalable récupéré sous forme d'une réduction du loyer ou du prix de vente.

Les locataires et les acheteurs de biens immobiliers acceptent normalement la répercussion de la TVA s'ils utilisent les biens immobiliers pour effectuer des transactions grevées de la TVA et peuvent donc déduire la TVA répercutée au titre d'impôt préalable. La TVA ne représente pas un coût pour les locataires ou les acheteurs (voir exemple dans l'encadré sur l'ensemble d'une telle transaction).

Une option qui peut être avantageuse

Les caisses de pensions qui détiennent directement des biens immobiliers doivent régulièrement évaluer le potentiel d'optimisation par l'assujettissement volontaire à la TVA. Une option pourrait notamment être utile lors de la location

ou de la vente de biens immobiliers à des entreprises qui fournissent des services soumis à la TVA. |

Henrik Dummermuth
Patrik Schaller

Exemple pratique

Une caisse de pensions loue un immeuble de bureaux à une entreprise assujettie à la TVA pour 100 000 francs par an. La caisse de retraite fait rénover l'immeuble de bureaux pour 1 000 000 de francs plus 77 000 francs de TVA. Si la caisse de pensions loue l'immeuble de bureaux avec option, elle peut déduire la TVA appliquée à la rénovation. Elle doit faire le décompte à l'Administration fédérale des contributions (AFC) de 77 000 francs de TVA sur les revenus locatifs et facture à l'entreprise la TVA en plus du loyer. L'entreprise réclame la TVA à l'AFC au titre d'impôt préalable.

- Le coût réel de la location reste à 100 000 francs.
- La caisse de pensions peut faire valoir à l'égard de l'AFC la déduction de l'impôt préalable de 77 000 francs qui lui a été facturé en relation avec la rénovation.
- Avantage financier de l'assujettissement volontaire pour la caisse de pensions: 77 000 francs.
- Un locataire avisé exigerait une réduction de loyer (par exemple 5%) afin de bénéficier des économies réalisées par le propriétaire. Le loyer annuel serait alors de 95 000 francs plus 7315 francs de TVA.

WERBUNG

PUBLICITÉ



Pensionskassenführung für Stiftungsräte

15. und 22. Juni 2021, Olten

Infos und
Anmeldung unter
vps.epas.ch



Stadt WEINFELDEN

Die Pensionskasse der Stadt Weinfelden ist seit dem 1. Januar 2014 eine selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung, die bereits 1943 gegründet wurde. Mit der Revision der Gemeindeordnung per Juni 2019 wurde Weinfelden offiziell zur Stadt. Folglich hat der Stiftungsrat der Pensionskasse auch eine Namensänderung in Pensionskasse der Stadt Weinfelden beschlossen. Neben den städtischen Angestellten gehören dem Versicherungskollektiv öffentliche Körperschaften und Anstalten, private Institutionen und Unternehmungen von öffentlichem Interesse, beispielsweise die Technischen Betriebe Weinfelden AG, die Primar- und Sekundarschulgemeinde und der Verband KVA Thurgau an. Auch angrenzende Gemeinden können ihr Personal anschliessen. Mit 243 aktiv Versicherten und 138 Rentnern per Ende 2019 gehört die Kasse zu den kleinen Vorsorgeeinrichtungen in der Schweiz. Der Stiftungsrat ist das oberste Organ. Mindestens jährlich erfolgt eine Informationsveranstaltung für alle Versicherten, Rentner und Vertreter der angeschlossenen Arbeitgeber. Die Arbeitnehmer wählen an der Mitgliederversammlung ihre Vertreter im Stiftungsrat. Aufgrund beschränkter Ressourcen wird die Kasse trotz rechtlich selbständiger Stiftung vollständig innerhalb der Stadtverwaltung geführt. Der Stadtpräsident ist Vizepräsident und der Leiter der Finanzverwaltung ist Präsident des Stiftungsrats. Die Geschäftsführung und versicherungstechnische Verwaltung übernimmt der stellvertretende Leiter Finanzen.

Aufgrund des Teilkapitalisierungssystems mit globalem Ausgangsdeckungsgrad von 79.3% (Aktive 61.8%) weist die Pensionskasse eine Unterdeckung aus, die aber mit 98.3% per Ende 2019 nur noch marginal ist. Eine Staatsgarantie der Stadt Weinfelden deckt Verluste bis zum Maximalbetrag von 17.4 Mio. Franken. Trotzdem muss auch die Pensionskasse der Stadt Weinfelden Massnahmen zur langfristigen Sicherstellung der finanziellen Stabilität treffen. Insbesondere der negative Cashflow – die Rentenzahlungen übertreffen mittlerweile die ordentlichen Beiträge – zeigt

einen gewissen Handlungsdruck auf. So hat der Stiftungsrat entschieden, den Umwandlungssatz im Alter 65 von 6.45% ab Januar 2020 per sofort auf 5.5% zu senken. Mit Begleitmassnahmen und einer Zusatzfinanzierung von 1% sollen die künftigen Rentenkürzungen etwas aufgefangen werden. Diese Zusatzfinanzierung wird zu gleichen Teilen vom Arbeitgeber und den Arbeitnehmenden getragen. Zum Glück konnte auch Weinfelden das gute Anlagejahr 2019 für weitere Bilanzstärkungen nutzen. So hat man Rückstellungen für den technischen Zins auf 1.5% (2.1 Mio.) und für Ausgleichsgutschriften auf Al-

tersrenten (3.7 Mio.) gebildet, die für die Leistungsanpassungen nun verwendet werden können.

Die Vermögenswerte der Kasse werden durch den Anlageausschuss vollständig intern verwaltet, verstärkt durch externe Spezialisten. Es bestehen überhaupt keine externen Vermögensverwaltungsmandate. Die Wertschriften werden in Depots verschiedener Institutionen verwahrt. Die damit notwendige Stimmrechtsausübung gemäss VegüV ist an Ethos delegiert, wo die Kasse bereits seit 2010 auch Mitglied im Engagement Pool ist. |

Daniel Dubach

STECKBRIEF

Rechtsform	öffentlich-rechtliche Stiftung
Vorsorgeplan	Beitragsprimat für Alter, Leistungsprimat für Risiko
Art der Kasse	teilautonom

Gründungsjahr	1943
Sitz	Weinfelden
Website	www.weinfelden.ch

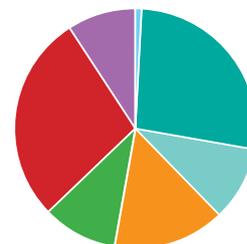
KENNZAHLEN PER 31.12.2019

Anzahl Versicherte	243
Anzahl Rentner	138
Beitragsverhältnis AG/AN	58%/42%
Angeschlossene Arbeitgeber	14
Zins Altersguthaben 2019	1.0%
Technische Grundlagen	BVG 2015/PT
Umwandlungssatz Alter 65	6.45%
Umwandlungssatz Alter 65 (ab 1.1.20)	5.50%
Technischer Zins	1.75%
VK Rentner	50.8 Mio.
VK aktive Versicherte	43.7 Mio.
Total VK	94.5 Mio.
Technische Rückstellungen	13.2 Mio.

Notw. Vorsorgekapital	107.7 Mio.
Vorsorgevermögen netto	105.9 Mio.
DG nach Art. 44 BVV2	98.3%
Vorh. Wertschwankungsreserve	0.0 Mio.
Sollwert Wertschwankungsreserve	15.4 Mio.
Sollrendite 2020	1.78%
Erwartete Rendite 2020	2.29%
Anlageperformance 2019	10.84%
Vermögensverwaltungskosten (Transparenzquote 100%)	0.59%
Verwaltungsart Anlagen	Direktanlagen
Verwaltungskosten pro aktiven Versicherten (netto unter Berücksichtigung Beiträge Arbeitgeber, ohne Vermögensverwaltung)	329 CHF

KAPITALANLAGEN

	Strategie per 31.12.19	Bandbreiten
Liquidität und Geldmarktanlagen	1.0%	1–5%
Obligationen CH	27.0%	19–45%
Obligationen FW (inkl. EMMA)	10.0%	5–13%
Aktien Schweiz	15.0%	10–20%
Aktien Welt	10.0%	7–15%
Immobilien (inkl. Ausland)	28.0%	17–30%
Alternative Anlagen	9.0%	4–15%



WICHTIGE DIENSTLEISTER

Experte für berufliche Vorsorge	Keller Experten AG, Matthias Keller, Frauenfeld
Revisionsstelle	Thalmann Treuhand AG, Weinfelden
Geschäftsführung, Administration	inhouse
Berater Kapitalanlagen	Novak, Thurnheer & Partner AG
Geschäftsführer	Daniel Mader (daniel.mader@weinfelden.ch, 071 626 83 47)

STIFTUNGSRAT

Arbeitgebervertreter	Erwin Wagner (Präsident), Max Vögeli (Vizepräsident), Thomas Bornhauser, René Diethelm
Arbeitnehmervertreter	Martin Heinrich, Leo Hungerbühler, Jeanette Kies, Roland Oehy

Nähe ist ein grosses Plus

Herr Wagner, was bedeutet es für die Stadt Weinfelden eine eigene, kleine Pensionskasse zu unterhalten?

Eine eigene Pensionskasse zu führen ist im heutigen Umfeld mit den steigenden regulatorischen Auflagen und den volatilen Finanzmärkten sehr anspruchsvoll. Mit der Verselbständigung auf das Jahr 2014 wurde im Stiftungsrat ein Zusammenschluss mit anderen kleineren Pensionskassen intensiv diskutiert. Der Stiftungsrat kam jedoch einstimmig zum Schluss, dass die einfache, kurze und fachkompetente Abwicklung aller Anforderungen sowie die Nähe zu den Versicherten, Rentnern und angeschlossenen Arbeitgebern ein grosses Plus unserer kleinen Kasse ist.

Die Pensionskasse ist zwar seit 2014 eine selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung, wird aber vollständig aus der Stadtverwaltung heraus betrieben. Was spricht für und gegen eine organisatorische Trennung?

Bis zur Verselbständigung war die Pensionskasse der Gemeinde Weinfelden eine unselbständige Vorsorgeeinrichtung des öffentlichen Rechts. Die Organe waren der Gemeinderat (Exekutive) als oberstes Organ und die Kassenkommission. Als Finanzverwalter der Gemeinde Weinfelden habe ich vor knapp 30 Jahren die Geschäftsführung der Kasse übernommen. Mit der Verselbständigung wurde ich zum Präsidenten und mein Stellvertreter in der Finanzverwaltung als Geschäftsführer gewählt. Wie Sie sehen, ist das historisch bedingt, die Verwaltung und die Geschäftsführung wurden immer durch die Finanzverwaltung der Stadt geführt. Es spricht eigentlich nichts für eine organisatorische Trennung.

Versteht sich die Kasse als Gemeinschaftseinrichtung, die weitere Anschlüsse sucht?

Es können sich öffentliche Körperschaften und Anstalten, private Institutionen und Unternehmungen von öffentlichem Interesse sowie angrenzende Gemeinden anschliessen. Der Stiftungsrat sucht nicht aktiv nach weiteren Arbeitgebern, ist aber offen für Anfragen öffentlicher Arbeitgeber aus der Region.



«Eine eigene Pensionskasse zu führen ist im heutigen Umfeld [...] sehr anspruchsvoll.»

Erwin Wagner

Sie haben den technischen Zins und den Umwandlungssatz kürzlich deutlich gesenkt. Trotzdem dürften mit der anhaltenden Tiefzinssituation weitere Massnahmen nötig sein. Wo stehen Sie in der Diskussion dazu?

Da die Rentenverpflichtungen der Pensionskasse in den kommenden Jahren aufgrund der Altersstruktur des Bestandes zunehmen werden, ist eine vorausschauende Festlegung und Überprüfung

der versicherungstechnischen Parameter von grosser Bedeutung. Im 2019 hat der Stiftungsrat der Pensionskasse entschieden, den Umwandlungssatz von 6.45 % auf neu 5.5 % zu senken. Der technische Zins der Pensionskasse beträgt aktuell 1.50 %, unter Berücksichtigung einer bestehenden Rückstellung sogar 1.25 %. Der Stiftungsrat hat mittelfristig eine weitere Senkung des technischen Zinses geplant.

Nachhaltigkeit im Infrastrukturbereich war Thema einer Stiftungsratsausbildung. Wie beurteilen Sie die Nachhaltigkeit dieser Anlageklasse, die ja nun nicht mehr als alternativ klassiert ist?

Das Thema Nachhaltigkeit hat in den vergangenen Jahren gerade in der öffentlichen Wahrnehmung immer mehr an Bedeutung gewonnen. Dies unabhängig davon, ob Infrastrukturanlagen nun neu separat klassifiziert werden. Wir haben bei der Auswahl von Infrastrukturanlagen grossen Wert auf Nachhaltigkeit gelegt. Im Schweizer Markt, wo sich Investitionsmöglichkeiten in Infrastruktur zu einem wichtigen Teil im Bereich der Energieinfrastruktur finden, ergab sich vor allem bei der Wasserkraft und weiterer erneuerbaren Energien sowie der Energieübertragung Potenzial.

Die Kasse hat per Anfang 2020 eine kongruente Rückversicherung abgeschlossen zur Deckung der Risiken Tod und Invalidität. Was hat Sie bewogen, aus dem vorherigen Stop-Loss-Vertrag auszutreten?

Die Gründe waren sehr vielfältig. Nebst der Erhöhung der Sicherheit für die Versicherten und den Arbeitgeber wird die Vorsorgeeinrichtung in einem Schadenfall administrativ entlastet. Auch ins Gewicht fallen die konstante Prämie anstelle der Finanzierung der Invaliditätsfälle, was eine bessere Planbarkeit der Ausgaben ergibt. Schliesslich haben wir von der Versicherung infolge günstigen Schadenverlaufs ein sehr gutes Angebot erhalten. Die Prämie liegt deutlich unter der technischen Schadenerwartung. |

Erwin Wagner

Präsident des Stiftungsrats
seit 1. Januar 2014

Stellung in der Organisation:
Finanzverwalter der Stadt Weinfelden

Ausbildung:
KV-Lehre, höhere Fachausbildung St. Gallen
mit Diplomarbeit, Führungsschule

Hobbys:
Musikverein, Fussballschiedsrichter,
Tennis, Enkelinnen

Lebensmotto:
Reich genug ist, wer zufrieden ist!

Interview (schriftlich): Daniel Dubach

Generationen Y und Z

Kommunikationsleitfaden für Pensionskassen

In meiner Diplomarbeit zum Abschluss der Ausbildung zur Pensionskassenleiterin habe ich die Frage untersucht, wie Pensionskassen ihre Kommunikation den Bedürfnissen und Verhaltensmustern der jeweiligen Generation anpassen können.

Daraus sind Handlungsempfehlungen entstanden.

IN KÜRZE

Verschiedene Generationen haben unterschiedliche Bedürfnisse in Bezug auf die Art und Weise der Kommunikation. Eine Unterscheidung nach Lebensereignissen ist effizient und benutzerfreundlich.

Mit dem Eintritt des Arbeitnehmers in die Vorsorgeeinrichtung beginnt die Interaktion zwischen der Pensionskasse und dem Versicherten. Es ist sinnvoll, die verschiedenen Generationen in der Kommunikation unterschiedlich zu behandeln. Die Frage, wie man die jungen Generationen mit wenig Aufwand gezielt anspricht, wird in den nachfolgenden Handlungsempfehlungen erläutert. Diese richten sich in erster Linie an kleinere bis mittelgrosse Pensionskassen, die mit vertretbarem Aufwand die Interaktion mit ihren Versicherten optimieren möchten.

Vier Generationen

Laut Bundesamt für Statistik waren 2018 vier Generationen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt vertreten. Den grössten Anteil an der Erwerbsbevölkerung hatte die Generation X (geboren zwischen 1965 und 1980) mit 36.2%, dicht gefolgt von den Millennials oder auch Generation Y (geboren zwischen 1981 und 1996) mit 33%. Die Boomers (geboren zwischen 1946 und 1964) mit einem Anteil von 22.1% ziehen sich langsam, aber sicher aus dem aktiven Erwerbsleben zurück, während die Generation Z (geboren zwischen 1997 und 2012) bereits 7.7% der Erwerbspersonen ausmacht.

Mit wenig Aufwand die jungen Generationen gezielter ansprechen

Die jungen Erwerbstätigen begrüssen visuelle Hilfsmittel beim Lesen eines Texts auf der Website, in einem Brief oder einer E-Mail. Dabei sollen wichtige Punkte am Anfang des Texts zusammen-

gefasst und aufgelistet werden und nicht erst am Schluss.

Die Verwendung von einfachen Sätzen unter Einbezug von Grafiken und Piktogrammen ist hilfreich für das Verständnis. Per Brief oder E-Mail zugestellte Informationen sollen zudem auf die Website hochgeladen werden, damit die Information bei Bedarf erneut abgerufen werden kann. Falls vorhanden und sinnvoll, sollen Erklärvideos der Ergänzung dienen.

Informationsschreiben an 25-Jährige bei Eintritt in die Pensionskasse

Die Generation Z wünscht einen spezifisch auf junge Personen zugeschnittenen Informationsbrief bei Eintritt in die Pensionskasse. Lassen Sie Ihre jüngsten Kollegen das Schreiben verfassen und zeigen Sie den Nutzen für den Versicherten auf, weshalb dieser Abzug erfolgt und zu welchem Zeitpunkt. Weisen Sie zum besseren Verständnis auf die neuen Erklärvideos des ASIP hin und verlinken Sie diese mit Ihrer Website (siehe Kästen).

Informationsblatt zur Unterstützung des Bewerbungsprozesses

Überobligatorische Leistungen der Pensionskasse erhöhen die Attraktivität des Arbeitgebers. Für zukünftige Arbeitnehmer kann eine einfache, aber aussagekräftige Kurzinformation über die Pensionskasse eine zusätzliche Entscheidungsgrundlage sein. Hier ist eine Unterscheidung nach Alter sinnvoll, denn in der jeweiligen Lebensphase können unterschiedliche Punkte wichtig sein:



Sonja Spichtig

lic. oec. publ., dipl. Pensionskassenleiterin und Geschäftsführerin Swisscanto Anlagestiftungen

- Mit 25 Jahren ist zum Beispiel die Höhe des Umwandlungssatzes nicht interessant, aber die Höhe der Altersgutschriften als Lohnbestandteil steuerrelevant. Mittels Simulation und grafischer Darstellung können die Auswirkungen der verschiedenen Sparvarianten aufgezeigt und mit dem BVG-Obligatorium verglichen werden.
- Mit 35 Jahren sind die gleichen Themen wie mit 25 Jahren relevant. Zusätzlich kann der One-Pager mit Informationen zu «Absicherung Partner» oder «Wohnen» ergänzt werden, und es kann über den Zeitpunkt der Erhöhung der Sparbeiträge hingewiesen werden.

Erklärvideos

Drei Erklärvideos über das Vorsorgesystem stehen auf der Website des Schweizerischen Pensionskassenverbands ASIP zur freien Verfügung unter www.asip.ch/de/wissen/vorsorgesystem. Die Verlinkung und das Weiterleiten der Videos sind vom Verband erwünscht.

Extra

Ein einseitiges Resumé zu den Handlungsempfehlungen kann auf <https://vps.epas.ch/unsere-zeitschriften-im-ueberblick/schweizer-personalvorsorge/extra> heruntergeladen werden. Die Diplomarbeit wird bei Interesse gerne zur Verfügung gestellt.

- Ab 45 Jahren interessieren den Erwerbstätigen neben der Höhe der Altersgutschriften wohl auch die Höhe des Umwandlungssatzes und allenfalls die Möglichkeiten für eine vorzeitige Pensionierung oder eine Weiterbeschäftigung.

Werden in den Informationsschreiben Kennzahlen wie z. B. Deckungsgrad, Anzahl Mitarbeiter, Höhe der verwalteten Vermögen oder die Performance verwendet, sind diese regelmässig auf ihre Aktualität zu überprüfen.

Factsheet als Beiblatt zum Pensionskassenausweis

Die Möglichkeiten für eine gestalterische Optimierung des Pensionskassenausweises sind begrenzt. Dennoch haben die Versicherten das Bedürfnis, zusätzlich zum Pensionskassenausweis eine Übersicht zu den wichtigsten Kennzahlen und zur Performance der verwalteten Vermögen zu erhalten.

Ein One-Pager als Beilage zum Pensionskassenausweis kann diesem Bedürfnis Rechnung tragen. Falls bereits für den Geschäftsbericht der Pensionskasse eine Übersicht mit den wichtigsten Zahlen und Fakten erstellt wird, kann diese für den One-Pager übernommen werden.

Ein gutes Beispiel einer Kennzahlenübersicht findet sich in der Pensionskassenstatistik 2019 des Bundesamts für Statistik.¹

¹ www.statistik.ch («Das Wichtigste in Kürze»).

Navigation auf der Website der Pensionskasse vereinfachen

Die Änderung der Lebenssituation eines Versicherten kann Fragen in Bezug auf seine Pensionskasse auslösen. Für den Versicherten ist die Platzierung von Lebenssituationen wie zum Beispiel «Unbezahlter Urlaub», «Heirat und Familie» oder «Wohnen» direkt auf der Hauptseite benutzerfreundlich, vermeidet unnötige Klicks und spart Zeit. Ebenso erleichtert eine anwenderfreundliche Bezeichnung der Lebenssituationen das Suchen, z. B. ist die Bezeichnung «Wohnen» besser gewählt als «Wohneigentumsförderung». Der Suchende findet sich schneller zurecht.

Erklärvideos zu spezifischen Themen sind ebenfalls hilfreich und gewünscht. Es lohnt sich, zu recherchieren, ob der ASIP Erklärvideos kostenlos zur Verfügung stellt oder ob allenfalls ein Partner der Pensionskasse Videos zu relevanten Themen produziert hat und diese mit der Website verlinkt werden können. Dabei hilft es, den Link mit einem aussagekräftigen Titel zu versehen.² Zu guter Letzt hilft die Aufschaltung von Antworten zu oft gestellten Fragen, Anfragen zu reduzieren. |

² «Generation Z Altersvorsorge 2. Säule» anstelle von «https://www.youtube.com/watch?v=TW4g5AYDqLU&feature=emb_title».

Unsere Experten begleiten Sie mit ESG-Workshops, in der Erarbeitung ihres ESG-Konzeptes, durch ESG-Portfolioanalysen, in der ESG-Implementierung und mittels ESG-Reporting!

complementa
Investments • Wissen • Werte

Génération Y et Z

Guide de communication pour caisses de pensions

Dans mon mémoire de diplôme pour l'achèvement de ma formation de directrice de caisse de pensions, je me suis penchée sur la communication des caisses de pensions et la manière dont elles peuvent l'adapter aux besoins et aux modèles de comportement des différentes générations auxquelles elles s'adressent.¹ Des recommandations d'action en sont issues.

EN BREF

Différentes générations ont aussi différents besoins en termes de communication. Une distinction en fonction des événements de la vie est efficace et conviviale.

L'interaction entre la caisse de pensions et l'assuré commence lorsque le salarié entre dans l'institution de prévoyance. Il est logique d'adapter le mode de communication aux différentes générations. La question de savoir comment cibler les jeunes générations avec peu d'efforts est traitée dans les recommandations d'action ci-après. Ces recommandations s'adressent en premier lieu aux petites et moyennes caisses de pensions qui souhaitent optimiser l'interaction avec leurs assurés au prix d'un effort raisonnable.

Quatre générations

Selon l'Office fédéral de la statistique, quatre générations étaient représentées sur le marché du travail suisse en 2018. La génération X (née entre 1965 et 1980), qui représente 36.2 % de la population active est la plus importante, suivie de près par la génération Y (née entre 1981 et 1996), avec 33 %. Les Boomers (nés entre 1946 et 1964), avec une part de 22.1 %, se retirent lentement mais sûrement de la vie active, tandis que la génération Z (née entre 1997 et 2012) représente déjà 7.7 % de la population active.

Cibler les jeunes générations avec peu d'efforts

Les jeunes travailleurs apprécient les supports visuels lorsqu'ils lisent un texte sur le site web, dans une lettre ou un courriel. Les points importants doivent être résumés et énumérés au début d'un texte et non à la fin.

L'utilisation de phrases simples et l'inclusion de graphiques et de pictogrammes facilitent la compréhension. Les informations envoyées par lettre ou par courriel électronique doivent également être téléchargées sur le site web afin que les informations puissent être récupérées à nouveau si nécessaire. Des vidéos explicatives bien conçues peuvent également servir comme complément d'information utile.

Lettre d'information aux jeunes de 25 ans qui adhèrent à la caisse de pensions

La génération Z souhaite une lettre d'information spécialement adaptée aux jeunes lors de son entrée dans la caisse de pensions. Demandez à vos plus jeunes collègues d'écrire la lettre et d'exposer les avantages pour l'assuré, d'expliquer pourquoi cette déduction est effectuée et à partir de quand. Pour une meilleure compréhension, renvoyez aux nouvelles vidéos explicatives de l'ASIP et reliez-les à votre site web (voir encadré).

Feuille d'information pour soutenir la procédure d'embauche

Les prestations subobligatoires de la caisse de pensions augmentent l'attractivité de l'employeur. Pour les futurs employés, des informations brèves, simples mais significatives sur la caisse de pensions peuvent constituer un critère supplémentaire pour orienter leur choix. Une différenciation en fonction de l'âge est utile dans ce contexte, car les éléments

¹ Le mémoire de diplôme sera volontiers mis à disposition sur demande.

qui comptent peuvent changer selon la phase de la vie dans laquelle on se trouve:

- A l'âge de 25 ans, par exemple, le niveau du taux de conversion n'est pas intéressant, mais le montant des bonifications de vieillesse en tant que composante du salaire va avoir un impact fiscal. A l'aide de simulations et de représentations graphiques, il est possible de montrer et de comparer les effets des différentes possibilités d'épargne par rapport à la prévoyance obligatoire LPP.
- A 35 ans, les mêmes sujets sont pertinents qu'à 25 ans. Mais en plus, on peut aborder dans la page d'information des sujets tels que «Protection du/de la partenaire» ou «Logement», et le moment propice pour augmenter les cotisations d'épargne.
- A partir de 45 ans, en plus du montant des bonifications de vieillesse, le salarié sera probablement aussi intéressé par le taux de conversion et, le cas échéant, les possibilités de retraite anticipée ou de prolongement de la vie active.

Si des chiffres clés tels que le degré de couverture, le nombre d'employés, le montant des actifs sous gestion ou la performance sont utilisés dans les lettres d'information, ils doivent être régulièrement vérifiés pour s'assurer qu'ils sont à jour.

Fiche d'information en complément du certificat de prévoyance

Les possibilités d'optimisation du certificat de prévoyance sont limitées. Néanmoins, outre le certificat de prévoyance, les assurés aimeraient également recevoir un aperçu des principaux chiffres clés et de la performance des actifs sous gestion.

Une feuille d'information d'une page ajoutée au certificat de prévoyance peut répondre à ce besoin. Si une vue d'ensemble avec les faits et chiffres les plus

importants est de toute façon élaborée pour le rapport annuel de la caisse de pensions, elle peut être reprise à cette fin.

Un bon exemple d'aperçu des chiffres clés se trouve dans la statistique des caisses de pensions 2019 de l'Office fédéral de la statistique.²

Simplifier la navigation sur le site de la caisse de pensions

Un changement dans la situation de vie d'un assuré peut soulever des questions relatives à sa caisse de pensions. Pour l'assuré, le fait de placer directement sur la page principale du site des rubriques telles que «Vacances non payées», «Mariage et famille» ou «Logement» est une aide conviviale qui lui évite des clics inutiles et lui fait gagner du temps. De même, une désignation simple et claire des situations de vie facilite la recherche. «Logement», par exemple, convient mieux que «Encouragement à la propriété du logement». Celui qui cherche une information s'y retrouve plus rapidement.

Les vidéos explicatives sur des sujets spécifiques sont également utiles et souhaitables. Il vaut la peine de s'informer pour savoir si l'ASIP fournit gratuitement certaines vidéos explicatives ou si un partenaire de la caisse de pensions a éventuellement produit des vidéos sur des sujets pertinents qui peuvent être reliées au site web. Et pour que ce lien soit effectivement ouvert, il est utile de lui donner un titre révélateur du contenu.³ Enfin, une rubrique de réponses aux questions fréquemment posées permet de réduire le nombre de demandes de renseignements. |

Sonja Spichtig

Vidéos explicatives

Trois vidéos explicatives sur le système de prévoyance sont disponibles gratuitement sur le site de l'Association suisse des institutions de prévoyance ASIP à l'adresse www.asip.ch/fr/savoir/systeme-de-prevoyance. L'association encourage la création d'un lien et la diffusion des vidéos.

² www.statistik.ch («L'essentiel en bref»).

³ «Génération Z, prévoyance vieillesse 2^e pilier» au lieu de «https://www.youtube.com/watch?v=TW4g5AYDqLU&feature=emb_title».



vps.epas

Sozialversicherungen aktuell

Ausblick auf die IV-Revision

Umsetzungsfragen zur EL-Reform

Dienstag, 15. Juni 2021
Luzern

Die Tagung «Sozialversicherungen aktuell» informiert zu aktuellen Entwicklungen in den Sozialversicherungen und vermittelt Anregungen zur Umsetzung. Die Teilnehmenden profitieren von klaren, kompetenten und praxisorientierten Referaten und tragen angestossene Diskussionen weiter.

Infos und
Anmeldung unter
vps.epas.ch

Zwei konträre Bundesgerichtsentscheide (9C_804/2019 und 9C_784/2019)

Meldung der Lebenspartnerschaft vor der Pensionierung

Darf eine Pensionskasse reglementarisch zwingend vorschreiben, dass Lebenspartnern von Alters- und Invalidenrentnern eine Lebenspartnerrente nur zusteht, wenn die schriftliche Meldung der Lebensgemeinschaft an die Kasse vor der Pensionierung erfolgt? Oder ist eine solche reglementarische Bestimmung lediglich eine beweisrechtliche Ordnungsvorschrift, und der Beweis kann anderweitig erbracht werden? Im Mai 2020 ergingen zu dieser Frage zwei konträre Bundesgerichtsentscheide.

IN KÜRZE

Generell empfiehlt es sich, die Versicherten periodisch darauf hinzuweisen, dass sie für eine Lebenspartnerrente der Kasse eine Meldung bezüglich der Begünstigung ihres Lebenspartners einreichen müssen und dabei die reglementarischen Bestimmungen zu beachten haben.

Unbestrittenermassen musste die Lebenspartnerschaft in den beiden zu beurteilenden Fällen zu Lebzeiten des Versicherten gemeldet werden. Unterschiedlich beurteilt wurde indessen das reglementarische Zusatzerfordernis, wonach eine solche Meldung noch vor der ordentlichen Pensionierung bzw. der ersten Altersrentenzahlung beizubringen ist.

Ausgangslage des Bundesgerichts-urteils vom 4. Mai 2020 (9C_804/2019)

Der Versicherte war am 1. März 2011 pensioniert worden und bezog von seiner Vorsorgeeinrichtung eine Altersrente. Zwei Monate später gelangte er an seine Vorsorgeeinrichtung mit der Frage, ob seine Lebenspartnerin im Falle seines Todes eine Lebenspartnerrente beanspruchen könne. Die Pensionskasse bestätigte den Erhalt des ausgefüllten Formulars betreffend die Lebensgemeinschaft am 14. Juni 2011. Sechseinhalb Jahre später verstarb der Versicherte.

Die Klage der Lebenspartnerin des Versicherten auf Ausrichtung einer Lebenspartnerrente hiess das kantonale Sozialversicherungsgericht gut. Dagegen erhob die Vorsorgeeinrichtung Beschwerde beim Bundesgericht. Dieses wies die Beschwerde ab und bestätigte den Leistungsanspruch der Lebenspartnerin.

Die reglementarischen Bestimmungen sahen unter anderem vor, dass die versicherte Person der Pensionskasse die

Begründung der Lebensgemeinschaft mit gemeinsamem Haushalt zu melden hat. Das Formular war durch beide Lebenspartner vor dem Tod der versicherten Person zu unterzeichnen. In einem weiteren Absatz bestimmte das Reglement, dass bei Versterben der versicherten Person nach der ordentlichen Pensionierung der Anspruch auf eine reglementarische Lebenspartnerrente nur bestehe, wenn dieser auch im Falle des Versterbens der versicherten Person vor der ordentlichen Pensionierung bestanden hätte und der Verstorbene bis zum Tod eine Altersrente bezogen hat. Der Anspruch setze folglich voraus, dass alle reglementarischen Voraussetzungen, sowohl im Zeitpunkt des Todes als auch bereits bei Erreichen der ordentlichen Pensionierung, erfüllt seien.

Erwägungen des Bundesgerichts

Das Bundesgericht verwies zunächst darauf, dass das Reglement einer privatrechtlichen Vorsorgeeinrichtung nach dem Vertrauensprinzip auszulegen ist. Da das Reglement den vorformulierten Vertragsinhalt des Vorsorgevertrags beinhaltet, sind die Besonderheiten bezüglich der Auslegung von allgemeinen Versicherungsbedingungen, namentlich die Unklarheits- und Ungewöhnlichkeitsregel, zu beachten. Ausgehend vom Wortlaut der strittigen Bestimmung und unter Berücksichtigung des Zusammenhangs, in dem eine solche Bestimmung steht, ist der objektive Parteiwillen zu



Yolanda Müller

Rechtsanwältin, Partnerin, CAS Berufliche Vorsorge (IRP-HSG), Basel, Dufour Advokatur

ermitteln, den die Parteien mutmasslich gehabt haben. Das Gericht hat zu berücksichtigen, was sachgerecht ist, da nicht von einer unvernünftigen Lösung der Parteien ausgegangen werden kann.¹

Das Bundesgericht hielt fest, dass die Voraussetzungen für eine Lebenspartnerrente nach dem Wortlaut der Reglementsbestimmungen nicht gegeben waren. Die Vorinstanz habe indessen korrekt erkannt, dass dieses Auslegungsergebnis dem wahren Kern der Norm und dem objektiven Vertragswillen der Parteien widerspreche.

Wesentlich sei, dass im Falle des Todes des Versicherten vor der ordentlichen Pensionierung die fragliche Lebenspartnerschaft während fünf Jahren bestanden haben müsse, um eine Lebenspartnerrente auszulösen. Ob die entsprechende Konkubinatsmeldung vor oder nach der ordentlichen Pensionierung ergangen sei, spiele keine Rolle bzw. stelle eine reine Ordnungsvorschrift dar. Konstitutives Erfordernis sei, dass die Konkubinatsmeldung zu Lebzeiten erfolgt sei. Der damalige Parteiwille werde zudem durch eine entsprechende Reglementsänderung per Anfang 2018 untermauert. Es könne damit offen bleiben, ob die strittige Reglementsbestimmung als unklar oder ungewöhnlich zu werten sei und ob die Kasse ihre Informationspflicht verletzt habe.²

Ausgangslage des Bundesgerichts-urteils vom 13. Mai 2020 (9C_784/2019)

Der Versicherte liess sich Ende Juli 2017 vorzeitig pensionieren und bezog fortan eine Altersrente der Zuger Pensionskasse. Im Februar 2018 meldete er der Pensionskasse seine seit Anfang 2016 bestehende Lebenspartnerschaft schriftlich.

Diese teilte ihm daraufhin mit, dass die Meldung zu spät erfolgt sei. Gemäss Reglement hätte eine solche Meldung im Zeitpunkt der ersten Rentenzahlung im August 2017 erfolgen müssen. Das kantonale Verwaltungsgericht gab der Kasse recht und stellte die nicht rechtzeitige Meldung der Lebenspartnerschaft fest.

Das Reglement der Kasse regelt die Lebenspartnerrente generell wie auch für den Fall des Todes eines Versicherten, der

eine Alters- oder Invalidenrente bezieht. Als generelle, kumulative Voraussetzungen sieht es unter anderem vor, dass der Lebenspartner zum Zeitpunkt des Todes des Versicherten das 40. Lebensjahr zurückgelegt hat, die Lebenspartnerschaft mindestens fünf Jahre ununterbrochen gedauert hat und die schriftliche Meldung des Lebenspartners durch die versicherte Person an die Kasse erfolgt ist.

Letzteres Erfordernis muss beim Tod einer alters- oder invalidenrentenbeziehenden Person gemäss Reglement bereits im Zeitpunkt der erstmaligen (Alters- oder Invaliden-)Rentenzahlung, spätestens jedoch bis zur Vollendung des 65. Altersjahrs erfüllt sein. Erstere Voraussetzung (zurückgelegtes 40. Lebensjahr und mindestens fünfjährige ununterbrochene Lebenspartnerschaft) musste dagegen reglementarisch nicht im Zeitpunkt der ersten Rentenzahlung (bzw. Alter 65) erfüllt sein.

Erwägungen des Bundesgerichts

Das Bundesgericht erwog, dass die Reglementsauslegung einer öffentlich-rechtlichen Kasse nach den Regeln der Gesetzesauslegung erfolgt. Ausgangspunkt ist der Wortlaut einer Bestimmung. Ist der Text nicht klar und sind verschiedene Auslegungen möglich, ist nach seiner wahren Tragweite unter Berücksichtigung der Auslegungselemente zu suchen, namentlich unter Berücksichtigung von Sinn und Zweck und der dem Text zugrunde liegenden Wertung. Vom klaren Wortlaut darf nur ausnahmsweise abgewichen werden, u. a. wenn triftige Gründe vorliegen, dass der Wortlaut nicht dem wahren Sinn der Bestimmung entspricht. Solche Gründe können sich aus der Entstehungsgeschichte, aus dem Grund und Zweck der Bestimmung oder aus dem Zusammenhang mit anderen Vorschriften ergeben.³

Das Bundesgericht hielt fest, dass gemäss der grammatikalischen Auslegung die versicherte Person der Pensionskasse ihren Lebenspartner bereits im Zeitpunkt der ersten Rentenzahlung hätte melden müssen. Dieses Ergebnis werde durch die systematische Einbettung und Gliederung der strittigen Bestimmung gestützt (so z. B. Randtitel: «Anspruch

von rentenbeziehenden Personen»). Der Sinn und Zweck einer solchen Differenzierung und der zusätzlich aufgestellten formellen Anspruchsvoraussetzungen für rentenbeziehende Personen liege auf der Hand: Es soll der Personenkreis für eine Lebenspartnerrente verringert und die beweisrechtliche Abklärung von Rentenansprüchen verbessert werden. Die strittige Bestimmung stelle nicht eine blosser Beweisvorschrift dar, sondern es komme ihr konstitutive Wirkung zu. Der Wortlaut bringe klarerweise den wahren Sinn der Regelung zum Ausdruck. Der Beschwerdeführer sei mit der Meldung seiner Lebenspartnerin im Februar 2018 rund sieben Monate verspätet gewesen. Auf das kurz zuvor gefällte anderslautende Bundesgerichtsurteil ging es in keiner Weise ein.⁴

Fazit

Art. 20a BVG räumt den Pensionskassen die Befugnis ein, zu bestimmen, ob sie überhaupt – und wenn ja, für welche Personen – Hinterlassenenleistungen vorsehen wollen. Sie haben dabei jedoch die Personenkategorien von Art. 20 Abs. 1 BVG und die Kaskadenfolge zu beachten. Vorbehalten bleiben daneben die BVG-Minimalleistungen (Ehegattenrente, Geschiedenenrente, Rente an den eingetragenen Partner und Waisenrente).⁵

Der versicherten Person steht im Gegensatz zur Ehe bzw. zur eingetragenen Partnerschaft eine Wahlmöglichkeit zu, ob sie bei Vorliegen einer Lebensgemeinschaft den Lebenspartner tatsächlich begünstigen will. Erforderlich ist eine Meldung der Lebenspartnerschaft als verbalisierte Willenserklärung. Sie ist der unmissverständliche Ausdruck, dass eine vorsorgerechtliche Begünstigung gewollt ist. Diese Willenserklärung kann als explizite Begünstigterklärung, als schriftlicher Unterhaltsvertrag oder aber in einfacher Meldung der Lebenspartnerschaft erfolgen.

Die Lebenspartnerrente stellt eine neue Leistung dar, die ohne Beitragserhöhung finanziert wird. Die Vorsorgeeinrichtung hat deshalb ein schützenswertes Interesse, zu wissen, wie viele Versicherte im Todesfall solche Leistungen

¹ BGer 9C_804/2019, E. 5.1.

² BGer 9C_804/2019, E. 7.1.

³ BGer 9C_784/2019, E. 3.1.

⁴ BGer 9C_784/2019, E. 3.2. f.

⁵ Art. 19, 19a und 20 BVG.

auslösen können, sowie an einer grösstmöglichen Klarheit in Bezug auf die Person des Begünstigten in beweisrechtlicher Hinsicht. Sie darf deshalb die Erfüllung reglementarischer (Zusatz-)Erfordernisse und die Geltendmachung des Anspruchs an bestimmte Formen und Fristen knüpfen.⁶

Das Reglement kann in zeitlicher Hinsicht entweder eine schriftliche und zu Lebzeiten des Versicherten einzureichende Meldung oder eine Einreichung der schriftlichen Begünstigterklärung des Verstorbenen während einer bestimmten Zeitspanne nach dem Tod des Versicherten vorsehen. Beide Varianten bilden nicht nur beweisrechtliche Ord-

nungsvorschriften, sondern formelle Anspruchsvoraussetzungen mit konstitutiver Wirkung.⁷

Diese beiden konträren Urteile zur Einhaltung von reglementarischen Formvorschriften für Lebenspartnerrenten von Rentnern bringen für Pensionskassen, die eine analoge Regelung aufweisen, eine gewisse Rechtsunsicherheit mit sich. In beiden Entscheiden wurde festgestellt, dass nach dem klaren Wortlaut der Reglementsbestimmung keine Lebenspartnerrente geschuldet ist. Im ersten Fall wurden Sinn und Zweck jedoch anders als im späteren Fall ausgelegt. Im Ergebnis kann es nicht entscheidend sein, dass es sich bei der einen Kasse

um eine privatrechtliche Sammelstiftung, bei der anderen um eine öffentlich-rechtliche Kasse mit unterschiedlichen Auslegungsmethoden handelt. Das spätere Urteil liegt auf der Linie der früheren Rechtsprechung, die reglementarische (Zusatz-)Erfordernisse und die Geltendmachung des Anspruchs an bestimmte Formen und Fristen gerade zulässt. Es sollte nach Meinung der Unterzeichneten massgeblich bleiben. |

⁶ BGer 9C_784/2019, E. 2.2.;
BGer 9C_804/2019, E. 6.1.

⁷ BGer 9C_784/2019, E. 2.3.;
BGer 9C_804/2019, E. 6.2.

Weiterbildung 2021

**Permanente Weiterbildung bleibt gerade in schwierigen Zeiten zur Erhaltung der Fachkompetenz notwendig!
Planen Sie Ihre Weiterbildung jetzt!**

Solange Direktunterricht nicht möglich, erfolgt die Weiterbildung online.

Ausbildung dipl. Pensionskassenleiter/in

Beginn der Ausbildung im April mit den Fächern Führungskompetenz, Geschäftsführung, Anlage und Wirtschaft. Detaillierte Informationen finden Sie auf unserer Website www.fs-personalvorsorge.ch

Ausbildung Stiftungsrat

3-stufige Ausbildung
zur Fach- und Führungskompetenz:

Grundausbildung Stufe 1 (2-tägig)

19. und 26. März 2021, Hotel Arte Olten
11. und 18. Juni 2021, Hotel Arte Olten

Führungsseminar Stufe 2

24. und 25. Juni 2021, Seminarhotel Aegerisee

Tagesseminar Stufe 3 (1-tägig)

16. Juni 2021, Hotel Arte Olten

Seminare

- Destinatärverwaltung, 19. Oktober, Hotel Arte Olten
- Leistungen und Koordination in der beruflichen Vorsorge (12. und 19. April, Hotel Arte Olten)

Fachkurse

- Rechtsgrundlagen, 5-tägig, ab April 2021
- Rechnungswesen, 4-tägig, ab April 2021
- Versicherungstechnik, 5-tägig, ab August 2021



Fachschule
für Personalvorsorge

www.fs-personalvorsorge.ch

Detaillierte Angaben und Anmeldungen unter www.fs-personalvorsorge.ch

Deux arrêts contradictoires du Tribunal fédéral (9C_804/2019 et 9C_784/2019)

Annnonce du partenariat avant le départ à la retraite

Une caisse de pension a-t-elle le droit de prescrire que les partenaires de bénéficiaires d'une rente de vieillesse et d'invalidité n'ont droit à une rente de partenaire que si l'annonce écrite du partenariat à la caisse est antérieure au départ à la retraite? Ou une telle disposition réglementaire est-elle seulement une prescription d'ordre en matière de preuve et la preuve peut-elle être apportée par ailleurs?

Deux arrêts contradictoires du Tribunal fédéral ont été rendus en mai 2020 sur cette question.

Dans les deux cas à juger, le partenariat devait incontestablement être annoncé du vivant de l'assuré. L'exigence complémentaire réglementaire selon laquelle une telle annonce devait être faite avant le départ à la retraite réglementaire ou le premier versement de la rente de vieillesse a cependant été appréciée différemment.

Contexte de l'arrêt du Tribunal fédéral du 4 mai 2020 (9C_804/2019)

L'assuré a pris sa retraite le 1^{er} mars 2011 et a perçu une rente de vieillesse de son institution de prévoyance. Deux mois plus tard, il s'est adressé à son institution de prévoyance pour lui demander si sa partenaire pouvait solliciter une rente de partenaire au cas où il décéderait. La caisse de pension a confirmé la réception du formulaire complété concernant la communauté de vie le 14 juin 2011. Six ans et demi plus tard, l'assuré est décédé.

Le Tribunal cantonal des assurances sociales a approuvé l'action de la partenaire de l'assuré en versement d'une rente de partenaire. L'institution de prévoyance a formé un recours contre cette décision devant le Tribunal fédéral. Celui-ci a rejeté le recours et confirmé le droit aux prestations de la partenaire.

Les dispositions réglementaires prévoyaient notamment que la personne assurée devait annoncer à la caisse de pension la constitution de la communauté de vie avec un ménage commun. Le formulaire devait être signé par les deux partenaires avant le décès de la personne assurée. Dans un autre alinéa, le règlement disposait qu'en cas de décès de la per-

sonne assurée après son départ à la retraite réglementaire, le droit à une rente réglementaire de partenaire n'était effectif que s'il avait également existé en cas de décès de la personne assurée avant l'âge réglementaire de la retraite et si le défunt avait touché une rente de vieillesse jusqu'à son décès. Le droit supposait donc que toutes les conditions réglementaires soient remplies, aussi bien à la date du décès qu'avant l'âge de la retraite réglementaire.

Considérends du Tribunal fédéral

Le Tribunal fédéral a commencé par rappeler que le règlement d'une institution de prévoyance de droit privé devait être interprété selon le principe de confiance. Étant donné que le règlement inclut la teneur préformulée du contrat de prévoyance, les particularités concernant l'interprétation des conditions générales d'assurance, notamment la règle des clauses ambiguës et insolites, doivent être respectées. En se basant sur la teneur de la disposition litigieuse et en tenant compte du contexte dans lequel s'inscrit une telle disposition, la volonté objective des parties que celles-ci sont présumées avoir eu doit être déterminée. Le tribunal doit tenir compte des faits objectifs, car on ne peut pas supposer une solution déraisonnable des parties.¹

Le Tribunal fédéral a retenu que les conditions d'une rente de partenaire n'étaient pas réunies selon la teneur des dispositions réglementaires. L'instance précédente a cependant correctement reconnu que ce résultat d'interprétation

EN BREF

De façon générale, il est conseillé de rappeler périodiquement aux assurés qu'ils doivent remettre à la caisse une annonce relative à la désignation de leur partenaire comme bénéficiaire d'une rente de partenaire, tout en respectant les dispositions réglementaires.

contredisait le véritable cœur de la norme et la volonté contractuelle objective des parties.

Il est essentiel en cas de décès de l'assuré avant la retraite réglementaire que le partenariat en question ait été effectif pendant cinq ans pour déclencher une rente de partenaire. Il importe peu que l'annonce de concubinage correspondante ait été reçue avant ou après le départ à la retraite réglementaire et corresponde à une prescription d'ordre pure. L'exigence constitutive est que l'annonce du concubinage ait été faite du vivant de l'assuré. La volonté exprimée à l'époque par les parties a en outre été soulignée par une modification correspondante du règlement début 2018. Il importe donc peu que la disposition litigieuse du règlement soit jugée ambiguë ou insolite et que la caisse ait enfreint son devoir d'information.²

¹ TF 9C_804/2019, consid. 5.1.

² TF 9C_804/2019, consid. 7.1.

Contexte de l'arrêt du Tribunal fédéral du 13 mai 2020 (9C_784/2019)

Fin juillet 2017, l'assuré a pris une retraite anticipée et a dès lors perçu une rente de vieillesse de la caisse de pension zougnoise. En février 2018, il a annoncé par écrit à la caisse de pension son partenariat effectif depuis début 2016.

Celle-ci l'a alors avisé que l'annonce intervenait trop tard. Selon le règlement, une telle annonce aurait dû être faite à la date du premier versement de la rente en août 2017. Le tribunal administratif cantonal a donné raison à la caisse et a constaté l'annonce tardive du partenariat.

Le règlement de la caisse règle la rente de partenaire de façon générale, mais aussi pour le cas du décès d'un assuré qui perçoit une rente de vieillesse ou d'invalidité. En guise de conditions générales cumulatives, il prévoit notamment que le partenaire doit avoir atteint l'âge de 40 ans au décès de l'assuré, que le partenariat a duré au moins cinq ans de façon ininterrompue et que la personne assurée a annoncé le partenaire à la caisse par écrit.

Selon le règlement, cette dernière exigence doit être satisfaite dès la date du premier versement de la rente (de vieillesse ou d'invalidité), mais au plus tard à l'âge de 65 ans, en cas de décès d'une personne touchant une rente de vieillesse ou d'invalidité. La première condition (l'atteinte de l'âge de 40 ans et au moins un partenariat ininterrompu de cinq ans) ne devait pas être satisfaite à la date du premier versement de la rente (ou à l'âge de 65 ans) selon le règlement.

Considérants du Tribunal fédéral

Le Tribunal fédéral a estimé que l'interprétation du règlement d'une caisse de droit public devait suivre les règles de l'interprétation de la loi. La teneur d'une disposition sert de point de départ. Si le texte est ambigu et que plusieurs interprétations sont possibles, il faut chercher sa véritable portée en tenant compte des éléments d'interprétation, notamment en tenant compte du sens et de la finalité et de l'interprétation sous-jacente au texte. Il n'est possible de s'écarter de la teneur claire qu'exceptionnellement, notamment quand il y a des raisons pertinentes de penser que la teneur ne correspond pas au sens véritable de la disposition. De telles raisons peuvent résulter de

la genèse, du motif et de la finalité de la disposition ou de son rapport avec d'autres prescriptions.³

Le Tribunal fédéral a retenu que selon l'interprétation grammaticale, la personne assurée aurait dû annoncer son partenaire à la caisse de pension dès la date du premier versement de la rente. Ce résultat serait étayé par l'intégration et l'articulation systématiques de la disposition litigieuse (p. ex. titre marginal: «Droit des bénéficiaires de rente»). Le sens et la finalité d'une telle différenciation et des conditions formelles du droit formulées en sus pour les personnes percevant une rente sont évidents: il s'agit de réduire le cercle de personnes bénéficiant d'une rente de partenaire et d'améliorer la clarification en matière de preuve des droits à la rente. La disposition litigieuse ne serait pas une simple prescription relative à la preuve, mais aurait un effet constitutif. Sa teneur ferait clairement ressortir le sens véritable de la réglementation. Le requérant aurait eu environ sept mois de retard avec l'annonce de sa partenaire en février 2018. Il n'a en rien évoqué l'arrêt du Tribunal fédéral divergent rendu peu de temps avant.⁴

Conclusion

L'art. 20a LPP donne le droit aux caisses de pension de décider si elles peuvent prévoir des prestations pour survivants et si oui, pour quelles personnes. Elles doivent cependant tenir compte des catégories de personnes de l'art. 20 al. 1 LPP et de la hiérarchie. Les prestations minimales LPP (rente de conjoint, rente de divorcé, rente au partenaire enregistré et rente d'orphelin) demeurent en outre réservées.⁵

Contrairement au mariage et au partenariat enregistré, la personne assurée a la possibilité de choisir si elle veut effectivement que sa ou son partenaire soit bénéficiaire dans le cas d'une communauté de vie. Une annonce du partenariat sous la forme d'une déclaration de volonté verbalisée est nécessaire. Elle est l'expression indubitable que l'institution d'un bénéficiaire selon le droit de la prévoyance est souhaitée. Cette déclaration

de volonté peut intervenir sous la forme d'une déclaration de bénéficiaire explicite, d'un contrat d'entretien écrit ou par une annonce simple du partenariat.

La rente de partenaire constitue une nouvelle prestation financée sans augmentation des cotisations. L'institution de prévoyance a donc un intérêt digne d'être protégé à savoir combien d'assurés peuvent déclencher de telles prestations en cas de décès et à ce que la personne du bénéficiaire soit déterminée avec le plus de clarté possible pour des questions de preuve. Elle peut donc lier le respect des exigences (supplémentaires) réglementaires et l'exercice du droit à certains délais et formes.⁶

Au plan temporel, le règlement peut prévoir une annonce écrite à remettre du vivant de l'assuré ou la remise d'une déclaration de bénéficiaire du défunt pendant un certain laps de temps suivant le décès de l'assuré. Ces deux variantes constituent non seulement des prescriptions d'ordre, mais aussi des conditions formelles du droit avec effet constitutif.⁷

Ces deux arrêts contradictoires visant à respecter les prescriptions de forme réglementaires pour les rentes de partenaires des bénéficiaires de rente se traduisent par une certaine insécurité juridique pour les caisses de pension qui présentent une réglementation similaire. Les deux arrêts constatent qu'aucune rente de partenaire n'est due selon la teneur explicite de la disposition réglementaire. Dans le premier cas, le sens et la finalité ont toutefois été interprétés différemment du cas ultérieur. Au final, l'élément déterminant n'est pas que l'une des caisses est une fondation collective de droit privé tandis que l'autre est une caisse de droit public avec des méthodes d'interprétation différentes. L'arrêt ultérieur s'inscrit dans la lignée de la jurisprudence antérieure qui autorise justement des exigences (supplémentaires) réglementaires et l'exercice du droit lié à certains délais et formes. L'auteure estime qu'il devrait rester déterminant. **I**

Yolanda Müller

⁶ TF 9C_784/2019, consid. 2.2.; TF 9C_804/2019, consid. 6.1.

⁷ TF 9C_784/2019, consid. 2.3.; TF 9C_804/2019, consid. 6.2.

Regressforderung

Bundesgericht klärt Zinspflicht

Ist umstritten, welche von zwei oder mehreren Vorsorgeeinrichtungen im Invaliditätsfall leistungspflichtig ist, ist die letzte Vorsorgeeinrichtung, bei der die versicherte Person vorsorgeversichert war, vorleistungspflichtig. Sie kann für ihre Vorleistung auf die leistungspflichtige Vorsorgeeinrichtung Regress nehmen. Dies geht aus Art. 24 Abs. 4 BVG hervor.

Die Letzte beissen die Hunde, könnte man sagen. Die letzte Pensionskasse muss die gesetzliche Invalidenleistung erbringen, selbst wenn sie aufgrund des Ereignisablaufs nicht leistungspflichtig wird. Weigert sich die mutmasslich leistungspflichtige Pensionskasse, die reglementarische Leistung zu erbringen, muss die vorleistende Pensionskasse durch einen Regressprozess die Leistungspflicht gerichtlich klären lassen. Gleichzeitig kann sie die Summe der laufend ausgerichteten Rentenleistungen von der leistungspflichtigen Pensionskasse zurückfordern, wobei die im Zeitpunkt der Klageeinreichung noch nicht ausbezahlten künftigen Renten nicht vergessen werden dürfen.

So weit das Verfahren. Aus dem Gesetzestext ergibt sich jedoch nicht, ob die regressierende Vorsorgeeinrichtung bei der Rückforderung ihrer Vorleistung einen Zins geltend machen kann. Dies war lange Zeit offen. In einem früheren Fall hat das Bundesgericht eine Forderung auf Ausrichtung eines Verzugszinses abgelehnt.¹ Die Begründung: Die effektiv leistungspflichtige Pensionskasse befindet sich nicht im Verzug, weshalb auch kein Verzugszins geschuldet sei.

Nun hat sich das Bundesgericht erneut mit der Zinsfrage zu befassen gehabt. Die Stiftung Auffangeinrichtung hatte für eine arbeitslose Versicherte, die invalidisiert wurde, eine Vorleistung erbracht. Im Regressprozess gegen die Pensionskasse der früheren Arbeitgeberin, die PK der Stadt Zürich, obsiegte die Auffangeinrichtung. Das Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich ver-

neinte jedoch eine Zinspflicht für den Betrag der ausbezahlten Vorleistung.

Im Pensionskassenregress sind auf Vorleistungen Zinsen geschuldet

Mit Urteil vom 7. Januar 2021 hat das Bundesgericht nun entschieden, dass der Regress eine Schadloshaltung bezwecke. Für eine vorleistende und definitiv nicht leistungspflichtige Pensionskasse belaufe sich der Schaden auf das Kapital, das sie während der gesamten Vorleistungsdauer nicht ertragswirksam anlegen können, während die eigentlich leistungspflichtige Vorsorgeeinrichtung dieses Kapital während der ganzen Zeit habe ertragswirksam anlegen können. Dieser Ertragsverlust der vorleistenden Pensionskasse sei im Regressprozess auszugleichen.²

Für den Zins erachtet es das Bundesgericht als sachgerecht, vom jeweiligen Mindestzinssatz gemäss Art. 15 Abs. 2 BVG i. V. mit Art. 12 BVV 2 auszugehen und darauf jeweils einen Zuschlag von 1 % vorzunehmen. Somit sind beispielsweise Vorleistungen im Jahr 2015 mit 2.75 % zu verzinsen (Mindestzins 1.75 % + 1 %). Mit diesem Urteil ist eine weitere, für Vorsorgeeinrichtungen in der definitiven Schadensabwicklung wichtige Frage geklärt. |



Hans-Ulrich Stauffer
Dr. iur., Advokat, Partner
Pico Vorsorge AG, Basel

² Urteil des Bundesgerichts 9C_63/2020; zur Publikation in der Amtlichen Sammlung vorgesehen.

¹ BGE 145 V 18.



Cours avancé pour responsables de caisses de pensions

Formation approfondie

Mardi 15 Juin 2021, Paudex

Les participants pourront voir en détail l'ensemble des éléments qui sont de la compétence du conseil de fondation. Le cours fait le tour des tâches fixées aux articles 51a LPP et 49a OPP 2 avec des spécialistes reconnus dans les domaines comptable, actuariel du droit et de la communication.

Contenu

- Actualités de la prévoyance
- Expert (tâches)
- Organe de révision (tâches)
- Responsabilité
- Communication
- Problématiques discutées

Intervenantes et intervenants

Francis Bouvier, Actuaire ASA, Actuaire IAF, Responsable pôle Prévoyance Professionnelle BCV, Directeur Fondation BCV 2^e pilier

Guy Chervet, Expert-comptable diplômé, associé et administrateur au sein du Groupe de sociétés fiduciaires BfB

Yves-Marie Hostettler, Licence en droit et brevet d'avocat, représentant de l'ASIP en Suisse romande et responsable du secteur juridique de Retraites Populaires

Michèle Mottu Stella, Experte agréée LPP, Prevanto Partner

Laurent Pittet, Directeur Conseiller en communication, titulaire du Diplôme fédéral, Pittet Communication SA

Vous trouverez de plus amples informations sur vps.epas.ch. Sous réserve de modifications du programme.

Lieu
Centre Patronal,
Route du Lac 2, 1094 Paudex

Heure
09h00 – 16h30

Coûts, credit points et inscription sur vps.epas.ch

Renseignements
Beatrice Steiner
+41 (0)41 317 07 48
bs@vps.epas.ch
vps.epas.ch

Co-organisateur

Credit Points



Créance récursoire

Le Tribunal fédéral clarifie l'obligation de servir des intérêts

Lorsqu'il y a désaccord, si elles sont deux ou plusieurs, quant à l'institution de prévoyance tenue de verser des prestations en cas d'invalidité, la dernière institution de prévoyance auprès de laquelle la personne assurée bénéficiait d'une assurance de prévoyance est tenue de prendre provisoirement le cas à sa charge. Elle peut intenter un recours contre l'institution de prévoyance tenue d'octroyer des prestations pour sa prise en charge provisoire des prestations. C'est ce qui ressort de l'art. 24 al. 4 LPP.

C'est le lampiste qui trinque, pourrait-on dire. La dernière caisse de pension doit verser la prestation d'invalidité légale, même si elle n'est pas tenue d'octroyer les prestations au vu du déroulement des événements. Si la caisse de pension présumée tenue d'octroyer les prestations refuse de verser la prestation réglementaire, la caisse de pension qui a provisoirement pris le cas à sa charge doit former un recours afin de faire établir l'obligation d'octroyer des prestations en justice. Parallèlement, elle peut exiger de la caisse de pension tenue d'octroyer les prestations le montant des prestations de rente versées, sans oublier les rentes futures non encore versées au moment où l'action a été intentée.

Voilà pour la procédure. Le texte de loi ne précise cependant pas si l'institution de prévoyance qui intente le recours peut faire valoir des intérêts lorsqu'elle demande le remboursement de sa prise en charge provisoire des prestations. Cette question est longtemps restée sans réponse. Dans un cas plus ancien, le Tribunal fédéral avait rejeté une demande de versement d'intérêts moratoires.¹ Motif: la caisse de pension effectivement tenue d'octroyer des prestations n'est pas en demeure, raison pour laquelle aucun intérêt moratoire n'est dû.

Récemment, le Tribunal fédéral s'est de nouveau penché sur la question des

intérêts. La Fondation institution supplétive avait provisoirement pris en charge les prestations pour une assurée au chômage déclarée invalide. Dans le recours à l'encontre de la caisse de pension de l'ancien employeur, la CP de la Ville de Zurich, l'institution supplétive a obtenu gain de cause. Le tribunal des assurances sociales du canton de Zurich a cependant dénié l'obligation de verser des intérêts pour le montant de la prise en charge provisoire des prestations.

Dans le recours contre les caisses de pension, des intérêts sont dus sur la prise en charge provisoire des prestations

Dans son arrêt du 7 janvier 2021, le Tribunal fédéral vient à présent de décider que le recours visait une indemnisation. Pour une caisse de pension prenant provisoirement en charge les prestations et qui n'est définitivement pas tenue de les octroyer, le préjudice correspondrait au capital qu'elle n'a pas pu investir de manière profitable pendant toute la durée de la prise en charge provisoire des prestations, tandis que l'institution de prévoyance qui était en fait tenue d'octroyer les prestations a pu investir ce capital de façon profitable pendant toute cette période. Cette perte de revenu de la caisse de pension ayant provisoirement pris en charge les prestations doit être compensée dans le cadre du recours.²

Concernant les intérêts, le Tribunal fédéral estime qu'il est approprié de se fonder sur le taux d'intérêt minimal respectif selon l'art. 15 al. 2 LPP en relation avec l'art. 12 OPP 2 et de lui appliquer une majoration de 1%. Ainsi, la prise en charge provisoire des prestations en 2015 doit par exemple être rémunérée au taux de 2.75% (taux d'intérêt minimal de 1.75% + 1%). Cet arrêt clarifie une autre question importante pour les institutions de prévoyance dans le cadre du règlement définitif du sinistre. |

Hans-Ulrich Stauffer

¹ ATF 145 V 18.

² Arrêt du Tribunal fédéral 9C_63/2020; publication prévue dans le recueil officiel.

Bestellen Sie online auf vps.epas.ch/shop

Die 2. Säule

vps.epas/Verein unentgeltliche BVG-Auskünfte/ Pittet/Mix & Remix 2017, 108 Seiten, CHF 19.80 (1696)



Fachwörterbuch für die berufliche Vorsorge

3. komplett überarbeitete Auflage, Januar 2015, vps.epas, 216 Seiten, CHF 69.– (1691)

Gewos-Schriftenreihe «Beiträge zur 2. Säule»: Band 5 «Die Rolle des Arbeitgebers in der beruflichen Vorsorge»

Oktober 2016, vps.epas, 224 Seiten, CHF 69.– (1695)

Glossaire de la prévoyance professionnelle suisse

2^e édition entièrement revue et corrigée, janvier 2016, vps.epas, 224 pages, CHF 69.– (1634)

Pensionskassenführung in der Praxis

Handbuch für Stiftungsräte und Geschäftsleitungen, Urs Schaffner, vps.epas, 2016, 108 Seiten, CHF 69.– (1692)

Diktionär für die berufliche Vorsorge DE/FR/IT/EN

Über 1000 Fachbegriffe, 4 Sprachen, Buch inkl. CD, 180 Seiten, vps.epas/ Dike Verlag, 2014, CHF 69.– (1690)



Februarausgabe der «Schweizer Personalvorsorge»

(+2.5% MwSt.), CHF 29.–

Edition février de la «Prévoyance Professionnelle Suisse»

(+2.5% de TVA), CHF 29.–



Für Bearbeitungs- und Versandkosten berechnen wir CHF 7.50. Falls nicht speziell vermerkt, sind die Preise inklusive 2.5% MwSt. Aus administrativen Gründen können wir keine Ansichtsexemplare zustellen. Pour les frais administratifs et d'envoi, nous facturons CHF 7.50. 2.5% de TVA incl. sans remarque spéciale dans tous les prix. Pour des raisons administratives, nous ne pouvons pas envoyer d'exemplaires à l'essai.

Das Jahresabonnement der Zeitschrift «Schweizer Personalvorsorge» beinhaltet:

- 12 Ausgaben der «Schweizer Personalvorsorge»
- 1 Sonderausgabe «Externe Dienstleister»
- 1 Sonderausgabe «Die Fachmesse 2. Säule»
- 1 Sonderausgabe «Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen»
- «aktuell», wöchentliches Update als Ergänzung zur monatlichen Zeitschrift SPV
- Digitales Inhaltsverzeichnis, vereinfacht die Archivierung und ermöglicht eine effiziente Artikelsuche nach Stichworten, Titeln oder Autoren
- Ermässigte Preise für Weiterbildungen des vps.epas

Jahresabonnement SPV	CHF 340.–
Ausland-Jahresabonnement SPV	CHF 360.–
Einzelnummer SPV	CHF 29.– (+ Porto)

Spezialangebot für Stiftungsräte:

CHF 210.– (statt CHF 340.–) für 1 Stiftungsrats-Jahresabonnement
Ab 4 Stiftungsrats-Jahresabonnements kontaktieren Sie bitte Patricia Bärtschi Schmid unter abo@vps.epas.ch oder 041 317 07 24.

Alle Preise gelten ab 1.7.2017, zuzüglich 2.5% MwSt.

Weitere Informationen erhalten Sie hier:
vps.epas, Postfach 4242, 6002 Luzern
Telefon +41 (0)41 317 07 24
vps.epas.ch, abo@vps.epas.ch

L'abonnement annuel de la «Prévoyance Professionnelle Suisse» comprend:

- 12 numéros de «Prévoyance Professionnelle Suisse»
- 1 Edition spéciale «Prestataires externes»
- 1 Edition spéciale «Salon PPS»
- 1 Edition spéciale «Institutions collectives et communes»
- «actualités», la mise à jour hebdomadaire comme complément à la revue PPS
- Table des matières numérique pour toute l'année, facilite l'archivage et permet une recherche efficace des articles pour des besoins ultérieurs d'après des mots-clés, les titres ou les auteurs
- Tarifs préférentiels pour les formations vps.epas

Abonnements annuels PPS	CHF 340.–
Abonnements annuels PPS à l'étranger	CHF 360.–
Numéro isolé PPS	CHF 29.–

(+ frais de port)

Offre spéciale pour Conseillers de fondation:

CHF 210.– (au lieu de CHF 340.–) pour un abonnement annuel pour Conseiller de fondation. A partir de 4 abonnements annuels pour Conseiller de fondation veuillez prendre contact avec Patricia Bärtschi Schmid sous abo@vps.epas.ch ou 041 317 07 24.

Tous les prix sont en vigueur depuis le 1.7.2017, s'entendent hors TVA (2.5%).

Pour de plus amples informations veuillez vous adresser à:
vps.epas, case postale 4242, 6002 Lucerne
Téléphone +41 (0)41 317 07 24, vps.epas.ch, abo@vps.epas.ch

Neuerscheinungen – im Buchhandel erhältlich

Présentation globale et commentaire complet

La LPP est désormais en vigueur depuis plus de 35 ans. En 2010, la première édition du présent commentaire comblait une lacune importante: elle livrait la première présentation complète de la prévoyance professionnelle et son premier grand commentaire.

Depuis, la jurisprudence et la doctrine ont substantiellement évolué. De nombreuses révisions juridiques, telles que la réforme structurelle, la réforme du financement des institutions de prévoyance des corporations de droit public ainsi que la révision du partage de la prévoyance en cas de divorce, sont entrées en vigueur. Dans le présent ouvrage, les développements législatifs ainsi que leurs commentaires sont pris en considération jusqu'à la mi-2019.

La valeur scientifique et pratique de ce commentaire vit des contributions de ses auteurs venant de toutes les régions de la Suisse. Non seulement, cette publication est exhaustive, mais elle démontre égale-



Commentaire des assurances sociales suisses – LPP et LFLP

Jacques-André Schneider, Thomas Geiser, Thomas Gächter (éditeurs),
Stämpfli Editions, Berne 2020, 2^e édition,
2540 pages, 548.– CHF,
ISBN 978-3-7272-2578-9
La 2^e édition allemande de cet ouvrage
est sortie fin 2019
(ISBN-978-3-7272-2579-6)

ment toutes les contradictions législatives en matière de prévoyance professionnelle.

Le commentaire est structuré en huit parties adressant le but et le champ d'application de la LPP, l'assurance et l'organisation, le financement des institutions de prévoyance et les contentieux et les dispositions pénales. De plus, les dispositions fiscales et spéciales et les liens avec le droit européen y sont traités. Un aspect particulier est représenté par la dernière partie qui traite du divorce et de la dissolution judiciaire du partenariat enregistré. Le tout est complété par une bibliographie détaillée sur plus de 70 pages ainsi qu'un index qui permet aux lecteurs de s'orienter plus facilement dans cet ouvrage volumineux.

Le public cible visé par la présente publication est constitué par les institutions de prévoyance, les employeurs et les syndicats, les associations de consommateurs, les tribunaux, les institutions de sécurité sociale ainsi que les avocats. |

Anne Yammine

Für Taxifahrer und Hausfrauen

Der Autor des vorliegenden Finanzratgebers richtet sich an private und institutionelle Anleger. Er evaluiert, «welche Anlagestrategien wirklich zu empfehlen sind und wie Sie Ihr Geld verlässlich investieren». Pirmin Hotz hat als renommierter Schweizer Vermögensverwalter 35 Jahre Erfahrung in der Vermögensverwaltung. Er schöpft wortgewandt und analytisch scharf aus dem Vollen.

Für Hotz ist das Agieren am Finanzmarkt kein Sonntagsspaziergang, denn Ersterer erinnert «gelegentlich auch an ein Haifischbecken [...], in dem es von Zockern, Blendern und Abkassierern nur so wimmelt». Der Autor ist überzeugt, dass Privatanleger – wie Taxifahrer und Hausfrauen – genauso prädestiniert dazu sind, erfolgreich anlegen zu lernen, wie institutionelle Anleger. Hotz analysiert schonungslos die Anlagepolitik von Versicherungen und Pensionskassen, die zu wenig Aktien halten und so ihre Renditechancen schmälern würden.



Über die Gier, die Angst und den Herdentrieb der Anleger

Pirmin Hotz,
Finanzbuch Verlag, München 2021,
368 Seiten, CHF 39.90,
ISBN Print 978-3-95972-296-4
ISBN E-Book (PDF) 978-3-96092-550-7
ISBN E-Book (EPUB, Mobi) 978-3-96092-551-4

Pirmin Hotz fordert dazu auf, antizyklisch zu handeln, einen hohen Aktienanteil zu halten, aktiv anzulegen und nach Branchen statt nach Ländern zu

investieren. Er geht nicht nur auf Aktien als Anlagevehikel ein, sondern auch auf Anleihen, Liquidität, Immobilien, Gold, Kryptowährungen, Infrastrukturanlagen, Private Equity, Hedgefonds und strukturierte Produkte. Er fokussiert Nachhaltigkeit und die oft kritisierte Intransparenz, in deren Nebel sich Abkassierer «pudelwohl» fühlen.

Ein Vermögensverwalter sollte vertrauenswürdig und unabhängig sein, seriös, integer und mit Charakter. Er muss auf das Wohl seiner Kunden abzielen. Für Pensionskassen als Anleger sei es schwieriger, antizyklisch zu handeln, da sie «für Milliardenbeträge [entscheiden], die nicht ihnen gehören. Aufgrund dieser enormen Verantwortung wollen sie gerade in Krisenzeiten möglichst nichts falsch machen. Dies führt aber unweigerlich zu einem prozyklischen und langfristig suboptimalen Anlageverhalten.» |

Anne Yammine



Vorschau März 2021

Langlebigkeit und Sterblichkeit

Technische Grundlagen BVG 2020
Gerold Betschart, Jacopo Mandozzi

L'évolution récente en Suisse
Raymond Kohli

Vivre en forme plus longtemps
Interview avec Johan Auwerx



HERAUSGEBER · EDITEUR

VPS Verlag
Personalvorsorge und Sozialversicherung AG,
Taubenhausstrasse 38, Postfach 4242,
CH-6002 Luzern,
Telefon +41 (0)41 317 07 07,
Fax +41 (0)41 317 07 00,
vps.epas.ch, info@vps.epas.ch
Editions EPAS Prévoyance Professionnelle et
Assurances Sociales SA
vps.epas.ch, info@vps.epas.ch

Präsident des Verwaltungsrats ·
Président du conseil d'administration
Markus Nievergelt

DIREKTION · DIRECTION

Peter Schnider, Direktor · Directeur
Renata Cavadini, Direktionsassistentin ·
Assistante de direction

REDAKTION · RÉDACTION

Kaspar Hohler (ho), Chefredaktor · Rédacteur en chef
Gregor Gubser (gg), stv. Chefredaktor · Adjoint du
rédacteur en chef
Anne Yammine (ay), Judith Yenigün-Fischer (jy),
Claudio Zemp (ze),
redaktion@vps.epas.ch

Correspondante en Suisse romande ·
Westschweizer Korrespondentin
Geneviève Brunet, gb@vps.epas.ch

Bundeshaus · Palais fédéral
Claude Chatelain

Porträts Pensionskassen ·
Portraits de caisses de pension
Laurent Pittet, Daniel Dubach

Übersetzungen · Traductions
Apostroph, Axone Traductions, Yvonne Pulver-Sieber

Korrektur · Corrections
Riccardo Caravina, Lorenz Oehler, Andrea Strässle

Coordinateur en Suisse romande ·
Kordinator Romandie
Olivier Sandoz

Redaktionskommission · Comité de Rédaction

*Peter Schnider, Marco Bagutti, Gertrud E.
Bollier, Sergio Bortolin, Hans-Peter Conrad, Beatrice
Fluri, Adrian Gröbli, Hanspeter Konrad, Andreas
Loepfe, Brigitte Martig, Christina Ruggli-Wüest, Patrik
Schaller, Arnold Schneiter, Cyrill Schubiger, Isabelle
Vetter-Schreiber, Jürg Walter, Jean-Marc Wanner,
Peter Zanella

Groupe rédactionnel Suisse romande · Redaktionskommission Westschweiz

*Jean-Marc Wanner, Dominique Biedermann,
Sébastien Cottreau, Rosario di Carlo, Aldo Ferrari,
Pascal Frei, Yves-Marie Hostettler, Alain Kolonovics,
Violaine Landry-Orsat, Claude Maillard, Michèle Mottu
Stella, Didier Paramucchio, Jean Pirrotta, David Pittet,
Olivier Sandoz, Anne Troillet
* Vorsitz · Présidence

MESSEN · SALON · MARKETING

Markus Jörin, Leiter · Directeur
Sabina Gisler, stv. Leiterin · Responsable adjointe
Miriam Sauser, Verlagsdienstleistungen · Service interne
de la maison d'édition

SERVICES

Renata Cavadini, Leiterin · Responsable
Patricia Bärtschi Schmid (Abonnements), Cuno Hügli,
Rita Käslin, Simone Ochsenbein, Beatrice Steiner
(Weiterbildungen · Formations)
Gabriela Vetter

GESTALTUNG/PRODUKTION CONCEPTION/PRODUCTION

Cinta Zumbühl, Leiterin · Responsable
Bianca Föhn, Christof Unternährer

INSERTATE · ANNONCES

dtp@vps.epas.ch, Telefon +41 (0)41 317 07 07

ADRESSÄNDERUNGEN · CHANGEMENT D'ADRESSE

abo@vps.epas.ch, Telefon +41 (0)41 317 07 24

ABONNEMENTE · ABONNEMENTS

Jahresabonnement / Abonnement annuel
CHF 340.00 (exkl. MwSt./hors TVA)
Einzelverkauf / Numéro isolé
CHF 29.00 (exkl. MwSt./hors TVA)

Erscheint: 15 Ausgaben im Jahr
Publié: 15 numéros par an
Weitere Spezialangebote für Stiftungsräte unter/
Offre spéciale pour conseillers de fondation sous
abo@vps.epas.ch oder +41 (0)41 317 07 24

WEMF/KS BEGLAUBIGT · CERTIFIÉ REMP/CS

Total verbreitete Auflage ·
total tirage diffusé 3755 Ex.
Jahrgang · Année 34

FOTOS · PHOTOS

Titelseite/Couverture:
www.istockphoto.com / © photoBeard

DRUCK · IMPRESSION

Multicolor Print AG, Sihlbruggstr. 105a, 6341 Baar
© by VPS Verlag Personalvorsorge und
Sozialversicherung AG, Luzern



Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlags. Offizielles Publikationsorgan der Konferenz der kantonalen BVG- und Stiftungsaufsichtsbehörden, der Geschäftsführer von Anlagestiftungen (KGASt) und des Schweizerischen Pensionskassenverbands ASIP.

Reproduction, même partielle, seulement avec l'autorisation de la maison d'édition. Organe de publication officiel des autorités cantonales de surveillance LPP et des fondations, de la Conférence des administrateurs de fondations de placement (CAFP) et de l'Association suisse des institutions de prévoyance ASIP.



vps.epas

In Form – informiert 2021

Die jährliche Weiterbildung für Stiftungsräte:
2 Tage Ausbildung, Diskussionen und Austausch
zu Führungsfragen in der 2. Säule

21. und 22. September 2021, Brunnen

Jährlich
neue aktuelle
Modulthemen

Als Stiftungsrat haben Sie eine Weiterbildungspflicht – nutzen Sie die beiden Tage in Brunnen und erfahren Sie, was Sie aktuell wissen müssen

Inhalt

Der Anlass ist modular aufgebaut. Er behandelt aktuelle Themen und Fragestellungen anhand von Fallstudien und gibt der Interaktion und Diskussionsmöglichkeit den nötigen Raum. Sämtliche Themen und Fragestellungen werden anhand von praktischen Beispielen aufgezeigt. Gemeinsam werden die Themen analysiert und praxisorientierte Lösungen erarbeitet.

Module

Die kleinen Arbeitsgruppen geben den Teilnehmenden Gelegenheit, eigene Fragestellungen und Ideen einzubringen und diese in der Gruppe zu diskutieren.

Referate

Im Plenum finden Referate statt, sei dies zur Einführung oder zu aktuellen Themen.

Diskussionen

Ebenfalls im Plenum werden Vertreter von Verbänden und Politik zu aktuellen Fragestellungen diskutieren. Sie werden dabei Gelegenheit haben, Ihre Fragen und Bemerkungen zu besprechen.

Modulthemen 2021

Interne Organisation und Mitsprache

Sabino Di Mambro

Kapital oder Rente

Reto Leibundgut

Knackpunkte in der Prüfung und Überwachung von PVE – insbesondere bezüglich Anlagen

Hans-Peter Meier

Infrastrukturanlagen, etc.: Was bringen neue BVV 2-Anlagerichtlinien?

Luzius Neubert

Risikoorientierte Kassenführung

Urs Schaffner

Aktuelle Rechtsprechung

Vital Stutz

Weitere Informationen finden Sie unter vps.epas.ch. Programmänderungen vorbehalten.

Ort
Seehotel Waldstätterhof
Waldstätterquai 6, 6440 Brunnen

Zeit
2 Tage, Übernachtung
Dienstag: 9.00 – 17.15 Uhr,
ca. 19.00 Uhr Abendessen,
Mittwoch: 8.30 – 16.00 Uhr

Kosten, Credit Points und Anmeldung unter vps.epas.ch

Auskünfte
Beatrice Steiner
+41 (0)41 317 07 48
bs@vps.epas.ch
vps.epas.ch

Partner



Credit Points





Das Frühwarnsystem für Ihre Vorsorgeeinrichtung

Mit dem pkcockpit erhalten Sie umfassende beratungsunabhängige Informationen zur Gesamtpensionskasse, aber auch zu einzelnen Vorsorgewerken. Es evaluiert Kennzahlen systematisch und weist dabei frühzeitig auf drohende Ungleichgewichte hin. Das pkcockpit zeigt Führungsverantwortlichen die aktuellen Handlungsmöglichkeiten auf und simuliert deren jeweilige Folgen für die Pensionskasse. Nutzen Sie ein anschauliches und interaktives System zur zukunftssicheren Steuerung Ihrer Pensionskasse!



Mehr Infos:
www.pkcockpit.ch



Ihr Ansprechpartner

Jeannette Leuch
Partner
j.leuch@invalue.ch
invalue ag
Gallusstrasse 32
CH-9000 St. Gallen
T+41 (0)71 224 80 10
www.invalue.ch



Dashboard: Übersicht für den Stiftungsrat

Komprimierte Darstellung relevanter Kennzahlen, Entwicklungen und Grafiken.



Cockpit: Regelmässige Bewertung von Kennzahlen

Visuell attraktive Aufbereitung sämtlicher Kennzahlen und deren Entwicklung.



Peer-Vergleiche: Bessere Einschätzung der eigenen Situation

Umfassende Peer-Datenbank für den Vergleich mit anderen Pensionskassen und Märkten.



Steuerungsmöglichkeiten: Massnahmen und deren Wirkung

Ein interaktives Werkzeug zeigt dem Stiftungsrat adäquate Eingriffsmöglichkeiten und simuliert deren Wirkung.



Kommunikation mit den Aufsichtsbehörden: Automatisierung

Kennzahlen werden direkt im Tool generiert und mit Kommentaren ergänzt.



Dokumentenverwaltung

Zentrale Verwaltung der wichtigsten Dokumente des Stiftungsrates: z.B. Protokolle.



Individuelle Einstellungen

Pensionskassenspezifische Einstellungen und Vorgaben.

